

Die Auswirkungen des Wohnungswechsels kinderreicher und obdachloser Familien

- Empirische Untersuchung eines Wohnprojekts -

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Diplom-Sozialwirt Peter Franz
aus Hof

1976

Die Auswirkungen des Wohnungswechsels kinderreicher und obdachloser Familien

- Empirische Untersuchung eines Wohnprojekts -

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Diplom-Sozialwirt Peter Franz
aus Hof



Referent: Prof. Dr. Specht

Korreferent: Prof. Dr. Wurzbacher

Tag der mündlichen Prüfung: 20.7.76

Vorbemerkung

Den Anstoß zu dieser Untersuchung gaben Gespräche des Verfassers mit Assistenten des Lehrstuhls für Soziologie von Prof.Dr. Specht und mit Gemeinwesenarbeitern einer kirchlichen Organisation, die die Arbeit anfangs auch finanziell unterstützte.

Viele Anregungen und Ideen stammen aus den Unterredungen mit den Fachhochschuldozenten Herrn W. Franke (Dipl.-Psych.) und Frau U. Sander (Dipl.-Soz.), die zusammen mit Frau L. Schwemmer (Sozialarbeiter) während des untersuchten Zeitraums mit den Bewohnern des Wohnprojekts arbeiteten und um eine theoriegeleitete Praxis der Sozialarbeit bemüht waren.

Um die Anonymität der untersuchten Familien zu gewährleisten, werden die Namen von Stadt und Stadtteil, worin sich das Wohnprojekt befindet, nicht genannt.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
1. Einleitung	1
1.1. Die Ausgangssituation - das soziale Problem	1
1.2. Forschungsleitende Interessen	3
1.2.1. Das Wertproblem	3
1.2.2. Mögliche Forschungsansätze	7
1.2.3. Exkurs: Prädetermination der Ergebnisse durch Methodenwahl?	10
2. Theoretischer Teil	13
2.1. Der Begriff 'Integration' in der Stadtsoziologie	13
2.1.1. Integration bei König	14
2.1.2. Integration bei Oswald	15
2.1.3. Die Integration marginaler Gruppen bei Bingemer u.a.	17
2.1.4. Integration als Wunsch und Wert	18
2.1.5. Empirische Behandlung von Integration	21
2.1.6. Zusammenfassung und Konsequenzen: Verhaltenstypen	22
2.2. Anomie	24
2.2.1. Anomie und empirische Ergebnisse	24
2.2.2. Allgemeine Kritik	26
2.2.3. Methodische Kritik	28
2.2.4. Folgerungen für den theoretischen Ansatz	29
2.2.5. Hypothesen I, II	30
2.3. Nachbarschaftsverhalten	32
2.3.1. Definition und Abgrenzung	32
2.3.2. Schlußfolgerungen, Hypothesen III, IV	34
2.4. Die Sozialarbeit	37
2.4.1. Die Methode der Gemeinwesenarbeit - Hypothese V	37
2.4.2. Sozialarbeit als Selektionsfilter - Hypothese VI	40

	Seite
2.5 Die Variable "verbesserte Wohnbedingungen"	41
3. Angewandte Methoden	45
3.1. Forschungsplan	45
3.2. Probleme der Methodenwahl	46
3.2.1. Teilnehmende Beobachtung und Zugang zum Feld	46
3.2.2. Die Interviews	49
3.2.3. Die Stichprobe aus der Siedlung	52
4. Empirischer Teil	55
4.1. Das Wohnprojekt	55
4.1.1. Der bauliche Aspekt	55
4.1.2. Die Wohnumgebung des Projekts	57
4.2. Ergebnisse der ersten Befragung	58
4.2.1. Die Bewohner der Siedlung	58
4.2.1.1. Sozio-ökonomische Lage	58
4.2.1.2. Nachbarschaftsverhalten	60
4.2.2. Die Familien des Wohnprojekts	62
4.2.2.1. Sozio-ökonomische Lage	62
4.2.2.2. Arbeitssituation	66
4.2.2.3. Wohnsituation	67
4.2.2.4. Der Umzug als Kostenfaktor	69
4.2.2.5. Umweltkontakte	72
4.2.3. Zusammenfassung	76
4.3. Die Interventionen der Sozialarbeit	77
4.3.1. Die Auswahl der Familien	78
4.3.2. Die Situation der Kinder und Jugendlichen	80
4.3.2.1. Die Schulsituation	81
4.3.2.2. Die Freizeitsituation	83

	Seite
4.3.3. Die Gemeinwesenarbeit	85
4.3.3.1. Die mit der Gemeinwesenarbeit verbundenen Ziele	86
4.3.3.2. Form, Teilnehmer und Verhalten	89
4.3.3.3. Die Auswirkungen der Gemeinwesenarbeit	96
4.3.4. Zusammenfassung	100
4.4. Ergebnisse der zweiten Befragung	101
4.4.1. Die Arbeitssituation	101
4.4.2. Die Wohnsituation	103
4.4.3. Die finanzielle Belastung	105
4.4.4. Die Umweltkontakte	107
4.4.4.1. Das Verhältnis von Siedlern und Familien	107
4.4.4.2. Das Nachbarschaftsverhalten der Familien	111
4.4.4.3. Die soziale Partizipation der Familien	113
4.4.5. Die Beurteilung des Wohnprojekts durch Familien und Siedler	115
4.4.6. Zusammenfassung	116
5. Diskussion der Methoden und Hypothesen	118
5.1. Methodenkritik	118
5.1.1. Die Validität einiger grundlegender Begriffe	118
5.1.2. Probleme der Erhebungsmethoden	123
5.2. Die Hypothesen	126
5.2.1. Die Hypothesen I und II	126
5.2.2. Hypothese III	130
5.2.3. Hypothese IV	132
5.2.4. Hypothese V	135
5.2.5. Hypothese VI	138
5.2.6. Versuch der Koordinierung der theoretischen Teilstücke	140

	Seite
6. Probleme der Planung von Wohnprojekten für kinderreiche Familien	144
6.1. Der Vergleich mit einem anderen Wohnprojekt	144
6.2. Gestreute Unterbringung versus Konzentration	149
6.3. Funktionen der Sozialarbeit	154
6.3.1. Zur Auswahl der Familien	154
6.3.2. Gemeinwesenarbeit	158
6.4. Abschließende Hinweise zur Planung	160
 Anhang I: Abkürzungsverzeichnis	 164
Anhang II: Literaturverzeichnis	165
a) Bücher und Zeitschriftenartikel	165
b) Sonstige	175
 Anhang III: Fragebogen der Untersuchung	 176
a) Für die Siedler-Stichprobe 1973	176
b) Für die Siedler-Stichprobe 1975	178
c) Für die Familien 1973	179
d) Für die Familien 1975	181
 Anhang IV: Grundrisse der Wohnungen des Wohnprojekts	 183
Anhang V: Dokumente	187
a) Schreiben der Wohnungsbaugesellschaft an die Familien 1974	187
b) Pressenotiz über die Versammlung V ₁ der Familien	189
c) Presseartikel über das Wohnprojekt Anfang 1974	190
d) Leserbrief einiger Familien	191
e) Pressenotiz zur Bewohnerversammlung V ₃ Mitte 1974	192
f) Pressenotiz zu einem Vorfall in der Siedlung Anfang 1975	192
 Anhang VI: Zusatztabellen	 193
a) Tabelle 26: Zusammenhang zwischen Beurteilung...	193
b) Tabelle 27: Die Teilnahme erwachsener....	194



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546220_0053

1. Einleitung

1.1. Die Ausgangssituation - das soziale Problem

Schon seit jeher wurden kinderreiche Familien ("Kinderreiche") als Zielgruppe für Hilfsmaßnahmen genannt, wenn das sozialpolitische Engagement des Staates und der Wohlfahrtsorganisationen zur Sprache kam. Als soziales Problem¹⁾ überdauerte die Gruppe der Kinderreichen dennoch den Wohlstandsboom in der BRD und fordert auch heute noch zu sozialpolitischen Programmen heraus.²⁾ Es erspart sich, bereits an dieser Stelle einen Katalog von Benachteiligungen kinderreicher Familien aufzustellen, von denen ein Großteil im weiteren Verlauf der Arbeit angesprochen wird. Eine der hartnäckigsten Beeinträchtigungen blieb bisher die Wohnsituation dieser Familien, was immer wieder regelmäßig konstatiert wird.³⁾ Dabei stellt man nicht nur unzureichende Wohnungsgrößen fest, sondern erfährt auch, daß kinder-

-
- 1) Soziale Probleme bezeichnen eine Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Standards und der gesellschaftlichen Realität, deren Ursachen selbst gesellschaftliche Bedingungen sind. Vgl. Robert K. Merton, Social Problems and Sociological Theory, in ders./R.A. Nisbet, Hrsg., Contemporary Social Problems, London 1963, S.702.

Die Definition von Merton wurde in letzter Zeit dahingehend kritisiert, daß sie den Einfluß gesellschaftlicher Gruppen auf die Wahrnehmung der Diskrepanzen und auf die Art, wie die Diskrepanzen beurteilt werden, nicht berücksichtigt. Vgl. Herbert Blumer, Soziale Probleme als kollektives Verhalten, in W.R. Heinz/P. Schöber, Hrsg., Theorien kollektiven Verhaltens, Bd. 2, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 155f; Malcolm Spector/John I. Kitsuse, Social Problems: A Re-Formulation, in SP, 1973, Vol. 21, S. 145

- 2) Inwieweit sich das soziale Problem der kinderreichen Familien durch bisherige sozialpolitische Maßnahmen und Aktivitäten von Organisationen dieser Familien selbst verändert hat, ist nicht Gegenstand der Untersuchung.
- 3) Wohnungswirtschaft und Gesellschaftspolitik - Auftrag der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Dokumentation des Allgemeinen Deutschen Bauvereinstags 1972, Schriftenreihe des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Heft 6/7, Hamburg 1972, S. 201f; Elisabeth Bessau, Mieten und Wohnbau in der BRD, Informationsbericht Nr. 9 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1972, S. 35f, 53f

So konstatiert auch der erst nach Ende der Untersuchung zugängliche Zweite Familienbericht der Regierung: "Die Wohnungsverversorgung von Familien in der Bundesrepublik Deutschland wird

(Fortsetzung S. 2)

reiche Familien einen großen Prozentsatz der Bewohner von Obdachlosensiedlungen stellen.⁴⁾ "Weiterhin fällt auf, daß im Vergleich zu den frühen sechziger Jahren der Anteil der kinderreichen Familien im Vergleich zu den Familien mit weniger Kindern (im Obdachlosenlager, d. Verf.) angestiegen ist."⁵⁾

Diese Entwicklung ist für die Stadt, in der unsere Untersuchung ablief, ebenfalls nachzuweisen. Die folgende Aufstellung umfaßt die Bewohner sämtlicher Obdachlosenwohnanlagen der Stadt zu den zwei genannten Zeitpunkten.

Tabelle 1: Veränderung der Zusammensetzung der Familien-
größen in den Obdachlosenlagern in der Zeit
vom 1.11.66 bis 1.1.73

	Haushalte mit											
	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Summe
	Personen											u. mehr
Am 1.11.66	111	151	147	95	59	28	8	11	2	4	2	618
Am 1. 1.73	69	73	69	64	45	20	23	14	5	4	2	388
Zugang bzw. Abgang	-42	-78	-78	-31	-14	- 8	+15	+ 3	+3	-	-	-230
	-251 Parteien						+21 Parteien					

Quelle: Amtsstatistik des Sozialamts, 1973

In den letzten sechs Jahren hat sich somit die Zahl der Familien mit mindestens 1 - 6 Kindern von 591 um 42,5 % auf 340 vermindert, dagegen die Zahl der Familien mit mindestens 7 Kindern von 27 auf 48, also um 77,8 % erhöht.⁶⁾

mit steigender Kinderzahl unbefriedigender...." Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Hrsg., Zweiter Familienbericht, Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 98

- 4) "So ist der Prozentsatz der kinderreichen Familien Ende der 60er Jahre in typischen Obdachlosensiedlungen mit 55 bis 64 Prozent anzugeben." Wohnungswirtschaft....., S. 201; Ursula Christiansen, Obdachlos weil arm. Gesellschaftliche Reaktionen auf die Armut, Gießen 1973, S. 46
- 5) Fritz Haag, Wohnungslose Familien in Notunterkünften. Soziales Bezugsfeld und Verhaltensstrategien, München 1971, S. 33
- 6) Aus der Statistik geht nicht hervor, ob ein Teil der kleineren Familien in dieser Zeit in die Gruppe der größeren hineingewachsen ist.

Mit unter dem Eindruck dieser Situation entstand in der städtischen Verwaltung der Plan, diesen Wohnungsmißstand bei kinderreichen Familien⁷⁾ durch den Bau von Wohnungen unter Zuhilfenahme staatlicher finanzieller Mittel zu verringern. Es wurden 23 Einfamilien-Mietreihen-Häuser gebaut, in die ab Frühjahr 1973 Familien mit fünf und mehr Kindern zogen.

1.2. Forschungsleitende Interessen

1.2.1. Das Wertproblem

Hat man sich entschieden, die Bedingungen eines solchen Siedlungsprojekts zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen - was immer das auch heißen mag - , so wäre als nächstes darzulegen, mit welcher Fragestellung der Verfasser an sein Untersuchungsobjekt herangeht. Die Fragestellung beinhaltet a) den Standpunkt, von dem aus die Fragen und Hypothesen formuliert werden und b) die Auswahl der später benutzten Forschungshypothesen.⁸⁾

Zu a): Nähert man sich dem Forschungsfeld unter dem Vorsatz, so weit als möglich dem von Max Weber formulierten und von Hans Albert präzisierten Wertfreiheitsprinzip zu genügen, so bemerkt man bald, daß diesem Postulat keine Anweisungen zu entnehmen sind, wie denn der Forscher im konkreten Fall zu verfahren habe, um ihm zu entsprechen.

Weniger bei kontrollierten Experimenten und Laborversuchen als bei Felduntersuchungen von sozialen Problemen, in denen sich der Forscher mit einer Vielzahl von Ansichten und Meinungen über das Problem konfrontiert sieht, wird er sich des Fehlens eines Instrumentariums bewußt, daß ihm helfen könnte, eine

7) In der Statistik gelten als kinderreiche Familien "Familien mit 3 Kindern u. mehr bis zu 21 Jahren", Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen, zit. nach Christiansen, S. 45
Die Familien in dieser Untersuchung haben durchweg 5 Kinder und mehr.

8) Gunnar Myrdal, Objektivität in der Sozialforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 14

wissenschaftliche Position gegenüber dem Problem einzunehmen.⁹⁾ Das Wertfreiheitsprinzip des kritischen Rationalismus wurde bisher als Grundsatz der Wertaussagefreiheit dargestellt und vertreten¹⁰⁾, d.h. Werturteile sind kein notwendiger Bestandteil sozialwissenschaftlicher Aussagesysteme, denn "Aussagen, die über das Wertverhalten der Menschen informieren, die es beschreiben, erklären, vorhersagen, sind selbst Tatsachenaussagen, keine Werturteile."¹¹⁾

Ebensowenig wie im Objektbereich der Sozialforschung Wertungen notwendig sind, verpflichtet "...die Tatsache, daß soziologischer Forschung unvermeidbar Wertungen zugrunde liegen, zur Aufnahme von Werturteilen in die Objektsprache dieser Wissenschaften."¹²⁾ "Es ist möglich, alle objektbezogenen Wertgesichtspunkte für die wissenschaftliche Analyse als Auswahlgesichtspunkte zu behandeln, so daß die Wertproblematik nur noch als metawissenschaftliches Relevanzproblem auftaucht. Auf diese Weise lassen sich normative Bestandteile wissenschaftlicher Aussagesysteme eliminieren und die Systeme dadurch neutralisieren."¹³⁾

So wird denn die Wertproblematik als metawissenschaftliches Relevanzproblem in die Basis verschoben¹⁴⁾, aber "Die Frage, welchen

9) Myrdal, S. 59; Ulrich Beck, Objektivität und Normativität. Die Theorie-Praxis-Debatte in der modernen deutschen und amerikanischen Soziologie, Reinbek b. Hamburg 1974, S. 11f, 56

10) "Der Aussagenbereich, auf den sich das Max Webersche Postulat in erster Linie bezieht, ist der der sozialwissenschaftlichen Objektsprache. Der eigentliche Streitpunkt in der Werturteilskontroverse ist also die Notwendigkeit, Möglichkeit oder Zweckmäßigkeit von Werturteilen im objektsprachlichen Aussagenzusammenhang der Sozialwissenschaften selbst.." Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968, S. 64

11) Hans Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in E. Topitsch, Hrsg., Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1967, S. 189

12) Beck, S. 190

13) Albert, Wertfreiheit...., S. 201 (Hervorhebungen i.O.)

14) Albert, Wertfreiheit...., S. 191

Stellenwert wertende Relevanzentscheidungen.....jenseits dieser Fragestellung für Probleme der Forschungspraxis selbst haben, bleibt offen."¹⁵⁾

Anschaulich wird dieses Problem bei Robert K. Merton dargestellt, der die Situation eines Sozialpsychologen (oder auch Soziologen) in Untersuchungsvorhaben auf dem Wohnungssektor schildert und Gefahren sieht, die nach der Entscheidung, von einem bestimmten Standpunkt aus an das Untersuchungsobjekt heranzugehen, auf ihn zukommen könnten.¹⁶⁾

Nun ist es die Frage, ob die von Merton so gesehenen Gefahren vermeidbar sind - ihm scheint dies durch weitgehende "Neutralität" möglich zu sein¹⁷⁾ - , oder ob bei Forschungsprojekten derartigen Zuschnitts zwangsläufig Wertgesichtspunkte eine Rolle spielen, die dem gesellschaftlichen Objektbereich selbst entnommen worden sind, mögen sie nach dem Selektionsprinzip der Kulturbedeutsamkeit empirisch geltender Wertideen (Max Weber) oder dem der Ermöglichung von Emanzipation (Habermas) oder anderen ausgewählt worden sein.¹⁸⁾

Für die vorliegende Untersuchung wären konkret Fragestellungen möglich aus der Sicht der Wohnungsbaugesellschaft, ob das Projekt für sie rentabel ist, aus der Sicht des Architekten, ob die Wohnungen familiengerecht geplant wurden, aus der Sicht

15) Beck, S. 221 (Hervorhebungen i.O.)

16) "Der Sozialpsychologe sollte sich der ganzen Tragweite seiner wissenschaftlichen Entscheidungen bewußt sein....Wenn er beispielsweise für eine mit beiden Rassen bewohnte Nachbarschaft Schwierigkeiten und Konflikte voraussagt, bevor es überhaupt zu einer beiderseitigen Anpassung kommt, wird er von vielen mit Sicherheit sofort als Abtrünniger jener Gruppen **bezeichnet**, die für den amerikanischen Glauben an das Gleichheitsprinzip kämpfen. Und wenn er andererseits geeignete Maßnahmen für die Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Rassen innerhalb einer Nachbarschaft fordert, wird er zur Zielscheibe von wirtschaftlichen Interessengruppen und bestimmten Moralisten, die auf einer totalen Rassentrennung bestehen." Robert K. Merton, Zur Sozialpsychologie des Wohnens, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 167

17) Ebd., S. 168

18) Beck, S. 232

der Nachbarn, ob ein Zusammenleben mit den neuen Familien möglich ist, aus der Sicht der Sozialarbeit, ob bestimmte Methoden den Schulerfolg bei den Kindern verbessern, usw. .

Nun war der Verfasser in der vorteilhaften Lage, in diesem Fall nicht an den Auftrag irgendeiner Interessengruppe oder Organisation gebunden zu sein, sondern selbst die Richtung des Forschungsansatzes bestimmen zu können. Von der Annahme her, daß das zu untersuchende Siedlungsprojekt zur Minderung eines sozialen Problems geplant und gebaut wurde, steht die Frage im Mittelpunkt, ob dieser Anspruch auch eingelöst werden kann. Diese "social-policy research"¹⁹⁾ soll aber nicht nur nach den Effektivitäts-Kriterien einer planenden Verwaltung ausgerichtet sein, sondern mehr nach den Bedürfnissen der von der Planung primär Betroffenen, den kinderreichen Familien und den um das Projekt herumwohnenden Personen, und nach den Auswirkungen der Planung auf sie fragen.

Andererseits griffe ein Forschungsansatz zu kurz, der nicht selbst wieder Effektivitäts-Kriterien, Einstellungen und Verhalten der verschiedenen Interessen- und Wohngruppen hinterfragen würde. Eine Parteinahme für eine Seite, wie sie z.B. Howard Becker in engagierter Weise zugunsten der "underdogs", der Unterprivilegierten vertritt²⁰⁾, erscheint voreilig, da man den eigenen Ergebnissen gegenüber mißtrauisch genug sein sollte, ob sie auch tatsächlich diesen Anspruch erfüllen können, doch liegen die Sympathien des Verfassers bei denjenigen, deren Lebenschancen durch unzureichende Wohnverhältnisse und damit verbundenen Faktoren beeinträchtigt werden.²¹⁾

19) "social-policy research" definieren Freeman/Sherwood als "the use of the methods and findings of social research in the development and carrying out of communal efforts to improve the social and physical environments of the members of the community and to better their psychological and physical lives." Howard E. Freeman/Clarence C. Sherwood, Social Research and Social Policy, Englewood Cliffs (N.J.) 1970, S. 2

20) Howard S. Becker, Whose Side are we on?, in SP, Vol.14, 1967, S. 239-247

21) "All these precautions, of course, cannot do away with the fact that research, like all other human activities, is political; that it supports one point of view and vested interest

1.2.2. Mögliche Forschungsansätze

Die Grundfragestellung, von der alle anderen Fragen abgeleitet werden können, lautet: Wie wirkt sich das Umsiedlungsexperiment auf die betroffenen Familien und deren soziale Umwelt aus?²²⁾ Nun ist damit noch nicht entschieden, welche Theorien welcher Wissenschaftsbereiche herangezogen werden. Es stehen - wie fast immer - mehrere Ansätze zur Wahl.

a) Geht man von der Vermutung aus, daß der Wohnungswechsel der Familien für diese selbst eine Stress-Situation darstellt, in der sie auf veränderte Umweltbedingungen reagieren und zu einem *modus vivendi* in ihrer neuen Umgebung kommen müssen, so wären für die Untersuchung Theorien über die Entstehung und Auswirkung von Stress relevant.

Die bisherige Stress-Forschung ist überwiegend physiologisch-psychologisch ausgerichtet und hat aufgrund der weitgehend von Experimenten bestimmten Forschungspraxis formalisierte Kausalmodelle entwickelt²³⁾, doch wird konstatiert, daß die in den Experimenten angewandten Forschungsmethoden für die Untersuchung natürlicher Situationen wenig geeignet seien.²⁴⁾ Dagmar Krebs u.a., die den Stress-Ansatz in einer Untersuchung über Obdachlose anwandten, stellten bei ihrer Kritik des Ansatzes fest,

at the expense of others. The researcher must therefore take a political stand on some issues, and he should make it clear where his sympathies lie." Herbert J. Gans, *The Urban Villagers*, New York/London 1962, S. 346

22) Vgl. AJK, Zur Forschung und Praxis in der Arbeit mit Obdachlosen, in AJK, Hrsg., *Randgruppenarbeit - Analysen und Projekte aus dem Obdachlosenbereich*, München 1973, S. 14, wo diese Fragestellung unter "Forschungsschwerpunkt D: Veränderungsstrategien in der Randgruppenarbeit" erscheint.

23) Vgl. z.B. Daniel Stokols, Ein sozialpsychologisches Modell menschlicher Engephänomene, in Atteslander/Hamm, *Materialien....*, S. 215-233

24) Dies kritisiert auch Mechanic, der für eine stärkere Berücksichtigung soziologischer Ansätze in der Stress-Forschung plädiert. David Mechanic, *Some Problems in developing a Social Psychology of Adaptation to Stress*, in J.E. McGrath, Hrsg., *Social and Psychological Factors in Stress*, New York 1970, S. 109f, 122

daß er sozialstrukturelle Faktoren vernachlässigt.²⁵⁾

b) Die Anpassungs-Leistung - im obigen Sinn der Reaktion auf veränderte Umweltbedingungen - kann auch unter dem in den Bereich der Sozialpsychologie und der Soziologie des abweichenden Verhaltens fallenden Anomie-Ansatz betrachtet werden.²⁶⁾ Dieser Ansatz wird für den Objektbereich von Familien der Unterschicht häufig verwendet, doch wurde er hier nicht gewählt wegen theoretischer Unklarheiten, die in Abschnitt 2.2. noch angesprochen werden.

c) Der siedlungssoziologische Ansatz hat den Vorteil, daß der Beziehungsvielfalt des sozialen Feldes, in dem sich die zu untersuchenden Familien befinden, stärker Rechnung getragen wird. Der Nachteil besteht darin, daß die Siedlungssoziologie diese Vielzahl von Variablen bisher in keinem zufriedenstellenden Theorie-Gebäude vereinen konnte²⁷⁾, sie vielmehr in den einzelnen Bereichen oft Unmengen von Daten erhebt, die in ihrer theoretischen Bedeutung unklar sind, und so dem Empirizismus verfällt.²⁸⁾ Viele Leitbegriffe der Siedlungssoziologie, wie das hier relevante Konzept der Integration, wurden vorschnell zu empirischen Zwecken operationalisiert, ohne sie auf ihre verschiedenen Bedeutungsebenen zu hinterfragen. Für den Begriff

25) Dagmar Krebs/Siegfried Röck, Darstellung und Diskussion der Ergebnisse der Obdachlosenuntersuchung in Mannheim, in KJ, 3. Jg., 1972, S. 180f

26) Vgl. Hans Strotzka/E. Gehmacher/A. Kaufmann, Wohnbedingungen und psychische Gesundheit, 1. Teil, unveröffentl. Manuskript der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Wien 1969, S. 53-60

27) Peter Atteslander/Bernd Hamm, Einleitung: Grundzüge einer Siedlungssoziologie, in dies., Materialien..., S. 11,15f; Guy Ankerl, Spezifische Faktoren in stadtsoziologischen Analysen, in KZfSS, 1974, S. 568f

28) "Der Sozialpsychologe, der auf diesem Gebiet (dem Wohnungsektor, d. Verf.) arbeitet, muß immun sein gegen die Tendenz, teilweise oder völlig empirizistische Erkenntnisse mit der Erforschung der Beziehungen zwischen den bekannten Variablen der Psychologie und der Soziologie zu verwechseln." Merton, Zur Sozialpsychologie..., S. 171
So besteht die Gefahr des Herabsinkens der Stadtsoziologie zu einer "hausfraulichen Nachbarschaftsstudie". Ankerl, S.577

der Integration wird dies in Abschnitt 2.1. nachzuholen versucht.

d) Der in neuerer Zeit besonders für soziale Problembereiche vorgeschlagene "action research"-Ansatz, in dem eine Synthese von Sozialforschung und geplanter politischer Beeinflussung von Personen und Institutionen im Forschungsfeld versucht wird²⁹⁾, untersucht vor allem Handlungs- und Veränderungsstrategien im sozialen Feld, an deren Entwurf und Realisierung sich die Wissenschaftler durch Kommunikation mit den Zielgruppen selbst beteiligen.³⁰⁾ Diese Verbindung von Theorie und Politik wirft eine Menge von Problemen auf, die beim derzeitigen Stand der Diskussion noch nicht als gelöst betrachtet werden können.³¹⁾ Rein technisch gesehen ist der für die Aktionsforschung erforderliche komplexe Aufbau des Forschungsprozesses nur von einem Forscher-Team zu bewältigen, nicht aber von einem "Einzelkämpfer", wie in dieser Untersuchung der Fall.

Damit sind beileibe nicht alle möglichen alternativen Forschungsansätze aufgezählt (man denke nur an Sozialisationsforschung,

29) Erwin K. Scheuch, Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilbd. 1, 3. Aufl. Stuttgart 1973, S. 161

"Das Forschungsziel besteht nicht ausschließlich darin, soziologische theoretische Aussagen zu überprüfen oder zu gewinnen, sondern darin, gleichzeitig praktisch verändernd in gesellschaftliche Zusammenhänge einzugreifen." Jürgen Klüver/Helga Krüger, Aktionsforschung und soziologische Theorien, in F. Haag/H. Krüger/W. Schwärtzel/J. Wildt, Hrsg., Aktionsforschung. Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne, München 1972, S. 76

30) "Die praktischen und theoretischen Ansprüche des action research verlangen vom Forscher eine zumindest vorübergehende Aufgabe der grundsätzlichen Distanz zum Forschungsobjekt zugunsten einer bewußt einflußnehmenden Haltung, die von teilnehmender Beobachtung bis zur aktiven Interaktion mit den Beteiligten reicht." Klüver/Krüger, S. 77

31) Haag nennt gesellschafts- und wissenschaftspolitische, wissenschaftstheoretische, forschungsstrategische, methodologische und methodische Probleme. Fritz Haag, Sozialforschung als Aktionsforschung, in Haag/Krüger/Schwärtzel/Wildt, S. 38-55

Familiensoziologie, usw.), doch spiegelt das obige Spektrum den Rahmen wider, in dem die Vorüberlegungen des Verfassers zu dem Forschungsprojekt abliefen.

Die Entscheidung für den siedlungssoziologisch ausgerichteten Ansatz wurde neben wissenschaftlichen Argumenten auch durch Bedingungen beeinflusst, die man als "persönliche Ressourcen" des Untersuchenden bezeichnen kann: das sind die zur Verfügung stehende Zeit, finanzielle Mittel, Theorien- und Methodenkenntnis.

1.2.3. Exkurs: Prädetermination der Ergebnisse durch Methodenwahl?

Bei einem ungebrochenen Vertrauen in genügend objektive und valide Untersuchungsmethoden der empirischen Sozialforschung könnte man sofort dazu übergehen, die Angemessenheit einzelner Methoden für den vorliegenden Untersuchungsbereich zu diskutieren. Eine Frage, "ob die Untersuchungstechniken des Social research eine angemessene Erfassung der gesellschaftlichen Realität ermöglichen, und ob sie Vorentscheidungen sozialtechnischer und direkt politischer Art beinhalten, die eine Verwendung für integrative Sozialplanung und ideologische Formierungstendenzen im Spätkapitalismus von ihrem Ansatz her nahelegen"³²⁾, geht hinter blinde Methodengläubigkeit zurück.

Sieht man einmal von den "ideologischen Formierungstendenzen im Spätkapitalismus" ab, so bleibt das Problem, ob bereits durch den Einsatz bestimmter Methoden und ihren Anwendungsmodus Ergebnisse determiniert werden, die für die zugrunde liegende Fragestellung aus der Sicht des Forschers wenig relevant sind³³⁾ oder, wie im vorliegenden Fall denkbar, zu Informationen führen, die für die Familien des Wohnprojekts von geringem Nutzen sind, aber

32) Hartwig Berger, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung, Frankfurt/M. 1974, S. 13

33) Berger behauptet: "Die empirische Sozialforschung bezahlt eine normierte Datenermittlung mit beschränkten, falschen und nicht verallgemeinerbaren Erkenntnissen." Ebd., S. 27

für die planende Verwaltung genügend Handlungsanweisungen liefert, aufkommende Unzufriedenheit und Kritik am Wohnprojekt im Keim zu ersticken, ohne deren Ursachen zu beseitigen.

Berger schränkt seine Kritik an den Forschungsmethoden auf das standardisierte Interview und die Einstellungs-Skalen ein³⁴⁾, doch ist es die Frage, ob Berger's Kritik nicht auf alle in der empirischen Sozialforschung gebräuchlichen Methoden zurückfällt, wenn die gewonnenen Daten durch ihre Verwendungsfähigkeit für eine "integrative Sozialplanung"³⁵⁾ ihren forschungsmethodischen Objektivitätsanspruch verlieren.³⁶⁾

Nimmt man einmal die Wertprämisse Berger's ernst, daß die Verwendbarkeit der Forschungsergebnisse für "integrative Sozialplanung" auszuschalten sei³⁷⁾, so muß man fragen, ob dies überhaupt möglich ist: eine Alternative wäre die Konstruktion von Theorien, deren Variablen so gewählt werden, daß sie vorwiegend für die Untersuchten selbst von Wichtigkeit sind³⁸⁾, eine andere, die Forschungsergebnisse nicht in die Hand jener Institutionen gelangen zu lassen.

Beide Alternativen sind aber keine Methodenprobleme, sondern als Probleme der Variablenwahl und der Verwendung der Daten dem Bereich der Wissenschaftssoziologie und -politik zugehörig.

Dies sind zweifellos Fragen von großer Wichtigkeit, doch glauben wir kaum, daß hier mit einer grundsätzlichen Diskussion der Methoden ein Fortschritt erzielt werden kann. Damit sind die in

34) Berger, S. 28

35) Die Unschärfe dieses Begriffs erlaubt die Subsumtion verschiedenster Sachverhalte unter eben diesen.

36) Diese Verwendbarkeit für eine "integrative Sozialplanung" ist für Berger die letzte politische Folge des Vorgehens nach den Normen der analytischen Wissenschaftstheorie.

37) Berger's Ziel ist eine emanzipatorische Sozialforschung: Eine Sozialforschung aber, die emanzipatorische Ansprüche verwirklicht, muß sich aus einem Erkenntnismittel von Kopfarbeitern und bürokratischen Institutionen in ein Instrument der Selbstaufklärung der Massen verwandeln." Ebd., S. 201

38) Zu fragen wäre, ob nicht auch Ergebnisse einer emanzipatorischen Sozialforschung für eine "integrative Sozialplanung" zu verwerten wären, und sei es nur zur Gegensteuerung emanzipativer Prozesse.

dieser Untersuchung angewandten Methoden jedoch nicht ohne Probleme, vielmehr ergeben sich bei ihrem Einsatz Schwierigkeiten, die in Teil 3. noch ausführlicher besprochen werden.

2. Theoretischer Teil

Die Entscheidung, nach welchem oder nach welchen fachsoziologischen Schwerpunkten die eigene Untersuchung ausgerichtet wird, ist mit davon abhängig, ob die Schlüsselbegriffe oder -theorien der jeweiligen speziellen Soziologie dem zu untersuchenden sozialen Feld angemessen sind, d.h. ob die bereits zu Anfang der Untersuchung bestehenden Probleme im Feld mit diesen Begriffen und Theorien auch zu erfassen sind.

An den Komplexen Integration, Anomie, Nachbarschaft wird dies abgehandelt. Nach der Klärung dieser für die Arbeit wichtig erscheinenden Grundbegriffe werden Hypothesen formuliert. Dies geschieht auch für den Bereich der Sozialarbeit, wonach abschließend zu der Variablen "verbesserte Wohnbedingungen" Stellung genommen wird.

2.1. Der Begriff 'Integration' in der Stadtsoziologie

Der Begriff der Integration wird nicht nur im wissenschaftlichen Bereich (hier dem Bereich der Soziologie der Stadt) verwandt, auch im Gespräch mit Vertretern der städtischen Verwaltung und mit den umgesiedelten Familien selbst stieß der Verfasser auf diese Leitidee.¹⁾ Auch in der Belletristik stößt man auf Schilderungen von "integrierten" Wohnvierteln, wobei meist ein gewisser Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung der Bewohner solcher Viertel geschildert wird.²⁾

Eine Explikation des Begriffs soll zeigen, in welchem Verwendungszusammenhang er in der Stadt- und Siedlungssoziologie steht, welche positiven und negativen Werte damit verbunden, und endlich, ob er für die Untersuchung brauchbar ist.

1) Siehe dazu den Zeitungsartikel im Anhang V, S. 190

2) Vgl. z.B. die Darstellung einer sich gegen die Machtwillkür des nationalsozialistischen Regimes solidarisch verhaltenden Bewohnerschaft eines Arbeiterviertels im 2. Weltkrieg bei Franz Josef Degenhardt, Zündschnüre, Roman, Hamburg 1973

2.1.1. Integration bei R. König

René König sieht in seiner soziologischen Analyse der Gemeinde die Integration "als das eigentlich zentrale Problem unseres Gegenstandes."³⁾ Er geht in seinen Überlegungen aus von der Kritik einer - wie er es nennt - 'ganzheitlichen' Betrachtungsweise, die die Integration der Gemeinde immer schon voraussetzt, Gemeinde als integriertes Ganzes definiert und alle weiteren Probleme unter dieser Voraussetzung betrachtet.⁴⁾ König erklärt diese Sichtweise damit, daß die Vorstellung der biotischen Gemeinschaft⁵⁾ auf die menschliche Gemeinde übertragen wird: die biologische Analogie der Siedlung als Bienenvolk.

Auch die Argumentation, daß das räumliche Zusammenleben als hinreichender Bedingungsfaktor für Integration gelten könne, weist König aufgrund empirischer Erfahrungen in städtischen Neubauvierteln zurück, wo räumliche Gegebenheiten von kulturellen Affinitäten überlagert werden.⁶⁾

Er streitet allerdings die Brauchbarkeit des Begriffs nicht rundweg ab, sondern folgert, daß eine Aussage über Integration einer Siedlungseinheit niemals vor Beginn der Forschung getroffen werden kann, bestenfalls nach Interpretation der Ergebnisse.⁷⁾

Der sozialstrukturellen Gliederung einer Gemeinde mißt König wesentlich größere Bedeutung bei und sieht in ihr eine ständige Quelle neuer Differenzierungs-, Absetzungs- und Diskriminierungsversuche, so "...daß rein im Bereich des Sozialen eine solche Integration vielleicht überhaupt nicht realisiert werden kann."⁸⁾

3) René König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Reinbek b. Hamburg 1958, S. 109

4) Ebd., S. 109. Als Beispiel für diese Sichtweise führt er die geschichtsphilosophische Theorie von Tönnies an, nach der sich die Gemeinschaft (voll integriert) zur Gesellschaft (weniger integriert) fortentwickelt.

5) Ebd., S. 112

6) Ebd., S. 113

7) Ebd., S. 120

8) Ebd., S. 124

Sodann sieht er sich nach weiteren Dimensionen um, "...in denen sich eine andere Integrationsebene als die soziale eröffnet"⁹⁾ und erwähnt als Möglichkeit Symbolidentifikationen (z.B. Heimat, berühmtes Bauwerk einer Stadt, Sportverein) und die Lokalzeitung als Vermittler von gemeinsamen Werten und Kommunikationsinhalten.¹⁰⁾ Aber auch dies scheint kein Ausweg zu sein, wie König bereits weiter oben feststellt: "So muß regelmäßig soziale Diskriminierung gerade da auftreten, wo gemeinsame Wertideen vorhanden sind, wie paradox das auch scheinen mag."¹¹⁾ Resümierend ist festzustellen, daß der Integrations-Begriff leider ebenso unpräzise und verschwommen aus dem König'schen Bad der Kritik hervorgeht wie er hineingeraten ist.

2.1.2. Integration bei Oswald

Oswald ist der Auffassung, daß die Siedlungssoziologen das Begriffspaar Integration - Desintegration der strukturell-funktionalen Theorie entlehnt haben, und daß es somit auch der allgemeinen Kritik am Funktionalismus unterliegt.¹²⁾ So sei es schwie-

9) Ebd., S. 124

10) Ebd., S. 124-127. Eine neuere empirische Untersuchung, die auf dem Integrationsmuster der Symbolidentifikation aufgebaut ist, führte Dorsch in einem Münchner Neubauviertel durch. Zu den theoretischen Grundlagen vgl. Petra Dorsch, Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozeß, München 1972, S. 23ff

11) König, Grundformen..., S. 123. Er meint damit Unterschiede zwischen jenen, die die Werte besser, und solchen, die die Werte weniger gut erfüllen. Vgl. auch Dieter Graf von Merfeldt, Großstädtische Kommunikationsmuster, Köln 1971, S. 26

12) "Die Beschreibung und Erklärung wird meist in einer Gemeindeftheorie behandelt, in deren Mittelpunkt das skalare Begriffspaar Integration und Desintegration im Sinne der strukturell-funktionalen Theorie steht. Mit diesen Begriffen soll der Grad des Zusammenhalts, die Kohäsion einer gesellschaftlichen Einheit, in unserem Fall der Gemeinde, ausgedrückt werden, wobei jede konkrete Gemeinde auf einer Skala zwischen den beiden Polen der vollständigen Integration und der Auflösung eingezeichnet werden kann." Hans Oswald, Die überschätzte Stadt, Olten 1966, S. 24

rig, festzustellen, welche Faktoren sich funktional oder dysfunktional für den gerade existierenden Gleichgewichtszustand auswirken, da die Definitionsmerkmale, an denen man den Gleichgewichtszustand erkennen kann, zugleich als Ursachefaktoren eben dieses Zustandes angegeben werden.¹³⁾

"Andererseits kann der Gebrauch des Wortes Integration in bestimmten Zusammenhängen als Ausdruck für die Kohäsion einer Gemeinde sinnvoll sein, wenn man ihn komparativ benützt, eindeutige Indikatoren annimmt und aus der strukturell-funktionalen Theorie herauslöst."¹⁴⁾

Oswald wählt zu diesem Zweck drei Indikatoren:¹⁵⁾

1. Diejenige Gemeinde ist integrierter als eine andere, in der es zahlreichere Verhaltensnormen gibt, die einer erfolgreichen sozialen Kontrolle der Gemeindemitglieder unterliegen.
2. Der Grad der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde spielt eine Rolle, etwa mit welchen Bedingungen und Schwierigkeiten die Aufnahme erfolgt oder welche Bedeutung die Zugehörigkeit zur Gemeinde für die Mitglieder besitzt.
3. Jene Gemeinde gilt als weniger integriert, in der das bestehende Schichtsystem häufiger verbal oder tätlich in Frage gestellt wird.

Sieht man einmal von der Schwierigkeit der Operationalisierung ab, insbesondere beim zweiten Indikator ist unklar, was genau gemeint ist, so sind mit diesen Indikatoren zwar im Prinzip empirische Vergleiche zwischen Gemeinden möglich, doch ist zu bezweifeln, ob hiermit die Wertbezogenheit des Begriffs schon ausgeschaltet ist. Da meist die Mächtigeren soziale Kontrolle über die weniger Mächtigen ausüben, und das bestehende Schichtsystem meist nur von den Angehörigen unterer Schichten in Frage gestellt wird, könnte man den Oswald'schen Integrationsbegriff auch als Maß für die Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs der

13) Zur Kritik des strukturell-funktionalen Integrationsbegriffs siehe auch Manfred Clemenz, Soziologische Reflexion und sozialwissenschaftliche Methode, Frankfurt/M. 1970, S. 124-128

14) Oswald, S. 25

15) Ebd., S. 25f

oberen Schichten ansehen.

2.1.3. Die Integration marginaler Gruppen bei Bingemer u.a.

Von einem mehr psychoanalytisch orientierten Integrationsbegriff gehen Bingemer u.a. aus, um die Eingewöhnungsprozesse von Gastarbeitern zu untersuchen. Die Autoren gehen aus von der individuellen Ebene, wo sich die Integration als Vereinheitlichung der elementaren Strebungen der Person definiert.¹⁶⁾ Dabei werden "...die natürlichen, ungezügelten Triebe durch die Bestrebungen des Ich, sich den Forderungen der Umwelt anzupassen, einer Einschränkung und Wandlung unterzogen."¹⁷⁾

Dieses Modell wird auf die Gesellschaft übertragen, wobei die hier wirksamen Kräfte sogenannte "Tendenzen" sind, die von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Als notwendige Bedingung für das Ablaufen eines Integrationsprozesses wird das Vorhandensein sozialer Kontrolle erachtet, meist in der Form von Massenkommunikationsmitteln auftretend.¹⁸⁾

Bingemer u.a. unterscheiden sodann folgende Integrationsformen marginaler Randgruppen:¹⁹⁾

1. Monistische Integration: Die Minderheit gibt ihre Eigenart vollständig auf und paßt sich der Mehrheit an, die unverändert bleibt.
2. Pluralistische Integration: Beide Seiten behalten ihre Eigenart und leben im Sinn einer Koexistenz mit Notlösungen zusammen (z.B. Ghetto).
3. Interaktionistische Integration: Minderheit und Mehrheit stehen im Prozeß ständiger Interaktionen. Im günstigsten Fall er-

16) Karl Bingemer/E. Meistermann-Seeger/E. Neubert, Leben als Gastarbeiter. Geglückte und mißglückte Integration, Köln 1970, S. 17

17) Ebd.

18) Ebd., S. 18

19) Ebd., S. 19f

gibt sich eine gemeinsame Lebensform, die sich von der vorherigen unterscheidet (als Beispiel wird eine gute Ehe erwähnt). Hieran ist zu kritisieren, daß die unpräzisen Termini der psychoanalytischen Theorie auch bei Übertragung auf soziale Phänomene nicht präziser werden. Die drei Integrationsformen schließen so viele Fälle des Zusammenlebens ein, daß höchstens noch offener Krieg zwischen beiden Parteien nicht als Integration gesehen wird.²⁰⁾ Bei der Form der interaktionistischen Integration war so offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens, daß für ein Beispiel zu dieser Ideal-Integration auf den familiären Bereich zurückgegriffen werden mußte. Deutlich wird hingegen bei Bingemer u.a., daß Interessenkollisionen zwischen Mehrheit und Minderheit den Integrationsprozeß stark beeinflussen können, und daß es eine Vielzahl der Möglichkeiten des Zusammenlebens gibt, wenn man die verschiedenen Übergänge von der einen Form der Integration zur anderen mit berücksichtigt.

2.1.4. Integration als Wunsch und Wert

Mit den impliziten Wertgehalten des Terminus Integration setzt sich E. Bauer auseinander: "Ungeklärt in Definition und Ableitung nimmt der Begriff geradezu normativen Charakter an - er wird stillschweigend zu einem positiven Wert für das städtische oder gemeindliche Sozialgefüge. Integration wird auf diese Weise zu einer Ideologie."²¹⁾

Diese Behauptung stützt er mit Beispielen aus der deutschen sied-

20) Dieses Problem ergibt sich auch, wenn z.B. in den USA in politischen Programmen zur Verringerung der Segregation von Schwarz und Weiß Integration als geringe oder nicht vorhandene Segregation definiert wird: "...integration, viewed as the ability of diverse groups to share a community life, is a necessary and positive social goal." Ohne Verf., Public Housing and Integration: A Neglected Opportunity, in Columbia Journal of Law and Social Problems, Vol. 6, 1970, S. 253, Fußnote 4

21) Eckhart Bauer, Integration als Wunsch und Wert in der Soziologie der Stadt, in H. Korte, Hrsg., Soziologie der Stadt, München 1972, S. 38

lungssoziologischen Forschung, in der von vornherein das Untersuchungsobjekt unter dem Gesichtspunkt der Dichotomie Integration - Desintegration betrachtet wird, "...wobei Desintegration bereits als der negative Zustand bestimmt und mit dem richtungsweisenden 'trotzdem' die Integration als ein erhaltenswerter oder anzustrebender Zustand umrissen wird."²²⁾ Trotz entgegenstehender empirischer Befunde²³⁾, die zumindest im großstädtischen Bereich die Irrelevanz des tradierten Integrationsbegriffs aufzeigen, wird die dahinter liegende Zielvorstellung nicht aufgegeben.²⁴⁾ Bauer gelangt nun zu dem Punkt, an dem König die Gefährdung der Integration durch verschiedene Werte und Interessen konstatiert und es dabei bewenden läßt.²⁵⁾ Er geht hier weiter als König und regt mit den folgenden Fragen eine Analyse der Interessenssätze an:

- "1. Welche Klassen oder Schichten sind in einer überschaubaren sozialen Wirklichkeit (hier der Gemeinde) vorhanden?
2. Welchen tatsächlichen Herrschaftsspielraum und politischen Einfluß haben die verschiedenen Klassen oder Schichten und aufgrund welcher Bedingungen?
3. Welche Klasse oder Schicht formuliert, prägt und erhält die wesentlichsten kulturellen und sozialen Werte, setzt Verhaltensnormen in einer Gesellschaft, d.h. also auch: in einer Gemeinde, in einer Stadt?

22) E. Bauer, S. 39

23) Er bezieht sich hier u.a. auf Elisabeth Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, Hamburg 1965, die auf S. II feststellt: "Eine Neuintegration großstädtischer Familien auf lokaler Ebene, eine innere Sozialisation der Wohngebiete, erwies sich nur als begrenzt möglich."

24) E. Bauer expliziert die Zielvorstellung der integrierten Gemeinde als "...eine Kohäsion aller Gemeindemitglieder..., die über Klassengrenzen hinweg vermittelt wird, durch Medien wie Vereinszugehörigkeit, Identifikation mit dem Ort und seiner Landschaft oder auch durch die Lokalzeitung. Gemeint ist also eine gewisse soziale Einheit, die die Gesamtbevölkerung in einer Gemeinde oder Stadt darstellt, wobei sich diese Einheit verbunden mit einer gewissen Harmonievorstellung des Zusammenlebens und sozialen Handelns auch auf kleinere Bezirke der Umwelt (Straßen, Blocks, Wohnviertel) beziehen kann." Ebd., S.44f

25) Vgl. König, Grundformen..., S. 123f

4. Welche Klasse oder Schicht hat welches Interesse, bestimmte Werte und Normen zu erhalten oder für andere Klassen oder Schichten als verbindlich durchzusetzen?

5. Speziell zur Integration: Welches Ziel und welches Interesse werden eigentlich beim Prozeß der Integration durchgesetzt?"²⁶⁾

Zur Beantwortung dieser Fragen sieht E. Bauer einen konflikt-theoretischen Ansatz eher geeignet als eine Sichtweise unter dem Blickwinkel der Integration. Die Möglichkeit zur Integration will er auf partielle Verbindungen innerhalb einer Schicht eingeschränkt wissen: "Eine Integration innerhalb einer Klasse, Schicht, Gruppe oder Gesellschaftsform wird sich bei der strukturellen Ähnlichkeit der Beteiligten und der gemeinsamen Werte, Normen oder Interessen leichter herausbilden; nur so kann Integration einen Sinn bekommen, weil eine 'Harmonie' nicht durch fremdbestimmte Werte oder fremde Interessen zustande kommt."²⁷⁾

Nicht als Integration sieht er dagegen die Symbolidentifikationen an, die sich nur auf die sozialpsychologische Ebene des Zusammenlebens beziehen,²⁸⁾ aber sozialstrukturelle Unterschiede unberührt lassen.²⁹⁾

Bauer's Kritik läßt die hinter dem Begriff verborgenen Wertvorstellungen deutlich werden und weist auf die vorhandenen Differenzierungen des Untersuchungsbereichs hin. Der Autor grenzt den Anwendungsbereich des Begriffs ein, läßt den Leser aber im Unklaren darüber, was er nach der Revision des Begriffs noch unter Integration versteht.

26) E. Bauer, S. 45

27) Ebd., S. 51 (Hervorhebungen i.O.)

28) "Mit einer Integration aller Bewohner im städtischen Bereich verknüpfen sich nur allzu schnell bürgerliche Harmonievorstellungen und die stille Sehnsucht, soziale Spannungen nur sozialpsychologisch aufzuheben, um Ruhe und Ordnung auch in der unmittelbaren Wohnumwelt zu erhalten oder anzustreben." Ebd., S. 49

29) "Der Integrationsbegriff nimmt immer dann einen verhüllenden Charakter an, wenn sozialpsychologische und sozialstrukturelle Ebene analytisch nicht getrennt werden. Denn nur bei sozialstrukturell ähnlich gelagerten Schichten oder Gruppen kommen beide Ebenen zur Deckung, und nur dann kann überhaupt ein Tatbestand sozialen Zusammenhalts begrifflich präzise mit Integration gefaßt werden. Eine Integration wird sich daher immer nur auf gesellschaftliche Teilstrukturen der Gemeinde beziehen können, wenn der Terminus nicht zur Ideologie umschlagen soll." Ebd., S. 52 (Hervorhebung i.O.)

2.1.5. Empirische Behandlung von Integration

Eine immense Vielfalt empirischer Befunde liefert die von Albrecht so bezeichnete Akkulturationsforschung³⁰⁾, die Verhalten und Einstellungen von Migranten bei Neuzug in urbane Gebiete untersucht, ein Prozeß, der Anpassung, Integration, Akkulturation, Assimilation, Partizipation, Absorption oder wie auch immer genannt wird.³¹⁾

Es zeigt sich, daß zwar fast jede Untersuchung neue Bedingungsfaktoren und auch neue Meß-Indizes für Integration verwendet, aber eine allgemeinere Theorie der Integration bisher nicht erreicht wurde. Peter H. Rossi führt z.B. zwei Indikatoren für Integration in einem Wohngebiet an: einmal das Ausmaß, in dem die Bewohner dieses Bezirks sich als ähnlich oder unterschiedlich zu ihren Nachbarn einordnen bezüglich der Schichtzugehörigkeit³²⁾, zum anderen die Zahl der Besuchskontakte (visiting relationships) in diesem Gebiet.³³⁾

Hier kann man Chamboredon/Lemaire nichts hinzufügen, die schreiben: "Beim Lesen bestimmter Studien könnte man glauben, daß Sozialität nichts anderes sei als eine bestimmte Bereitschaft zum Austausch von Beziehungen und daß sie sich in Blütezeiten des sozialen Lebens nur sehr schwach an die soziale Situation binden lasse, so daß sich die Soziologie hier auf ein Studium eines "Homo loquens" beschränken könnte - eines Menschen also, der reden und mit seinen Nachbarn Bekanntschaft schließen kann."³⁴⁾

30) Eine Zusammenstellung der Befunde liefert Günter Albrecht, Soziologie der geographischen Mobilität, Stuttgart 1972, S. 263-275

31) Ebd., S. 263; Gino Germani, Migration und Akkulturation, in Atteslander/Hamm, Materialien..., S. 302. Es wäre eine ausfüllende Arbeit, den Gebrauch der Termini bei den einzelnen Autoren darzustellen und systematisch voneinander abzugrenzen.

32) Peter H. Rossi, Why Families Move, Glencoe, Ill., 1956, S.32ff

33) Auf diese Weise kann man ganz einfach zu folgenden Ergebnissen kommen: "...many studies have shown that a person's 'sociability' is closely related to his economic status. Hence we can expect that the lower socio-economic areas will evidence less integration than the higher socio-economic areas, because lower class people have fewer personal contacts than higher socio-economic status people." Ebd., S. 35

34) Jean-Claude Chamboredon/Madeleine Lemaire, Räumliche Nähe und soziale Distanz, in Atteslander/Hamm, Materialien..., S. 200f

Es scheint immer noch zu gelten, was Landecker 1951 konstatierte: "We do not know enough about social integration to postulate any one set of data as the index of integration as such."³⁵⁾

2.1.6. Zusammenfassung und Konsequenzen: Verhaltenstypen

Die Überprüfung des bisherigen Gebrauchs und des impliziten Wertgehalts des Begriffs Integration - wie soeben geschehen - läßt es fraglich erscheinen, ob er ohne weiteres zur Kennzeichnung des Prozesses, den die hier zu untersuchenden Familien in ihrer neuen Umgebung durchleben, herangezogen werden kann. Vor einer Entscheidung über Integration oder Nicht-Integration steht die Frage, ob nicht andere, für eine Erklärung des Prozesses viel wichtigere Faktoren die soziale Situation der Untersuchten bestimmen. Der optimistische Soziologe, der auszieht, um die Überwindung von Klassenschranken zu verifizieren, könnte allzubald ratlos vor einer Anhäufung sozialer Konflikte stehen. Die Verwendung des Begriffes Integration in der Stadtsoziologie ist an eine bestimmte Sichtweise des jeweils vorliegenden Problems gebunden, d.h. vom Standpunkt des Forschers aus werden bestimmte Verhaltensweisen (und Einstellungen) in bestimmten sozialen Situationen erwartet.

Diese Erwartungen schlagen sich nieder in mehr oder minder expliziten Hypothesen, die jene Verhaltensweisen unter den und den Bedingungen prognostizieren, die gemäß der jeweiligen Operationalisierung als Integration bezeichnet werden.

Will man Hypothesen für den vorliegenden Fall konstruieren, d.h. präzisiert man eigene vage Theorien, die man über die Auswirkungen des Wohnungswechsels hat, so kommt man um die Voraussage von Verhaltensweisen der Familien des Wohnprojekts nicht herum.

Man könnte auch bei der Messung psychischer Zustände von Individuen stehen bleiben, doch haben diese Konditionen auch wieder Konsequenzen im Verhalten, wie im folgenden Kapitel über Anomie

35) Werner S. Landecker, Types of Integration and Their Measurement, in AJS, Vol. 56, 1951, S. 332

noch zu zeigen sein wird.

Wir gehen davon aus, daß die Familien in der neuen sozialen Situation nach dem Wohnungswechsel auf die Umwelteinflüsse unterschiedlich reagieren, wobei wichtige Unterschiede in den folgenden zwei Typen von Verhalten festgehalten sind:³⁶⁾

Verhaltenstyp I: Die Familien sehen sich primär dem Konformitätsdruck der neuen Umwelt ausgesetzt und versuchen, das von ihr gewünschte Verhalten zu realisieren.³⁷⁾

Verhaltenstyp II: Die Familien erleben primär ihre neue Umwelt als nicht funktional für ihre Bedürfnisse und versuchen, durch aktives, solidarisches Handeln ihre Situation zu verändern.³⁸⁾

Diese zwei Typen sind keine ausreichende Deskription der vielen möglichen Verhaltensweisen in dieser Situation, doch sind sie unseres Erachtens geeignet, Voraussagen über die Art und Weise des Einlebens in der neuen Wohnumgebung zuzulassen.

Es wird angenommen, daß die Familien sowohl den Konformitätsdruck als auch die insuffiziente infrastrukturelle Ausstattung³⁹⁾ ihres Wohnviertels wahrnehmen, daß aber auf Grund bestimmter Be-

-
- 36) "Im Unterschied zur Persönlichkeitstypologie der Psychologie bildet die Soziologie Verhaltenstypen als Typen unterschiedlichen Verhaltens in gleichen Situationen. Die Soziologie, die die Problematik der individuellen Motivation in der Regel den Psychologen überläßt, kann zunächst nur typische Verhaltensweisen in typischen Situationen registrieren. Ein Verhaltenstypus bezeichnet also die typische Art des Rollenspiels, mit der Individuen auf die Rollenerwartungen in bestimmten Situationen reagieren." Hans Peter Dreitzel, Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 283 (Hervorhebung i.O.)
- 37) Dieser Typ wird angesprochen bei Dreitzel, S. 298; Fritz Haag, Hypothesenkatalog für Forschungen zum Problem der Übergangswohnungen für Familien aus Notunterkünften, in AJK, Randgruppenarbeit..., S. 63
- 38) Dreitzel, S. 326 und Christiansen, S. 183ff schildern diesen Typ.
- 39) Damit ist die Versorgung des Wohnviertels mit Einrichtungen der Ausbildung, des Verkehrs, der Gesundheitsfürsorge und für Freizeit und Erholung gemeint.

dingungen einer der beiden Wahrnehmungsbereiche Priorität erlangt und zum eben typisierten Verhalten führt. Diese "bestimmten Bedingungen", die zu der Wahrnehmungsselektion führen, gilt es nun exakter herauszuarbeiten.

2.2. Anomie

Verhalten und Einstellungen von Familien der Unterschicht werden in der Soziologie oft unter dem Thema Anomie abgehandelt. Die folgenden Erörterungen sollen zeigen, ob die damit verbundenen Hypothesen für diese Untersuchung fruchtbar sein können.

2.2.1. Anomie und empirische Ergebnisse

Wenn hier von Anomie die Rede ist, ist damit der erzielte Punktwert auf der von Srole entwickelten Anomie-Skala gemeint.⁴⁰⁾ Srole's Interesse beim Aufbau seiner Skala galt weniger einer Operationalisierung und Überprüfung der Anomie-Theorie Merton's als dem Problem, ein Maß zu finden für die soziale Integration von Individuen in sozialen Systemen. Dieser Typ von Integration ist nicht zu verwechseln mit dem oben diskutierten stadtsoziologischen Integrationsbegriff, der sich auf Gemeinden oder Teile hiervon bezieht.⁴¹⁾

Srole geht aus von dem von Durkheim erwähnten Gegensatzpaar

40) Leo Srole, Social Integration and certain Corollaries: An Exploratory Study, in ASR, Vol. 21, 1956, S. 709-716
Diese Skala wird nicht ausschließlich verwendet. Oft werden Items anderer Skalen hinzugefügt, die einen ähnlichen Bedeutungsgehalt haben. Vgl. z.B. Günter Albrecht, Obdachlose in Köln - Bericht über eine Längsschnittstudie, in AJK, Randgruppenarbeit..., S. 38, 54, Anmerkungen 20,21,S55, Anmerkungen 22-25

41) Srole bezieht sich bei seinem Integrations-Konzept auf Parsons und Landecker. Srole, S. 709, Anmerkung 2
Man muß allerdings sehen, daß Srole in seinen Items auf die lokale (gemeindliche) Integration zurückgreift, wenn er nach dem Vertrauen gegenüber den "community leaders" fragt. Ebd., S. 712

"eunomia - anomia"⁴²⁾ als Maß für Integration: "The two terms can be adapted with some license to refer to the continuum of variations in the "integratedness" of different social systems or sub-systems, viewed as molar wholes."⁴³⁾

Die Anomie-Skala besteht aus fünf Items, die einzelnen Bedeutungskomponenten des Anomie-Begriffs, so wie Srole ihn sieht, zugeordnet sind.⁴⁴⁾

Neben anderen Beziehungen erhält Srole das Resultat, daß in der Unterschicht höhere Anomie-Raten erzielt werden als in Mittel- und Oberschicht.⁴⁵⁾ Dieser Befund wurde in der Folgezeit des öfteren überprüft, u.a. von Bell, der nachweisen wollte, "that economic status is an important determinant of anomie"⁴⁶⁾ und weitere Variablen finden wollte, die mit dem Anomiegrad kovariieren. Srole's Resultat wird von ihm bestätigt, die Variablen 'soziale Isolation' und 'ökonomischer Status des Wohnviertels' korrelieren mit dem Anomiegrad in der vorausgesagten Weise.⁴⁷⁾

42) "The former originally denoted a well ordered condition in a society or state, the latter its opposite." Srole, S. 710

43) Ebd., S. 710. Die Unklarheiten des Durkheim'schen Integrationsbegriffs sind damit jedoch nicht beseitigt. Auch die offenbar postulierte Kovarianz von Anomie und Integration - hoher (niedriger) Grad von Anomie zusammen mit niedrigem (hohem) Grad von Integration - ist empirisch nicht überprüft. Vgl. Karl-Dieter Opp, Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 76, 79f

44) Srole, S. 712f. Albrecht hebt hervor, daß ähnliche Items "für ganz unterschiedliche theoretische Konzepte, unter anderem für Entfremdung, Anomie, Leistungsorientierung, Modernismus, Kollektivismus und Individualismus" verwendet werden. Albrecht, Obdachlose..., S. 38
Dies zeigt die geringe Präzision solcher Variablen auch in operationalisierter Form.

45) Srole, S. 715. Schichtindikatoren sind Beruf und Bildung.

46) Wendell Bell, Anomie, Social Isolation, and the Class Structure, in Sociometry, Vol. 20, 1957, S. 105

47) Ebd., S. 114f. Soziale Isolation wurde mit einer "social-participation-scale" gemessen. Bell spricht vom ökonomischen Status der "neighborhood", gemeint ist hier das Wohnviertel.

Mizruchi, der die Gültigkeit dieser Befunde für Kleinstädte überprüft, gelangt zu ähnlichen Ergebnissen mit der Einschränkung, daß er eine konträre Beziehung zwischen Einkommen und Anomiegrad in der Unterschicht findet und keine Relation von Anomie und sozialer Isolation in den oberen Schichten.⁴⁸⁾

Wilson, der am Anomiegrad in Ghettos interessiert ist, kann im Gegensatz zu den oben referierten Untersuchungen keine Beziehung zwischen sozio-ökonomischem Status (sowohl individuell als auch auf das Wohnviertel bezogen) und dem Anomiegrad feststellen, ebenso nicht bei sozialer Isolation und Anomie.⁴⁹⁾

Barnett konnte die Hypothese bestätigen, daß hohes Bildungsniveau mit niedrigem Anomiegrad korreliert, die Höhe des Einkommens dagegen ohne Einfluß auf ihn ist.⁵⁰⁾

2.2.2. Allgemeine Kritik

Diese unterschiedlichen Ergebnisse mögen zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß den einzelnen Studien nicht vollkommen identische Fragestellungen zugrunde lagen und daß nicht immer dieselben Indizes für die unabhängigen Variablen herangezogen wurden, jedoch war der Untersuchungsbereich jeweils die oder Teile der nordamerikanischen Gesellschaft, d.h. die in den Items angesprochenen Wertvorstellungen wurden nicht auf eine fremde Gesellschaft mit anderen Werten transponiert.

Wichtiger als der Streit darüber, ob die Ergebnisse zutreffen oder nicht, ist aber die Frage, was mit der Srole'schen Skala gemessen wird: "...nämlich ein psychischer Zustand allgemeiner Unzufriedenheit, die aus den unterschiedlichsten Frustrationen und Quellen sich speisen kann. Über die Ursachen solcher vagen

48) Ephraim H. Mizruchi, Social Structure and Anomia in a Small City, in ASR, Vol. 25, 1960, S. 648-650

49) Robert A. Wilson, Anomie in the Ghetto: A Study of Neighborhood Type, Race, and Anomie, in AJS, Vol. 77, 1971/72, S. 74-78

50) Larry D. Barnett, Achievement Values and Anomie among Women in a Low-Income Housing Project, in Social Forces, Vol. 49, 1970/71, S. 129

Unzufriedenheit läßt sich aus der Anomie-Skala von Srole nichts ablesen."⁵¹⁾ Vor allem bleibt der Zusammenhang zwischen psychischem Zustand und der Sozialstruktur ungeklärt, da die genannten Untersuchungen zwar Korrelationen angeben, aber keine Kausalketten. Über die von Merton und Durkheim postulierte Relation soziale Bedingung $\longrightarrow$ psychischer Zustand $\longrightarrow$ abweichendes Verhalten kommt auch Srole nicht hinaus.⁵²⁾

Auch Albrecht, der in seiner Obdachlosen-Studie eine kombinierte Skala mit Items von Srole und Rosen⁵³⁾ benützt, kommt zu dem Schluß: "Die festgestellten Zusammenhänge sind....schwer interpretierbar in bezug auf kausale Strukturen."⁵⁴⁾

Man könnte nun als Ausweg im soziologischen Bereich bleiben, indem man die Variable Anomie in der obigen Relation einfach übergeht⁵⁵⁾, oder - wie Dreitzel vorschlägt - weitere intervenierende Variablen einführt, die auf die Persönlichkeitsstruktur der anomischen Individuen Bezug nehmen müßten.⁵⁶⁾

51) Dreitzel, S. 54f

52) Vgl. Herbert McClosky/John H. Schaar, Psychological Dimensions of Anomy, in ASR, Vol. 30, 1965. Sie sind der Meinung, daß die Benutzer der Srole-Skala letztlich herausgefunden haben, wo sich die anomischen Individuen in der Sozialstruktur (und auch im Raum) befinden. Ebd., S. 17

53) Bernard C. Rosen, The Achievement Syndrome: A Psychocultural Dimension of Social Stratification, in ASR, Vol. 21, 1956, S. 203-211
Rosen erstellt eine Skala zur Messung von Leistungsmotivation. Barnett konnte nachweisen, daß zwischen Anomie und Leistungsmotivation keine Korrelation besteht, was heißt, daß ein beliebiges Mischen von Items beider Skalen unter dem Vorwand, daß beide das gleiche messen würden, problematisch wird.

54) Albrecht, Obdachlose...., S. 42

55) Opp zeigt, daß die Anomie-Theorie Merton's auch ohne seine Typologie der vier Anpassungsarten (die eine Beschreibung des psychischen Zustands neben der des Verhaltens einschließen) Erklärungskraft besitzt. Opp, S. 154-156

56) Vgl. Dreitzel, S. 55. Rose weist darauf hin, daß die Unterscheidung eines soziologischen und eines psychologischen Anomie-Begriffs zwar theoretisch gerechtfertigt ist, aber in der empirischen Praxis stets soziologische und psychologische Phänomene vermischt untersucht werden. Gordon Rose, Anomie and Deviation - A Conceptual Framework for Empirical Studies, in BJS, Vol. 17, 1966, S. 32

Eine Messung des Anomiegrads der Familien in unserer Untersuchung mit einer geeigneten Skala hätte also wenig Wert, da man hiermit zwar verschiedene Korrelationen mit anderen Variablen ausrechnen könnte, dies uns aber nicht weiter bringen würde auf dem Weg zu dem Ziel, Bedingungen für die Realisierung einer der oben entwickelten Verhaltenstypen anzugeben.⁵⁷⁾

2.2.3. Methodische Kritik

Es kommt noch das Problem hinzu, daß die jeweilige Untersuchungssituation anscheinend erheblichen Einfluß auf die Beantwortung der statements der Anomie-Skala hat.

Leslie G. Carr legte Versuchspersonen die Srole-Items in der ursprünglichen und in veränderter, "positiver" Formulierung vor und verglich den Grad an Zustimmung durch die Versuchspersonen in beiden Fällen.⁵⁸⁾ Es stellte sich heraus, daß auf die negativ und positiv formulierten Items nicht logisch konsistent geantwortet wurde, d.h. der Ablehnung im ersten Fall entsprach nicht die Zustimmung im zweiten und umgekehrt, es überwogen in beiden Situationen signifikant die Zustimmungen.⁵⁹⁾

Dieser Effekt - von Carr "acquiescence set" genannt - tritt seiner Erklärung zufolge eher in der Unterschicht auf, ist aber weniger als Persönlichkeitszug denn als Taktik in der Interaktion mit Interaktionspartnern zu sehen, die als mächtiger wahrgenommen werden.⁶⁰⁾ Wie in Abschnitt 3.2.2. noch zu zeigen sein wird,

57) Vgl. McClosky/Schaar, S. 18. Es stellt sich auch die Frage, ob Item 4 der Srole-Skala "So wie die Dinge in der Zukunft liegen werden, ist es kaum zu verantworten, Kinder in die Welt zu setzen" bei kinderreichen Familien nicht zwangsläufig höhere Anomie-Scores erzeugt, da der Wunsch nach Kindern bei ihnen wahrscheinlich gering sein wird. "A definition involving norms must necessarily also imply a definition of the area of the social system to which they refer, geographical as well as in terms of strata, or institutions." Rose, S. 32

58) Leslie G. Carr, The Srole Items and Acquiescence, in ASR, Vol. 36, 1971, S. 287-293

59) Ebd., S. 290

60) Ebd., S. 292

besteht eben diese Gefahr, daß dem Interviewer aufgrund seiner Rolle Sanktionsgewalt zugeschrieben wird, auch in unserer Untersuchungssituation.

2.2.4. Folgerungen für den theoretischen Ansatz

Die bisherigen Ausführungen lassen nicht den Schluß zu, daß eine Erklärung der Verhaltensformen der zu untersuchenden Familien mit dem Begriff der Anomie Vorteile gegenüber der Verwendung anderer Variablen hätte.

Will man Aussagen über das Verhalten der Familien nach dem Umzug in die neuen Wohnungen treffen, wie bereits oben in Abschnitt 2.1.6. angedeutet, so muß man die bisherige Wohnkarriere der Familien vor dem Umzug mit berücksichtigen.

Die wichtigste Annahme hierbei wird sein, daß sich die Familien in zwei Gruppen einteilen lassen, nämlich in jene, die aus einer Obdachlosenunterkunft in die Wohnungen kamen, und den Familien, die vorher in einer Wohnung aufgrund eines Mietvertrages lebten. Nimmt man weiter an, daß die Familien in den Obdachlosenunterkünften schon relativ lange Zeit (mehrere Jahre) zugebracht haben⁶¹⁾, so kann man folgende Unterschiede zwischen den beiden Gruppen aus vorliegenden empirischen Untersuchungen prognostizieren:

Familien mit langer Wohndauer in Obdachlosenunterkünften

- erfahren im Vergleich zur anderen Gruppe stärkere soziale Isolation⁶²⁾,

61) Christiansen zeigt, daß in der Stadt Düsseldorf kinderreiche Familien überdurchschnittlich lange Zeit in den Obdachlosenunterkünften zubringen. Christiansen, S. 38, Tab. 6

62) Albrecht, Obdachlose...., S. 45; Dagmar Krebs/J. Krolage/H. Meuter/S. Röck/E. Rosch, Obdachlosigkeit. Gemeindesoziologische Untersuchung, Kurzbericht, Teil I, in Informationen aus dem Sozialwesen der Stadt Mannheim, Heft 5, 1971, S. 14,26; Peter Höhmann, Zuweisungsprozesse bei Obdachlosen. Zur Produktion sozialer Probleme durch Instanzen sozialer Kontrolle, Dissertation, Regensburg 1973, S. 133-136; mit Einschränkungen: Haag, Wohnungslose Familien..., S. 106

- haben im Vergleich zur anderen Gruppe ein geringeres Aspirationsniveau bezüglich einer neuen Wohnung⁶³⁾,
- sind im Vergleich zur anderen Gruppe stärkerer Diskriminierung ausgesetzt⁶⁴⁾,
- haben im Vergleich zur anderen Gruppe geringere ökonomische Chancen⁶⁵⁾.

Während zu den Beziehungen zwischen der Variablen 'lange Wohndauer im Obdachlosenlager' und den abhängigen Variablen Isolation, Aspirationsniveau, Diskriminierung und Grad der ökonomischen Chancen nur die in den jeweiligen Anmerkungen genannten Untersuchungen vorliegen, ist die Beziehung zwischen diesen Variablen und dem Anomiegrad sehr viel allgemeiner überprüft worden, d.h. mit größeren Stichproben und im Vergleich verschiedener sozialer Schichten.⁶⁶⁾

Durch das Rekurrieren auf den psychischen Zustand "Anomie" erhält man aber noch keine Hypothesen über das Verhalten der beiden Familien-Gruppen in der neuen Situation nach dem Wohnungswechsel.⁶⁷⁾ Aus diesem Grund und wegen der anderen vorgebrachten Einwände erscheint uns der Anomie-Ansatz für unsere Untersuchung als nicht geeignet.

2.2.5. Hypothesen I, II

Nach der Differenzierung der Familien in zwei Gruppen wird nun gefolgert, daß diese beiden Gruppen unterschiedliche Verhaltens-

63) Albrecht, Obdachlose..., S. 42,45; Krebs/Krolage u.a., Anhang, S. 9; Haag, Wohnungslose Familien..., S. 109f

64) Krebs/Krolage u.a., S. 18f; Christiansen, S. 52f; Höhmann, S. 64-83

65) Albrecht, Obdachlose..., S. 37; Höhmann, S. 145-153

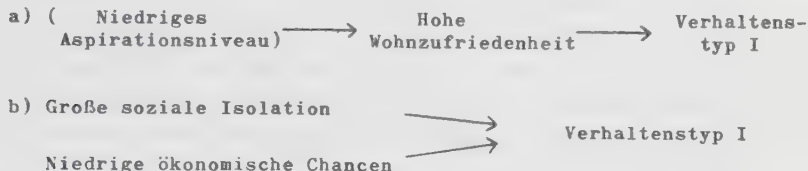
66) Streng genommen gilt dies nicht für die Relationen Diskriminierung - Anomie und Aspirationsniveau - Anomie. Bei den anderen zwei Relationen kam man zu widersprüchlichen Ergebnissen. Vgl. oben S. 27 und die Artikel von Bell, Mizruchi, Barnett und Wilson.

67) Auch die Typologie Merton's erlaubt keine Voraussage, welches Verhalten bei welchem Anomiegrad auftreten wird. Vgl. Opp, S. 155f; Dreitzel, S. 74

tendenzen zeigen.

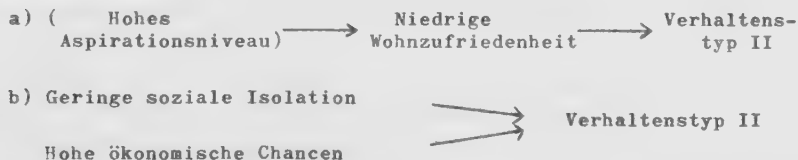
Hypothese I: Familien mit langer Wohndauer im Obdachlosenlager (OL-Familien) tendieren zu Verhaltenstyp I.

Schematisiert:



Hypothese II: Die vorher nicht obdachlosen Familien (n-OL-Familien) tendieren zu Verhaltenstyp II.

Schematisiert:



Nun besteht das Problem, daß die Werte der genannten unabhängigen Variablen idealerweise bereits vor dem Umzug der Familien hätten ermittelt werden müssen, da Bedingungen der neuen Wohnumgebung eine Veränderung der Variablenwerte herbeiführen können.

Die Variable 'Aspirationsniveau' ist deshalb eingeklammert und wird nicht gemessen, da die mögliche Auswirkung des Standards der neuen Wohnung auf das Aspirationsniveau die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß eine Messung ex post zu unterschiedlichen Werten im Vergleich zu vorher führt.

Die Wohnzufriedenheit wird mit der Frage ermittelt, wie den Familien die neue Wohnung gefällt.

Bei den Variablen 'ökonomische Chancen' und 'soziale Isolation' kann man die Annahme treffen, daß sie kurzfristig konstant sind und durch einen Wohnungswechsel nicht sofort beeinflußt werden.

Zur Messung der erstgenannten Variable wurden monatliches Haushaltseinkommen und beruflicher Status des Hauptverdieners der Familie, für die zweite Variable Mitgliedschaft und Aktivität in formalen Organisationen sowie Häufigkeit von Veranstaltungsbesuch herangezogen.⁶⁸⁾

Die Messung der beiden abhängigen Variablen Verhaltenstyp I und II erfolgt durch die nachstehenden Indikatoren: geringes Problembewußtsein im neuen Wohnbereich und geringe Teilnahme an Aktivitäten zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation kennzeichnen Typ I, relativ großes Problembewußtsein und häufige Teilnahme an Aktivitäten zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation kennzeichnen Typ II.

2.3. Nachbarschaftsverhalten

Es sollen hier nicht die überaus zahlreichen empirischen Befunde über den Nachbarschaftsbereich ausgebreitet⁶⁹⁾, vielmehr wie oben im Abschnitt über Integration Klarheit über Bedeutung und theoretische Einordnung des Begriffes Nachbarschaftsverhalten geschaffen werden.

2.3.1. Definition und Abgrenzung

In einer Definition dieses Komplexes ist zu differenzieren zwischen der Nachbarschaft als räumlich und personell begrenztem Bereich im Wohnviertel und den Interaktionen, die in diesem

68) Für die Variable 'Diskriminierung' ist die Annahme der kurzfristigen Konstanz nicht so leicht zu treffen, da für die OL-Familien der frühere Wohnort - das Obdachlosenlager - mit eine der Ursachen der Diskriminierung war, die jetzt durch den Wohnungswechsel nicht mehr gegeben ist. Das Stigma, aus einer Obdachlosenunterkunft zu kommen, kann aber am neuen Wohnort wiederum zu einer verstärkten Diskriminierung führen. Mit möglichen Diskriminierungen in der neuen Wohnumgebung beschäftigen sich die Hypothesen III und IV.

69) Vgl. dazu Elisabeth Pfeil, Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand, 2. Neubearb. Aufl., Hannover 1972, S. 259-267

Bereich aufgrund der Gemeinsamkeit des Wohnorts stattfinden (Nachbarschaftsverhalten, "neighboring").⁷⁰⁾ Dies involviert, daß der Bereich, in dem Nachbarschaftsverhalten abläuft, bei jeder empirischen Untersuchung über Nachbarschaft wieder neu definiert wird durch die Interaktionen der räumlich nah beieinander wohnenden Individuen.⁷¹⁾

So ermöglicht diese definitorische Trennung den Ausschluß von Nachbarschafts-Begriffen, deren Kennzeichen die Vermengung räumlicher und interaktionaler Gesichtspunkte bereits vor Untersuchungsbeginn ist, wie z.B. der in der Stadtplanung gebrauchte Terminus der Nachbarschafts-Einheit (neighborhood-unit).⁷²⁾

Die Gefahr einer solchen Ineinsetzung beruht in dem impliziten Einfließen von Wertvorstellungen, wie das Nachbarschaftsverhalten in bestimmten Bereichen aussehen sollte, meist orientiert an dem dörflichen Idealbild engverflochtener Nachbarschaftsbeziehungen.

Durch die in der Rollenanalyse entwickelte soziologische Sicht-

70) Vgl. Suzanne Keller, The Urban Neighborhood: A Sociological Perspective, New York 1968, S. 10. B. Hamm spricht wohl von den zwei Aspekten der räumlichen Nähe und der sozialen Interaktion, vermengt diese aber in seiner Definition der Nachbarschaft. Bernd Hamm, Betrifft:Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs, Düsseldorf 1973, S. 14f, 18

71) Keller, S. 44; René König, Großstadt, in ders. Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. II, Stuttgart 1969, S.645. "Zwischen der räumlichen Nähe und der nachbarlichen Beziehung besteht jedoch nur ein kausales Verhältnis (d.h. Nachbarschaft kann nur aufgrund der Nähe entstehen) und keine Wechselwirkung in der Weise, daß alle räumlich miteinander verbundenen Menschen auch in Nachbarschaftsbeziehungen zueinander stehen." Kurt D. Vierecke, Nachbarschaft. Ein Beitrag zur Stadtsoziologie, Dissertation, Aachen 1971, S. 13

72) Hamm argumentiert, daß mit diesem Begriff nur der räumlich-funktionale Aspekt der Nachbarschaft angesprochen sei. Hamm, S. 16. Doch zeigt die Kritik der "neighborhood-unit", daß mit dieser Idee durchaus auch Integrations-Vorstellungen verbunden sind, die selbst soziale Interaktion voraussetzen. Zur Diskussion und Kritik dieses Konzepts vgl. Pfeil, Großstadtforschung..., S. 343-353; Vierecke, S. 10-14, 95-99; Heide Berndt, Das Gesellschaftsbild bei Städteplanern, Stuttgart 1968, S. 145-149

weise wird es möglich, die Position⁷³⁾ des Nachbarn bezüglich anderer gesellschaftlicher Positionen einzuordnen, damit verbundene Rollen, Normen und Erwartungen zu verdeutlichen und zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die Position des Nachbarn aktualisiert und mit welchen Personen nachbarliche Beziehungen aufgenommen werden.

Fraglich ist es jedoch, ob diese Analyse zufriedenstellend durch Skalen erfolgen kann, deren Items "neighborliness" (in deutsch etwa freundschaftlich-nachbarliche Einstellungen und Verhalten) messen sollen.⁷⁴⁾ Möglichst allgemeingültig formulierte Items können der speziellen Untersuchungssituation nicht angepaßt sein, da z.B. dem Forscher vertraute Gepflogenheiten der Mittelschicht in Unterschicht-Wohnvierteln unbekannt sind und ganz andere Verhaltensformen als gut-nachbarschaftlich (im Sinne von neighborly) eingestuft werden.⁷⁵⁾

Vor einer Ausarbeitung einer solchen Meßskala wäre zu berücksichtigen, welche konkreten Normen in welchem räumlichen Gebiet (z.B. Vorort, Groß-, Kleinstadt) von welchen Schichten die nachbarlichen Beziehungen prägen. Daß auch Konflikte in den sozialen Beziehungen mitinbegriffen sind und im Nachbarschaftsbereich durchaus eine Rolle spielen, müßte ebenfalls berücksichtigt werden.

2.3.2. Schlußfolgerungen, Hypothesen III, IV

Ähnlich wie beim Komplex der Integration soll hier nicht versucht

73) Hier liegt die Auffassung von Merton zugrunde, daß jeder sozialen Position eine Reihe von Rollen zuzuordnen sei. Robert K. Merton, Der Rollen-Set: Probleme der soziologischen Theorie, in H. Hartmann, Hrsg., Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 260

74) Eine solche Skala entwickelte Paul Wallin, A Guttman Scale for Measuring Women's Neighborliness, in AJS, Vol. 59, 1953/54 S. 243-246. Sie wird auch heute noch benützt: vgl. z.B. Wilson, S. 71

75) Wallin's Items 2 "Do you and any of your neighbors go to movies, picnics, or other things like that together?" und 4 " If you were holding a party or tea for an out-of-town visitor, how many of your neighbors would you invite?" sind in dieser Hinsicht vorbelastet. Wallin, S. 243f

werden, bereits mit der Elle einer bestimmten Vorstellung von nachbarlichen Interaktionen die Beziehungen zu messen, sondern die Entwicklung in diesem Bereich so zu beschreiben, daß ein Vergleich mit ähnlichen Studien möglich wird. Neben dieser Absicht, deskriptive Daten zu liefern, sind aber auch Hypothesen über das Verhalten im potentiellen Bereich der Nachbarschaft nicht ausgeschlossen.

Die folgenden Hypothesen beziehen sich auf den Hypothesenkatalog von Haag, der Voraussagen für das Verhalten von Familien in Obdachlosenunterkünften treffen will, die von Einfachstwohnungen in sogenannte Übergangswohnungen - mit größerem Wohnkomfort, aber noch als Obdachlosenunterkunft geltend - umgesetzt werden.⁷⁶⁾

In seiner Hypothese 5 postuliert er: "Die in den Übergangswohnungen erneut asylierten Familien stehen in ihrem Status der "Überprüfung" und "Bewährung" unter einem starken Diskriminationsdruck."⁷⁷⁾

Nun ist die Situation der hier zur Debatte stehenden Familien nicht mit denen gleichzusetzen, die Veränderungen innerhalb der Obdachlosenunterkünfte erfahren, da die im vorliegenden Projekt bereitgestellten Wohnungen durch den Umstand der Vermietung mittels Mietvertrag und der äußerlich dem Standard des Wohnviertels entsprechenden Bauweise nicht den Status einer Obdachlosenunterkunft besitzen. Doch kann auch hier angenommen werden, daß Diskriminierungen⁷⁸⁾ in der neuen Wohnumwelt stattfinden, da zum einen bei einem Teil der Familien das Stigma der Herkunft aus dem Obdachlosenlager besteht, das bei geringerer Kenntnis und Differenzierung der Bewohner des Wohnprojekts auch auf die n-OL-Familien übertragen werden kann, und zum anderen die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß die Familien zumindest anfänglich Verhaltensweisen

76) Zur Problematik des dahinter stehenden Drei-Stufen-Systems vgl. Haag, Hypothesenkatalog..., S. 59f; Dieter Schwarz/Anselm Weidner, Die soziale Situation Obdachloser, in Kritische Justiz, Heft 4, 1970, S. 412

77) Haag, Hypothesenkatalog..., S. 63. Wir unterstellen hier, daß mit Diskriminationsdruck das gleiche gemeint ist wie Häufigkeit von Diskriminierungen.

78) Diskriminierung definieren wir wie Reh binder als "...eine den einzelnen benachteiligende willkürliche Ungleichbehandlung, die mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder zu sonstigen sozialen Kategorien begründet wird." Manfred Reh binder, Die Diskriminierung: Ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, in KZfSS, 15. Jg., 1963, S. 6

zeigen, die für die übrige Bewohnerschaft des Viertels ungewohnt sind und zu Aggressionen oder Vorurteilen gegenüber den Projekt-Familien führen können.

Hypothese III: Sowohl OL- als auch n-OL-Familien sehen sich der Diskriminierung der Bewohnerschaft des neuen Wohnviertels ausgesetzt, womit die Tendenz zur Realisierung von Verhaltenstyp I bei den Familien zunimmt.

Schematisiert: Hohe Diskriminierung —→ Verhaltenstyp I

Aber auch Diskriminierungen der Familien untereinander sind möglich: "Trotz des ihnen auferlegten Diskriminationsschicksals sind die Familien in Übergangswohnungen nicht in der Lage, sich im Widerstand zu solidarisieren, sondern diskriminieren sich untereinander."⁷⁹⁾

Die Ursachen dieses Verhaltens können einmal wahrgenommene Unterschiede in den ökonomischen Möglichkeiten der einzelnen Familien sein⁸⁰⁾, zum anderen besteht bei den OL-Familien - wie schon erwähnt - das Stigma der Herkunft aus dem Obdachlosenlager.

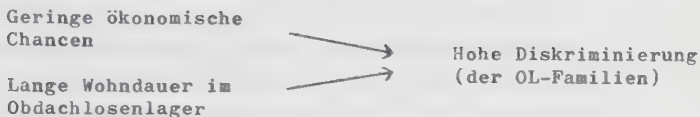
Hypothese IV: Die geringeren ökonomischen Chancen und die lange Wohndauer im Obdachlosenlager führen zur Diskriminierung der OL-Familien durch die n-OL-Familien.⁸¹⁾

79) Haag, Hypothesenkatalog..., S. 64

80) "Der Umzug ist für die weniger privilegierten Gruppen gleichbedeutend mit einem Einbruch in ihr bisheriges Leben, während dieser Vorgang den anderen Gruppen die Entwicklung eines angemessenen Lebensstils ermöglicht und vor allem den privilegierten Gruppen der Arbeiterklasse den Weg zum Lebensstil des Mittelstandes öffnet. Erleichtert wird dieser Aufstieg durch die räumliche Nähe mit den Bezugsgruppen und durch den Bruch mit den Kontrollen, die in einer integrierten Gemeinschaft den Konsum bestimmen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen, die in einem großen Wohnblock zusammenleben, werden hier noch verstärkt, und zwar umso mehr, als in diesem Kontext die offensichtliche Gleichheit der Wohnbedingungen nur dazu beiträgt, die Mechanismen der Differenzierung zu verstärken." Chamboredon/Lemaire, S. 206. Die Argumente sind zwar auf den großen Wohnblock bezogen, doch trifft die Gleichheit der Wohnbedingungen auch auf unser Projekt zu.

81) Im Unterschied zur Hypothese von Haag wird hier versucht, Richtung und Ursachen der Diskriminierung anzugeben.

Schematisiert:



Bei beiden Hypothesen III und IV bedarf es einer Operationalisierung der Variable. 'Diskriminierung'. Einerseits werden bestimmte Verhaltensweisen von Personen oder Gruppen als Diskriminierung gewertet (z.B. Vermeidung von verbalen Interaktionen, physische Gewaltakte gegenüber Kindern), andererseits verbale Äußerungen der Befragten (z.B. negative Einstellungen). Zu beachten ist, daß in Hypothese III Diskriminierung als unabhängige, in Hypothese IV dagegen als abhängige Variable erscheint. Die Diskriminierung der OL-Familien durch die n-OL-Familien tritt somit neben die Verhaltenstypen I und II als weitere Möglichkeit des Verhaltens in der neuen Wohnsituation.

2.4. Die Sozialarbeit

In unseren Überlegungen wird nun noch erörtert, wie die Aktivitäten der Sozialarbeit⁸²⁾ im zu untersuchenden Feld in einen theoretischen Rahmen eingeordnet werden können.

2.4.1. Die Methode der Gemeinwesenarbeit - Hypothese V

Eine im Untersuchungsbereich vorfindbare Aktivität der Sozialarbeit stellt die unter dem Stichwort Gemeinwesenarbeit zusammengefaßte Methode dar. Eine allgemein anerkannte Definition ist hier nur schwer zu finden. "Eine einheitliche Theorie der Gemeinwesenarbeit in der BRD gibt es nicht.....Die praktischen Hand-

82) Unter Sozialarbeit wird in diesem Fall die Gesamtheit der Aktivitäten bestimmter städtischer Ämter (Jugendamt, Familienhilfe, Sozialamt) und der freien Wohlfahrtsverbände auf lokaler Basis verstanden.

reichungen, die in der BRD als Theorie der Gemeinwesenarbeit angesehen werden, orientieren sich im wesentlichen an nordamerikanischen und holländischen Vorbildern und definieren Gemeinwesenarbeit als einen Prozeß, durch den ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele feststellt, ordnet, daran geht, Hilfsmaßnahmen und Aktivitäten zu entwickeln, die das störungsfreie Zusammenleben im Gemeinwesen fördern sollen."⁸³⁾

Die vagen Zielvorstellungen und die empfohlenen methodischen Schritte reichen von einer "konservativen" Position (Murray G. Ross) über die "radikaldemokratische" (H. Specht, S. Alinsky) bis zur "auf die Bewußtmachung der Widersprüche im Kapitalismus zielenden" Stadtteilarbeit.⁸⁴⁾

Während in der Einzelfallhilfe die vorgebrachten (oder vom Sozialarbeiter definierten) Probleme der Klienten als individuell oder familiär bedingt angesehen werden - daher auch der Rückbezug auf psychologische und psychoanalytische Theorien -, und auch die Maßnahmen des Sozialarbeiters die individuelle Lösung des Problems zum Ziel haben, stehen im Bereich der Gemeinwesenarbeit Probleme im Mittelpunkt,

- a) die mit der Methode der Einzelfallhilfe bisher nicht erfolgreich gelöst wurden,
- b) deren Ursachen in gesellschaftlichen Bedingungen gesehen werden,

83) C. Wolfgang Müller/D. Oelschlägel/C. Thürmer-Rohr, Gemeinwesenarbeit als entwickelte Form kommunaler Fürsorge, in VGS, Hrsg., Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit, Nr. 8, Frankfurt/M. 1974, S. 25

Theorie ist hier wohl mit methodischer Anweisung gleichzusetzen. Gemeinwesenarbeit ist eine Übersetzung von "community work", "community development". Gemeinwesen bedeutet also Gemeinde oder Teile hiervon (z.B. Obdachlosenlager, Neubausiedlung).

Verschiedene Definitionen von Gemeinwesenarbeit finden sich bei Werner Müller, Zum derzeitigen Stand der Gemeinwesenarbeit, in H.-E. Bahr/R. Gronemeyer, Hrsg., Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 84-87.

84) AKS, Gemeinwesenarbeit als Ideologie und soziale Kontrolle: ein Beitrag zur Sozialarbeit im Stadtteilbereich, in VGS, Nr. 8, S. 52-63. Eine Übersicht über die verschiedenen politischen Richtungen der Gemeinwesenarbeit findet sich auch bei C. Wolfgang Müller, Die Rezeption der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, in ders./P. Nimmermann, Hrsg., Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1971, S. 230-235

c) deren Aktualität und Konfliktpotential⁸⁵⁾ zu Störungen im Zusammenleben verschiedener Gruppen auf kommunaler Ebene führt.⁸⁶⁾ "Gemeinwesenarbeit ist eine Interventionsmethode, um Individuen, Gruppen und Organisationen in einer geplanten Aktion zur Beeinflussung sozialer Probleme zu engagieren. Sie ist auf die Bereicherung, Entwicklung und/oder die Veränderung sozialer Institutionen gerichtet und beinhaltet zwei miteinander verbundene Hauptprozesse: Planung (das meint: Problembereiche zu identifizieren, Ursachen zu diagnostizieren und Lösungen zu formulieren) sowie Organisieren (das meint: die Mitwirkenden zu trainieren und die für eine erfolgreiche Aktion erforderliche Strategie zu entwickeln)."⁸⁷⁾

Zu dieser Definition wäre noch hinzuzufügen, daß die einzelnen Arten von Gemeinwesenarbeit sich darin unterscheiden, wie die aufgetretenen Probleme aufgegriffen und mit welchen Mitteln eine Lösung bzw. Problemminderung angestrebt wird.

In der Untersuchung werden wir uns auch bei der Gemeinwesenarbeit darauf konzentrieren, wie sich die Anwendung dieser Methode auf das Verhalten der Projekt-Familien auswirkt.

Hypothese V: Der Prozeß der Gemeinwesenarbeit verstärkt bei den OL- und bei den n-OL-Familien die Tendenz zu Verhaltenstyp II.

Schematisiert: Gemeinwesenarbeit ———> Verhaltenstyp II

85) Versuche, der Gemeinwesenarbeit eine Theorie sozialer Konflikte zugrunde zu legen, stecken noch in den Anfängen. Vgl. Reimer Gronemeyer, Leerstellen der Konfliktsoziologie: Zum konflikttheoretischen Bezugsrahmen für Gemeinwesenarbeit, in Bahr/Gronemeyer, S. 46-73; Brigitte Höbel/U. Seibert, Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit, München 1973, S. 14-42

86) In einer Untersuchung von 38 Gemeinwesenarbeit-Projekten im Jahr 1971 wurde festgestellt, daß davon 36 in Großstädten initiiert wurden. Auf Neubaugebiete bezogen sich 16, auf Obdachlosensiedlungen 11 und auf innerstädtische Sanierungsgebiete 7 Projekte. Christine Raiser/J. Bianchi, Auswertung der Befragung von 38 Projekten der Gemeinwesenarbeit in der BRD und in West-Berlin, in VGS, Hrsg., Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit, Nr. 4, Frankfurt/M. 1973, S. 7

87) G. Brager/H. Specht, zitiert nach Werner Müller, S. 87, (Hervorhebungen i.O.)

2.4.2. Sozialarbeit als Selektionsfilter - Hypothese VI

Es liegt nahe, die Komplementärhypothese zu Hypothese V zu formulieren, daß die Methode der Einzelfallhilfe die Tendenz zu Verhaltenstyp I erhöht. Damit ist ein Problem angeschnitten, das in letzter Zeit unter der Überschrift 'Sozialarbeit als soziale Kontrollinstanz' diskutiert wird.

Hinter diesem Stichwort verbergen sich durchaus verschiedene Konzepte: der strukturelle Funktionalismus geht davon aus, daß Störungen des Gleichgewichts eines sozialen Systems durch Mechanismen sozialer Kontrolle so beeinflußt werden, daß auf längere Sicht eine Wiederherstellung des Systemgleichgewichts herauskommt⁸⁸⁾; eine nahezu entgegengesetzte Argumentation verfolgen neuere Theorien abweichenden Verhaltens, die in den Instanzen sozialer Kontrolle selbst Bedingungsfaktoren sehen, die abweichendes Verhalten und Stigmatisierungen produzieren und so der Klient durch Kontakt mit diesen Instanzen in Gefahr gerät, in eine Karriere abweichenden Verhaltens gedrängt zu werden⁸⁹⁾; marxistische Analysen der Sozialarbeit sehen in ihr eine Form der Kontrolle der Arbeiterklasse, wobei die größten materiellen und psychischen Nöte gelindert werden, um das Entstehen eines Klassenbewußtseins und eventuell revolutionärer Situationen zu verhindern.⁹⁰⁾

Empirische Überprüfungen sind im Gegensatz zur Fülle der Argumente für diese oder jene Auffassung Mangelware: die stigmatisierende Funktion der Sozialarbeit wurde bisher nur im Bereich

88) Höhmann, S. 109f

89) Einer der ersten Vertreter dieser Argumentation war Edwin M. Lemert, Social Structure, Social Control and Deviation, in M. B. Clinard, Hrsg., Anomie and Deviant Behavior, New York/London 1964, S. 57-97

90) Vgl. Walter Hollstein, Hilfe und Kapital. Zur Funktionsbestimmung der Sozialarbeit, in ders./M. Meinhold, Hrsg., Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt/M. 1973, S. 189ff. Ob allerdings die monotone Wiederholung des Arguments, die Sozialarbeit zementiere die bestehenden Verhältnisse, für eine differenzierte Analyse des Handlungsbereichs der Sozialarbeit ausreicht, darf bezweifelt werden. Zu der angesprochenen Argumentation vgl. Hollstein, S. 205-207.

der Obdachlosigkeit⁹¹⁾ und der Aktivitäten von Jugendämtern (im Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen) überprüft.⁹²⁾ Unsere Untersuchung ist schon allein wegen der geringen Zahl von Untersuchungsobjekten für die Aufnahme einer derartig umfassenden Hypothese in den Forschungsplan nicht geeignet.

Eine Kontrollfunktion hat die Sozialarbeit im zu untersuchenden Projekt durch die Aufgabe, Familien für die Wohnungen auszuwählen und eventuell frei werdende Wohnungen wieder neu zu besetzen. Uns interessiert, welche Kriterien zur Auswahl von Familien angewandt und welche Ziele damit verfolgt werden. Haag vermutet: "Wenn Familien aus Notunterkünften entweder in Sozialbauwohnungen oder in Übergangswohnungen eingewiesen werden, dann geschieht dies ohne Bezug zu überprüfbaren Selektionskriterien."⁹³⁾

Eine ähnliche Hypothese soll hier untersucht werden:

Hypothese VI: Die Familien für das Wohnprojekt werden ohne Bezug zu überprüfbaren Selektionskriterien ausgewählt.

2.5. Die Variable "verbesserte Wohnbedingungen"

Die sichtbarste Veränderung, die die zu untersuchenden Familien erfahren, ist der Umzug in eine neue Wohnung, die - geht man von den Erwartungen der Planer aus - verbesserte Wohnbedingungen bieten soll. Man kann fragen, warum noch keine Hypothesen gebildet

91) Vgl. Höhmann, S. 181ff; Herbert Hossmann, Beurteilung und Selektion obdachloser Familien bei der Einweisung in kommunale Notunterkünfte, in KJ, 4. Jg., 1972, S. 185-197; Albrecht, Obdachlose..., S. 47, 50f

92) Hans Haferkamp/G. Meier, Sozialarbeit als Instanz sozialer Kontrolle, in KJ, 4. Jg., 1972, S. 100-114; Manfred Brusten, Prozesse der Kriminalisierung - Ergebnisse einer Analyse von Jugendamtsakten, in H.-U. Otto/S. Schneider, Hrsg., Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, 2. Halbband, Neuwied/Berlin 1973, S. 85-126

Diese beiden Untersuchungen sind Aktenanalysen. Eine direkte Beobachtung dieses Verhaltens scheint allerdings schwieriger zu sein: vgl. Helge Peters/H. Cremer-Schäfer, Produzieren Sozialarbeiter abweichendes Verhalten? Eine Analyse von Gesprächen, die Jugendsozialarbeiter im Außendienst mit ihren Adressaten führen, in Soziale Welt, 26. Jg., 1975, S. 58-75

93) Haag, Hypothesenkatalog..., S. 60

wurden, in die diese Variable miteinbezogen wird, wo doch die Veränderung so offensichtlich ist.

Die Antwort liegt darin, daß es bis jetzt keine zufriedenstellende Theorie der Effekte verbesserter Wohnbedingungen gibt. Es existieren mehrere Versuche, hier weiterzukommen. Stuart F. Chapin testete die Hypothese: "The rehousing of slum families in a public housing project results in improvement of the living conditions and the social life of these families."⁹⁴⁾

Im Vergleich mit Kontrollgruppen stellte er bei umgesiedelten Familien höhere soziale Partizipation, besser eingerichtete Wohnzimmer und weniger enges Zusammenleben innerhalb der Wohnung fest.⁹⁵⁾ "Diese Erkenntnisse lassen sich exakt mit der empirischen Erkenntnis vergleichen, daß Chinin gegen Malaria hilft. Welches sind die entscheidenden Elemente, Strukturen und Prozesse im "öffentlich geförderten Wohnungsbau", die zu der beobachteten Wirkung einer verstärkten sozialen Partizipation führen? Sind sie identifizierbare Faktoren in der kommunalen Politik? Das Auftauchen gemeinsamer Ziele, die nur im Kollektiv verwirklicht werden können? Nominelle Partizipation unter dem Druck der auf kommunaler Ebene organisierten Gruppen? Die allgemeine Redensart, daß der "öffentlich geförderte Wohnungsbau" die soziale Partizipation fördert oder nicht, ist keine wissenschaftliche Aussage der Sozialpsychologie oder der Soziologie. Ferner gibt diese Erkenntnis keinen Aufschluß über den spezifischen Komplex der Variablen. Hier wird nur der allesumfassende Ausdruck "öffentlich geförderter Wohnungsbau" in eine Beziehung zur sozialen Partizipation gesetzt."⁹⁶⁾

Schorr argumentiert in der gleichen Richtung, wenn er über das Wohnungsprogramm in den USA resümiert, das Bestandteil des "war on poverty" war: " Schließlich wird weithin angenommen, daß wir

94) Stuart F. Chapin, An Experiment on the Social Effects of Good Housing, in ASR, Vol. 5, 1940, S. 868

95) Ebd.

96) Merton, Zur Sozialpsychologie...., S. 172 (Hervorhebung i.O.)

schon einen Großversuch über die Relation Wohnen - Armut durchgeführt haben, und das Urteil ist negativ, d.h. es wurde kein Effekt von verbesserten Wohnbedingungen auf Armut festgestellt. Das öffentliche Wohnungs-Programm in den USA wurde mit großen Hoffnungen begonnen, daß Sauberkeit und nette Wohnungen zu einem guten Leben oder überhaupt zu einem mehr an der Mittelschicht orientierten Lebensstil führen würden.

Es ist weithin nicht eingetroffen, tatsächlich sind viele Wohnprojekte unter der Einwirkung ungebildeter desorganisierter Mieter schnell heruntergekommen. Dieser Großversuch hatte wenigstens zwei Hauptfehler. Erstens weiß niemand tatsächlich Bescheid über die langfristigen Auswirkungen des öffentlichen Wohnungsbaus auf die Familien, die in solchen Wohnungen leben. Kinder können z.B. mit weniger Krankheiten und besser ausgebildet aufgewachsen sein als dies an einem anderen Wohnort der Fall gewesen wäre, wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß die Wohnungen selbst herunterkamen. Was noch wichtiger ist: die verbesserten Wohnbedingungen waren nicht der einzige Wandel, der untersucht wurde. Ziemlich oft bedeuteten verbesserte Wohnbedingungen zusätzlich Segregation, unvertraute Umgebung und Anforderungen, inadäquate Schulen und Polizeidienst, strenge und unfreundliche Verwaltung. Es ist schwierig, in einem Satz all die Faktoren aufzuzählen, die gegen das öffentliche Wohnungs-Programm in den USA gewirkt haben; ich will nur zeigen, daß 'verbesserte Wohnbedingungen' nicht die einzige Variable in diesem Experiment war."⁹⁷⁾

Auch eine deutsche Untersuchung, deren zugrundeliegende soziale Tatbestände Ähnlichkeiten mit unserem zu untersuchenden Wohnprojekt aufweisen, erreicht durch die fehlende Differenzierung von Umweltfaktoren keine größere Präzision.⁹⁸⁾

97) Alvin L. Schorr, Housing the Poor, in W. Bloomberg, jr./H.J. Schmandt, Hrsg., Power, Poverty, and Urban Policy, Urban Affairs Annual Reviews, Vol. 2, Beverly Hills 1968, S. 119f (Übersetzung durch d. Verf.)

98) Klaus Nilson, Felduntersuchungen zur Asozialität an 60 umgesiedelten Lagerfamilien im Vergleich zu 60 Normalfamilien, Dissertation, Kiel 1970; J. Schwarz, 60 verwahrloste Familien im Vergleich zu Normalfamilien nach Umsiedlung in eine geordnete Umgebung, in Mentalna Bolest i Socijalna Patologija, Psihijatrijski i kriminološki Aspekti, Zagreb 1970, S. 113-118. Die Wahl und die Operationalisierung des Asozialitäts-Begriffes in dieser Untersuchung gäbe zu weiterer Kritik Anlaß, doch kann hier aus Raumgründen nicht darauf eingegangen werden.

Die Variable 'verbesserte Wohnbedingungen' darf also nicht isoliert gesehen werden von anderen potentiellen Einflußfaktoren im sozialen Feld. Erst nach gründlicherem Wissen über diese Zusammenhänge könnte man Kausalbeziehungen aufstellen, die über die Behauptung nahezu tautologischer Effekte - wie "weniger enges Zusammenleben" - hinausgehen. 99)

-
- 99) Einen Überblick über europäische und amerikanische Untersuchungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts über die Beziehung von Wohnqualität zu medizinischen, sozialen und psychischen Gegebenheiten geben Daniel M. Wilner/R.P. Walkley/Th.C. Pinkerton/M. Tayback, *The Housing Environment and Family Life. A Longitudinal Study of the Effects of Housing on Morbidity and Mental Health*, Baltimore 1962, S. 4f

3. Angewandte Methoden

Nach einer kurzen Darstellung des Forschungsplans werden in Abschnitt 3.2. Probleme der Methoden und des Forschers im Feld diskutiert, die für die Beurteilung der Objektivität und Validität der Daten von Belang sind.

3.1. Forschungsplan

Der Ablauf der Forschungsaktivitäten wurde von Anfang an darauf abgestellt, Veränderungen von Verhalten und Einstellungen im Zeitablauf aufzuzeigen. Dies läßt sich nicht durch einen einmaligen Kontakt mit dem Feld erreichen, sondern erfordert stetige Beobachtung über einen bestimmten Zeitraum hinweg.

Der Zeitraum, in dem man für die Fragestellung relevante Ergebnisse zu erhalten hofft und den Ablauf von Veränderungsprozessen erwartet, läßt sich mit wissenschaftlichen Argumenten nur schwer abstecken¹⁾, vielmehr setzen finanzielle Ausstattung der Forschung und die Motivation des Forschers zeitliche Grenzen. Hier wurde ein Zeitintervall von zwei Jahren vom Einzug der Familien bis zur abschließenden Befragung gewählt.

Die Familien zogen im Laufe der ersten Monate des Jahres 1973 in die neuen Wohnungen ein. Vier bis fünf Monate nach dem Wohnungswechsel wurden die Familien - als Vollerhebung, da sich ihre Zahl nur auf 23 beläuft - und eine repräsentative Stichprobe der Bewohner des Wohnviertels, in dem das Projekt angesiedelt ist, zum ersten Mal interviewt.²⁾

1) In empirischen Untersuchungen der Eingewöhnungsprozesse von Umzüglern finden sich widersprechende Angaben über den Zeitraum, in dem Veränderungen im Verhalten dieser Personen aufgrund des Umzugs ablaufen. Es werden Zeiträume von 2-10 Jahren genannt. Vgl. Martin Schwonke/U. Herlyn, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967, S. 124

2) Die Fragebögen hierzu finden sich im Anhang III, S. 176-182

Diese Befragung wurde nach ca. 18 Monaten bei beiden Gruppen wiederholt.

Mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung wurde von Mitte 1973 an der von der Sozialarbeit initiierte Prozeß der Gemeinwesenarbeit begleitet, der sich über den gesamten Untersuchungszeitraum erstreckte. Die Teilnahme bezog sich auch auf die Planung dieses Prozesses in einem Team von Sozialarbeiter, Soziologen und Psychologen und in Treffen von Familienmitgliedern. Dazu fanden Informations-Interviews mit verschiedenen Vertretern von Behörden, Schulen, usw. statt, die auf irgendeine Weise mit dem Projekt in Berührung kamen.

3.2. Probleme der Methodenwahl

3.2.1. Teilnehmende Beobachtung und Zugang zum Feld

Zusammen mit der Frage, welche Methoden zur Datengewinnung (und zum Hypothesentest) man anwenden soll, stellt sich in diesem Fall auch das Problem, wie Informationen über bestimmte Prozesse, die aufgrund der Fragestellung und Hypothesenbildung der Untersuchung interessieren, im sozialen Feld erlangt werden können.³⁾ Somit steht der Forscher vor der Entscheidung, mit Personen Kontakt aufzunehmen, die ihm für die Sammlung der gewünschten In-

-
- 3) Der Verfasser versucht hier, auf die Forderung Cicourel's einzugehen, den Eintritt in die Forschungssituation und den Zugang zu Informanten und untersuchten Personengruppen so zu explizieren, daß die Vorgehensweise verständlich und der Vergleich mit anderen Untersuchungen möglich wird.

" Die aktuelle Forschungssituation, insbesondere im Falle partizipierender Beobachtung und ähnlicher Methoden, bildet eine wichtige Datenquelle, denn sie ist der Vorhersage und Erklärung geradeso unterworfen wie die gesuchten substantiellen Resultate. Wenn man eine Regierungsbehörde untersuchen soll und teilnehmende Beobachtung zusammen mit extensiven strukturierten und unstrukturierten Interviews verwendet, dann sind die Verschaffung eines Zugangs zu den Versuchspersonen in ihren täglichen Aktivitäten, die Entwicklung der notwendigen sozialen Beziehung mit denjenigen, die interviewt werden sollen, die Einschätzung der Tragweite inoffizieller und offizieller Datenquellen allesamt problematische Grundzüge der

formationen behilflich sein oder - noch besser - selbst Informationen liefern können.

Im konkreten Fall werden Daten über Einstellungen und Verhaltensweisen der Gruppe der 23 Familien, der Bewohner des Wohnviertels und bestimmter Institutionen (Sozialarbeit, Wohnungsbaugesellschaft) benötigt, wobei die Gruppe der Familien im Mittelpunkt des Interesses steht.

Vor dem gleichen Problem standen die Autoren einer empirischen Studie über ein Randgruppen-Ghetto, die sich entschieden, mit Akten-Studien und Erkundungsinterviews mit als relevant erachteten Personen (Lehrer, Pfarrer, Sozialarbeiter, Polizei) einen ersten Zugang zum Untersuchungsbereich zu finden.⁴⁾

Eine Annäherung über Akten birgt das Problem in sich, daß in diese für behördliche Zwecke angesammelten Informationen sehr leicht Vorurteile und für Verwaltungszwecke geschaffene Termini einfließen, die erst wieder kritisch hinterfragt und interpretiert werden müssen, so daß sie zu einem direkten Informationszuwachs über den Untersuchungsbereich nicht viel beitragen (eher schon über die aktenanlegenden Behörden).⁵⁾ Wir verzichteten in unserer Untersuchung aus diesem Grund auf ein Aktenstudium. "Das wichtigste aber war die Annäherung an die Menschen, die uns interessierten, selbst, der persönliche Kontakt mit ihnen."⁶⁾

Als eine Methode zur Gewinnung von Daten über die Familien wurde die der teilnehmenden Beobachtung ausgewählt. "Konstitutiv für die Methode der teilnehmenden Beobachtung ist die Übernahme von Rollen."⁷⁾ Der Verfasser trat gegenüber den Familien als Prakti-

Forschungssituation, von deren Untersuchung ein Beitrag erwartet werden kann sowohl für unser Methodologiewissen als auch für die theoretischen Eigenschaften sozialer Organisation." Aaron V. Cicourel, Methode und Messung in der Soziologie, Frankfurt/M. 1970, S. 83f

4) Henner Hess/A. Mechler, Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Frankfurt/M. 1973, S. 19-22

5) Vgl. z.B. die Aktenanalysen von Hossmann, S. 185-197, und Brusten, S. 85-126

6) Hess/Mechler, S. 22

7) Detlef Kantowsky, Möglichkeiten und Grenzen der teilnehmenden Beobachtung als Methode der empirischen Sozialforschung, in Soziale Welt, Heft 4, 1969, S. 428

kant der Sozialarbeit auf, was folgende Vorteile hatte:

a) Die Position konnte ohne Schwierigkeiten eingenommen werden, denn "die Einführung des teilnehmenden Beobachters ist besonders leicht überall dort, wo er eine Position einnehmen kann, deren Inhaber häufig wechseln."⁸⁾

b) Durch die Teilnahme an Versammlungen der Familien konnte man mit der Zeit mehrere Familien kennenlernen.

c) Die Familien sahen, daß man an ihren Problemen interessiert war.

d) Punkt b) und c) erleichterten die spätere Durchführung von Interviews mit den einzelnen Familien.

e) Prozesse der Gemeinwesenarbeit konnten beobachtet und protokolliert werden, ohne daß ein größerer Einfluß vom Beobachter auf die Situation ausging.

f) Die Rolle konnte während des Untersuchungszeitraums von ca. 18 Monaten beibehalten werden und erforderte keinen unangemessenen Aufwand an Zeit und Arbeit.

g) Die Übernahme der Rolle widersprach nicht den Wertvorstellungen, wie sie in Abschn. 1.2.1. formuliert wurden, d.h. die Familien wurden durch die Rollenvorgabe nicht benachteiligt.⁹⁾

Einige mögliche Nachteile werden in Zusammenhang mit den Problemen des Interviewens in Abschn. 3.2.2. behandelt.

In der Durchführung der teilnehmenden Beobachtung wird hier weniger eine Explorationsphase gesehen, nach der aus einem breiten Spektrum von Beobachtungen Hypothesen für eine gezieltere Untersuchung formuliert werden, als der Versuch, Veränderungen im Zeitablauf am Verhalten der Familien und die Wandlungen der Gemeinwesenarbeit festzuhalten.

Die Intensität der Teilnahme - als Kontinuum von 'häufige Interaktion mit den Untersuchungsobjekten zusammen mit Teilnahme an bestimmten Aktivitäten' bis zu 'passive, interaktionsarme Beobachtung' verstanden - war so geplant, daß sie nicht als Konstante

8) Jürgen Friedrichs/H. Lütke, Teilnehmende Beobachtung. Zur Grundlegung einer sozialwissenschaftlichen Methode empirischer Feldforschung, Weinheim/Berlin/Basel 1971, S. 35

9) Diese Forderung stellt auch Jürgen Friedrichs, Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbek b. Hamburg 1973, S. 289

betrachtet, sondern wechseln sollte zwischen rein protokollierender Beobachtung und der Beteiligung an Gesprächen bei Treffen in kleineren Gruppen, die z.B. Vorbereitung von Versammlungen, Verhandlungen mit Behörden, usw. betrafen.

Dieser Wechsel in der Intensität der Teilnahme enthält gleichzeitig einen Rollenkonflikt des teilnehmenden Beobachters zwischen dem wissenschaftlichen Anspruch möglichst großer Objektivität und methodisch kontrollierter Beobachtung und auf der anderen Seite dem Eingehen auf die Probleme der Familien, bedingt durch die Wertbasis der Untersuchung. Vorschläge zur Umgehung dieses Konflikts durch den Einsatz methodischer Mittel (z.B. weitgehende Standardisierung der Beobachtung) scheinen bisher einseitig den Objektivitätsanspruch zu unterstützen, wobei aber die Untersuchungsergebnisse an Reichhaltigkeit und Validität verlieren können.¹⁰⁾

3.2.2. Die Interviews

Interviews mit standardisiertem Fragebogen haben gegenüber der teilnehmenden Beobachtung den Vorteil, daß sie besser quantifizierbare Daten liefern, womit sich Hypothesen exakter überprüfen lassen. Andererseits liegen aber auch in der Situation des Interviews genügend Fehlerquellen versteckt, die vor einer Entscheidung für diese Methode zu berücksichtigen sind. Die folgenden Erörterungen beziehen sich auf die Befragung der Gruppe der

10) Vgl. Berger, S. 49f. Er konstatiert: "Der Rollenkonflikt wirkt sich also in jeder Hinsicht negativ auf den Untersuchungsprozeß aus: Entweder wird er zugunsten einer solidarischen Interaktion mit den Untersuchten gelöst - damit aber fällt der Objektivitätsanspruch der positivistischen Sozialforschung in sich zusammen - oder die Interaktion wird der Zielsetzung methodisch kontrollierter Beobachtung untergeordnet - damit verliert die Forschung ebenfalls an Objektivitätsgehalt und kann ihr Prestige nur durch intensivierte wissenschaftstheoretische Legitimationsbemühungen retten." Ebd., S. 50

Es ist zu überlegen, ob dieser Konflikt nur in negativem Licht gesehen werden muß, d.h. ob statt dem Ziel der Eliminierung nicht seine Einplanung in die Methode der teilnehmenden Beobachtung angestrebt werden sollte.

Familien.

Viele Meßfehler, die durch das Verhalten des Interviewers entstehen, lassen sich durch schriftliche Befragung vermeiden. Diese Alternative konnte aber im vorliegenden Fall nicht gewählt werden, da viele Fragen mit offenen Antwortmöglichkeiten im Fragebogen enthalten sind, die Motivation, Fragebögen auszufüllen und sofortiges Verständnis der Fragen bei den der Unterschicht zuzurechnenden Familien nicht vorauszusetzen ist, und eine zu geringe Rücklaufquote bei der geringen Anzahl der Familien ein zu hohes Risiko des Scheiterns der Untersuchung in sich trug.¹¹⁾ Die größte Fehlerquelle ist darin zu erblicken, daß die bei der teilnehmenden Beobachtung übernommene Rolle auch in der Interview-Situation beibehalten werden muß. Einerseits verringert der hiermit gewonnene Bekanntheitsgrad die Möglichkeit der Verweigerung, andererseits kann aber der Interviewer mit Einstellungen konfrontiert werden, die die in Gesprächen mit Sozialarbeitern "erfahrenen" Familienmitglieder mit der Zeit entwickelt haben und sie zu einer Gesprächstaktik greifen läßt, in der die Informationen im Sinne einer positiven Darstellung der eigenen Familie selektiert werden (z.B. das Verschweigen von Konflikten mit Nachbarn, positive Darstellung der Wohnsituation aus Angst vor Wohnungsverlust, Betonung der Hilfsbedürftigkeit durch zu niedrige Einkommensangaben).¹²⁾

Trotz der Zusicherung von Anonymität und vertraulicher Behandlung der Daten kann die Einstellung des Interviewten, daß bestimmte Äußerungen negative oder positive Sanktionen seitens des Interviewers nach sich ziehen, konstant bleiben.¹³⁾

11) Vgl. Friedrichs, S. 236f

12) Auch der auf S. 28 dieser Arbeit erwähnte Ja-Sage-Effekt ("acquiescence set") ist in diesem Zusammenhang relevant.

13) Das Problem der Herrschaft (d.h. Sanktionsmöglichkeit) in der Interview-Situation wurde bisher kaum aufgegriffen. Vgl. Berger, S. 53f

Es wäre allerdings zu prüfen, ob Untersuchungen über die Effekte von Schichtunterschieden zwischen Interviewer und Interviewtem diese Variable nicht mitenthalten.

Der Verfasser versuchte, einer Identifikation mit dem Fürsorger-Typus vorzubeugen, indem er sich in seiner Partizipation auf den Prozeß der Gemeinwesenarbeit beschränkte, doch war nicht zu überprüfen, inwieweit dies von den Interviewten wahrgenommen wurde, und ob dies für ihre Einstellung dem Interviewer gegenüber irgendwelche Konsequenzen hatte.¹⁴⁾

Dennoch kann gerade in der intimeren Interview-Situation der Interviewer leicht mit einem Sozialarbeiter identifiziert werden, der sich um die familiären Belange kümmert, da auch Sozialarbeiter der Familienhilfe oft ähnliche Informationsfragen stellen. Chapin liefert in seiner bereits erwähnten Untersuchung ein Beispiel dafür, wie Interviewer-Verhalten mit Sozialarbeiter-Verhalten nahezu identisch werden kann: zur Messung des sozialen Status werden die Interviewer aufgefordert, den Verstaubungs- und Verschmutzungsgrad der Möbel und Räume der betreffenden Familien zu beurteilen und zum Schluß ihren Gesamteindruck über den "guten Geschmack" der Wohnungseinrichtung zu notieren.¹⁵⁾ Am ehesten dürfte mit einer solchen Skala die Mittelschicht-Orientierung der Interviewer gemessen werden.

Als weitere Fehlerquelle konnte man von vornherein den Begleitumstand werten, daß mit den befragten Personen in einer kinderreichen Familie nie eine ideale face-to-face-Situation herzustellen ist, sondern daß während des Interviews relativ viele Einflüsse von außen, wie z.B. Beanspruchung der Eltern durch Kleinkinder, Ablenkung der Aufmerksamkeit durch schreiende Kinder, usw., den Interview-Ablauf stören würden. Auf diese Störungen hatte sich der Interviewer einzustellen.

14) Es wurde auch der Besuch bei den Familien zu Interview-Zwecken zusammen mit dem Sozialarbeiter vermieden. Eine andere Haltung nehmen hier Hess/Mechler ein: "Unsere Anfangsschwierigkeiten konnten aber oft durch die Hilfe der zuständigen Fürsorgerin überwunden werden. Ihr Verhältnis zu den meisten Familien ist sehr gut; sie führte uns in der ersten Zeit bei dem einen oder anderen ein und bürgte für unsere gute Absicht und unsere Harmlosigkeit, vor allem auch dafür, daß wir nichts verkaufen wollten. Man akzeptierte uns also, weil man der Fürsorgerin nichts abschlagen wollte. Es gelang uns dann schnell, Klarheit darüber zu schaffen, daß wir nicht als Abgesandte einer Behörde kamen." Hess/Mechler, S. 23

15) Chapin, S. 878

Wegen der geringen Zahl der Familien des Wohnprojekts war eine Vollerhebung geplant, 19 Interviews konnten durchgeführt werden. In zwei Fällen wurde ein Interview verweigert, in zwei Haushalten waren trotz häufigerer Besuche keine erwachsenen Mitglieder anzutreffen. Bei der zweiten Befragung ergaben sich keine Veränderungen.

Bei der Befragung der Bewohner des Wohnviertels, in dem sich das Wohnprojekt befindet, wurde ebenfalls die direkte Befragung bevorzugt, vor allem wegen der Anzahl offener Fragen und der Absicht, die Ausfallquote möglichst gering zu halten.

Der Einfachheit halber wird im weiteren Verlauf der Arbeit von dem Wohnviertel als der "Siedlung" und von den Bewohnern als den "Siedlern" gesprochen.

3.2.3. Die Stichprobe aus der Siedlung

Zum Zeitpunkt der ersten Befragung der Familien und der Siedler wurden in der Siedlung (ohne die Projekt-Familien) 249 Haushalte gezählt. Aus dieser Menge galt es, eine repräsentative Stichprobe zu ziehen, um die Interview-Arbeit nicht zu groß und damit die zeitliche Dauer der Befragungswellen nicht zu lang werden zu lassen.¹⁶⁾

Nach einem Pre-Test in 5 Fällen, der keine Änderungen am Fragebogen notwendig machte, wurde ein Drittel der Haushalte durch Zufallsauswahl bestimmt und mit der Bitte um ein Interview angeschrieben. Der Zweck der Befragung wurde verdeckt, um nicht schon bestimmte Antworten zu determinieren: eine Umfrageaktion über

16) Man hätte in diesem Fall auch an eine verzerrte Stichprobe denken können: z.B. eine stärkere Gewichtung der näher bei den Familien wohnenden Haushalte, um die eventuell häufigeren Kontakte zu berücksichtigen. Vgl. Erwin K. Scheuch, Auswahlverfahren in der Sozialforschung, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilband 3a, 3. Aufl., Stuttgart 1974, S. 12

Gegen eine verzerrte Stichprobe sprach, daß beim Eintritt ins Feld die Kommunikationsstruktur nicht bekannt und das Risiko der Verweigerungen bei geringem N zu hoch war.

"Wohnzufriedenheit" wurde angekündigt.

Ein Interview kam mit Mitgliedern von 46 Haushalten zustande, was eine Verweigerungsrate von 45 % bedeutet. Diese relativ hohe Zahl - trotz des gebotenen finanziellen Anreizes von DM 5.- für die Gewährung eines Interviews - ist mit darauf zurückzuführen, daß in der in der Mehrzahl mit Einfamilienhäusern bebauten Siedlung der Interviewer sich quasi in einer "Vertreter-Situation" befand, d.h. die zur Herstellung der Interview-Bereitschaft notwendige Kommunikation scheiterte oft schon an der Distanz von Haus- und Gartentür.

Um die Repräsentativität der Stichprobe beurteilen zu können, werden in der Tabelle 2 auf S. 54 einige Verteilungs-Ergebnisse der Befragung mit den entsprechenden Daten aus der Volkszählung von 1970 in der Siedlung verglichen.

Wie die Tabelle zeigt, ist die Stichprobe dahingehend verschoben, daß die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte unterrepräsentiert sind, und die Beamten und Angestellten auf Kosten der Selbständigen und Arbeiter ein Übergewicht haben. Von einer groben Verzerrung des Samples kann man aber nicht sprechen, da die Vergleichswerte nur in einem Fall um mehr als 10 Prozentpunkte voneinander abweichen.

Die Mortalität des Samples beim Zeitpunkt der zweiten Befragung betrug 5 Ausfälle, deren Ursachen entweder Tod oder Umzug waren.

Tabelle 2: Vergleich einiger Merkmalsverteilungen der Befragung der Siedler-Stichprobe 1973 mit den entsprechenden Ergebnissen der Volkszählung 1970 (Angaben in %)

Merkmal	Stichprobe (N=46)	Volkszählung ¹⁾
<u>Höchster Schulabschluß</u>		N=576
Volksschule	83,7	83,8
Mittlere Reife, Abitur	11,6	6,4
Berufsfach-, Fach-, Ingenieurschule	3,5	9,2
Hochschule	1,2	0,6
<u>Erwerbstätige nach Stellung im Beruf</u>		N=360
Selbständige	1,3	7,2
Mithelfende Familien- angehörige	1,3	3,1
Beamte, Angestellte, kfm. u. techn. Lehrlinge	53,2	39,2
Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	44,2	50,6
<u>Haushaltsgröße</u>		N=267
1-Personen-Haushalte	13,1	21,0
2-Personen-Haushalte	21,7	29,2
3-Personen-Haushalte	26,1	21,7
4-Personen-Haushalte	23,9	16,1
5(u. mehr)-Pers.-Haush.	15,2	12,0

1) Quelle: Gemeindeblatt der Volkszählung 1970

4. Empirischer Teil

Es ist vor auszuschicken, daß ein wesentlicher Teil der folgenden Abschnitte deskriptiven Charakter hat, d.h. nicht alle dargestellten Ergebnisse der empirischen Untersuchung beziehen sich auf die Hypothesen des theoretischen Teils.

Deskriptive Daten erlauben einen Vergleich dieses Projekts mit ähnlichen Vorhaben und können selbst als Vorstufe für die Aufstellung neuer Theorien dienen.¹⁾

4.1. Das Wohnprojekt

4.1.1. Der bauliche Aspekt

Es ist anzumerken, daß zu Beginn der Untersuchung die Planung und der Bau der Häuser schon abgeschlossen waren. Von den zuständigen Planern (Wohnungsbauunternehmen, Architekt) konnte der Verfasser nachträglich keine Informationen erhalten, die Aufschluß darüber gaben, welche Zielvorstellungen bei den Entwürfen eine Rolle spielten.

Das Wohnprojekt umfaßt 5 Häuserzeilen mit je 5 bzw. 4 in Reihe gebauten Häusern. Die parallel angeordneten Häuserblocks sind durch Gartengrundstücke, von denen jedes einem Haus zugeordnet ist, und einen Fußweg voneinander getrennt. Zwischen der zuführenden Straße und den Häuserblocks sind Autoabstellplätze angelegt. Die Grundrisse der Wohnungen sind im Anhang auf S. dargestellt. Zehn der Häuser besitzen eine Wohnfläche von 126 m^2 , die restlichen 13 haben eine Wohnfläche von 100 m^2 , die Differenz ergibt sich dadurch, daß bei den ersteren das Dachgeschoß ausgebaut wurde.

Die kleinen Wohnungen sind für Familien mit 7 Personen, die großen für Familien mit 10 Personen geplant, wobei jeweils

1) Hans L. Zetterberg, Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilband 1, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 117f

eine Schlafstelle für ein Kleinkind im Elternschlafzimmer mit eingeplant ist.

Die folgende Tabelle stellt einen Vergleich dar zwischen den Raumgrößen der Wohnungen des Projekts und den Forderungen der Deutschen Industrie-Norm (DIN). Damit soll nicht entschieden werden, ob die Wohnungen kinder- oder familiengerecht gebaut sind²⁾, sondern ob sie dem bundesdeutschen Wohnstandard entsprechen.³⁾ Ob die genannten Räume auch in der angegebenen Art und Weise genutzt werden, wird hier nicht gefragt.

Tabelle 3: Vergleich der Raumgrößen der Projekt-Wohnungen mit der DIN-Norm¹⁾ (am Beispiel der Wohnung für 7 Personen)

Raum	DIN-Forderung		DIN-Empfehlung		Projekt	
	qm	%	qm	%	qm	%
Wohnzimmer mit Eßplatz	26	27	29	27	31,5	31,2
Elternschlafzimmer	13		14		15 ²⁾	
2-Bett-Kinderz.	12		13		12,7	
2-Bett-Kinderz.	12		13		10,2	
1-Bett-Kinderz.	8	46	8,5	46	---	37,5
Küche	8,5		9		10	
Abstellraum	1	10	2	10	2	11,9
Bad mit WC	5		5,5		4,9	
2. WC	1,5	7	1,5	7	1,7	6,5
Verkehrsfläche (Flur, Windfang)	10	10	10,5	10	13	12,9
Gesamtwohnfläche	97	100	106	100	101	100
Wohnfläche/Person	13,9		15,1		14,4	

1) DIN-Norm 18011, 18022 von 1967 zit. nach Grete Meyer-Ehlers, Wohnung und Familie, Stuttgart 1968, S. 61

2) Elternschlafzimmer einschließlich Schlafstelle für ein Kind

2) Wohnungen können nicht allein durch Betrachtung der Grundrisse in dieser Hinsicht beurteilt werden, "...weil offensichtlich die Qualität des hausnahen Außenspielbereichs für jüngere Kinder von besonderer Bedeutung ist und ihr Wohnverhalten innerhalb der Wohnung stark beeinflusst." Rolf Baumann/H. Zinn, Kindergerechte Wohnungen für Familien, Schriftenreihe Wohnungsbau, hrsgg. vom Eidgenössischen Büro für Wohnungsbau, Nr. 23d, Bern 1973, S. 7

Es fällt auf, daß der Anteil der Schlaf- und Kinderzimmer (Individualbereich) gegenüber den DIN-Forderungen zurückbleibt, dagegen das Wohnzimmer großzügiger gebaut ist. Insgesamt entspricht der Grundriß dem DIN-Standard, ebenso die in jedem Haus installierte Öl-Zentralheizung.

4.1.2. Die Wohnumgebung des Projekts

Über die Kriterien zur Auswahl des Standorts des Projekts konnten keine Informationen erlangt werden.⁴⁾

Die Wohnhäuser wurden in einem Wohnviertel am Stadtrand im Nordwesten der betreffenden Großstadt errichtet. Es hat Rechteckform und ist von anderen Stadtteilen durch Felder eindeutig abgegrenzt, die einen Zwischenraum von ca. 300 Metern bilden.

Die zeitliche Entfernung vom Stadtzentrum beträgt bei Benützung öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn) 25-30 Minuten.

In etwa 400 Metern Entfernung stadteinwärts befindet sich ein kleines Vorstadt-Zentrum mit Schule, Kirche, Post, Bank und wenigen Geschäften.

Das Viertel selbst hat den Charakter einer Siedlung: die Wohngebäude bestehen zu nahezu 70 % aus Einfamilienhäusern mit Garten, außer einer Gaststätte und einem kleinen Lebensmittelladen gibt es keine weiteren "öffentlichen" Einrichtungen.⁵⁾ 79 % der Wohngebäude wurden vor 1948 errichtet, die ersten Häuser zwischen 1933 und 1936 zur Wohnungsversorgung von Kriegsbeschädigten des Ersten Weltkriegs. Über 76 % der Häuser befinden sich im Besitz ihrer Bewohner; 1968 besaßen 68 % der Häuser Bad und WC, aber keine Sammelheizung.

Ein Siedlerverein vertritt vor allem die Interessen der Hausbesitzer und organisiert Zusammenkünfte, Feiern, Reisen, etc.⁶⁾

4) Vermutlich dürften Rentabilitäts-Überlegungen - also die Höhe des Bodenpreises - ausschlaggebend gewesen sein.

5) Diese Zahlen stammen aus dem Gemeindeblatt der Gebäude- und Wohnungszählung 1968.

6) Es wird auch jeder Todesfall in der Siedlung durch Anschlag bekanntgegeben.

Die Mehrzahl der Erwerbstätigen sind in der Industrie beschäftigte qualifizierte Arbeiter. Weitere Merkmale zur Kennzeichnung der Bewohnerschaft sind in Abschn. 4.2.1. aufgeführt.⁷⁾

4.2. Ergebnisse der ersten Befragung

4.2.1. Die Bewohner der Siedlung

Es ist hier nicht nur das Ziel, die Bewohner der Siedlung möglichst eindeutig einer oder mehrerer sozialer Schichten zuzuordnen, sondern es sollen auch die Interaktionsstrukturen innerhalb der Siedlung verdeutlicht werden, um die Unterschiede zwischen Siedlern und Familien verständlich zu machen.

4.2.1.1. Sozio-ökonomische Lage

Die Ergebnisse der Befragung über die sozio-ökonomische Lage der Siedler sind in Tabelle 4 auf S. 59 zusammengefaßt.

7) In einem interessanten Versuch, Gemeinden oder Gemeinde-Teile in der BRD zu typisieren, zählen Bargel/Heinke 10 Typen auf, wobei die hier zur Diskussion stehende Siedlung unter "Soziotop 8: Das kleinbürgerliche städtische Eigenheimviertel" einzuordnen wäre. "Meist stehen in diesem Soziotop Ein- oder Zweifamilienhäuser mit Giebeldach, weder Villen noch Bungalows, sondern oft durch eigene kräftige Nachhilfe an Abenden und Wochenenden entstanden, jeweils von einem kleineren Garten umgeben. Die Häuser können unterschiedlich alt sein, sie sind meist einstöckig. Hier wohnen vorwiegend schon länger in dieser Gegend Ansässige. Es sind überwiegend Besitzer von Läden, Werkstätten und Handwerksbetrieben, kleine und mittlere Selbständige, mittlere Angestellte, Facharbeiter, die hier 'ihr Häuschen' gebaut haben." Tino Bargel/U. Heinke, Modale Soziotope und Standortbestimmung, in Deutscher Bildungsrat, Hrsg., Bildungschancen und Umwelt I, Materialien zur Bildungsplanung, Heft 3, Braunschweig 1973, S. 36
Zur Begriffsbestimmung von "Soziotop" vgl. S. 15 dieses Heftes.

Tabelle 4: Klassifizierung der Haushalte der Siedlung nach
Berufstätigkeit und Einkommen

Haushaltstyp	Häufigkeit in % (N=46)	Durchschnittliches Monats-Netto-Einkommen
Rentner-Haushalte	15,2	830 DM
Arbeiter-/Angestell- ¹⁾ ten-Haushalte	} 67,4	
ohne Berufstätigkeit des Ehepartners		1.335 DM
mit Berufstätigkeit des Ehepartners		1.960 DM
Selbständigen-/Leiten- de Angestellten-Haus- halte	17,4	2.300 DM

1) Eine Trennung von Arbeiter- und Angestellten-Haushalten wurde nicht vorgenommen, da in dieser Kategorie bei den Mehr-Personen-Haushalten in 62 % der Fälle beide Ehepartner arbeiteten und dies zum großen Teil sowohl im Arbeiter- als auch im Angestellten-Verhältnis (z.B. Mann Arbeiter, Frau Angestellte), so daß eine analytische Trennung sehr schwer gefallen wäre.

Die Arbeiter in der Siedlung sind ohne Ausnahme qualifizierte Arbeiter, die zum überwiegenden Teil in Industrie und Handwerk beschäftigt sind. Ein wichtiges Merkmal des Arbeiter-/Angestellten-Haushaltstyps ist die Mitarbeit des Ehepartners (bei 62 % der Mehr-Personen-Haushalte), die das Haushaltseinkommen beträchtlich ansteigen läßt. Die Mehrzahl der mitarbeitenden Frauen ist in betrieblichen Angestellten-Positionen beschäftigt, übt also keine Hilfsarbeiter-Tätigkeiten aus.

Es fehlen in der Siedlung mittlere und gehobene Beamte, so daß die Abgrenzung zum dritten Haushaltstyp mit Selbständigen, leitenden Angestellten und höheren Beamten leichter einzuhalten ist. In dieser Gruppe wurde die Mitarbeit des Ehepartners nur in 25 % der Fälle angegeben.

Legt man das Schichtenmodell von Moore/Kleining zugrunde, so kann man die Arbeiter-/Angestellten-Haushalte in die obere Unterschicht und untere Mittelschicht, die Selbständigen-/Leitende Angestellten-Haushalte in die mittlere bzw. obere Mittelschicht einordnen.⁸⁾

4.2.1.2. Nachbarschaftsverhalten

Die ermittelte durchschnittliche Wohndauer beträgt bei den befragten Haushalten 17,9 Jahre.⁹⁾ Dieses Faktum und der Umstand, daß 76 % der Siedlerfamilien im eigenen Haus leben, lassen vermuten, daß das Nachbarschaftsverhalten in der Siedlung feste, ausgeprägte Formen besitzt. Hinzu kommt, daß gewisse Dienste in der Siedlung noch gemeinschaftlich verrichtet werden, z.B. die Reinigung der Straßen und Fußwege der Siedlung, die von den Siedlern selbst durchgeführt wird und die Notwendigkeit zu gegenseitigen Absprachen und gemeinsamem Handeln mit sich bringt. Die Siedler definieren ihren Nachbarschaftsbereich folgendermaßen:

Als Nachbarn werden betrachtet

die Bewohner der direkt anschließenden Häuser	26,1 %
die Bewohner der umliegenden Häuser	67,4 %
die Bewohner der Siedlung	6,5 %

Die Mehrzahl nennt also einen Nachbarschaftsbereich, der sich über die direkt angrenzenden Häuser hinaus erstreckt, aber fast nie die gesamte Siedlung umfaßt.

In der Frage nach dem Nachbarschaftsverhalten wurden vier Kategorien als Antwortmöglichkeiten vorgegeben.¹⁰⁾ Für eine hiervon

8) Harriett Moore/G. Kleining, Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland, in KZfSS, 12. Jg., 1960, S. 95f, 102ff

9) Dieser relativ hohe Wert kommt auch mit dadurch zustande, daß einige Siedler schon von Geburt an in ihrem Haus lebten.

10) Vgl. Dorsch, S. 164f

sollten sich die Befragten entscheiden. Das Nachbarschaftsverhalten ist gekennzeichnet durch

<u>Anonymität</u> (man kennt sich nicht, nimmt keine Notiz voneinander)	bei	2,2 %
<u>Distanz</u> (man kennt die Leute in der Nachbarschaft flüchtig, grüßt sich, hat aber sonst wenig Kontakt mit ihnen)	bei	21,7 %
<u>Reduzierte Distanz</u> (man kennt die Leute in der Nachbarschaft näher, man unterhält sich mit ihnen, man besucht sich gelegentlich, hilft ihnen auch mal aus)	bei	71,7 %
<u>Engen Kontakt</u> (man ist mit den Leuten in der Nachbarschaft richtig befreundet)	bei	4,3 %

Typisch nachbarliche Verhaltensformen wie Grüßen, Ausborgen von Haushaltsgegenständen und gegenseitige Hilfe in Notfällen wurden von über 90 % der Siedler angegeben.¹¹⁾

Die bestehenden Beziehungen wurden von 87 % als ausgezeichnet oder gut gewertet. Niemand beklagte sich über das in der Siedlung übliche Nachbarschaftsverhalten, nur einige ältere Personen klagten über die Zurückgezogenheit der Jüngeren.

Auch in der Person des Nachbarn waren wenig Konfliktursachen zu erkennen: 45,6 % bescheinigten ihren Nachbarn, sie seien "ganz nett", während 54,4 % "von Ausnahmen abgesehen, bin ich mit ihnen zufrieden" angaben.

In der Siedlung hat sich ein relativ fest umrissenes Nachbarschaftsverhalten entwickelt, das weniger den Gegebenheiten in großstädtischen Bezirken als in mehr ländlich strukturierten Gegenden entspricht: "Das liegt an der dörflichen Atmosphäre", "es ist wie auf dem Dorf" waren Äußerungen, die man häufiger hörte. Die Siedler sind zwar nicht mehr wie im traditionellen Dorf aufeinander angewiesen, jedoch haben sie zusammen ähnliche

11) Vgl. Vierecke, S. 14f

Probleme (Garten, Straßenreinigung, Hausrenovierung), die das Entstehen gemeinsamer Normen und gemeinsamen Handelns fördern. Die Beziehungen werden noch durch die Aktivitäten des Siedlervereins, in dem besonders die älteren Siedler zusammengeschlossen sind, intensiviert.

Kinder, deren Verhalten oft zu Konflikten zwischen Nachbarn führt, sind in der Siedlung wenig vorhanden: 60 % der Haushalte haben keine ledigen Personen unter 18 Jahren als Mitglieder.¹²⁾ Festgefügte Nachbarschaftsbeziehungen haben den Nachteil, daß Außenstehende schwer Zugang finden und leicht von den Alteingesessenen abgelehnt werden, wenn sie sich nicht den in langen Jahren entwickelten Normen fügen oder ihnen nicht genügen können.

4.2.2. Die Familien des Wohnprojekts

Im Lauf des Frühjahrs 1973 wurde das Wohnprojekt von 23 Familien mit insgesamt 218 Personen bezogen. Legt man die Daten der Volkszählung von 1970 zugrunde, so stieg hiermit die Bevölkerungszahl in der Siedlung von ca. 740 um 29,5 % auf 960, die Zahl der Kinder bis zu 18 Jahren nahm um 80 % zu von 186 auf 335. Darunter befanden sich 109 schulpflichtige Kinder im Alter von 6-15 Jahren.

Während in der Siedlung auf jeden Haushalt im Durchschnitt 3 Personen entfallen, sind es bei den neu zugezogenen Familien durchschnittlich 9,4 pro Haushalt.

4.2.2.1. Sozio-ökonomische Lage

Zum einen sollen hier die sozio-ökonomischen Daten der Familien mit denen der Siedler verglichen, zum anderen soll überprüft

12) Gemeindeblatt der Volkszählung 1970

werden, ob die Annahme in Abschn. 2.2.4. gerechtfertigt ist, daß sich die Familien in zwei Gruppen unterteilen lassen.

Tabelle 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf bei Siedlern und Familien (in %)

Stellung	Siedler (N=78)	Familien (N=41)
Selbständige	1,3	2,4
Mithelfende Familien- angehörige	1,3	----
Beamte, Angestellte, kfm. u. techn. Lehrl.	53,2	14,6
Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	44,2	83,0

Diese Einteilung nach den Kriterien der amtlichen Statistik sagt wenig aus, da die Differenzierungen in den einzelnen Kategorien nicht sichtbar werden. Die aufgeführten Selbständigen bei den Familien sind bis auf eine Ausnahme Schrotthändler und Schau-
steller¹³⁾, besitzen also nicht den normalen Status eines Selbständigen. Unter die Kategorie "Beamte, Angestellte,...." fallen bei den Familien überwiegend kaufmännische Lehrlinge, und bei der Kategorie "Arbeiter,...." handelt es sich in der Mehrzahl um Hilfs- und angelernte Arbeiter bei den Familienmitgliedern, während bei den Siedlern die Facharbeiter dominieren. Berücksichtigt man diese Unterschiede, so kann man die Familien-Haushalte einteilen in¹⁴⁾

- a) Facharbeiter-/Kleine Selbständigen-Haushalte: 39,1 %
- b) Hilfsarbeiter-/Sozialhilfeempfänger-Haushalte: 56,6 %¹⁵⁾

13) Diese Tätigkeit ist bei Obdachlosen häufiger anzutreffen. Vgl. Rudolph Bauer, Aspekte der wohnquartierbezogenen Sozialplanung, in AJK, Randgruppenarbeit...., S. 73

14) Entscheidend für die Einordnung ist die Berufsausübung des Familienvorstands.

15) Nicht einordnen läßt sich hier ein Beamtenhaushalt (4,3 %).

Verglichen mit dem Schichtenmodell von Moore/Kleining könnte man den ersten Typ in die obere Unterschicht, den zweiten in die untere Unterschicht einordnen.¹⁶⁾

Die Haushalts-Einkommen differieren nicht gemäß dieser Einteilung, sondern sind mit davon abhängig, wieviele der Kinder berufstätig sind. Zudem hat die Sozialhilfe¹⁷⁾, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung 63 % der Familien-Haushalte erhielten, eine ausgleichende Wirkung auf Einkommensunterschiede, da sie bei Unterschreitung einer bestimmten Einkommensgrenze gezahlt wird und somit das Gesamteinkommen wieder anhebt. Das durchschnittliche Netto-Monats-Einkommen (einschließlich Sozialhilfe und Wohngeld) betrug 1973 bei den Familien DM 1525.-.

Diese Einkommensangaben sind jedoch nur sehr vorsichtig zu interpretieren, da nicht immer klar wurde, inwieweit die berufstätigen Kinder zum Haushaltseinkommen beitrugen und wie einmalige, aber periodisch wiederkehrende Beträge (z.B. Kleidungs- und Heizungskostenzuschuß) auf das Einkommen anzurechnen sind.

Betrachtet man die Verteilung der Haushaltstypen gemäß der Unterscheidung von n-OL- und OL-Familien, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6: Verteilung von OL- und n-OL-Familien
nach Haushaltstypen

	OL-Familien		n-OL-Familien	
	N	%	N	%
Facharbeiter-/.....	1	5,3	7	36,8
Hilfsarbeiter-/.....	10	52,6	1	5,3

Das durchschnittliche Monats-Netto-Einkommen der OL-Familien betrug 1973 DM 1.450.-, das der n-OL-Familien durchschnittlich

16) Moore/Kleining, S. 107ff

17) Sozialhilfe wird hier als finanzielle Leistung aufgrund der Regelung des Bundessozialhilfegesetzes verstanden.

DM 1.633.-. Die Daten der Tabelle 6 bestätigen die im theoretischen Teil getroffene Annahme, daß die beiden Familiengruppen sich bezüglich des beruflichen Status unterscheiden. Die Differenzen im Einkommen entsprechen zwar auch den Erwartungen, doch sind die Unterschiede nicht so groß, wenn man berücksichtigt, daß die n-OL-Familien im Durchschnitt eine Person mehr zählen als die OL-Familien.

Die Status-Unterschiede zwischen den Siedlern und den Familien werden noch deutlicher, wenn man den Faktor Bildung zur Beurteilung heranzieht.

Tabelle 7: Schulabschluß der Erwachsenen und Schulbesuch der Kinder bei Siedlern und Familien 1973 (in %)

Schulabschluß	Siedler	Familien
	N=86	N=37
Volksschule	83,7	100,0 1)
Mittlere Reife, Abitur	11,6	----
Berufsfach-, Fach-, ingenieurschule	3,5	----
Hochschule	1,2	----
Kinder gehen in	N=38	N=100
Sonderschule	2,6	38,0
Grund-, Hauptschule	44,7	50,0
Realschule	7,9	----
Gymnasium	18,4	----
Berufsschule	26,3	12,0

1) Hierin sind auch die Personen enthalten, die die Volksschule ohne Abschluß verließen.

Besonders auffällig ist der hohe Anteil der Sonderschüler unter den Kindern der Familien sowie der gänzlich fehlende Besuch von

weiterführenden Schulen. Die Realisierung von eventuell vorhandenen Aufstiegsexpectationen durch ein höheres Ausbildungsniveau der Kinder ist also bei allen Familien blockiert.

4.2.2.2. Arbeitssituation

Der Umzug in die am Stadtrand gelegene Siedlung brachte es mit sich, daß die Wege der Berufstätigen der Familien zu ihrer Arbeitsstelle teilweise beträchtlich länger wurden.

Tabelle 8: Dauer des Wegs zur Arbeit und Wahl des Verkehrsmittels bei Siedlern und Familien 1973 (in %)

Dauer des Wegs zur Arbeit	Siedler (N=78)	Familien (N=41)
0 - 10 Minuten	39,3	10,0
11 - 20 "	28,6	13,3
21 - 30 "	17,8	13,3
31 - 60 "	12,5	56,7
über 60 "	1,8	6,7
Weg wird zurückgelegt		
zu Fuß	6,9	----
mit Bus/Straßenbahn	17,2	58,6
mit Fahrrad/Mofa	8,7	20,7
mit Auto	67,2	20,7

Die Berufstätigen der Familien sind in starkem Ausmaß auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, während die Siedler weitgehend

mit dem eigenen Auto zur Arbeitsstelle fahren. Zum Zeitpunkt der ersten Befragung verfügten 73,9 % der Siedler-Haushalte über einen Pkw, während dies nur bei 47,4 % der Familien-Haushalte der Fall war. Durch die größere Zahl von Berufstätigen in den Familien-Haushalten könnte aber auch bei einer prozentual entsprechenden Zahl von Autos nur ein kleinerer Teil der Berufstätigen damit zur Arbeit fahren. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verlängert die Dauer des Wegs zur Arbeitsstelle: Bus- und Straßenbahnbenutzer der Familien benötigen im Durchschnitt 50 Minuten, keiner gelangt unter 30 Minuten ans Ziel.

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage kam es nach dem Umzug nur zu zwei Arbeitsplatzwechseln des Hauptverdieners. Begründet wurden diese aber nicht mit dem Weg zur Arbeitsstelle, sondern mit dem zu geringen Verdienst am alten Arbeitsplatz. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer am beim Zeitpunkt der Befragung eingenommenen Arbeitsplatz betrug bei den Hauptverdienern der Familien 6,7 Jahre, wobei eine sehr große Streuung vorliegt.

4.2.2.3. Wohnsituation

Im Rahmen der Darstellung der Urteile der Familien über die neuen Wohnungen soll auch die Annahme überprüft werden, daß beide Familiengruppen unterschiedlich hohe Wohnzufriedenheit zeigen.

Hält man daran fest, daß die Wohnungen mit 126 qm für 10 Personen und die Wohnungen mit 100 qm für 7 Personen geplant wurden und vergleicht dies mit der tatsächlichen Belegung, so erhält man folgendes Bild:

	Große Wohnungen	Kleine Wohnungen
Unterbelegt	2 ¹⁸⁾	-
Normal belegt ¹⁹⁾	6	6
Überbelegt	<u>3</u>	<u>6</u>
	11	12

18) Die Unterbelegung ergab sich dadurch, daß a) eine Familie die
(Fortsetzung S. 68)

Die ursprünglich projektierte Wohnfläche pro Person von 14,4 qm sinkt damit bei beiden Wohnungstypen auf 12 qm. Für die Familien aus Obdachlosenlagern - dort kamen im Durchschnitt 9,3 qm auf eine Person²⁰⁾ bedeutet dies objektiv eine Vergrößerung der Wohnfläche. Ob dies bei der anderen Familien-Gruppe auch der Fall war, konnte nicht überprüft werden.

Die OL-Familien wohnten vor dem Umzug im Durchschnitt 6,45 Jahre in Notunterkünften, dies bestätigt die Annahme, daß diese Gruppe relativ lange Zeit dort zugebracht hat. Die n-OL-Familien lebten seit durchschnittlich 4,5 Jahren in ihrer alten Wohnung. Bei der Beurteilung der neuen Wohnungen ergaben sich Unterschiede zwischen beiden Gruppen.

Tabelle 9: Beurteilung der Wohnungen des Wohnprojekts durch OL- und n-OL-Familien 1973

Die neue Wohnung ist überwiegend	OL-Familien		n-OL-Familien	
	N	%	N	%
Positiv	10	52,6	3	15,8
Negativ	1	5,3	5	26,3

Unterschied signifikant bei $p < 0,025$.¹⁾

- 1) Der Signifikanztest wurde nach dem Fisher-exact-probability-Test durchgeführt. Vgl. Sidney Siegel, Nonparametric Statistics for the Behavioral Sciences, New York/Toronto/London 1956, S. 96ff

Die Ergebnisse der Tabelle 9 unterstützen die These hinsichtlich

Dachräume einer 100 qm-Wohnung zu Zimmern ausbaute, um eine große Wohnung zur Verfügung zu haben (daher auch die veränderte Relation der Wohnungstypen von 10/13 zu 11/12), b) der Familie mit Obmann-Funktion von der Wohnungsbaugesellschaft eine größere Wohnung zur Verfügung gestellt wurde.

- 19) Eine Abweichung von einer Person von der projektierten Personenzahl wurde noch als normal toleriert.
20) Diese Zahl wurde aus der Statistik des städtischen Sozialamts errechnet.

einer unterschiedlichen Wohnzufriedenheit beider Gruppen. Überwiegend positiv beurteilen die OL-Familien auch die Raumaufteilung der neuen Wohnungen, im Gegensatz zu den n-OL-Familien. Die Unterschiede sind hier allerdings nicht signifikant. Von den mit der Raumaufteilung Unzufriedenen wünscht die Mehrheit mehr oder größere Kinderzimmer. Eine stärkere Trennung zwischen Wohnzimmer und Eßplatz wurde nicht so oft erwähnt, dafür aber von einigen Familien durch Einziehen einer Wand oder Stellen von Möbeln selbst bewerkstelligt. An weiteren positiven und negativen Merkmalen wurde von den 19 Familien genannt:

Positive Merkmale

Mehr Platz als in der alten Wohnung	47,4 %
Ruhige, saubere Umgebung	42,0 %
Zentralheizung	26,3 %
Kleiner Garten	15,8 %
Mehr Komfort	15,8 %

Negative Merkmale

Nicht mehr Platz als vorher	21,0 %
Schlechte Bauqualität	21,0 %
Defekte Heizung	15,8 %

Bei der Beantwortung der Fragen bezüglich der Wohnung fiel auf, daß die Befragten ihr Urteil nicht vom Standard der Wohnung allein herleiteten, sondern auch Aspekte der Wohnumgebung (z.B. Einkaufsmöglichkeiten) darin miteinbezogen.

4.2.2.4. Der Umzug als Kostenfaktor

Eine Änderung brachte der Wohnungswechsel auch in den finanziellen Anforderungen mit sich. Zum einen hatten die Familien ohne

Ausnahme einen höheren Mietpreis als vorher zu zahlen.²¹⁾ Zum Zeitpunkt des Einzugs beliefen sich die Mieten für eine 126-qm-Wohnung auf ca. 500 DM, die für eine 100-qm-Wohnung auf 400 DM, was einem Quadratmeterpreis von DM 4.-/4.10 entspricht.²²⁾

Dazu war eine einmalige Kautio in der Höhe von zwei Monatsmieten zu entrichten, deren Zahlung jedoch vom Sozialamt übernommen wurde. Im Jahr 1973 erhielten 63,2 % der Familien Wohngeld, im Durchschnitt DM 219.-; bei ausschließlich von der Sozialhilfe lebenden Familien war die Miete im Sozialhilfebeitrag enthalten.

Zusätzliche finanzielle Belastungen gaben 73,7 % der Familien an, die in der Hauptsache vom Kauf von Gegenständen der Wohnungseinrichtung herrührten. Vom Sozialamt wurden zwar gebrauchte Möbel und Zuschüsse für den Kauf von Gardinen angeboten, doch waren allein damit die Einrichtungsbedürfnisse der Familien nicht zu befriedigen.

Weitere Kostenfaktoren stellten die ölbefeuerte Zentralheizung, mit deren Bedienung und Verbrauch ein Großteil der Familien keine Erfahrung besaß, und die durch elektrische Energie betriebene Warmwasseraufbereitung dar. Die tatsächlichen Kosten dieses Energieverbrauchs waren für die Familien erst nach längerer Zeit überschau- und damit regulierbar, da die Abrechnung über den

21) Hier liegt eine sehr große Ähnlichkeit mit der Situation von Personen vor, die von Stadtsanierungen betroffen werden.

"Gleichzeitig und insbesondere für Umsetzmieter aus Sanierungsgebieten bedeutet der Umzug aber auch eine Fülle unvorhergesehener finanzieller Belastungen: der Umzug selbst, die objektive oder mindestens subjektiv erlebte Notwendigkeit, neue Wohnungseinrichtungen zu kaufen, die wesentlich höhere Miete, die in der Regel nur durch die zusätzliche oder verstärkte Berufstätigkeit der Ehefrau aufgebracht werden kann, der längere Weg zum Arbeitsplatz, der, bei zumeist unzureichender Anbindung von Neubauvierteln an das öffentliche Verkehrsnetz, zum Kauf eines Erst- oder Zweitwagens zwingt." C. Wolfgang Müller, Das Dilemma der Gemeinwesenarbeiter, in Otto/Schneider, S. 218f

Die empirischen Daten unserer Untersuchung und die Argumente von C.W. Müller widersprechen vollkommen den Befunden von J.M. Mokey, Changes in Family Life Experienced by English Workers Moving from Slums to Housing Estates, in Journal of Marriage and Family Living, Vol. 17, 1955, S. 123-128

22) Der Mietpreis war nicht völlig einheitlich, da bei seiner Berechnung die Wohnlage des Hauses mitberücksichtigt wurde.

Verbrauch erst zu späterer Zeit erfolgte.²³⁾

Der Einkauf von Lebensmitteln erwies sich als problematisch, da sich in der Siedlung nur ein einziger Laden befand, der durch seine Monopolstellung relativ hohe Preise fordern konnte. Besonders die Familien ohne eigenes Auto waren aber auf diese Einkaufsmöglichkeit angewiesen, wenn sie nicht einen Zeitaufwand von mindestens einer Stunde bei einer Fahrt in die Stadt in Kauf nehmen wollten. Im näher liegenden und zu Fuß zu erreichenden Vorstadt-Zentrum befanden sich keine Supermärkte oder Discount-Läden, so daß der Preisunterschied zum Laden in der Siedlung nicht bedeutend war.

Im Vergleich zu den Siedlern hatten die Familien 1973 folgende Einkaufsgewohnheiten:

Tabelle 10: Einkaufsgewohnheiten von Siedlern
und Familien 1973 (in %)

Lebensmittel werden überwiegend eingekauft in	Siedler (N=46)	Familien (N=19)
Laden der Siedlung	13,5	15,8
Läden im Vorstadt-Zentrum	11,5	----
Innenstadt	32,7	47,4
Supermärkte am Stadtrand	42,3	36,8

Diese Angleichung an die Einkaufsgewohnheiten der Siedler wird durch den Umstand relativiert, daß 73,7 % aller Familien angeben, täglich notwendige Lebensmittel dennoch im Laden der Siedlung einzukaufen.

23) Die Abrechnung des Stromverbrauchs erfolgte hier ein Jahr nach dem Einzug, der Ölverbrauch war erst nach der Heizperiode im Winter 1973/74 abzuschätzen. Die ersten kritischen Äußerungen über die hohen Energiekosten der Wohnungen wurden auch erst nach Ablauf dieser Zeitspanne laut.

4.2.2.5. Umweltkontakte

Am Anfang dieses Abschnitts stehen die Nachbarschaftsbeziehungen der Familien, die mit denen der Siedler verglichen werden. Danach werden die Kontakte zwischen beiden Bevölkerungsteilen und die soziale Partizipation der Familien betrachtet.

Der Nachbarschaftsbereich der Familien umfaßte ein halbes Jahr nach dem Einzug mit zwei Ausnahmen nur andere Bewohner des Wohnprojekts, d.h. nachbarliche Kontakte zu den Siedlern waren noch kaum entstanden. Die Familien betrachteten dabei zu 70 % Bewohner des eigenen Häuserblocks als ihre Nachbarn, 30 % schlossen auch Bewohner gegenüberliegender Blöcke mit ein, Beziehungen über einen oder mehrere Blöcke hinweg wurden nicht erwähnt. Damit stimmt auch überein, daß der eigene Block oder höchstens noch der angrenzende durchweg als "besser", "weniger problembeladen", "Leute haben besseres Verhältnis untereinander" gegenüber den anderen abgegrenzt wurde.

Das Verhältnis zu den Nachbarn wird folgendermaßen beschrieben:²⁴⁾

- Anonymität	----
- Distanz	36,8 %
- Reduzierte Distanz	57,9 %
- Enger Kontakt	5,3 %

Wünsche nach größerer Anonymität wurden nicht geäußert, die Realisierung dieser Absicht hätte sich der Vielzahl der Kinder und der Häufigkeit ihrer Kontakte wegen als kaum durchführbar erwiesen.

Nachbarliche Verhaltensformen wie Grüßen, Ausborgen von Gegenständen und Hilfe in Notfällen wurden von über 90 % der Befragten praktiziert. Dagegen gingen die Nennungen zurück, wenn angegeben werden sollte, ob sie selbst schon einmal etwas von Nachbarn ausborgt hatten oder ihnen von Nachbarn geholfen wurde: dies bejahten nur noch 60 bzw. 40 %. Hingegen wurde betont, daß man in

24) Zur genaueren Kennzeichnung der Kategorien vgl. S. 61 oben.

der neuen Wohnung auch ohne fremde Hilfe zurechtkomme.²⁵⁾

Tabelle 11: Bewertung des Verhältnisses zu den Nachbarn
bei Siedlern und Familien 1973 (in %)

Verhältnis zu Nachbarn ist	Siedler (N=46)	Familien (N=19)
ausgezeichnet	21,7	----
gut	65,2	47,4
teils, teils	8,7	47,4
nicht besonders	----	----
Kein Interesse an Nachbarn	4,3	5,2

Das Verhältnis zu den Nachbarn bewerten die Familien also negativer als die Siedler. Über 70 % der "gut"-Antworten kamen von den OL-Familien, während die n-OL-Familien überwiegend "teils, teils" ankreuzten. Dies bedeutet, daß die beiden Familiengruppen mit ihren Nachbarschaftskontakten unterschiedlich zufrieden sind.

Kontakte mit den Siedlern hatten bis zum Zeitpunkt der ersten Befragung 27,3 % der OL-Familien und 62,5 % der n-OL-Familien, insgesamt 42,1 % aller Familien.

Ein Drittel der Familien konnte sich an diskriminierende Äußerungen von Seiten der Siedler erinnern. Dies war mit darauf zurückzuführen, daß viele Kontakte zwischen den Gruppen durch Kinder der Familien verursacht wurden, deren Spielverhalten zu Konflikten zwischen den Erwachsenen führte. Dies umso mehr, als für die Kinder in der Siedlung kein Platz vorgesehen war, auf dem sie ihren Bewegungstrieb auch nur einigermaßen befriedigen konnten und sie folglich auf die Straßen und Wege der Siedlung angewiesen waren.

25) Ob diese Betonung der Eigenständigkeit auch dem tatsächlichen Verhalten entspricht, darf bezweifelt werden. Vgl. dazu auch Pfeil, Großstadtforschung...., S. 265

Die folgende Tabelle gibt die gegenseitige Bewertung der Bevölkerungsgruppen wieder.

Tabelle 12: Gegenseitige Bewertung von Siedlern
und Familien 1973 (in %)

Bewertung	Siedler über (N=46) Familien	Familien über (N=19) Siedler
negativ	8,7	----
negativ und positiv	17,4	25,0
positiv	4,4	18,8
kenne niemanden	69,5	56,2

Die Familien neigten 1973 zu einer positiveren Beurteilung der Siedler als umgekehrt. 15,6 % der mit "kenne niemanden" antwortenden Siedler äußerten gleichzeitig negative Urteile über die Familien.

Auf die Frage "Meinen Sie, daß die neu zugezogenen Familien in die Siedlung passen?" antworteten die Siedler mit

- ja 21,7 %
- ja mit Einschränkung 26,1 %
- nein 34,8 %
- weiß nicht 17,5 %

Bei den Zustimmungen mit Einschränkung wurde meist differenziert in Familien, die "in die Siedlung passen" und solche, die "nicht hierher passen".

Das Ausmaß der sozialen Partizipation der verschiedenen Gruppen in der Siedlung gibt die folgende Aufstellung an.

Tabelle 13: Soziale Partizipation von Siedlern,
OL- und n-OL-Familien 1973 (in %)

Art der Partizipation	Siedler (N=46)	Familien	
		n-OL-Fam. (N=8)	OL-Fam. (N=11)
Besuch erhielten innerhalb der letzten 4 Wochen	89,1	75,0	90,9
Einem Verein gehören an			
	Männer	50,0	25,0
	Frauen	28,3	----
	Kinder	40,0 ¹⁾	75,0
Eine Veranstaltung besuchten innerhalb der letzten 4 Wochen	39,1	12,5	9,1

1) Diese Zahlen sind so zu interpretieren, daß mindestens ein Kind der Familie Mitglied in einem Verein ist (nicht alle Kinder der Familie).

Während die Gruppen sich in der Besuchshäufigkeit kaum unterscheiden, treten in den Bereichen Vereinszugehörigkeit und Veranstaltungsbesuch größere Differenzen hervor. Die einem Verein angehörenden Kinder der neu zugezogenen Familien sind bis auf zwei Ausnahmen Mitglieder in einem Fußballverein, wobei oft noch der Verein am alten Wohnort angegeben wurde. Von den Erwachsenen der OL-Familien ist niemand Vereinsmitglied, alle Nennungen beziehen sich auf die n-OL-Familien. Von den Familien gaben 22,2 % an - und zwar ausschließlich OL-Familien -, daß sie seit dem Umzug mehr Besuch von Verwandten und Bekannten erhalten, 44,4 % verzeichneten keine Änderung und 33,3 % berichteten von verringertem Besuch.

4.2.3. Zusammenfassung

Der Einzug der Familien bedeutete für die Siedlung nicht nur eine Zunahme der Bevölkerungszahl - insbesondere der Kinder und Jugendlichen um 80 % -, sondern auch eine Konfrontation verschiedener Lebensstile.²⁶⁾

Die durchgehend den Mittelschichten und der oberen Unterschicht angehörenden Siedler entwickelten in der langen Zeit des Wohnens in der Siedlung stabile Beziehungsmuster, vermittelt durch die gemeinsamen Interessen des Hausbesitzes und durch die gemeinschaftlich zu erledigenden Aufgaben. Viele Siedler-Familien haben das Stadium der Kindererziehung schon hinter sich gebracht.

Die Familien sind demgegenüber in die obere und untere Unterschicht einzuordnen, doch unterscheiden sich auch die Angehörigen der oberen Unterschicht beider Gruppen noch durch die statusbeeinflussenden Faktoren des Hausbesitzes und der Kinderzahl, so daß man auch in der gleichen Schichtebene noch differenzieren muß.

Der Kontakt zwischen den beiden Bewohner-Gruppen wurde nur zögernd aufgenommen und war oft von Konflikten über das Spielverhalten der Kinder und damit verbunden dem Erziehungsverhalten der Eltern bestimmt.²⁷⁾

Für die Familien stellte die Einzugsphase eine Art Bewährungsprobe dar: sie mußten auf die Anforderungen einer neuen sozialen und physischen Umwelt reagieren. Ein Großteil der Familien verspürte den Zwang, neue Einrichtungsgegenstände beschaffen zu

26) Dem entsprechen auch Ergebnisse einer Untersuchung in England, wo zwei Gruppen von Arbeitern - die einen Hausbesitzer, die anderen Mieter - Unterschiede im Einkommen, in der sozialen Partizipation und im Nachbarschaftsverhalten zeigten. Vgl. Bernard Ineichen, Home Ownership and Manual Workers' Life-Styles, in Sociological Review, Vol. 20, 1972, S. 397-401

27) "In den Konflikten wegen der Kinder kann man am besten alle die gegen die Sitten der unteren Schichten vorgebrachten Beschwerden wiedererkennen. In den täglichen Beziehungen der Kinder untereinander oder zwischen Kindern und Erwachsenen der verschiedenen Klassen offenbaren sich die gegensätzlichen Erziehungsmethoden der einzelnen Gruppen." Chamboredon/Le-maire, S. 207

müssen, Einkaufs-, Schul- und Arbeitswege waren neu zu planen, und die kompliziertere technische Ausstattung der Wohnung (z.B. die Zentralheizung) war zu bewältigen.

Es bestand noch keine Klarheit darüber, welche Verhaltenserwartungen die anderen Projekt-Familien und die Siedler hatten, welchen Leistungsstandard man von den Kindern in der Schule erwartete. Daraus ergaben sich u.a. auch finanzielle Anforderungen, die wiederum im Familienbudget berücksichtigt werden mußten. Ob diese Situation der Verhaltensunsicherheit und finanziellen Beanspruchung tendenziell mehr zur Gleichheit oder mehr zu Differenzierungen unter den Familien führen würde, konnte mit der ersten Befragung nicht entschieden werden.

Die im theoretischen Teil vorgenommene Trennung zwischen OL- und n-OL-Familien wurde unterstützt durch die empirischen Daten über die Wohnzufriedenheit und den beruflichen Status. Die Faktoren soziale Isolation und Einkommen differieren in ihren Werten von OL- und n-OL-Familien zwar entsprechend der Vorhersage, doch sind die Unterschiede so gering, daß man im Vergleich zu den Werten der Siedler bei diesen Faktoren eher von einer ähnlichen Lage beider Familiengruppen sprechen muß.²⁸⁾

4.3. Die Interventionen der Sozialarbeit

Vor der Darstellung der Ergebnisse der zweiten Befragung sollen hier Ziele und Auswirkungen von Interventionen der Sozialarbeit im untersuchten sozialen Feld erörtert werden, die vor dem und während des Befragungsintervalls stattfanden.

Gleichzeitig werden hierbei Problembereiche der Familien angesprochen, denn viele Maßnahmen der Sozialarbeit beziehen sich auf solche Problemsituationen.

28) Es wäre nützlich gewesen, neben der Einkommens- auch die Vermögenslage der Familien zu untersuchen, da gerade die Höhe der Ersparnisse die Reaktionen bei finanzieller Beanspruchung mitbestimmt.

Für die Familien im Wohnprojekt war ein Sozialarbeiter im Rahmen der Familienhilfe zuständig, dessen Zuständigkeitsbereich ("Bezirk") sich aber auch über die gesamte Siedlung und einige benachbarte Wohngegenden erstreckte. Im Vergleich zu anderen "Bezirken" der Stadt war dieser besonders klein gehalten, da der Sozialarbeiter neben seiner familienfürsorgerischen Tätigkeit auch Aktionen der Gemeinwesenarbeit planen und durchführen sollte.

Die Zielsetzungen der Sozialarbeit blieben von vorgesetzter Seite weitgehend unbestimmt: die "Integration" der Familien sollte gefördert werden (und anfangs auf regelmäßige Mietzahlungen geachtet werden).

Die hier besprochenen Interventionen wurden bis auf die in Abschnitt 4.3.1. erwähnten Auswahlpraktiken weitgehend von dem schon erwähnten Team von Sozialarbeiter, Psychologen und Soziologen in die Wege geleitet und reflektiert.

Die speziell einzelne Familien betreffenden Maßnahmen des Sozialarbeiters (Einzelfallhilfe) bleiben außer Betracht.

4.3.1. Die Auswahl der Familien

Vor der Fertigstellung des Wohnprojekts standen die für die Obdachlosenunterkünfte zuständigen Behörden vor der Aufgabe, Familien für das Wohnprojekt auszusuchen.²⁹⁾

Vorgegeben war bereits die Bedingung des Kinderreichtums, d.h. die Familien sollten mindestens 4-5 Kinder haben, des weiteren, daß die in Frage kommenden Familien auch unzureichend untergebracht waren.

Die Zahl der Bewerber überstieg die Zahl der zu vergebenden Wohnungen, so daß von den Behörden weitere Voraussetzungen festgelegt werden mußten. Nun haben Obdachlosen-Behörden bestimmte Kriterien, mit deren Hilfe sie entscheiden, ob Familien, die

29) Die n-OL-Familien wurden von der Wohnungsbaugesellschaft und dem städtischen Wohnungsamt ausgewählt. Über diese Auswahlverfahren gab es keine Informationen.

aus eigener Initiative zu keiner Wohnung außerhalb der Notunterkünfte gelangen, eine Wohnung mit besserer baulicher Qualität angeboten wird oder nicht. Wie aus mehreren Protokollen von Sitzungen der Behörden hervorgeht, wurde auch zur Selektion von Familien für das Wohnprojekt darauf zurückgegriffen: es sollten Familien favorisiert werden, die die Bedingungen "regelmäßige Mietzahlung", "ordentliche Haushaltsführung" und "Unauffälligkeit in der Hausgemeinschaft" am besten erfüllten.³⁰⁾

Dahinter steht die Annahme, daß Familien, die diese Kriterien erfüllen, sich besser in der neuen Wohnumgebung integrieren werden, d.h. daß sie diese Verhaltensweisen auch nach dem Wohnungswechsel beibehalten.

An den Auswahlberatungen nahmen auch die Sozialarbeiter teil, auf deren subjektiven Beobachtungen die Einschätzung der Familien nach den eben genannten Kriterien beruhte. Es erwies sich als schwierig, hiernach eine Entscheidung zu fällen, da keine Gewichtung der einzelnen Kriterien erfolgte und sie so schlecht gegeneinander abgewägt werden konnten.³¹⁾

Dies führte dazu, daß persönliche Präferenzen der an der Beratung Beteiligten für diese oder jene Familie in den Vordergrund traten und die Entscheidung mitbestimmten.

Die so erzielten Vorschläge der Obdachlosenbehörde wurden des weiteren vom städtischen Wohnungsamt und von der Wohnungsbaugesellschaft insbesondere auf "mietrechtliche Zumutbarkeit" über-

30) Dieser Versuch einer Einteilung von obdachlosen Familien in fürsorgerische und wohnungsbaulich relevante Kategorien entspricht dem Vorschlag des Deutschen Städtetags, der

- a) sozial unangepaßte, nicht oder nur mit besonderem Aufwand eingliederungsfähige Familien,
- b) sozial unangepaßte, in der Regel mit sozialen Hilfen eingliederungsfähige Familien,
- c) sozial angepaßte Familien"

unterscheidet. Deutscher Städtetag, Hrsg., Hinweise zur Obdachlosenhilfe, Köln 1968, S. 8 (Hervorhebungen i.O.)

31) Wiegt z.B. eine ordentliche Haushaltsführung unregelmäßige Mietzahlungen auf?

prüft, d.h. es wurden Prognosen aufgestellt, ob die jeweilige Familie die Miete regelmäßig zahlen würde oder nicht. Von diesen Instanzen wurden weitere Familien vorgeschlagen, die entweder in besonders schlechten Wohnverhältnissen lebten oder durch zahlreiche Eingaben an die betreffenden Behörden zu "Problemfällen" geworden waren, und somit die Behörden ein Interesse daran hatten, diese "Problemfälle" zu beseitigen. Die anfangs erwähnten Entscheidungskriterien wurden auf diese Weise von Erwägungen der Behörden verdrängt, die in der Besetzung der Wohnungen des Wohnprojekts eine Chance zur Verringerung ihres Potentials an "Problemfällen" sahen.

Das gleiche Verhalten trat auf, als es galt, durch Auszug freigewordene Wohnungen wieder mit neuen Familien zu besetzen. Entgegen den Vorstellungen des für das Wohnprojekt zuständigen Sozialarbeiters, der durch seine Erfahrungen mit den Projekt-Familien auf bestimmten Bedingungen beharrte, die die neuen Familien erfüllen sollten, wurden wieder Familien bevorzugt, die bei den Behörden als "Problemfälle" angesehen wurden. Auf die Auswahlpraktiken und die Diskussion möglicher Auswahlkriterien wird in Abschn. 6.3.1. noch einmal Bezug genommen.

4.3.2. Die Situation der Kinder und Jugendlichen

Es kann hier nicht Sinn und Aufgabe sein, die verschiedenen Variablen der Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen aus kinderreichen und obdachlosen Familien in extenso herauszuarbeiten, wozu es einer eigenen Untersuchung bedurft hätte.³²⁾

32) Fundiertere Darstellungen der Schulsituation obdachloser Kinder geben Gerd Iben, Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen über Sozialstatus und Erziehungsverhalten obdachloser Familien, München 1971, S. 25-49; Michael Brühl, Benachteiligte Kinder als pädagogische Provokation, Frankfurt/M. 1970.

Auf den Einfluß der Variablen 'Familiengröße' und 'Sozialstatus' auf den Schulerfolg geht ein Andreas Krapp, Bedingungen des Schulerfolgs. Empirische Untersuchung in der Grundschule, München 1973

Wichtig ist aber die Aufzeichnung der Situation, die der Sozialarbeit Anlaß gab, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, und die die Eltern motivierte, für die Interessen ihrer Kinder aktiv zu werden.

4.3.2.1. Die Schulsituation

Für die schulpflichtigen Kinder war neben dem Wohnungswechsel der Schulwechsel von Bedeutung. Auf die Unterschiede im Schulbesuch zwischen den Kindern der Familien und den Kindern der Siedler wurde schon in Tabelle 7 auf S. 65 hingewiesen.

Kein Kind der Familien besuchte eine weiterführende Schule. Bei der ersten Befragung beklagten sich 42 % der Familien darüber, daß einige ihrer Kinder in der Grundschule schlechtere Leistungen als vorher zeigen würden und mit Lehrern und Mitschülern Schwierigkeiten hätten.³³⁾ Diese Angaben fanden ihre Entsprechung in Äußerungen der Lehrer der Grundschule, denen auffiel, daß die Kinder "schlampig gekleidet" waren, "schlecht rochen" und "einerseits gehemmt und schüchtern, andererseits frech und rücksichtslos" waren. Die Lehrer und die Schulleitung waren auf die auf sie zukommende Problematik nicht vorbereitet worden: "es existierten nur Gerüchte". Auch nach dem Übertritt der Kinder in die neue Schule wurden die Probleme mit den Kindern als Einzelfälle abgehandelt, zu Lehrerversammlungen, die diese Problematik zum Thema hatten, kam es nicht. Der Kontakt zu den Eltern der Kinder wurde von den Lehrern als schlecht eingestuft, und sie vermuteten, daß die Eltern selbst schon schlechte Erfahrungen mit der Schule gemacht hätten.

In dieser beiderseitig von Vorurteilen geprägten Situation ge-

33) Ob diese schlechteren Leistungen auf höhere Leistungsanforderungen der neuen Schule oder mehr auf Kontaktschwierigkeiten zwischen Lehrern, Mitschülern und den Kindern der Familien zurückzuführen sind, wurde nicht untersucht. Man kann auch nicht davon ausgehen, daß beide Faktoren unabhängig voneinander sind.

rieten leistungsschwächere und verhaltensauffälligere Kinder in Gefahr, in die Sonderschule abgeschoben zu werden, was auch tatsächlich eintrat: die Relation von Grund-/Hauptschülern zu Sonderschülern veränderte sich von 56,8 % : 43,2 % im Jahr 1973 auf 44,6 % : 55,4 % zugunsten der Sonderschüler im Jahr 1975.

Bei der Einschulung 1974 wurden 4 von 9 Kindern der Familien wieder zurückgestellt, da sie den Schulreife-Test wegen ihrer zu undeutlichen Sprache, mangelnder Arbeitshaltung und zu geringer Konzentrationsfähigkeit nicht bestanden.

Die Fehlzeiten der Schüler, die den für sie mit negativen Empfindungen verbundenen Unterricht mieden, nahmen stark zu. Man kann mit Iben schlußfolgern: "Die von ihr (der Schule, d. Verf.) verlangten Anpassungsleistungen können von Randgruppenkindern ohne zusätzliche Hilfen und ohne Konflikte mit dem eigenen Milieu nicht erbracht werden. So bestehen die meisten von ihnen diese Probe auf ihre Anpassungsfähigkeit nicht und scheitern bereits in den ersten beiden Schuljahren, die wegen der Umstellungsprobleme als schwierigste Barriere gelten."³⁴⁾

Die Sozialarbeit reagierte auf diese Ausgangslage mit den Mitteln, die inzwischen zur Behebung von Erziehungs- und Bildungsdefiziten bei solchen Kindern üblich geworden sind, nämlich mit der Einrichtung von Hausaufgabengruppen, wobei die Kinder unter fachlicher Aufsicht ihre Hausaufgaben anfertigen und dabei Lernhilfen erhalten, von Vorschulgruppen, in denen Fünfjährige und von der Einschulung zurückgestellte Kinder mit den Anforderungen der Schule vertraut gemacht werden, und Spieltherapie-Gruppen, in denen in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder individuell gefördert werden. Diese unter dem Stichwort der kompensatorischen Erziehung einzuordnenden Methoden haben insgesamt das Ziel, den Kindern die Erfüllung der Leistungsanforderungen der Schule zu ermöglichen, um sie somit vom Übergang auf die Sonderschule zu bewahren, deren Abschluß nur für die untersten Berufspositionen qualifiziert.

34) Iben, S. 26

Diese Einrichtung von zusätzlichen Lernhilfen für die Kinder wurde erst möglich durch die Zusammenarbeit des Sozialarbeiters mit einer Fachhochschule für Sozialarbeit, die die Tätigkeit von Studenten im Rahmen dieser Gruppen als Praktikumsleistung anerkannte.³⁵⁾

Für die Sonderschüler war die Situation weniger problematisch, da sie nicht mehr mit einem weiteren Absinken rechnen mußten und keinem so großen Leistungsdruck ausgesetzt waren. Dafür wurde der Schulweg der Sonderschüler von den Eltern als zu lang empfunden, der ca. 2,2 km betrug. Mit Bus und Straßenbahn war die Sonderschule nur sehr umständlich zu erreichen, so daß sich auch hier die Fehlzeiten der Kinder häuften, da die Kinder zu spät zum Unterricht kamen, den langen Schulweg nicht durchhielten oder von den Eltern bei schlechtem Wetter erst gar nicht zur Schule geschickt wurden.

In diesen Fällen war es die Aufgabe des Sozialarbeiters, wenn er von den Schulen dementsprechend informiert wurde, die Ursachen des Fernbleibens vom Unterricht festzustellen und die Eltern dahingehend zu beeinflussen, die Kinder regelmäßig zur Schule zu schicken.

4.3.2.2. Die Freizeitsituation

Im Jahr des Einzugs 1973 hatten 66,4 % der Kinder der Familien ein Alter zwischen 6 und 15 Jahren.³⁶⁾ Geht man davon aus, daß die Spielbedürfnisse der Kinder dieser Altersstufe nicht mehr im engeren familiären Wohnbereich (Zimmer der Wohnung und Garten)

35) Die Ziele und Erfolge dieser Gruppen werden in dieser Arbeit nicht weiter diskutiert und auch nicht untersucht. Zur Bedeutung der Gruppen für die Sozialarbeiter-Ausbildung vgl. Wolfgang Franke, Das Projekt R-Straße in einem Randbezirk einer Großstadt, in NDV, 55. Jg., 1975, S. 127-128.

36) 1973 waren nur 9 (5,5 %) Kinder im Alter von 3-5 Jahren, also potentielle Kindergarten-Besucher. Ein Kindergarten einer Kirchengemeinde befand sich in der Nähe, wurde jedoch anfangs von den Familien kaum genutzt.

befriedigt werden, sondern eher auf öffentlichen Spiel- und Sportanlagen sowie Bastel- und Hobby-Einrichtungen gerichtet sind³⁷⁾, so kann man nur konstatieren, daß solche Einrichtungen im Wohnprojekt nicht mit eingeplant waren. In der gesamten Siedlung war kein Spielplatz vorhanden, so daß die Kinder Wege von über 10 Minuten Dauer zurückzulegen hatten und verkehrsreiche Straßen überqueren mußten, um zu einem Spiel- oder Sportplatz zu gelangen.

Diese Entfernungen hinderten die Eltern daran, zumindest ihre jüngeren Kinder zu beaufsichtigen, so daß hier eine ständige Konfliktquelle zwischen Eltern und Kindern durch Aufsichtspflicht einerseits und Spielbedürfnis andererseits gegeben war. In den meisten Fällen wurde von den Kindern die Sackstraße, die zu den Häusern des Wohnprojekts führte, als Spielort gewählt. Dies brachte eine Erhöhung des Lärmpegels in der näheren Umgebung des Wohnprojekts mit sich und insbesondere bei Ballspielen Konflikte mit den zur Straße wohnenden Projekt-Familien einerseits und mit den angrenzenden Siedlern andererseits, die ihren Garten, Auto und ihre Fensterscheiben bedroht sahen.

Diesen Konflikten konnten sich auch die Erwachsenen nicht entziehen, zumal das Spielverhalten der Kinder meist mit dem Erziehungsverhalten der Eltern in Verbindung gebracht wurde.

Die Eltern standen so vor dem Dilemma, das Verhalten ihrer Kinder verstärkt zu maßregeln, um Konflikte mit den Siedlern und anderen Familien gering zu halten, und gleichzeitig hiermit die intrafamiliären Konfliktursachen zu vermehren. Diese Situation führte bei einigen Familien zeitweise dazu, daß den Kindern so weit als möglich das Spielen außer Haus verboten wurde, um Konflikte mit anderen Bewohnern der Siedlung zu vermeiden. Bei einigen Familien wurde ein Spielverbot auch unter dem Aspekt der "Gefährdung" der eigenen Kinder durch Verhalten und Umgangston anderer Kinder aus dem Wohnprojekt ausgesprochen.³⁸⁾

37) Baumann/Zinn, S. 86

38) Die Wohnungsbaugesellschaft reagierte auf diesen Zustand mit der Androhung negativer Sanktionen für die Familien. Vgl. das Schreiben im Anhang , S.

Andere Aktivitäten der Kinder führten ebenfalls zu Beschwerden der Siedler und zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Neuzuzüglern und Alteingesessenen, z.B. wurde der einzige Laden der Siedlung von den Kindern der Familien stark frequentiert, um Süßigkeiten zu kaufen oder kleinere Familieneinkäufe zu erledigen. Entlang der Verbindung von Laden und den Wohnblocks, einem schmalen, von Gartenzäunen begrenzten Weg, kam es immer wieder zu Konflikten mit den Anliegern, die sich durch den Lärm der Kinder und die Verunreinigung des Weges durch Abfallpapiere gestört fühlten.³⁹⁾

Desgleichen fehlte ein Freizeitangebot für die Jugendlichen, die zur Durchführung ihrer Aktivitäten weitgehend auf die Straße, umliegende Kneipen oder private Party-Keller angewiesen waren. Neben den Aktionen der Gemeinwesenarbeit, die auf die Verbesserung dieses Zustands hinzielten, wurden im Bereich der Sozialarbeit noch Kinder- und Jugendgruppenstunden eingerichtet, die ebenfalls wie die auf den Schulsektor bezogenen Gruppen von Studenten der Sozialarbeit organisiert und durchgeführt wurden. Durch das Fehlen geeigneter Räume - in dem Gemeindehaus der Kirchengemeinde besaßen die Kinder und Jugendlichen nur beschränkte Bewegungsfreiheit - war auch dieses Freizeitangebot nicht frei von Konflikten mit der Umwelt, die den Bedürfnissen der Jugendlichen zu wenig Spielraum gewährte.

4.3.3. Die Gemeinwesenarbeit

Die Darstellung des Prozesses der Gemeinwesenarbeit nimmt in der Untersuchung eine zentrale Stellung ein, da diese Aktivitäten am intensivsten beobachtet wurden, die Probleme der Familien im Wohnprojekt, die über den individuell-familiären Bereich hinausgehen, am deutlichsten sichtbar werden, und für die Überprüfung

39) Eine Eskalation dieses Konflikts wird in dem Zeitungsartikel im Anhang V, S.192 beschrieben, wo es um eben diesen Weg ging.

der Hypothesen qualitativ wichtige Informationen anfallen.⁴⁰⁾
Es wird darauf verzichtet, den Ablauf des Prozesses der Gemeinwesenarbeit historisch exakt nachzuzeichnen, sondern es wird versucht, durch die Konzentration der Darstellung auf einige analytische Kategorien die Hypothesenüberprüfung und den Vergleich mit anderen Projekten der Gemeinwesenarbeit zu erleichtern.⁴¹⁾

4.3.5.1. Die mit der Gemeinwesenarbeit verbundenen Ziele

Bei der Formulierung von Zielvorstellungen für die Gemeinwesenarbeit ist die Gefahr der Verwendung von Leerformeln und unpräzisen Termini gegeben, die oft mit dem empirisch festgestellten Ablauf des Gemeinwesenarbeit-Prozesses nur schwer in Verbindung zu bringen sind.⁴²⁾

Das Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und ihren Zielen ist vorab zu klären: ordnete man die Gemeinwesenarbeit als eine der verschiedenen Methoden der Sozialarbeit ein, so lägen ihr auch die allgemeinen Zielvorstellungen, mit denen Sozialarbeit betrieben wird, zugrunde (abgesehen davon, ob es solche überhaupt gibt).⁴³⁾

40) Eine Quantifizierung der Ergebnisse könnte man durch verbesserte Standardisierung der teilnehmenden Beobachtung erhalten. Doch stellt sich die Frage, ob dies nicht "...eine erhebliche Einschränkung in Anwendungsbereich und Reichweite dieser Untersuchungsform bedingt." Berger, S. 49f

41) Viele Darstellungen von Gemeinwesenarbeit-Projekten erschöpfen sich in Ereignisschilderung, wobei die politischen Auswirkungen der Aktivitäten im Vordergrund stehen. Vgl. dazu als Beispiel die Literaturangaben bei Höbel/Seibert, S. 65. Dies ist u.E. auf einen Mangel an Theorie dieser Methode der Sozialarbeit zurückzuführen. Unser Versuch einer systematischeren Darstellung kann diesen Mangel natürlich nicht beheben.

42) Vgl. die Zielformulierung verschiedener Gemeinwesenarbeit-Projekte bei Raiser/Bianchi, S. 21-25

43) "Die Theorie der Sozialarbeit und Sozialpädagogik trägt zur beliebigen Verwendbarkeit des Begriffes Gemeinwesenarbeit bei, solange ihr Interesse darauf gerichtet ist, GWA formal als Aktivierungs- und Beteiligungstechnik zu definieren und sie als Methode, neben Einzelfallberatung und Gruppenpädagogik in das Repertoire üblichen fachlichen-beruflichen Handelns zu integrieren." Werner Müller, S. 106, (Hervorhebungen i.O.)

Unserer Auffassung nach würde man aber übersehen, daß im sozialen Feld, in dem Gemeinwesenarbeit zur Anwendung kommt, verschiedene Zielsetzungen miteinander konkurrieren können, und sich Ziele der beteiligten Institutionen, Gruppen und Personen nicht in rationaler herrschaftsfreier Diskussion, sondern im politischen Kräftespiel durchsetzen.⁴⁴⁾ Gemeinwesenarbeit ist ungleich den anderen Methoden der Sozialarbeit auch politische Aktion und läßt sich damit nicht durch eine vor dem "Start" dieser Methode vorgenommenen Ziel-Mittel-Analyse exakt festlegen. Auch abstrakt proklamierte Ziele werden hier eher - so unsere Vermutung - als Motivationen und Interessen der Beteiligten zu interpretieren sein, die eine Beeinflussung des Prozesses der Gemeinwesenarbeit in der ihnen genehmen Richtung anstreben und im Fortlauf dieses Prozesses wieder verändert werden. Zunächst ist einmal zu unterscheiden, von wem die Ziele formuliert werden und damit auch, wessen Zieldefinitionen sich wann durchsetzen. Ziele können definiert werden von der Institution, der der Gemeinwesenarbeiter angehört, vom Gemeinwesenarbeiter selbst und von den Bevölkerungsgruppen, auf deren soziale Situation sich die Aktionen der Gemeinwesenarbeit beziehen. Von der den Gemeinwesenarbeiter beschäftigenden Institution wurde das schon genannte Ziel der "Integration" auch für den Bereich der Gemeinwesenarbeit übernommen. In diesem Zusammenhang wird die Gemeinwesenarbeit verstanden als Methode der Verringerung von Konflikten, sowohl zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Siedlung als auch zwischen Familien und den städtischen Behörden. Über das Wie der Konfliktverringering existieren

44) "Bisher zu wenig berücksichtigte Bedürfnisse ganzer Bevölkerungsgruppen lassen sich nicht einfach harmonisch in ein gemeindliches Planungs- und Versorgungssystem einfügen, so wie man ein bisher abgelegenes Dorf an das Straßennetz anschließt. Es kommt vielmehr zur Konkurrenz zwischen Ansprüchen. Eine Veränderung der Dringlichkeit sozialer Bedürfnisse wird nötig - und dies verursacht Konflikte. Daß man dies lange übersehen konnte, mag daran liegen, daß ein lokales Gemeinwesen lange Zeit ebenso wie die Familie als der Ort angesehen wurde, wo man gut miteinander auskommt, während Konflikte angeblich erst jenseits der Gemeinde in der "großen Politik" auftreten." Werner Müller, S. 107

keine Aussagen⁴⁵⁾, allenfalls zeigen negative Sanktionen gegenüber dem Gemeinwesenarbeiter, welche Aktionen über die Grenzen seiner Handlungsfreiheit hinausgehen.

Der Gemeinwesenarbeits betreibende Sozialarbeiter ging in seinen Zielbestimmungen, die im wesentlichen mit denen des Teams identisch sind, davon aus, daß die Familien Unzufriedenheit mit den durch den Wohnungswechsel gegebenen Bedingungen äußerten. Die Schaffung von Gelegenheiten zur gemeinsamen Artikulation dieser Unzufriedenheit und die Unterstützung von Aktivitäten der Familien zur Verbesserung ihrer sozialen Situation, d.h. die Unterstützung von Verhaltenstyp II, waren ein Teilziel des Gemeinwesenarbeiters.

Ein weiteres Teilziel hängt mit der längerfristigen Betrachtung der Karriere kinderreicher und obdachloser Familien der Unterschicht und besonders ihrer Kinder zusammen, deren Lage anderen Familien gegenüber als benachteiligt wahrgenommen wird. Diese Situation der Benachteiligung zu beheben, war das zweite Teilziel des Sozialarbeiters. Dies wird durch Maßnahmen zu erreichen versucht, wie sie z.B. in Abschn. 4.3.2. über die Situation der Kinder und Jugendlichen beschrieben wurden, doch sind die organisatorischen Voraussetzungen zur Durchführung solcher Maßnahmen (z.B. Finanzen, Raumbeschaffung) nicht von vornherein gegeben, sondern müssen zum Teil erst durch Aktionen der Gemeinwesenarbeit geschaffen werden.

Der Mehrzahl der Familien ging es in der Hauptsache um die Beseitigung von Behinderungen, die ständig zu Konflikten in den Familien selbst oder mit anderen Gruppen oder Institutionen (z.B. der Schule) führten. Diese Bezogenheit auf aktuelle Probleme ergab eine Übereinstimmung mit dem ersten Teilziel des Sozialarbeiters, doch waren die Motivationen zur Verfolgung des zweiten Teilzieles des Sozialarbeiters geringer.⁴⁶⁾

45) Vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen, sind sozialpsychologische Maßnahmen zur Konfliktverringeringung noch am billigsten.

46) Dies zeigte sich daran, daß der lange Schulweg der Sonderschüler durchaus als Problem wahrgenommen wurde, während die hohe Rate an Sonderschülern nur wenigen Familien als veränderungswürdig erschien.

Inwieweit in der Gemeinwesenarbeit diese Zielvorstellungen den Ablauf der Aktivitäten bestimmten, wird in Abschn. 4.3.3.3. erörtert.

4.3.3.2. Form, Teilnehmer und Verhalten

Die oben dargestellte Situation der Familien beinhaltete für sie derart drängende Probleme, daß die bei Prozessen der Gemeinwesenarbeit oft am Anfang stehende "aktivierende Befragung"⁴⁷⁾ seitens professioneller Gemeinwesenarbeiter gar nicht erst notwendig wurde.

Die folgende Tabelle zeigt an, welche Probleme von den Familien vorwiegend wahrgenommen wurden, und wie sich ihr Problembewußtsein im Untersuchungszeitraum veränderte.

Tabelle 14: Nennung von Problemen durch die OL- und n-OL-Familien 1973 und 1975 (Mehrfachnennungen, in %)

Problembereich	1973		1975	
	OL (N=11)	n-OL (N=8)	OL	n-OL
Fehlender Spielplatz	27,3	75,0	36,4	62,5
Ungünstige Einkaufsmöglichkeiten	36,4	62,5	54,5	62,5
Langer Weg zur Sonderschule	36,4	37,5	----	----
Ungenügender Anschluß ans Nahverkehrsnetz	18,2	25,0	18,2	12,5
Fehlende Freizeitangebote für die Jugend	----	25,0	----	25,0

47) "Eine Möglichkeit, Bürger zu eigenen Initiativen anzuregen und zu Aktionen zu ermutigen, ist eine methodisch aufgebaute aktivierende Befragung. Ihr Ziel ist es, die Aufmerksamkeit der Bürger auf die mögliche Bearbeitung der gemeinsamen sozialen Probleme zu lenken; diese Form der aktivierenden Befragung steht im Gegensatz zu reinen Informationserhebungen, die repräsentative Ergebnisse für Planungs- und Verwaltungsstellen anstreben." Höbel/Seibert, S. 56

Es ist zu erkennen, daß die n-OL-Familien häufiger Probleme nennen als die OL-Familien, wobei im Lauf der Zeit eine Angleichung eintritt. Auf diese Veränderungen wird weiter unten noch eingegangen.

Die Familien forderten den Sozialarbeiter auf, eine Versammlung zu organisieren, zu der Vertreter der Siedler und des städtischen Sozialamts eingeladen werden sollten, um mit diesen die aufgetretenen Probleme zu besprechen. Die Form der Versammlungen (V) wurde während des gesamten Untersuchungsabschnitts beibehalten.

Dazu kamen Beratungen (B) gewählter und stärker engagierter Vertreter der Familien zum Zweck der Vorbereitung von Aktionen oder neuer Versammlungen, Einzelgespräche (E) von Familienmitgliedern mit Behördenvertretern, etc., sowie die Treffen des Sozialarbeiterteams (T).⁴⁸⁾

In der Darstellung auf S. 91 sind die einzelnen Interaktionsformen in ihrer zeitlichen Reihenfolge angeordnet.

Die Teamgespräche (T) hatten neben ihrer Funktion der gegenseitigen Information über den jeweiligen Tätigkeitsbereich der Team-Mitglieder und über Aktivitäten, an denen nicht alle teilgenommen hatten, auch die der Vorbereitung von Versammlungen und Beratungsgesprächen, d.h. mögliche Verhaltensweisen der daran Beteiligten wurden antizipiert und entsprechende Strategien zur Durchsetzung der Ziele des Teams entworfen. In Nachbesprechungen wurden die angewandten Strategien auf ihren Erfolg oder Mißerfolg hin evaluiert.

In den Beratungsgesprächen (B) der Team-Mitglieder mit Vertretern der Familien konnten die Zielvorstellungen von Familien und Team aufeinander abgestimmt werden. Ebenso wurde der Wortlaut von Briefen an bestimmte Behörden beraten.

Die Versammlungen (V) dienten zum einen der Artikulation der Probleme der Familien, zum anderen der Herstellung des direkten Kontakts zwischen Familien und Behördenvertretern. Daneben wurde noch über vergangene oder neue Aktionen diskutiert.

48) Neben diesen im Termin vorherbestimmten Interaktionen fanden natürlich auch informelle Gespräche zwischen den Beteiligten statt.

Darstellung 1: Zeitliche Verteilung von organisierten Interaktionen der am Prozeß der Gemeinwesenarbeit beteiligten Gruppen und Personen im Untersuchungszeitraum

<u>1973</u>	6					
	7	T ₁				
	8					
	9	T ₂	V ₁			
	10	T ₃	B ₁	T ₄	B ₂	B ₃
	11	T ₅	B ₄	E ₁	T ₆	B ₅
	12	V ₂	E ₂	B ₆	T ₇	
<u>1974</u>	1	T ₈	E ₃			
	2	T ₉				
	3	T ₁₀	T ₁₁			
	4	V ₃	T ₁₂	T ₁₃	V ₄	T ₁₄
	5	T ₁₅	V ₅	E ₄		
	6	T ₁₆	V ₆	T ₁₇		
	7	T ₁₈	V ₇			
	8					
	9	T ₁₉	B ₇			
	10	T ₂₀				
	11	T ₂₁	T ₂₂	B ₈		
	12	T ₂₃	V ₈	T ₂₄		
<u>1975</u>	1	T ₂₅				
	2	B ₉	T ₂₆			
	3	V ₉				

T = Teangespräch

B = Beratungsgespräch zwischen Familienmitgliedern und Team-Mitgliedern

E = Gespräch zwischen Familienmitgliedern und Behördenvertretern

V = Versammlungen der Bewohner des Wohnprojekts

In Einzelgesprächen zwischen Familien- und Behördenvertretern (E) wurden bereits in Versammlungen erörterte Themen noch einmal angesprochen und auf die Lösung des betreffenden Problems zugeschnittene Alternativen diskutiert.

Auch das Nicht-Auftreten bestimmter Verhaltens- und Aktionsformen kann zur Information über den Gemeinwesenarbeit-Prozeß beitragen. So kam es von seiten der Familien zu keinen absichtlichen kollektiven Gesetzesübertretungen (z.B. gemeinsame Weigerung, die Kinder zur Schule zu schicken, Sperrung der Sackstrasse und Benützung als Spielplatz), auch nicht zu gemeinsamen Demonstrationen und ähnlichen Aktionsformen. Nach dem von Specht entworfenen Schema der Strategieformen in der Gemeinwesenarbeit könnte man sagen, daß vorwiegend die Formen der Kooperation, Konkurrenz-Kampagne und Konfrontation gewählt wurden.⁴⁹⁾

Bei der Betrachtung der Darstellung 1 auf S. 91 fällt auf, daß die Teangespräche über den gesamten Zeitraum relativ gleichmäßig verteilt sind, während man bei den anderen Interaktionsformen drei größere Konzentrationen unterscheiden kann.

In die erste Phase, die etwa von 9/73 - 1/74 dauerte, fiel auch die erste Versammlung V₁, von der die Impulse für weitere Aktivitäten der Familien und des Teams ausgingen. Diese Versammlung hat insofern eine Sonderstellung, als hier zum einzigen Mal die Mehrzahl der Eltern der 23 Haushalte und auch Repräsentanten der Siedler vertreten waren. Neben der versammlungsauslösenden Problematik des fehlenden Spielplatzes und des langen Schulwegs der Sonderschüler wurden auch Konfliktpunkte zwischen Familien und Siedlern angesprochen. Die Familien wehrten sich besonders gegen Verhaltensweisen der Siedler, die sie als Diskriminierungsversuche auffaßten. Dabei handelte es sich hauptsächlich um die bereits angesprochenen Konflikte mit den Kindern, die von den Siedlern wegen ihres Spielverhaltens des öfteren bestraft wurden. Die Siedler wiesen dagegen auf die zunehmenden

49) Harry Specht, Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit, in C.W. Müller/Nimmermann, S. 217
Specht schematisiert verschiedene Strategieformen, die von Kooperation der Bürger und Behörden bis zur Gewaltanwendung reichen.

Störungen durch Lärm und Verschmutzung der Wege seit dem Einzug der Familien hin. Bei der Diskussion dieser Punkte zerfiel die bei der Spielplatz- und Schulweg-Frage vorhandene Einnütigkeit der Interessen bei den Familien, da sich einige von dem ihnen vorgeworfenen Verhalten distanzieren wollten. Diese Tendenz wurde unterstützt von dem von der Wohnungsbaugesellschaft für das Wohnprojekt eingesetzten Obmann, der den Familien vermehrte Verhaltenskontrollen ihrer Kinder empfahl und zu größerer Sauberkeit in der Umgebung der Wohnungen aufrief, um "kein Aufsehen zu erregen". Zum Schluß wurden von den anwesenden Familienmitgliedern vier Personen als Vertreterrat gewählt, die die Forderungen nach einem Spielplatz und einem Schulbus zur Verkürzung der Schulwegdauer gegenüber den Behörden durchsetzen sollten. Diese vier Personen gehörten ohne Ausnahme n-OL-Familien an.⁵⁰⁾ Der Vertreterrat traf sich in den folgenden Wochen häufiger ($B_1 - B_6$) und entschloß sich, zuerst das Schulweg-Problem anzugreifen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein Gespräch (E_1) mit dem zuständigen Vertreter der Schulbehörde. Diese durch die Versammlung V_1 zustandegekommene Aktionsgemeinschaft des Vertreterrats zerfiel, als ein Vertreter einen Zeitungsreporter über die problematische Lage der Familien des Wohnprojekts informierte. Der daraus resultierende Zeitungsartikel, der mit den restlichen Mitgliedern des Vertreterrats nicht abgesprochen war, führte zu Kontroversen unter den Familien.⁵¹⁾ Es entstanden zwei Gruppen, die die eigene soziale Situation unterschiedlich deuteten: die einen betonte die Probleme, die sich in der neuen Wohnumgebung eingestellt hatten, die andere legte Wert auf die Feststellung, wie gut sie sich schon in der Siedlung eingelebt hätte. Diese Kontroverse zeigte auch, daß die den Verhaltenstyp II kennzeichnenden Verhaltensmuster trotz der zum großen Teil durch solidarisches Verhalten gepräg-

50) Zur Beteiligung von OL- und n-OL-Familien an der Gemeinwesenarbeit vgl. Tabelle 27 im Anhang VI, S. 194

51) Vgl. den Zeitungsartikel im Anhang V, S. 190 und die Erwiderung ebd., S. 191

ten Versammlung V_1 noch nicht gefestigt waren, und die Familien leicht wieder zu Verhaltenstyp I übergehen konnten. Die Ereignisse um den Zeitungsartikel führten dazu, daß der gewählte Vertreterrat seine Legitimation verlor, und von den Familien keine Initiativen zur Verbesserung ihrer Lage vorerst mehr ausgingen.

Die zweite Phase von 4/74 - 7/74 war durch Bemühungen des Teams gekennzeichnet, die Familien zu weiteren Aktivitäten zu gewinnen. Dies wurde mit der Durchführung mehrerer Versammlungen ($V_3 - V_7$) zu erreichen versucht, eine Neuwahl von Vertretern konnte aber nicht durchgeführt werden, da bei den Versammlungen - mit Ausnahme von V_7 - nie mehr als 12 Erwachsene anwesend waren, wobei Angehörige der n-OL-Familien jeweils knapp in der Mehrzahl waren. Zu der ersten Versammlung V_3 dieser Phase wurde ein Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft eingeladen, so daß hauptsächlich Wohnungsprobleme (z.B. bauliche Mängel, Müllbeseitigung, usw.) zur Sprache kamen. Zusätzlich wurde wieder das Problem eines fehlenden Spielplatzes angeschnitten, das alle anwesenden Familienmitglieder interessierte. Auf den weiteren Versammlungen, die sich auf das Spielplatz-Problem beschränkten, wurde versucht, Lösungsmöglichkeiten hierfür zu finden. In mehreren Briefen an städtische Behörden wurde die Lage der Kinder veranschaulicht und ein Vorschlag zur Einrichtung eines Spielplatzes auf einem als geeignet erscheinenden Gelände unterbreitet. Nach einem Gespräch mit Behördenvertretern (E_4) wurde von deren Seite zwar ein Vorschlag für den Standort eines Spielplatzes gemacht, jedoch nicht für die Finanzierung der Einrichtung und des Ausbaus. Als (nicht gewählter) Vertreter der Familien agierte in dieser Phase ein Mitglied einer OL-Familie, das als Absender der Briefe und als Verhandlungspartner der Behörden auftrat; es hatte bereits im Obdachlosenlager Erfahrungen mit Gemeinwesenarbeit gesammelt. Die Versammlungen wurden vermehrt von Jugendlichen besucht, die dabei ihr Bedürfnis nach Freizeitgestaltung in geeg-

neten Räumen äußerten.

In der dritten Phase von 9/74 - 12/74 wurde eine neue Strategie verfolgt, die mit durch den Vorschlag eines Behördenvertreters in der letzten Versammlung V₇ der zweiten Phase bedingt war. Ziel war es diesmal, zu der Gründung eines Vereins zu gelangen, der als Vereinszweck die Realisierung der in den Versammlungen erarbeiteten Vorschläge zur Verbesserung der Freizeitsituation der Kinder und Jugendlichen verfolgen und dessen Mitglieder die Personen der Familien sein sollten. Diese Abwendung von den bisher unregelmäßig stattfindenden Versammlungen mit wechselndem Besucherkreis ohne festgelegte Kompetenzen hin zur Organisationsform des Vereins wurde vom Team als günstig erachtet, da a) den im Verein engagierten Mitgliedern relativ stark festgelegte Rollenmuster vorgegeben waren (Kassier, Vorsitzender, usw.), b) die Kontinuität der Mitarbeit der Familien in der Gemeinwesenarbeit gesicherter erschien, c) man sich eine erleichterte Finanzierung von Vorhaben (z.B. Spielplatz) versprach mittels Mitgliedsbeiträgen, Zuschüssen und Spenden, letztere begünstigt durch den juristischen Passus der Gemeinnützigkeit des Vereins, die zu erhalten man anstrebte.

In den Vorbesprechungen (B₇, B₈) konnte ein Teil der Familien für eine Unterstützung der Vereinsgründung gewonnen werden. Diese Gruppe setzte in der Gründungsversammlung V₈ die Idee in die Tat um, wobei in den Vorstand des Vereins mit einer Ausnahme Personen aus n-OL-Familien gewählt wurden. Die anfänglich mit der Vereinsgründung verbundene Euphorie, daß "es nun endlich weitergehen würde", wurde bald gedämpft, als sich herausstellte, daß nur einige Familien dem Verein als Mitglieder beitraten, die Formalitäten für die Eintragung ins Vereinsregister sich über Wochen hinstreckten, und der Kassier nach kurzer Amtszeit wegen familiärer Schwierigkeiten seinen Posten aufgab.

Die mangelnde Aktivität der restlichen Familien und die geringe Unterstützung des Vereinsvorstands durch sie führte in der

schwach besuchten Versammlung V_9 am Ende des Untersuchungsintervalls zum Rücktritt eines Vorstandsmitglieds. Es fand sich unter den Familien vorerst niemand, der sich hier wieder engagieren wollte.

4.3.3.3. Die Auswirkungen der Gemeinwesenarbeit

In diesem Abschnitt werden die Fragen erörtert, ob die dargestellte Gemeinwesenarbeit das Verhalten der Familien hinsichtlich der formulierten Verhaltenstypen beeinflusste, und ob sie zur Realisierung der in Abschn. 4.3.3.1. genannten Zielvorstellungen beitrug.

Das anfangs kurz vor, bei und kurz nach V_1 gezeigte solidarische Verhalten, das in Schwierigkeiten mit den Siedlern und den Unzulänglichkeiten der Wohnungen seine Quelle hatte, reichte nicht aus, unter den Familien und speziell im Vertreterrat längerfristig die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln bezüglich der aufgegriffenen Probleme aufrechtzuerhalten. Dies war mit Nadarch bedingt, daß a) die für ein Kennenlernen der anderen wichtigen informellen Kontakte (außerhalb von Versammlungen und Beratungen) zwischen den Mitgliedern des Vertreterrats in nur sehr geringem Umfang hergestellt wurden - hier wirkte sich die zeitliche Beanspruchung einiger Männer durch die Berufstätigkeit negativ aus, b) Vorfälle eintraten, die eine Identifikation der eigenen Situation mit der anderer Familien nicht zuließen oder erschwerten (so z.B. Streit, Schlägereien in Familien, Streit zwischen Kindern verschiedener Familien) und eher zu gegenseitiger Diskriminierung im Sinn von Hypothese IV als zur Kooperation führten. Rücktritte oder stillschweigendes Ausscheiden aus dem Vertreterrat waren die Folgen.

Darüber hinaus hatten die übrigen Familienmitglieder so hohe Erwartungen vom politischen Veränderungsvermögen des Vertreterrats,

daß die anfänglichen Mißerfolge von vielen als Versagen dieses Gremiums interpretiert wurden, was auf den Versammlungen V₂, V₃ dazu führte, daß die stark emotional getönte Kritik am Vertreterrat relativ viel Zeit in Anspruch nahm.

Begleiterscheinungen waren die abnehmende Zahl der Versammlungsteilnehmer und die überwiegend negative Beurteilung von Bewohnerversammlungen bei der zweiten Befragung: 57,9 % sahen in der Form der Versammlungen keinen Weg zur Beseitigung ihrer Probleme. Bei OL- und n-OL-Familien ergaben sich hierbei keine Unterschiede.

Dieser Pessimismus wurde nicht geteilt von den Jugendlichen, die im Lauf der Zeit in immer größerer Zahl zu den Versammlungen kamen und dort auch ihre Probleme zur Sprache brachten.⁵²⁾

Ein weiterer Faktor, der sich für die Realisierung von Verhaltenstyp II ungünstig auswirkte, war bei vielen die Furcht, daß das Stellen von Forderungen an Behörden und die Kritik des Wohnprojekts für sie selbst negative Folgen haben, ~~daß~~ zur Kündigung des Mietvertrags oder zur Verweigerung von Beihilfen führen könnte.

Zusätzlichem Konformitätsdruck waren die OL-Familien ausgesetzt, die bereits jahrelange Erfahrungen mit Verwalten von Obdachlosenlagern und deren weitgehenden Rechten hatten, in die Privatsphäre der Lagerbewohner einzugreifen.⁵³⁾ Eine ähnliche Konstellation ergab sich im Wohnprojekt durch die Anwesenheit eines Obmanns, der die Interessen der Wohnungsbaugesellschaft vertreten sollte und bestimmte Vorfälle an diese zu melden hatte. Trotz der durch die Existenz eines Mietvertrags rechtlich verbesserten Position der OL-Familien konnte nicht ausgeschlossen werden, daß sie die Rolle des Obmanns mit der des Lagerverwalters identifizierten, zumal eben dieser Obmann auf den Versamm-

52) Man muß allerdings berücksichtigen, daß die Jugendlichen im wesentlichen auf das Problem eines Jugend-Treffpunkts zentriert waren und sich zum großen Teil regelmäßig in Gruppen trafen, während die Erwachsenen sich mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sahen.

53) Schwarz/Weidner, S. 410, 412

lungen sich für ein Verhalten der Familien in Richtung auf Verhaltenstyp I aussprach.

Unter den in Abschn. 4.3.3.1. genannten, mit der Gemeinwesenarbeit verbundenen Zielen wurde als erstes "Verminderung von Konflikten" von seiten der Behörden genannt. Der Konflikt zwischen Familien und Siedlern wurde von beiden Gruppen auf den Versammlungen - mit Ausnahme der ersten (V_1) - kaum verbalisiert und nicht offen ausgetragen. Vorhaben, deren Realisierung auch vielen Siedlern genützt hätte, wie z.B. die Errichtung eines Kinderspielplatzes, wurden von diesen trotz objektiv gemeinsamer Interessenlage nicht unterstützt, vielmehr bestimmten die täglichen kleinen Reibereien wegen des Lärms, der Sauberkeit, des Sprachstils, usw. das gegenseitige Verhältnis. Auch die Konflikte zwischen Familien und Behörden wurden durch die Gemeinwesenarbeit nicht abgeschwächt, da auf die bei den Versammlungen vorgebrachten und formulierten Forderungen von den Behörden und der Wohnungsbaugesellschaft im Untersuchungszeitraum nur zum Teil reagiert und nur wenige Maßnahmen getroffen wurden, die die Familien als Verbesserung ihrer Situation empfanden.⁵⁴⁾

Von den zwei postulierten Teilzielen der Sozialarbeit, "Unterstützung von Verhaltenstyp II" und "Aufhebung der Benachteiligung der Familien" wurde ersteres schon ausführlich erörtert und ein Bündel von Faktoren angeführt, die die Realisierung dieses Ziels begünstigen oder behindern.

Die zur Erfüllung des zweiten Teilziels erwähnten organisatorischen Voraussetzungen konnten durch die Gemeinwesenarbeit allein nicht geschaffen werden. Die für die Arbeit der Studenten der

54) So veranlaßte z.B. die Wohnungsbaugesellschaft auf die Forderung der Familien hin, ein Areal von ca. 20 qm zwischen Straße und Garten des vordersten Hauses einer der Häuserblocks zu einem Sandspielplatz für die kleineren Kinder umzubauen. Dieser für die Menge der Kinder viel zu kleine Platz erzeugte durch den mit der Benutzung hervorgerufenen Lärm in den zwei angrenzenden Wohnblocks ständig neuen Ärger.

Fachhochschule für Sozialarbeit notwendigen Mittel und Räume wurden nur zum Teil aufgrund der Versammlungen zur Verfügung gestellt, meist konnte der Sozialarbeiter durch persönliche Gespräche mit Behördenvertretern die Unterstützung der geplanten Jugendarbeit erzielen. Auf den Versammlungen konnten allerdings die anwesenden Eltern über die Angebote an Spiel- und Lerngruppen informiert und etwaige Kritik daran mit ihnen diskutiert werden.

Die Zielvorstellungen der Familien selbst - oben als "Beseitigung der Behinderungen beim Wohnen in der neuen Umgebung" angegeben - kamen während des Untersuchungszeitraums durch die Forderungen nach einem Kinderspielplatz, einem Schulbus und Räumen für die Freizeitbeschäftigung von Kindern und Jugendlichen am stärksten zum Ausdruck. Auf die meisten der Forderungen wurde aber von behördlicher Seite ablehnend oder derart reagiert, daß die Familien dies nicht als Erfüllung ihrer Zielvorstellungen wahrnahmen.⁵⁵⁾ Die Antworten bezüglich Kinderspielplatz und Jugendräumen ließen den Familien einige Hoffnung, und so stießen neue Initiativen nicht bereits zu Beginn wegen ihrer geringen Erfolgswahrscheinlichkeit auf Ablehnung: es waren immer wieder Eltern bereit, sich für ihre Kinder einzusetzen und stellvertretend für die anderen zu handeln, wenn auch die anfängliche Euphorie und Aktivität sehr bald von negativen Erfahrungen mit der geringen Mitarbeit anderer Familien und den Antworten der Behörden überlagert wurde. Ein wichtiger Schritt zur Finanzierung des Kinderspielplatzes bildete die am Ende des Untersuchungsintervalls erfolgte Vereinsgründung, deren Auswirkungen aber nicht mehr hinreichend lang verfolgt werden konnten.

55) Dies verdeutlicht das in Anmerkung 54 auf S. 98 erwähnte Beispiel mit dem Sandspielplatz.

4.3.4. Zusammenfassung

Die Instanz der Sozialarbeit wurde erst über das Wohnprojekt informiert, als die Bauplanungen schon abgeschlossen waren. Bei der Auswahl eines Teils der Familien ergaben sich Schwierigkeiten, vorherzusagen, welche Familien welche Bedingungen erfüllen müßten, um sich in der Siedlung zu "integrieren". Erklärungskräftige Hypothesen, von denen derartige Prognosen abgeleitet werden könnten, müssen erst noch gefunden werden.

Der Sozialarbeit oblag es auch, Maßnahmen zu treffen, die den "Erfolg" des Projekts gewährleisten sollten. Dieser "Erfolg" ist aber - wie die Diskussion der Ziele der Gemeinwesenarbeit in Abschn. 4.3.3.1. und die Erörterung des Integrationsbegriffs in Abschn. 2.1. gezeigt haben - kein Einigkeit stiftender Tatbestand, sondern wird von den verschiedenen Gruppen unterschiedlich definiert. Demgemäß waren die Interventionen der Sozialarbeit wenigstens teilweise nicht prädeterniniert, sondern ergaben sich in den Diskussionen des Sozialarbeit-Teams und in der Konfrontation mit den Bedürfnissen der Projekt-Familien.

Die Maßnahmen, die auf die Schul- und Freizeitsituation der im Wohnprojekt lebenden Kinder und Jugendlichen ausgerichtet waren, können nicht unabhängig von der gezielter auf die Erwachsenen gerichteten Gemeinwesenarbeit gesehen werden, da mit der Gemeinwesenarbeit auch wichtige finanzielle und organisatorische Voraussetzungen der Kinder- und Jugendarbeit geschaffen werden sollten.

Der theoretisch wegen seiner zahlreichen Situationsvariablen und Zieldivergenzen schwierig zu fassende Prozeß der Gemeinwesenarbeit bedurfte immer wieder neuer Anstöße seitens der Sozialarbeit, um einerseits die wiederkehrenden Mißerfolgserlebnisse, andererseits die gegenseitigen Diskriminierungen unter den Familien, die ihre Aktivität verringerten, in ihrer Wirkung aufzu-

heben. Ein solidarisches Verhalten - wie in Hypothese II postuliert - war in der Anfangsphase deutlich zu beobachten, wobei die n-OL-Familien sich aktiver zeigten. Auch später, bei nachlassendem Interesse der Familien, waren Angehörige der n-OL-Familien noch eher bereit, sich für die Bedürfnisse der im Wohnprojekt Wohnenden einzusetzen. Eine Ausnahme hiervon bildeten die OL-Familien, die schon vorher im Obdachlosenlager Erfahrungen mit Gemeinwesenarbeit - verbunden mit Erfolgserlebnissen - gesammelt hatten und sich auch am neuen Wohnort aktivieren ließen.

4.4. Ergebnisse der zweiten Befragung

In diesem Kapitel werden die beiden Befragungen am Anfang und zum Ende des Untersuchungszeitraums in ihren Ergebnissen miteinander verglichen und veränderte sowie konstant gebliebene Daten diskutiert. Das Hauptaugenmerk gilt dabei den Einstellungen und dem Verhalten der Familien.

4.4.1. Die Arbeitssituation

In den Zeitraum der Untersuchung fiel der wirtschaftliche Abschwung in der BRD, der u.a. zu erhöhter Arbeitslosigkeit im gesamten Bundesgebiet führte. Diese Entwicklung betraf auch die Familien des Wohnprojekts: war von den Personen der Siedler-Stichprobe 1975 niemand arbeitslos, nur 4 von 35 befragten Berufstätigen sahen ihren Arbeitsplatz gefährdet, so war bei den Familien in 5 Fällen (26,3 %) der Haushaltsvorstand als arbeitslos gemeldet. Davon waren bis auf eine Ausnahme Hilfs- oder angelernte Arbeiter betroffen.

Die relativ langen Arbeitswege - bedingt durch die ungünstige

Randlage der Siedlung - konnten von den Berufstätigen in den Familien nicht durch die Wahl schnellerer Verkehrsmittel oder näher gelegener Arbeitsplätze verkürzt werden. Im gesamten Untersuchungszeitraum wurde überhaupt nur von zwei Personen der Arbeitsplatz gewechselt.

In der folgenden Tabelle werden die Angaben über Dauer des Wegs zur Arbeitsstelle und Verkehrsmittelwahl mit denen von 1973 verglichen.

Tabelle 15: Dauer des Wegs zur Arbeit und Wahl des Verkehrsmittels bei den Familien 1973 und 1975 (in %)

Dauer des Wegs zur Arbeit	1973 (N=41)	1975 (N=32)
0 - 10 Minuten	10,0	3,2
11 - 20 "	13,3	22,6
21 - 30 "	13,3	16,1
31 - 60 "	56,7	54,9
über 60 "	6,7	3,2
Weg wird zurückgelegt		
zu Fuß	----	9,4
mit Bus/Straßenbahn	58,6	53,1
mit Fahrrad/Mofa	20,7	28,1
mit Auto	20,7	9,4

Die Mehrzahl benutzt nach wie vor Bus und Straßenbahn als Verkehrsmittel und benötigt durchschnittlich 43 Minuten, um zum Arbeitsplatz zu gelangen. Zugenommen hat die Zahl der Fußgänger, abgenommen die der Autofahrer, obwohl die Zahl der Autobesitzer

(47,4 % der Familien besitzen einen Pkw) konstant geblieben ist.

4.4.2. Die Wohnsituation

In Abschn. 4.2.2.2. über die Wohnsituation der Familien zum Zeitpunkt der ersten Befragung wurde als Ergebnis festgehalten, daß vermutlich infolge des unterschiedlichen Aspirationsniveaus von OL- und n-OL-Familien bezüglich der Wohnung Unterschiede in der Wohnzufriedenheit im neuen Wohnprojekt auftraten. Ob diese Differenzen in dem Zeitraum bis zur zweiten Befragung konstant geblieben sind, ist mit der folgenden Fluktuationstabelle⁵⁶⁾ zu überprüfen.

Tabelle 16: Beurteilung der Wohnungen des Wohnprojekts durch OL- und n-OL-Familien 1973 und 1975

	1 9 7 5					
	Wohnung ist überwiegend	positiv		negativ		
		OL	n-OL	OL	n-OL	
1 9 7 3	positiv	10	2	--	1	13
	negativ	--	1	1	4	6
		10	3	1	5	19

Die Beurteilung der Wohnung ist gegenüber 1973 bemerkenswert konstant geblieben: nach wie vor geben die OL-Familien mit einer Ausnahme positive Urteile ab, während die n-OL-Familien in der Mehrzahl die Wohnung negativ bewerten. In dieser Gruppe treten

56) Diese Fluktuationstabelle und auch die folgenden sind in ihrer Form angelehnt an die bei Jiri Nehnevajsa, Analyse von Panel-Befragungen, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilband 2, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 196f

auch die einzigen zwei Fluktuationen von "positiv" zu "negativ" und umgekehrt auf, die sich aber in der Summe wieder neutralisieren. Die Unterschiede zwischen n-OL- und OL-Familien sind auch 1975 noch signifikant.⁵⁷⁾

Auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Raumaufteilung der Wohnungen blieben 78,9 % der Familien bei ihrem ursprünglichen Urteil. Drei der n-OL-Familien änderten ihr Urteil zur positiven Seite, so daß insgesamt auch die Mehrzahl der n-OL-Familien mit der Raumaufteilung zufrieden war. Einige Familien nutzten den im der Planung als Elternschlafzimmer vorgesehenen Raum von 15 qm als Kinderzimmer, und die Eltern begnügten sich mit einem der kleineren Räume (12,7 oder 10 qm), um ihren Kindern mehr Platz zur Verfügung zu stellen. Die Siedlung selbst wurde von den Familien zu den Zeitpunkten der zwei Befragungen folgendermaßen beurteilt:⁵⁸⁾

Tabelle 17: Beurteilung der Siedlung als Wohnort durch OL- und n-OL-Familien 1973 und 1975

Beurteilung: Siedlung	1 9 7 3		1 9 7 5	
	OL	n-OL	OL	n-OL
gefällt	5	--	5	2
gefällt mit Einschränkungen	6	4	4	2
gefällt nicht	--	4	2	4

Ebenso wie in Tabelle 16 steht hier einer negativeren Beurteilung durch die n-OL-Familien eine mehr positive durch die OL-Familien gegenüber. Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung haben sich die Urteile der beiden Gruppen einander angeglichen, wenn

57) Vgl. die Irrtumswahrscheinlichkeit dieses Unterschieds bei Tabelle 9, S. 68 oben

58) Tabelle 17 stellt keine Fluktuationstabelle dar, es werden nur die Veränderungen in der Verteilung insgesamt sichtbar, nicht die Wechsel von Kategorie zu Kategorie.

auch eine Übereinstimmung nicht erreicht wird.

Die bei der ersten Befragung genannten negativen Merkmale der Wohnungen (S. 69 oben) wurden auch 1975 in der gleichen Häufigkeit wieder vorgebracht, wobei zusätzlich noch das Fehlen eines Kohleherdes zum Verheizen des brennbaren Haushaltsmülls bemängelt wurde.

4.4.3. Die finanzielle Belastung

Das durchschnittliche Einkommen der Familien stieg im Untersuchungszeitraum um 15 % auf DM 1754.-, das der OL-Familien von DM 1447.- auf DM 1767.- und das der n-OL-Familien von DM 1633.- auf DM 1736.-. Das Durchschnittseinkommen der OL-Familien lag somit über dem der n-OL-Familien. Bemerkenswert ist noch, daß der Anteil von Sozialhilfe und Wohngeld am Gesamteinkommen von ca. 20 % im Jahr 1973 auf ca. 10 % im Jahr 1975 bei beiden Gruppen fiel.

Insgesamt gesehen nahmen die Familien also an der allgemeinen Einkommensentwicklung in diesem Zeitraum teil, da die Zahl der Berufstätigen - schließt man die Arbeitslosen als potentielle Berufstätige mit ein - konstant blieb, so daß der Einkommenszuwachs nicht auf eine erhöhte Zahl von Berufstätigen zurückzuführen war.

Auf der Kostenseite stiegen die Wohnungsmieten von DM 400.- auf DM 430.- (Erhöhung 7,5 %) für die 100-qm-Wohnungen, und von DM 500.- auf DM 555.- (Erhöhung 11 %) für die 126-qm-Wohnungen. Die Durchschnittshöhe des Wohngelds stieg nicht entsprechend, da das gestiegene Einkommen der Familien in Rechnung gestellt wurde: gegenüber DM 219.- nach dem Einzug erhielten die Wohngeldempfänger unter den Familien 1975 nur noch DM 196.- im Durchschnitt. Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung erhielten 47,4 % der Familien (gegenüber anfänglich 63,2 %) Wohngeld, 26,3 % hat-

ten einen Antrag darauf gestellt und warteten auf den Bescheid. Viele Familien klagten über die Höhe der Strom-Rechnungen, die wegen der elektrisch betriebenen Warmwasseraufbereitung und des Kochens auf elektrischem Herd oft DM 150.- pro Monat überstiegen. Am Ende des ersten Abrechnungszeitraums - ein Jahr nach dem Einzug - wurden viele Familien mit Nachforderungen von DM 500.- und mehr konfrontiert, da die monatlich zu zahlenden Pauschalen vom Stromlieferanten viel zu niedrig angesetzt worden waren. In einigen Fällen mußte das Sozialamt diesen Betrag bezahlen, um eine zu große Verschuldung der Familien zu vermeiden.

Die Zahl der Autobesitzer hat im Untersuchungszeitraum nicht zugenommen, in 26,3 % der Haushalte war ein Motorrad/Mofa vorhanden. 57,9 % der Familien hatten 1975 einen Telefonanschluß, den zwei Drittel der Befragten als wichtig für eine schnelle Verbindung mit dem Arzt ansahen, ein Drittel gaben geschäftliche Gründe für die Einrichtung an.

Das Einkaufsverhalten der Familien bezüglich der Lebensmittel sah im Vergleich zu 1973 folgendermaßen aus:

Tabelle 18: Einkaufsgewohnheiten der Familien
1973 und 1975 (in %) (N=19)

Lebensmittel werden überwiegend eingekauft in	1973	1975
Laden der Siedlung	15,8	26,3
Läden im Vorstadt-Zentrum	----	5,3
Innenstadt	47,4	36,8
Supermärkte am Stadtrand	36,8	31,6

Trotz der höheren Preise der näher gelegenen Lebensmittelge-

schäfte wurden diese 1975 stärker frequentiert als kurz nach dem Wohnungswechsel. Über 50 % der Familien tätigten kleinere tägliche Einkäufe im Laden der Siedlung, die Zeitersparnis rangierte hier vor der Kostenersparnis. Wie aus Tabelle 14 auf S. 89 hervorgeht, wurden die ungünstigen Einkaufsbedingungen von den Familien 1975 als häufigstes Problem genannt.

4.4.4. Die Umweltkontakte

Zuerst soll die Entwicklung der Beziehungen zwischen Siedlern und Familien, sodann sollen die Beziehungen unter den Familien selbst erörtert werden.

4.4.4.1. Das Verhältnis von Siedlern und Familien

Bei der ersten Befragung kurz nach dem Einzug der Familien kannten noch über 70 % der Siedler keine Personen der Familien. Die Einstellung der Siedler zu ihnen fluktuierete wie folgt:

Tabelle 19: Die Einstellung der Siedler zu den Familien
1973 und 1975

		1 9 7 5				
		negativ	neg./pos.	positiv	kenne niemand	Summen- spalte %
1 9 7 3	negativ	1	1	--	--	2 4,9 ¹⁾
	neg./pos.	--	6	1	--	7 17,1
	positiv	--	1	1	--	2 4,9
	kenne niemand	3	8	--	19	30 73,2
	Summen- zeile %	4 9,8	16 39,0	2 4,9	19 46,3	41 100,0

1) Diese Prozentzahlen stimmen nicht mit denen von Tabelle 10 auf S. 74 überein, da wegen der Mortalität des Samples N von 46 auf 41 zurückging.

----- = Änderung zu negativerer Einstellung
..... = Änderung zu positiverer Einstellung

65,9 % der befragten Siedler veränderten ihr anfangs abgegebenes Urteil nicht, bzw. gaben an, keine Einzelperson der Familien zu kennen. Die für eine Einstellungsänderung relevanten Zellen - hier zusätzlich umrandet - sind in Tabelle 19 so schwach besetzt, daß man nicht von einer Einstellungsänderung zugunsten oder zuungunsten der Familien im Untersuchungszeitraum sprechen kann. Als Resümee ergibt sich, daß viele Siedler mit der Zeit eine Differenzierung zwischen Familien vornahmen, die die Verhaltenserwartungen erfüllten und jenen, die gegen sie verstießen. Dementsprechend wählten 39 % gegenüber vorher 17,1 % die Kategorie "negativ/positiv".

Tabelle 20: Beantwortung der Frage "Würden Sie Ihrem Sohn oder Ihrer Tochter erlauben, mit den Kindern aus der R-Straße zu spielen?" durch die Siedler 1973 und 1975

		1 9 7 5			
		ja - ohne Einschränkung	ja - mit Einschränkung	nein	Summen- spalte %
1 9 7 3	ja - ohne Einschränkung	15	2	--	17 41,5
	ja - mit Einschränkung	4	8	3	15 36,6
	nein	2	1	6	9 22,0
	Summen- zeile %	21 51,2	11 26,8	9 22,0	41 100,0

-- -- -- = Änderung zu negativerer Einstellung

..... = Änderung zu positiverer Einstellung

Die Änderungen in den Antworten zwischen dem Zeitpunkt der ersten und dem Zeitpunkt der zweiten Befragung sind nicht signifikant.⁵⁹⁾ Daß den Kindern der Familien eine positivere Einstel-

⁵⁹⁾ $\chi^2 = 0,083$; berechnet nach dem McNemar-Test bei Siegel, S. 63-67

lung entgegengebracht wird als den Erwachsenen, läßt sich aus dem relativ hohen Anteil der Befürworter einer Spielerlaubnis nicht ableiten, da die von den Siedlern berichteten negativen Erfahrungen mit den Familien überwiegend mit dem Verhalten der Kinder verbunden sind.

Tabelle 21: Beantwortung der Frage "Meinen Sie, daß die neu zugezogenen Familien in die Siedlung passen?" durch die Siedler 1973 und 1975

		1 9 7 5				
		ja - ohne Einschr.	ja - mit Einschr.	nein	weiß nicht	Summen- spalte %
1 9 7 3	ja - ohne Einschr.	4	3	2	1	10 24,4 ¹⁾
	ja - mit Einschr.	2	2	4	--	8 19,5
	nein	2	1	10	2	15 36,6
	weiß nicht	--	3	1	4	8 19,5
	Summen- zeile %	8 19,5	9 22,0	17 41,5	7 17,1	41 100,0

1) Die Prozentzahlen stimmen nicht genau mit denen von S. 74 überein, da wegen der Mortalität des Samples N von 46 auf 41 zurückging.

----- = Änderung zu negativerer Einstellung
 = Änderung zu positiverer Einstellung

Hier fällt auf, daß im Gegensatz zu den Tabellen 19 und 20 weniger als 50 % der Befragten bei ihrer ursprünglichen Antwort geblieben sind. Es überwiegen die Änderungen zu einer negativeren Einstellung (9:5), insgesamt ergibt sich aber kein signifikanter Einstellungswandel von 1973 auf 1975.⁶⁰⁾ Die Frage

60) $\chi^2 = 0,643$; Berechnung analog Tabelle 20, S. 108, Anmerkung 59

sollte zu einem Gesamturteil über die Familien herausfordern, wobei aber durch die geringe Präzision der Fragestellung und ihre mehrere Deutungen zulassende, breite Interpretierbarkeit ein konstant hoher Prozentsatz an "weiß nicht"-Antworten herauskam. Im Vergleich mit den Daten der Tabellen 19 und 20 fällt die hohe Rate der Ablehnung der Familien als Siedlungsmitbewohner auf.

Tabelle 22: Gegenseitige Bewertung von Siedlern und Familien 1973 und 1975 (in %)

Bewertung	Siedler über Familien		Familien über Siedler	
	1973 (N=46)	1975 (N=41)	1973 (N=19)	1975 (N=19)
negativ	8,7	9,8	----	31,6
negativ und positiv	17,4	39,0	21,1	26,3
positiv	4,4	4,9	21,1	21,1
kenne niemanden	69,5	46,3	57,9	21,1

Zieht man zur Beurteilung der Situation auch die Einstellung der Familien gegenüber den Siedlern zum Vergleich heran, so erkennt man in Tabelle 22, daß die Familien mit zunehmender Wohndauer in der Siedlung zu einer negativeren Einstellung tendieren: 31,6 % bewerten die Siedler negativ, während die Anteile der zwei anderen Kategorien fast konstant bleiben.

Die Zahl der Interviewten bei den Familien, die mit mindestens einer Person der Siedler Kontakt hatten, stieg im Untersuchungszeitraum von 42,1 auf 68,4 %. Die positiven und negativen Äußerungen über diese Kontakte hielten sich die Waage.

Daß das Verhältnis von Familien und Siedlern durch Spannungen gekennzeichnet war, kam auch bereits im obigen Abschnitt über

die Gemeinwesenarbeit zur Sprache. Hier wirkte sich vor allem der Vorfall negativ aus, der im Anhang V , S. 192 dokumentiert wird.

4.4.4.2. Das Nachbarschaftsverhalten der Familien

Die Form des Nachbarschaftsverhaltens unter den Familien war zum Zeitpunkt der ersten Befragung durch die Anforderungen geprägt, die die neuen Wohn- und Umweltbedingungen mit sich brachten, und die die Familien zu bewältigen hatten. In dieser "Situation der ersten Stunde" waren die Kontakte zu den direkt nebenan Wohnenden leicht herzustellen, besonders wenn man den gleichen Schwierigkeiten gegenüberstand.

Tabelle 23: Nachbarschaftsverhalten und Bewertung der Beziehungen zum Nachbarn bei den Familien 1973 und 1975 (in%)

(N=19)

Nachbarschaftsverhalten	1973	1975
Anonymität	----	----
Distanz	36,8	63,2
Reduzierte Distanz	57,9	36,8
Enger Kontakt	5,3	----
Bewertung		
ausgezeichnet	----	5,3
gut	47,4	36,8
teils, teils	47,4	47,4
nicht besonders	----	10,5
kein Interesse am Nachbarn	5,3	----

Zwei Jahre nach dem Einzug zeigt sich bei den Familien ein deutlicher Trend zu einem Verhalten, das den formalen Erwartungen vom nachbarlichen Verhältnis (z.B. Grußverhalten) gerecht wird, aber nicht darüber hinausgeht.

Damit korrespondieren die Angaben über einzelne Verhaltensformen: nach wie vor geben nahezu 100 % an, die (oder den) Nachbarn zu grüßen, dagegen berichten nur noch 58 % (vorher 80 %), daß sie den Nachbarn etwas ausborgen und 53 % (90 %) über weitergehende Hilfeleistungen gegenüber den Nachbarn.

In der Bewertung des nachbarschaftlichen Verhältnisses in Tabelle 23 werden nun auch die Extremwerte angegeben, während man vorher ein relativ neutrales Urteil abgab.

Die Definition des Nachbarschaftsbereichs durch die Familien zeigt, daß weniger die räumlich geringste Entfernung als andere Gegebenheiten (z.B. langjährige Bekanntschaft im Obdachlosenlager) die bestimmenden Faktoren für die Aufnahme einer nachbarlichen Beziehung sind. Nur zwei Familien (gegenüber 6 1973) haben ihre Nachbarn noch im direkt anschließenden Wohnhaus, viele Beziehungen greifen auf den gegenüberliegenden Block über, sechs Familien meinen, einen "richtigen" Nachbarn gemäß ihrer Vorstellung noch nicht gefunden zu haben.

Ebenso wie bezüglich der Siedler wurde auch nach der Einstellung bezüglich der anderen Familien des Wohnprojekts gefragt.

Tabelle 24: Gegenseitige Bewertung der Familien
1973 und 1975 (in %) (N=19)

Bewertung	1973	1975
negativ	----	10,5
negativ und positiv	68,4	89,5
positiv	31,6	----

Man muß beachten, daß hier nicht nur die Nachbarn, sondern die Familien insgesamt einer Beurteilung unterzogen werden. Übereinstimmend mit der Bewertung der Siedler durch die Familien wird auch hier mit zunehmender Wohndauer eine kritischere Stellung gegenüber den anderen Familien eingenommen.

Dies ist mit auf Erfahrungen zurückzuführen, die die Familien im Lauf der Zeit im Umgang miteinander machten. Insbesondere wurden jene Familien negativer bewertet, deren Mitglieder solche aggressiven Verhaltensweisen im familiären und nachbarlichen Bereich zeigten, daß sie auch von in der Nähe wohnenden Familien und Siedlern wahrgenommen wurden (z.B. lautstarker Familienkrach, Schlägerei). Durch diese Vorfälle fürchteten die Familien, daß die Bewohner des Wohnprojekts in ihrer Gesamtheit ein ungünstiges Image erhalten könnten und versuchten daher, sich von solchen Verhaltensweisen zu distanzieren und oft auch die Kommunikation mit den Verhaltensauffälligen zu vermeiden. Daß dies auch auf die Gemeinwesenarbeit Auswirkungen hatte, wurde bereits beschrieben.

Die Verhaltensauffälligkeiten waren durchaus nicht auf eine der beiden Familiengruppen beschränkt, und es ergab sich kaum einmal eine Frontstellung von ausschließlich OL- und ausschließlich n-OL-Familien. Manchmal gelang es dem Sozialarbeiter durch längere Gespräche mit einzelnen Familien, die durch diese Vorfälle entstandenen gegenseitigen Vorbehalte wieder abzubauen, oft führten aber auch neue Ereignisse zu einem Wechsel in den Parteien von Ausschließenden und Ausgeschlossenen.

4.4.4.3. Die soziale Partizipation der Familien

Veränderungen in der sozialen Partizipation der Familien werden in der folgenden Tabelle wiedergegeben:

**Tabelle 25: Soziale Partizipation von OL- und
n-OL-Familien 1973 und 1975 (in %)**

Art der Partizipation	OL-Familien		n-OL-Familien	
	1973	1975	1973	1975
Besuch erhielten innerhalb der letz- ten 4 Wochen	90,9	100 ¹⁾	75,0	37,5
Einem Verein ge- hören an				
Erwachsene	----	---2)	25,0	25,0
Kinder	45,5	27,3	75,0	62,5
Eine Veranstaltung besuchten innerhalb der letzten 4 Wochen	9,1	18,2	12,5	37,5

1) 60 % hiervon gaben an, daß sie sehr wenig Besuch erhalten.

2) Die Zugehörigkeit zu dem im Rahmen der Gemeinwesenarbeit ge-
gründeten Verein wurde hier nicht berücksichtigt.

Bemerkenswert ist der Rückgang der Vereinszugehörigkeit bei den Kindern, in dem sich die verkehrsmäßig ungünstige Randlage der Siedlung widerspiegelt. Daß die n-OL-Familien weniger Besuch erhalten als die OL-Familien, darf man nicht überbewerten, da 60 % der OL-Familien angeben, sehr wenig Besuch zu erhalten. Die Unterschiede zwischen OL- und n-OL-Familien sind im Untersuchungszeitraum nicht größer geworden: einem größeren Anteil an Vereinsmitgliedern bei den n-OL-Familien stehen häufigerer Veranstaltungsbereich und häufigerer Besuch durch Verwandte oder Bekannte bei den OL-Familien gegenüber.

4.4.5. Die Beurteilung des Wohnprojekts durch Familien und Siedler

Beide Wohngruppen - Siedler und Familien - wurden am Ende des Untersuchungszeitraums danach gefragt, wie sie das Wohnprojekt beurteilen. 73,2 % der Siedler fanden diesen Lösungsversuch zur besseren Wohnungsversorgung kinderreicher Familien nicht glücklich. Sie bemängelten insbesondere, daß zu viele Großfamilien nebeneinander wohnen (22 %), für die vielen Kinder zu wenig Platz vorhanden sei (18 %), die Familien in der Siedlung zu isoliert leben (13 %) und die Siedlung für ein solches Projekt nicht geeignet sei (2,4 %).

Von 32 % der Siedler wurde der Alternativvorschlag vorgebracht, kinderreiche Familien verstreut im Stadtgebiet in größere Wohnungen unterzubringen, damit keine Ballungen von kinderreichen Familien entstehen. 26,8 % der Siedler hatten an dem Wohnprojekt nichts auszusetzen.

Bei der Überprüfung der plausibel erscheinenden Annahme, daß das Projekt umso negativer beurteilt wird, je negativer die Einstellung zu den Familien ist, konnte kein positiver signifikanter Zusammenhang zwischen Grad an negativer Einstellung und negativer Beurteilung des Wohnprojekts festgestellt werden. ⁶¹⁾

Die Familien wurden gefragt, ob sie - ständen sie noch einmal vor der Entscheidung - wieder in das Wohnprojekt ziehen würden. Hierbei waren die Ergebnisse denen der Beurteilung der Wohnungen ähnlich: 7 der 11 OL-Familien würden bei ihrer damals getroffenen Entscheidung bleiben, ebenfalls 2 der 8 n-OL-Familien. Dagegen würden sich 3 der OL-Familien und 5 der n-OL-Familien anders entscheiden, jeweils eine Familie der beiden Gruppen war sich nicht schlüssig.

Neben finanziellen Erwägungen (21,1 % waren die Kosten der Wohnung zu hoch) wurden als Gründe genannt, die gegen den Einzug in das Wohnprojekt sprechen: lange Arbeits- und Einkaufswege

61) Vgl. die diesbezüglichen Tabellen im Anhang VI, S. 193

durch die ungünstige Verkehrslage der Siedlung, fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder, Unzufriedenheit mit anderen Familien. Die 9 Familien, die sich wieder für den Einzug in das Wohnprojekt entscheiden würden, erwähnten den Komfort der Wohnung und die Wohnlage als positive Merkmale, waren sich aber auch der verschiedenen Mängel des Projekts bewußt.

4.4.6. Zusammenfassung

Im Gegensatz zu den Siedlern wirkte sich die im Untersuchungszeitraum einsetzende wirtschaftliche Rezession auf die Familien dahingehend aus, daß die Zahl der Arbeitslosen unter ihren Berufstätigen anstieg, die im Durchschnitt geringere Qualifikationen besaßen als die Berufstätigen unter den Siedlern.

Arbeitsplatzwechsel wurden kaum vorgenommen, so daß sich auch an der Länge der Arbeitswege wenig änderte.

Auch nach zwei Jahren Wohndauer wurden die Wohnungen von den beiden Familiengruppen noch unterschiedlich beurteilt, ebenso die Siedlung als Wohnort. Die Mieten der Wohnungen stiegen in diesem Zeitraum um durchschnittlich 9 %, dennoch verringerte sich die durchschnittliche Höhe des an die Familien gezahlten Wohngelds, da die Netto-Monatseinkommen um ca. 15 % zunahmen. Die Lebensmittel wurden häufiger als am Anfang in näher gelegenen, dafür aber teureren Geschäften eingekauft.

Das Zusammenleben von Siedlern und Familien war oft von Konflikten bestimmt, über die aber kaum miteinander gesprochen wurde. Die überwiegend negative Einstellung der Siedler gegenüber den Familien veränderte sich im Untersuchungszeitraum nicht signifikant. Dagegen hatten die Familien 1975 eine deutlich negativere Einstellung zu den Siedlern.

Die für die Familien anfänglich ähnliche Situation der Bewährung in der neuen Wohnumwelt, die gegenseitige Hilfeleistungen und Kontakte förderte, war nach zwei Jahren nicht mehr existent.

Die Familien differenzierten die Personen in ihrer näheren Umgebung viel stärker als vorher, und ihre Wahl im "Soziogramm der nachbarlichen Beziehungen" schloß nur selten die direkt nebenan wohnende Familie mit ein. Insgesamt beurteilte man sich gegenseitig kritischer als kurz nach dem Einzug.

Rund drei Viertel der Siedler lehnten nach zwei Jahren das Wohnprojekt als Lösung zur Wohnungsversorgung kinderreicher Familien ab. Als Alternative schlugen sie zumeist die verstreute Unterbringung in verschiedenen städtischen Wohngebieten vor, um eine Konzentration dieser Familien zu vermeiden. Die Familien selbst zerfielen bei der Beurteilung des Projekts in zwei Gruppen: die OL-Familien bewerteten es überwiegend positiv, die n-OL-Familien überwiegend negativ.

5. Diskussion der Methoden und Hypothesen

Dieser Hauptteil gliedert sich auf in die Kritik der Methoden dieser Untersuchung - unter besonderer Berücksichtigung der Validität einiger für die Arbeit grundlegender Begriffe - und die Diskussion und Modifizierung der Ausgangshypothesen. ~~Zum~~ Schluß wird versucht, aus den Erfahrungen der Untersuchung ein Schema der Auswirkungen des Wohnungswechsels abzuleiten.

5.1. Methodenkritik

Über einige der bei den angewandten Forschungsmethoden zu erwartenden Schwierigkeiten ist bereits in Hauptteil 3 berichtet worden. Die Antizipation und Überwindung dieser Schwierigkeiten war wichtig, um überhaupt die Durchführung der Untersuchung gewährleisten zu können.¹⁾

Im Gegensatz zu diesen die Objektivität bzw. Intersubjektivität betreffenden Problemen wurden Fragen der Validität bisher vernachlässigt. Eine Diskussion hierüber ist auch im Hinblick auf die in Abschn. 5.2. folgende Erörterung der Hypothesen von Bedeutung.

5.1.1. Die Validität einiger für die Untersuchung grundlegender Begriffe

Die Frage nach der Validität der grundlegenden theoretischen Konstrukte in der Untersuchung ist eng mit deren Operationalisierung verbunden.

Die in den Hypothesen I - III und V als abhängige Variablen angeführten Verhaltenstypen I und II werden allgemein von

1) So war eine Vertrauensbasis zwischen den Familien und dem Verfasser zu schaffen als Voraussetzung dafür, daß ein genügend großer Prozentsatz der Familien in ein Interview einwilligte, und so die Untersuchung in der geplanten Form überhaupt durchführbar war.

Dreitzel "...als Typen unterschiedlichen Verhaltens in gleichen Situationen"²⁾ bezeichnet. In der Definition der beiden Verhaltenstypen auf S. 23 dieser Arbeit wird implizit postuliert, daß in der gleichen sozialen Situation - nämlich in der Konfrontation mit der neuen Wohnumwelt - verschiedene Verhaltensformen realisiert werden, die empirisch in einer bestimmten minimalen Häufigkeit auftreten und unter theoretischen oder klassifikatorischen Gesichtspunkten zu Verhaltenstypen zusammengefaßt werden können.

Nun wurden für die Verhaltenstypen I und II zwei Indikatoren genannt: Grad des Problembewußtseins und Teilnahme an Aktivitäten zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation.³⁾ Die Verwendung von mehr als einem Indikator hätte an sich die Gewichtung der Indikatoren oder bei einer Dichotomisierung (z.B. großes Problembewußtsein - geringes Problembewußtsein) die Zuordnung der verschiedenen möglichen Kombinationen der Indikatorwerte zum jeweiligen Verhaltenstyp erfordert.⁴⁾

Eine solche Schematisierung würde jedoch die Komplexität der verschiedenen "Spielarten" der Verhaltenstypen zu stark reduzieren, d.h. die Verhaltenstypen beziehen sich nicht auf ein Verhalten der Familien, das variationsfrei immer in der gleichen Ausprägung auftritt, sondern sie können durchaus mehrere Verhaltensformen umfassen. Dabei spielt der Kontext der Situation, in der das beobachtete Verhalten auftritt, für die Interpretation des Verhaltens auch eine Rolle.⁵⁾

2) Dreitzel, S. 283; vgl. auch S. 23 dieser Arbeit

3) Vgl. S. 32 oben

4) Bei 3 dichotomisierten Indikatoren sind 8 Wert-Kombinationen möglich, die den einzelnen Verhaltenstypen zugeordnet werden müßten. Eine andere Vorgehensweise wäre die Erweiterung der Zahl der Verhaltenstypen.

5) So entstand z.B. das Problem der Interpretation des Verhaltens, wenn ein Bewohner des Wohnprojekts eine Versammlung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit besuchte, sich dort aber bezüglich der Ziele der Versammlung destruktiv verhielt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Komplexität der Verhaltenstypen Rechnung zu tragen versucht wurde, indem mehrere Indikatoren gewählt, diese aber nicht im voraus gewichtet wurden, um den jeweiligen Situationskontext berücksichtigen zu können. Dies hat den Nachteil, daß man sich dem Vorwurf aussetzt, die Ergebnisse seien beliebig interpretierbar.

Ein weiterer für die Validität wichtiger Aspekt ist der der Beziehung von Indikator und operationalisierter Variable. Während durch den Indikator 'Teilnahme an Aktivitäten zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation' entweder direkt beobachtetes oder erfragtes Verhalten festgehalten wird, registriert der Indikator 'Grad des Problembewußtseins' Wahrnehmungen der befragten Personen. Diese unterschiedlichen Grade der Wahrnehmung können auch als Vorbedingungen für das Auftreten von Verhaltenstyp I oder II angesehen werden, die dem Einfluß der in den Hypothesen I - III und V genannten unabhängigen Variablen ebenso unterliegen wie die anderen Indikatoren, aber dem Auftreten der Verhaltenstypen vorgeschaltet sind. Diese Unklarheit ist mit bedingt durch die Definition der Verhaltenstypen, die sowohl eine Wahrnehmungs- (sehen sich ausgesetzt...., erleben primär....; vgl. S. 23) als auch eine Verhaltenskomponente enthält.

Als weiteren Indikator, in dem sich Verhaltenstyp I und II unterscheiden, hätte man 'Zahl der negativen Sanktionen gegenüber den eigenen Kindern' einführen können, vorausgesetzt die Annahme ist berechtigt, daß Eltern, die primär den Konformitätsdruck wahrnehmen, bei ihren Kindern eher Verhalten bestrafen, welches zu Konflikten mit der Umwelt führt. Es ist allerdings zweifelhaft, ob solche negativen Sanktionen bei einem Interview verbal berichtet werden.

Es wären noch ein oder zwei Indikatoren dieser Art notwendig gewesen, die sich auf Verhaltenstyp I beziehen, um beide Verhaltenstypen besser voneinander trennen zu können. Mit den in

der Untersuchung benutzten Indikatoren wird Verhaltenstyp I lediglich als non-Typ II charakterisiert und schließt zu wenige Verhaltensalternativen aus.

Der Indikator 'Teilnahme an Aktivitäten zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation' ist insofern nicht präzise, als er zwar die Häufigkeit des Versammlungsbesuchs mißt, aber auf diesen Versammlungen bei den Teilnehmern wieder Verhaltensformen auftreten können, die mehr Typ I oder Typ II entsprechen. Zur Klärung des bereits in Anmerkung 5 auf S. 119 erwähnten Beispiels, ob ein Versammlungsteilnehmer, der sich während der Versammlung destruktiv gegen Lösungsversuche anderer verhält, Verhaltenstyp I oder II realisiert, müßte dieser Indikator präzisiert werden.

Schwierigkeiten bei der Messung bereitet auch die für die Hypothesen III und IV zentrale Variable 'Diskriminierung'. Man kann zwei Dimensionen der Messung unterscheiden: zum einen die subjektive Wahrnehmung der sich diskriminiert fühlenden Personen, zum anderen Verhaltensweisen von Personen, Gruppen oder Organisationen gegenüber den Familien, die vom Forscher als Diskriminierung eingeordnet werden.

Stimmen die Ergebnisse bei beiden Indikatoren überein, so ist der Fall unproblematisch, ergeben sich jedoch Widersprüche zwischen beiden Messungen, können die Fälle auftreten a) Diskriminierung wird von den Befragten wahrgenommen, vom Forscher aber nicht ermittelt, b) Befragte fühlen sich nicht diskriminiert, dafür ermittelt der Forscher Diskriminierungen.⁶⁾

-
- 6) Krebs/Krolage/u.a. beschränkten sich in ihrer Untersuchung zuerst auf die Messung der von den Befragten wahrgenommenen Diskriminierung, argumentieren jedoch in der Diskussion ihrer Hypothesen, daß die Obdachlosen sich weniger diskriminiert fühlen, als sie es tatsächlich sind. Hier wird unter der Hand doch wieder die Meßbarkeit der Diskriminierung durch den Forscher unterstellt. Vgl. Krebs/Krolage/u.a., S. 11, 16-18

Auch an anderer Stelle wird dieser Zwiespalt deutlich: "Der Begriff Situationsvariable (Diskriminierung ist eine solche, d. Verf.) ist insofern zweideutig, als er sich im Endeffekt auf die subjektive Wahrnehmung der Situation und nicht auf die direkte Erfassung der objektiven Situation bezieht." Krebs/Röck, S. 173f

Fall a) kann gegeben sein z.B. in der Situation, daß jahrelang diskriminierte Personen in eine neue nicht diskriminierende Umwelt gelangen, aber weiter in dem Bewußtsein leben, diskriminiert zu werden, da sie noch keine neuen Reaktionsweisen bezüglich der veränderten Umweltbedingungen gelernt haben.

Fall b) kann auftreten, wenn z.B. Personen Diskriminierungen leugnen oder verschweigen, um ihre Konformität in einer neuen Umgebung zu betonen, sie aber tatsächlich Diskriminierungen ausgesetzt sind. In beiden Konstellationen spielen andere Variable (Zeit, Konformitätsdruck) eine Rolle, die in der jeweiligen Situation und bei der benützten Meßmethode berücksichtigt werden müssen.

Die auf S. 37 dieser Arbeit genannten Indikatoren für die Variable 'Diskriminierung' unterscheiden sich auch dadurch, daß der eine nur beobachtetes oder berichtetes Verhalten mißt, während beim anderen darüber hinaus Einstellungen der diskriminierten Personen als Meßgrößen zugelassen sind. Dies birgt die Gefahr in sich, daß nicht mehr präzise zwischen Diskriminierung als Verhalten und eventuell mit der Diskriminierung verbundenen Vorurteilen getrennt wird⁷⁾, wobei Vorurteile auch auf seiten der sich diskriminiert fühlenden Personen auftreten können, wie der oben angegebene Fall a) zeigt. Der Fall a) ist anhand dieser Differenzierung nicht als Diskriminierung einzustufen.

Schwierigkeiten bereitete die Ermittlung des Einkommens der Familien, da meist mehrere Berufstätige zu den Familien gehörten, diese aber einen unterschiedlichen Anteil zum Familieneinkommen beisteuerten. Außerdem erhielten die meisten Familien Beihilfen (Sozialhilfe, Wohngeld, Zuschüsse), die in ihrer Auswirkung auf das Einkommen schwer zu berechnen waren, da sie langfristig nicht konstant in der Höhe waren oder als einmalige Zahlungen geleistet wurden.

7) Diskriminierung und Vorurteil treten zwar meist miteinander auf, stehen aber nicht immer in einem einfachen Ursache(Vorurteil)-Wirkungs(Diskriminierung)-Verhältnis. Vgl. Rehbindner, S. 10f

3.1.2. Probleme der Erhebungsmethoden

Bei der Anwendung der in Hauptteil 3 beschriebenen Methoden der standardisierten Befragung und der teilnehmenden Beobachtung traten einige Probleme auf.

Die Stichprobengröße der befragten Siedler erwies sich für einige der Einstellungsfragen, in denen mehrere Antwortmöglichkeiten vorgegeben waren, als zu klein, so daß beim Vergleich der Daten von erster und zweiter Befragung und bei der Kreuztabellierung mit anderen Variablen die Zelhäufigkeiten so klein wurden, daß Signifikanztests nur noch begrenzt durchführbar waren.⁸⁾ Neben der Befragung der Bewohner der Siedlung hätten Interviews mit weiter entfernt, in den angrenzenden Stadtteilen Wohnenden zusätzliche Informationen über die Beurteilung des Wohnprojekts und seinen Bekanntheitsgrad erbracht.

Die in den Abschnitten 3.2.1. und 3.2.2. bereits angesprochenen Schwierigkeiten der Methoden des Interviews und der teilnehmenden Beobachtung traten in der Untersuchungsperiode fast alle zu Tage. Die zum Zweck der teilnehmenden Beobachtung übernommene Rolle des "Praktikanten der Sozialarbeit" wurde von den Familien akzeptiert. Die Protokollierung der beobachteten Versammlungen erfolgte schriftlich während ihres Ablaufs. Das Protokoll wurde mit den Mitgliedern des Sozialarbeit-Teams, die zum Teil bei den Versammlungen anwesend waren, durchgesprochen und gegebenenfalls ergänzt. Systematische Beobachtungskategorien wurden nicht gebildet, zum Teil aus den in Abschn. 3.2.1. angegebenen Gründen, zum Teil aus dem Umstand heraus, daß eine Kategorisierung vermehrt konstante Beobachtung erfordert und dadurch die Teilnahme z.B. durch informelle Gespräche während der Versammlung behindert hätte. Dieser Kalamität hätte man durch den Einsatz von Tonbandgerät oder von mehreren Beobach-

8) Zu den Anforderungen an die Stichprobengröße für die gebräuchlichen Signifikanztests vgl. Günter Clauss/W. Ebner, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Frankfurt/M. /Zürich 1972, S. 237

tern begegnen können. Bei den Beratungen des Vertreterrats, die meist in einer der Familienwohnungen stattfanden, wäre diese Vorgehensweise allerdings nicht möglich gewesen, da hier auch vertrauliche, einzelne Familien betreffende Informationen ausgetauscht wurden. Von diesen Beratungen wurden Gedächtnisprotokolle angefertigt.

Bei der Durchführung der Interviews mit den Familien zeigte es sich, wie wichtig es war, daß die Befragten den Interviewer kannten. Die Familien hatten nach dem Umzug häufiger von Vertretern Besuch bekommen, was sie gegenüber fremden Personen an der Haustür mißtrauisch werden ließ. Die beiden Interviewpartner waren in den großen Familien selten allein, oft mußte das Interview aus Gründen der Zurechtweisung von Kindern, Essenszubereitung, usw. kurzzeitig unterbrochen werden. Einige der Fragen stimulierten die Interviewten zu längeren Erörterungen ihrer neuen Wohnsituation und des Verhältnisses zu den anderen Bewohnern der Siedlung, so daß diese Informationen auf zusätzlichen Protokollen nach dem Interview festgehalten werden mußten.

Die anfangs befürchtete Identifikation des Interviewers mit der Rolle des Sozialarbeiters durch die Befragten trat bei einigen OL-Familien zutage, die z.B. Rechtsfragen zu Sozialhilfeleistungen stellten oder ausführlich Erziehungsprobleme schilderten. Man muß allerdings hierzu sagen, daß viele Fragen des Fragebogens (z.B. über die Höhe des Wohngelds) den Anstoß gaben, latent vorhandene finanzielle und familiäre Probleme zu erörtern.

Im Beobachtungszeitraum von ca. eineinhalb Jahren fanden immer wieder Versammlungen und Treffen statt, die Informationen über wichtige Ereignisse im Untersuchungsbereich lieferten. Manche Vorgänge wurden jedoch erst verständlich durch Zusatzinformationen, die im Sozialarbeit-Team oder bei persönlichen Gesprächen mit Familienmitgliedern ausgetauscht wurden. Diese "Daten"

fanden auch Eingang in die Interpretation mancher Ereignisse. Besonders wichtig war hier der ständige Kontakt des Sozialarbeiters mit den Familien im Rahmen der Einzelfallhilfe und mit den verschiedenen Behörden der Stadt. Die angewandten Erhebungsmethoden wurden so durch weniger objektivierbare Einzelgespräche ergänzt.

Die Länge des Untersuchungszeitraums wurde - wie bereits erwähnt - weniger durch wissenschaftliche Erwägungen als durch forschungspraktische Gegebenheiten bestimmt. Es wäre von Vorteil gewesen, die Familien noch vor dem Wohnungswechsel zu befragen, da hierdurch einige Variable wie Aspirationsniveau bezüglich Wohnung, Diskriminierung am alten Wohnort und die Erwartungen an den Wohnungswechsel hätten gemessen werden können. Auch die Berechtigung der Unterscheidung von OL- und n-OL-Familien hätte man auf diese Weise besser überprüfen können.

Ob der Abstand zwischen den beiden Befragungen ausreichte, um wichtige Veränderungen bei den Bewohnern der Siedlung und des Wohnprojekts zu erfassen, kann nicht schlüssig beurteilt werden, da es keine empirisch bewährte Theorie des zeitlichen Ablaufs von Eingewöhnungsprozessen am neuen Wohnort gibt. Mehr Aufschluß darüber hätte eine dritte Befragungswelle gebracht. Die empirische Untersuchung wurde zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Gemeinwesenarbeit gerade einen Rückschlag im Bemühen, ihre Ziele zu erreichen, hinnehmen mußte. Dies beeinflusste sicher die Einschätzungen der befragten Familienmitglieder hinsichtlich der Erfolgsaussichten der Gemeinwesenarbeit und vielleicht auch hinsichtlich der Chancen, die eigene Situation verändern zu können. Zu einem anderen Zeitpunkt hätten die Antworten vielleicht wieder anders gelaute.

5.2. Die Hypothesen

5.2.1. Die Hypothesen I und II

In den Hypothesen I und II wird ausgegangen von der Stichhaltigkeit von Unterschieden zwischen OL-Familien und n-OL-Familien. Während nicht empirisch überprüft werden konnte, ob die Unterschiede vor dem Wohnungswechsel existierten, wurde die Annahme getroffen, daß sie sich auch in der neuen Wohnsituation ausprägen und hierdurch auch unterschiedliches Verhalten der Familiengruppen hervorrufen würden.

Die Annahme der langen Wohndauer der OL-Familien im Obdachlosenzentrum wurde bestätigt: es ergab sich ein durchschnittlicher Aufenthalt von 6,4 Jahren (mit Extremwerten bis zu 18 Jahren). Bei der ersten unabhängigen Variable 'Wohnzufriedenheit' ergaben sich sowohl 1973 als auch im Jahr 1975 signifikante Unterschiede der beiden Familiengruppen in dem Sinne, daß die OL-Familien ihre neuen Wohnungen positiver beurteilten als die n-OL-Familien.⁹⁾

Der Grad der sozialen Isolation - als Kehrwert der sozialen Partizipation - wies 1973 bei den beiden Familiengruppen im Vergleich zu den Siedlern stärkere Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Auch 1975 waren keine Differenzen zu erkennen, die eine Bestätigung der Annahme einer unterschiedlichen sozialen Isolation in den Hypothesen I und II zugelassen hätte.¹⁰⁾ Für die Variable 'ökonomische Chancen', unterteilt nach beruflichem Status und Einkommen zeigt die Messung des beruflichen Status auf, daß die Haushaltsvorstände der OL-Familien überwiegend als Hilfsarbeiter oder kleine Selbständige tätig oder Rentner sind, die der n-OL-Familien überwiegend als Facharbei-

9) Vgl. die Ergebnisse der Tabelle 9, S. 68 und der Tabelle 16, S. 103

10) Vgl. die Ergebnisse der Tabelle 13, S. 75 und der Tabelle 25, S. 114

ter tätig sind.¹¹⁾ Dies hat jedoch für das Einkommen nicht die entsprechenden Konsequenzen: während zum Zeitpunkt der ersten Befragung das monatliche Nettoeinkommen der n-OL-Familien noch höher liegt, haben sich die Einkommen zum Zeitpunkt der zweiten Befragung stärker angeglichen mit einem geringen Einkommensvorsprung der OL-Familien.

Die erforderlichen Randbedingungen für die Hypothesen I und II kann man also nur zum Teil voraussetzen.

Die Messung der abhängigen Variablen Verhaltenstyp I und II ergibt, daß sowohl zum Zeitpunkt der ersten als auch zum Zeitpunkt der zweiten Befragung n-OL-Familien häufiger Probleme in ihrer Wohnumwelt sehen als die OL-Familien.¹²⁾ Die Problemschwerpunkte verlagern sich bei beiden Gruppen ähnlich.

Die Ausführungen über die Gemeinwesenarbeit zeigen, daß die Angehörigen der n-OL-Familien sich stärker an den Aktivitäten zur Verbesserung der Wohnsituation beteiligten. Setzen sich OL-Familienmitglieder hier aktiv ein, so haben sie bereits Erfahrungen mit Gemeinwesenarbeit in der Obdachlosenunterkunft gesammelt.

Man kann somit konstatieren, daß allein die Variable 'Wohnzufriedenheit' Voraussagekraft für das Auftreten eines bestimmten Verhaltenstyps besitzt. Die Wohnzufriedenheit wiederum ist vom Aspirationsniveau bezüglich der Wohnung abhängig, das - so die Vermutung - für OL-Familien und n-OL-Familien unterschiedlich ist, insbesondere dürfte eine lange Wohndauer im Obdachlosenlager die Ansprüche an eine Mietwohnung außerhalb des Lagers stark herabsetzen.

Schließt man in den Begriff Wohnzufriedenheit auch die Einstellung zur Siedlung als Wohnort mit ein, so zeigt sich auch bei der Beurteilung der Siedlung die gleiche Tendenz: die OL-Familien sind mit ihrer Umgebung zufriedener als die n-OL-Familien.¹³⁾

11) Vgl. oben S. 63 und Tabelle 6, S. 64

12) Vgl. Tabelle 14, S. 89

13) Vgl. Tabelle 17, S. 104

Dies setzt sich fort in den Antworten auf die Frage an die Familien, ob sie nach einer Wohnzeit von zwei Jahren sich noch einmal dafür entscheiden würden, in das Wohnprojekt einzuziehen.¹⁴⁾ Chamboredon/Lemaire sprechen in diesem Zusammenhang davon, daß die Beurteilung der Wohnung und ihrer Umgebung von dem "Weg" der jeweiligen Gruppen abhängig ist, d.h. ihren Möglichkeiten in der Vergangenheit und in der Zukunft, Wohnungsalternativen zu wählen. Von diesem "Weg" wird auch das Aspirationsniveau bezüglich der Wohnung bestimmt. "Die Bedeutung der Siedlung und der räumlichen Nähe ist eine Funktion des Weges, der für jede Gruppe vorgezeichnet ist: ein Aufenthalt von vorübergehender Dauer, auf dem Weg zu anderen Wohnbedingungen, oder ein zeitlich unbegrenzter Aufenthalt, mit dem man sich, so kritisch man dieser Situation auch gegenübersteht, abfinden oder über den man sich, je nachdem woher man kommt, vielleicht sogar freuen muß."¹⁵⁾

Nimmt man diese Argumentation ernst, so werden hierdurch die Unterschiede im Problembewußtsein zwischen OL-Familien und n-OL-Familien relativiert: es ist möglich, daß den OL-Familien die Probleme ihrer neuen Wohnumgebung in gleichem Maße bewußt sind, doch vermeiden sie es aus Angst vor Verlust der Wohnung¹⁶⁾ und wegen des Fehlens von Wohnungsalternativen, ihre Unzufriedenheit zu äußern. In einer empirischen Überprüfung dieser These müßten vor allem die Ängste der Personen in der neuen Wohnsituation berücksichtigt werden, die wahrscheinlich kaum in den Antworten auf die Fragen eines anonymen Interviewers ans Tageslicht treten.

Eine dieser Ängste wurde in dem Verhalten der Familien gegen-

14) Vgl. die Ergebnisse der zweiten Befragung oben, S. 115

15) Chamboredon/Lemaire, S. 200. Diese Äußerungen beziehen sich auf das Wohnen im großen Wohnblock, doch sind sie u.E. auf die Situation dieses Wohnprojekts übertragbar.

16) Für viele OL-Familien würde dies gleichbedeutend sein mit der Rückkehr ins Obdachlosenlager.

über dem Obmann der Wohnungsbaugesellschaft sichtbar. Die OL-Familien hatten im Obdachlosenlager Erfahrungen mit der Institution des Lagerverwalters gesammelt, der zu weitgehenden Eingriffen in die Privatsphäre berechtigt war. Trotz ihrer veränderten Lage, insbesondere ihrer rechtlichen Besserstellung, unterstellten sie dem Obmann noch so viel Sanktionsmacht, daß z.B. bei Versammlungen und Beratungsgesprächen nur in seiner Abwesenheit über persönlichere Probleme gesprochen wurde.

Der Vergleich der Ergebnisse über die soziale Isolation zum Zeitpunkt der ersten Befragung und zum Zeitpunkt der zweiten Befragung zeigt, daß der Umzug in die Stadtrandsiedlung zu keiner geringeren sozialen Isolation führte; es fand auch keine Angleichung an die Partizipationshäufigkeit der Siedler statt. Für die Erklärung des Rückgangs der Vereinszugehörigkeit bei den Kindern könnte man die ungünstige Verkehrslage der Siedlung ins Feld führen, die eine regelmäßige Teilnahme an den Veranstaltungen eines Vereins erschwert.

Daß im Gegensatz zum beruflichen Status bei den Einkommen keine Unterschiede zwischen OL- und n-OL-Familien feststellbar sind, kann man zum Teil durch die Selektion der n-OL-Familien erklären, die neben anderen Ursachen wie Kinderreichtum ja auch durch ein niedriges Einkommen Probleme hatten, eine ausreichend große Wohnung zu finden. Eben mit durch diese Problematik wurden sie den Behörden bekannt und hatten so die Chance, für das Wohnprojekt ausgewählt zu werden.

Insgesamt gesehen ist aber die Wahrscheinlichkeit größer, daß die Variable 'ökonomische Chancen' vermittelt über das Aspirationsniveau bezüglich der Wohnung auf das Verhalten der Wohnungswechsler einwirkt, als auf direktem Weg. Treten hohe ökonomische Chancen und geringe Wohnzufriedenheit zusammen auf, so besteht als weitere Verhaltensalternative die des Auszugs aus dem Wohnprojekt.

5.2.2. Hypothese III

In den Hypothesen III und IV geht es darum, den Einfluß verschiedener Diskriminierungen auf das Verhalten der Familien darzustellen. Hypothese III untersucht die Auswirkungen der Diskriminierung der Familien durch die Siedler und andere Gruppen.

Kontakte zwischen den Siedlern und den Familien gab es zum Zeitpunkt der ersten Befragung nur in geringem Ausmaß, mit der Zunahme der Kontakte zum Zeitpunkt der zweiten Befragung wurden die Einstellungen zueinander aber nicht positiver: bei den Siedlern blieb sie konstant negativ, bei den Familien wurde sie deutlich negativer.¹⁷⁾ Auch die überwiegende Ablehnung der Familien als Siedlungsbewohner durch die Siedler veränderte sich von 1973 auf 1975 nicht.¹⁸⁾

Ein Drittel der Familien, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung Kontakt mit Siedlern hatte, berichtete über diskriminierende Handlungen der Siedler. Zum größten Teil bezogen sich diese Angaben auf Konflikte, die durch das Spielverhalten der Kinder der Familien entstanden. Dieser Tatbestand stimmt mit den Beobachtungen überein, die Weeber bei der Untersuchung eines Neubaugebietes am Stadtrand machte.¹⁹⁾

Diskriminierungen seitens der Siedler kamen bereits in der ersten Versammlung (V_1) der Familien zur Sprache, begünstigt durch die Anwesenheit beider Bevölkerungsgruppen. Neben diesen diskriminierenden Akten, die nur auf einzelne Kinder oder Erwachsene ausgerichtet waren, kam es auch zu einem Zwischenfall, von dem die Gesamtheit der Familien betroffen wurde.²⁰⁾

17) Vgl. die Ergebnisse der Tabelle 19, S. 107, der Tabelle 22, S. 110

18) Vgl. die Ergebnisse der Tabelle 21, S. 109

19) Rotraut Weeber, Eine neue Wohnumwelt. Beziehungen der Bewohner eines Neubaugebietes am Stadtrand zu ihrer sozialen und räumlichen Umwelt, Stuttgart 1971, S. 99

20) Vgl. dazu den Artikel im Anhang V, S. 192

Die Diskriminierungen der räumlich nah wohnenden Siedler waren aber nicht die einzigen, über die die Familien sich beklagten. Bereits kurz nach dem Einzug fühlten sie sich durch Bauarbeiter die noch in den Wohnungen zu tun hatten, und Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft nicht "als normale Mieter behandelt, sondern als Personen, die unverdienterweise eine für sie viel zu schöne Wohnung geschenkt bekommen hätten". Dazu kam noch, daß einige Eltern ihre Kinder in der Schule ungerechtfertigt benachteiligt sahen, sei es, daß Lehrer die Kinder der Familien pauschal beurteilten oder die ungenügende Ausstattung mancher Kinder mit Schreib- und Unterrichtsmaterial bemängelten.

Nun gibt es verschiedene Reaktionsmöglichkeiten der Familien gegenüber diesen wahrgenommenen Diskriminierungen, darunter die des Widerstands und die der Anpassung, d.h. der Diskriminierte wird "...sich den ihm auferlegten Typisierungsschemata anpassen und damit schließlich das Stereotyp rechtfertigen, das ihn diskriminiert."²¹⁾

In Hypothese III wird postuliert, daß die Familien dazu tendieren, die letztere Reaktion, also Verhaltenstyp I zu zeigen. Auf keiner der Versammlungen, in denen die Teilnehmer aus den Familien über die diskriminierenden Akte berichteten oder informiert wurden, führten diese Tatbestände zu irgendwelchen Aktionen oder Zusammenschlüssen. Dagegen äußerten 31,6 % bei den Interviews der zweiten Befragung auf die Frage, wie die Familien die Erfolgsaussichten der Gemeinwesenarbeit beurteilen, daß es schwierig sei, gegen den Willen der Siedler etwas durchzusetzen. Dies ist bemerkenswert, da die Vertreter der Siedler mit Ausnahme der ersten Versammlung V_1 - wo sie Verständnis für die Spielplatz-Forderung zeigten - sich öffentlich nicht für oder gegen die Vorhaben der Gemeinwesenarbeit aussprachen. Trotzdem wurde vermutet, daß die Siedler diesen Vorhaben nega-

21) Dreitzel, S. 298

tiv gegenüberständen und sie Macht genug hätten, sie zu verhindern.

Im vorliegenden Fall führte offenbar die perzipierte Machtposition der Siedler, verbunden mit deren negativer Einstellung gegenüber den Familien, dazu, daß die Familien den Diskriminierungen keinen Widerstand entgegensetzten.

Hiermit ist eine spezifische Bedingung genannt, unter der Diskriminierung zu Verhaltenstyp I führt, d.h. Hypothese III zutrifft. Diese Präzisierung der Hypothese ist notwendig, wenn Verhaltensalternativen vorliegen, da sonst für bestimmte Situationen keine Voraussage getroffen werden kann, welche Alternative gewählt wird.

Dreitzel behauptet, daß umso eher Verhaltenstyp I realisiert wird, "...je isolierter der Diskriminierte ist."²²⁾ Aus der Formulierung und dem Kontext bei Dreitzel geht nicht hervor, ob die Relation zum Isolationsgrad anderer Diskriminierter oder zu dem des oder der Diskriminierenden gemeint ist. Wählt man die letztere Relation, so wird Dreitzel's Annahme durch die empirischen Daten dieser Untersuchung bestätigt, da der Isolationsgrad der Siedler geringer als der der Familien ist.²³⁾

5.2.3. Hypothese IV

In Hypothese IV wird postuliert, daß Diskriminierungen auch unter den Familien selbst auftreten und zwar in der Weise, daß die n-OL-Familien die OL-Familien diskriminieren. Für die Variable 'ökonomische Chancen' wurde bereits in der Diskussion der Hypothesen I und II festgestellt, daß bei den Familiengruppen Unterschiede im beruflichen Status, nicht aber

22) Dreitzel, ebd.

23) Vgl. die Ergebnisse der Tabelle 13, S. 75

im Einkommen existieren. Daß die n-OL-Familien nach relativ kurzer Zeit von der Herkunft der anderen Familien aus dem Obdachlosenlager erfahren hatten, wurde vorausgesetzt. Bereits in den ersten Versammlungen wurde - wie beschrieben - zwischen Mitgliedern aus n-OL- und OL-Familien differenziert.

Es wurden jedoch weder zum Zeitpunkt der ersten noch zum Zeitpunkt der zweiten Befragung von den OL-Familien Diskriminierungen seitens Angehöriger der n-OL-Familien berichtet. Viel mehr waren jene Familien der Gefahr der Diskriminierung ausgesetzt, die durch leicht wahrnehmbare aggressive Verhaltensweisen, wie z.B. Ehestreit, Züchtigung von Kindern, Bedrohung des Nachbarn, usw. den Bewohnern des Wohnprojekts auffielen. So kam es auch zu Rivalitäten und Konflikten zwischen den Bewohnern bestimmter Reihenhausblocks des Wohnprojekts, die sich gegenseitig ihr "asoziales" Verhalten vorwarfen.

Besonders standen die jeweiligen auf den Versammlungen gewählten Vertreter unter der Beobachtungskontrolle der Familien, in deren Augen ein nur geringes Fehlverhalten genügte, um den Betroffenen das Vertrauen zu entziehen. Dies wirkte sich auf den Prozeß der Gemeinwesenarbeit ungünstig aus, da die gewählten Vertreter hierdurch leicht den Mut verloren, ihre Aktivitäten begrenzten oder zurücktraten.

Dieses Phänomen scheint der These von Haag recht zu geben, der davon ausgeht, daß von anderer Seite diskriminierte Personen der Unterschicht und speziell Obdachlose sich gegenseitig wieder diskriminieren, und dadurch die Chance zu solidarischem Verhalten dieser Personen verbaut sieht.²⁴⁾ Allerdings ist damit noch nicht erklärt, warum es zu diesen gegenseitigen Diskriminierungen kommt. Haag vermutet, daß solche sich diskriminierenden Gruppen "...sowieso schon durch ihr Herkunftsmilieu unterprivilegiert und so 'von vornherein nur schwer in der Lage sind, ihre Lage zu erkennen und zu einer wirklichen Gruppen-

24) Vgl. oben S. 36

bildung zu kommen...'.²⁵⁾ Aus diesen vagen Ausführungen ist die Erklärung eines solchen Verhaltens jedoch schlecht ableitbar.

Richter beschreibt ausführlich ähnliche Prozesse im Obdachlosenlager²⁶⁾ und führt aus psychoanalytischer Sicht drei Faktorenbündel als Ursachen für dieses Verhalten an:

- a) ökonomische Armut,
- b) die Aussicht auf die Erlangung eines hohen Rangplatzes unter den Mitbewohnern durch Zeigen starker Aggressivität,
- c) die Abwehr eigener Leiden.²⁷⁾

Es erscheint sinnvoll, diese Art der gegenseitigen Diskriminierung von der in Hypothese III angesprochenen Form abzugrenzen, da Erscheinungsformen und Ursachen nicht identisch sind. Diskriminierung im Sinn von Hypothese IV wird im Anschluß an Richter als Autoaggression bezeichnet, definiert als aggressives Verhalten zwischen Personen und Gruppen, die im gleichen sozialen Milieu leben.

Beide Formen sind nicht unabhängig voneinander: meist wird die Autoaggression der jeweiligen Bevölkerungsgruppe durch Diskriminierung von außen verstärkt, Haag sieht Diskriminierungen von außen sogar als Bedingungsfaktor für Autoaggression an.²⁸⁾

Eine Eigenart dieser Form der Autoaggression ist die, daß sie sich den herkömmlichen Methoden der standardisierten Befragung kaum erschließt. In den Antworten auf die Fragen des Fragebogens bemühen sich die Interviewten zum größten Teil, rationale Gründe für ihr Verhalten und ihre Einstellungen anzuführen, von denen sie annehmen, daß sie auch der Interviewer als rational und damit gerechtfertigt ansieht. Autoaggressive Verhal-

25) Haag, Hypothesenkatalog..., S. 64; er zitiert hier Dreitzel, S. 297

26) Horst E. Richter, Die Gruppe, Reinbek b. Hamburg 1972, S. 247f, 266-293

27) Ebd., S. 268-270

28) Vgl. Haag, Hypothesenkatalog..., S. 64 (Hypothese 7)

tensweisen erscheinen dagegen dem Außenstehenden irrational, und auch dem Akteur sind längst nicht alle Antriebsursachen zu diesem Verhalten bewußt, so daß diese Verhaltensformen leicht verschwiegen werden, um das eigene Image des rational Handelnden gegenüber dem Interviewer nicht zu gefährden. So waren diese Autoaggressionen viel eher durch direkte (z.B. bei Versammlungen) und indirekte Beobachtung zu erfassen, z.B. durch Berichte des Sozialarbeiters, der sich täglich mit solchem Verhalten konfrontiert sah.

Es ist zu vermuten, daß ein mehr psychologisch ausgerichteter Forschungsansatz geeignetere Informationen zur Erklärung dieser Autoaggressionen im untersuchten sozialen Feld beigesteuert hätte.

5.2.4. Hypothese V

Hypothese V postuliert, daß der von der Sozialarbeit initiierte Prozeß der Gemeinwesenarbeit bei den Familien des Wohnprojekts die Tendenz zu Verhaltenstyp II steigert.

Diese recht allgemein gehaltene Aussage wird zunächst dadurch bestätigt, daß mit dem organisatorischen Rahmen der Gemeinwesenarbeit - den Versammlungen, Einladungen, Beratungen, usw. - erst die Grundlagen geschaffen wurden, auf denen ein Verhalten gemäß Verhaltenstyp II ausübbar war.²⁹⁾

Neben dieser Berücksichtigung der rein organisatorischen Seite läßt sich aber die Gemeinwesenarbeit auch als System betrachten, das der jeweiligen Zielgruppe, in unserem Fall sind das die Familien des Wohnprojekts, Impulse vermitteln will, Verhaltensstyp II zu realisieren, um wiederum dem hinter der Gemeinwesen-

29) Die Überprüfung des Gegenarguments, daß sich auch ohne diese organisatorischen Maßnahmen solidarisches Verhalten entwickelt hätte, ist in dieser Untersuchung nicht möglich, da keine Aktivitäten unabhängig vom beschriebenen Prozeß der Gemeinwesenarbeit stattfanden.

arbeit stehenden Ziel³⁰⁾ - hier etwa Verbesserung der Wohnbedingungen - näherzukommen.³¹⁾ Wir werden uns bei der Erörterung der Hypothese darauf beschränken, zu untersuchen, von welcher Art die Impulse waren, wovon und von wem sie ausgingen, und welche Wirkung sie hatten.

Vorbedingung für den Einsatz der Gemeinwesenarbeit ist das Vorhandensein mindestens eines Problems, das der Grund für die Unzufriedenheit der Zielgruppe ist. Nun stellt sich die Frage, ob die Existenz des Problems allein schon ausreicht, um zum Verhaltenstyp II zu motivieren, oder ob noch zusätzliche Bedingungen hinzukommen müssen. Zu Beginn der Gemeinwesenarbeit im Wohnprojekt lag der Fall vor, daß die Familien durch die für sie unbefriedigenden Wohnbedingungen bereits zu einer Artikulation ihrer Probleme motiviert waren, so daß zusätzliche Impulse, wie z.B. aktivierende Befragung³²⁾, persönliche Einladungen, usw. nicht mehr notwendig waren. Allerdings hatte der Gemeinwesenarbeiter noch die Funktion, die organisatorischen Aufgaben (Raumwahl, Information über Termin der Versammlung) zu erledigen.

Diese Ausgangslage war bei den weiteren Versammlungen nicht mehr gegeben. Schriftliche und mündliche Einladungen sowie persönliche Gespräche waren die Mittel, die in der Folgezeit regelmäßig vor Versammlungen angewandt wurden, mit dem Ziel, die Teilnehmerzahl möglichst groß werden zu lassen. In der Mehrzahl der Fälle gingen diese Aktivitäten vom Gemeinwesenarbeiter aus, in einigen Fällen wurde auch von den Vertretern der Familien schriftlich oder mündlich zu Versammlungen eingeladen. Der Be-

30) Hier ist zu beachten, daß es nicht das Ziel der Gemeinwesenarbeit gibt, wie die Erörterungen in Abschn. 4.3.3.1. zeigten.

31) Dies ist auch mit in dem Organisationsaspekt der Definition der Gemeinwesenarbeit von Brager/Specht enthalten. Vgl. oben S. 39

32) Vgl. oben S. 89, Anmerkung 47

such der Versammlungen war aber weniger von diesen Einladungen abhängig als von dem Prestige, das die jeweiligen Vertreter gerade besaßen und der Aktualität der auf der Tagesordnung stehenden Themen.³³⁾

Mit der zunehmenden Zahl der Versammlungen machte sich ein Effekt bemerkbar, der seine Wurzel hatte in den erfolglosen Bemühungen, eigene Forderungen gegenüber den Behörden durchzusetzen und in dem Verhalten mancher Teilnehmer auf den Versammlungen, das eher autoaggressiv denn solidarisch wirkte: die Gemeinwesenarbeit und ihre Erfolgchancen wurden negativer eingeschätzt.

Mit zunehmender Dauer des Prozesses der Gemeinwesenarbeit kam auch eine Funktion des Gemeinwesenarbeiters zum Tragen, nämlich ständig nach neuen Wegen zu suchen, wie die Familien sich besser organisieren könnten, zu erkennen, für welche Probleme sie ansprechbar waren und welche Strategie gegenüber den Behörden Erfolg versprach. Diese Einschätzung der jeweiligen Situation war innerhalb des Untersuchungszeitraums die wichtigste Aufgabe des Systems der Gemeinwesenarbeit; die Wirkung der Impulse hing von der Richtigkeit dieser Einschätzung ab. Eine Auswirkung der Situationseinschätzung war, daß schließlich die Gründung eines Vereins vom Sozialarbeit-Team als Strategie gewählt wurde.

Daß trotz der negativen Beurteilung der Gemeinwesenarbeit durch die Familien sich immer wieder Personen bereitfanden, die Interessen der anderen Bewohner mit zu vertreten, war mit die Folge der Anpassung der Strategie an die jeweilige Situation durch das Sozialarbeit-Team.

Für die Überprüfung der Hypothese V erwies sich der zur Verfügung stehende Untersuchungszeitraum als zu kurz, da der Prozeß der Gemeinwesenarbeit zum Zeitpunkt der zweiten Befragung noch nicht abgeschlossen war, und so eine Gesamtbeurteilung der Ge-

33) Dem ist hinzuzufügen, daß die Familienmitglieder auch bei der Ankündigung aktuellster Themen zu Hause blieben, wenn durch irgendwelche Vorfälle das Vertrauensverhältnis zu den Vertretern beeinträchtigt war.

meinwesenarbeit als begünstigender, neutraler oder hemmender Faktor für die Realisierung von Verhaltenstyp II nicht möglich ist.

Für den untersuchten Zeitraum gilt, daß die im Wohnprojekt praktizierte Gemeinwesenarbeit für die Familien Möglichkeiten eröffnete, ihre Interessen zu äußern und Forderungen zur Verbesserung der Wohnsituation zu stellen, womit erneut auf die Bedeutung des zu Beginn des Abschnitts erwähnten organisatorischen Aspekts der Gemeinwesenarbeit hingewiesen ist. Mit zunehmender Dauer der Gemeinwesenarbeit können durchaus Lernprozesse ihrer Teilnehmer in Richtung auf Verhaltenstyp II stattfinden. Längerfristig gesehen ist aber das Verhalten der Familien abhängig von den Erfolgsaussichten der Gemeinwesenarbeit und damit eben von sozialen und politischen Faktoren auf kommunaler Ebene. Die Gemeinwesenarbeit kann in diesem Zusammenhang nur als eine mehrerer notwendiger Bedingungen für das Auftreten solidarischen Verhaltens gelten.

5.2.5. Hypothese VI

In Hypothese VI werden die Entscheidungen der Sozialadministration untersucht, die über die Auswahl der Familien für das Wohnprojekt entscheidet.

Diese Hypothese konnte nur ex post an Protokollen der Auswahlgespräche und an Interviews mit Behördenvertretern, die an diesen Gesprächen mitgewirkt hatten, überprüft werden, eine direkte Beobachtung war also nicht gegeben. In der Analyse dieser Daten in Abschn. 4.3.1. zeigte sich, daß keine systematischen Kriterien zu ermitteln sind, die bei der Selektion der Familien angewandt wurden.

Es stellt sich die über den Aussagegehalt der Hypothese hinausgehende Frage, ob durch diese unsystematische Auswahl die Fa-

milien größere Unterschiede bezüglich Einkommen, Bildung und Grad an Problembelastetheit aufweisen³⁴⁾, oder ob durch das Bemühen der Administration, ihre Problemfälle vom Tisch zu bekommen, nicht eine Ballung von Familien erreicht wird, die sich in ihren Statusmerkmalen und ihrer Problembelastetheit so sehr gleichen, daß sie leicht von anderen Bewohnern des Wohnviertels als einheitliche Gruppe isoliert und diskriminiert werden können. Dieses Problem sehen auch Chamboredon/Lemaire: "Bei bestimmten Häusern ist aufgrund ihres Verwaltungsstatutes oder der Größe ihrer Wohnungen oder auch der Umsiedlungsaktionen die Tendenz zu erkennen, hier ganz bestimmte Untergruppen zu vereinen. Von nun an gewinnt diese Kategorie, die hier aufgrund von Auswahlmechanismen zusammengebracht wurde, die die interne Ähnlichkeit verstärken, ihre eigene Existenz in der sozialen Wahrnehmung.

Was sonst isoliert wahrgenommene verstreute "Sozialfälle" wären, wird nun zu einer Kategorie, zu einem sozialen Problem, zu einer Bevölkerung, deren moralisches Porträt sich nachzeichnen und deren Charakteristika sich aufzählen lassen."³⁵⁾

34) Durch die Vorbestimmung des Wohnprojekts für kinderreiche, wohnungsmäßig unzureichend untergebrachte Familien ist die Bandbreite dieser Merkmale natürlich von vornherein begrenzt.

35) Chamboredon/Lemaire, S. 210

Sie fahren fort: "Für die demographischen Charakteristika, etwa die Größe der Familie, gilt der gleiche Mechanismus. Die Erklärung für die besondere Aufmerksamkeit, die kinderreichen Familien entgegengebracht wird, und für die außerordentlich unterschiedliche Rolle, die das Gerede für die Ätiologie sozialer Krankheiten aller Art für sie spielt, kann man in ähnlichen Ursachen finden - die gleichgroßen Wohnungen liegen in der Mehrzahl der Fälle im gleichen Haus. Die Veränderung der Kategorie - sie sind die Informationsquelle der sozialen Wahrnehmung - beschränkt sich nicht nur auf die Bildung von Gruppen mit besonders hervorstechenden Eigenschaften. Die vielseitige Gestaltung der einzelnen Untergruppen führt zu Koexistenz besonders heterogener Gruppen (so wird beispielsweise eine Arbeiter-"Aristokratie" zur Koexistenz mit völlig ungebildeten Hilfsarbeitern gezwungen) und zerstört die Homogenität der sozialen Klassen als Kategorien, die eine sofortige Einordnung der Menschen erlauben. Es ist schwieriger, das Urteil: "Das ist ein Arbeiter", auf Individuen anzuwenden, die logisch zu den Randseibern der unter diesem Begriff zusammengefaßten Gruppe gehören." Ebd., S. 211

Diese Problematik berührt bereits die Diskussion über verstreute oder konzentrierte Unterbringung kinderreicher Familien, die in Abschn. 6.2. geführt wird.

5.2.6. Versuch der Koordinierung der theoretischen Teilstücke

Wie der theoretische Teil der Arbeit zeigte, konnten die Hypothesen I bis VI weder aus siedlungssoziologischen Ansätzen noch aus dem Fundus der bisherigen Untersuchungen und Theorien zur Obdachlosigkeit vollständig abgeleitet werden, so daß ihnen keine einheitliche übergreifende Theorie zugrunde liegt.

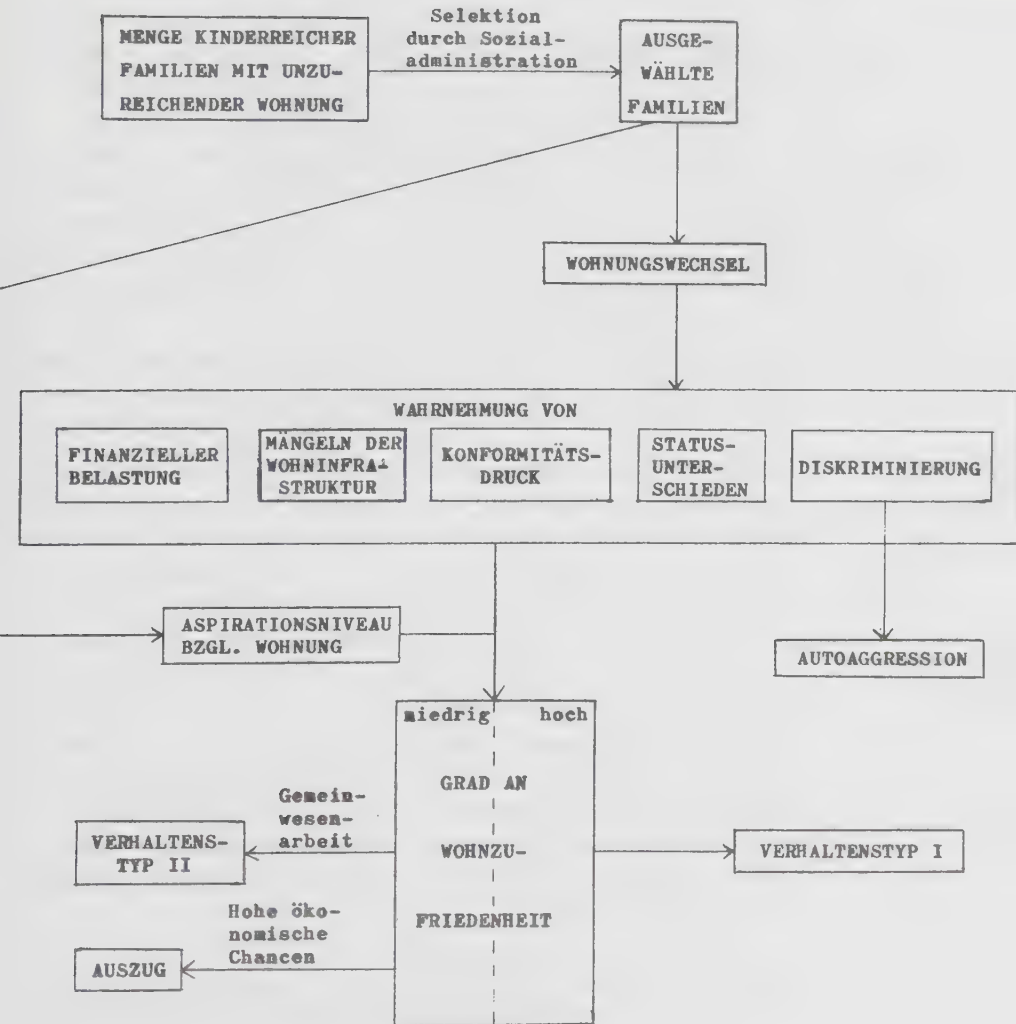
Die Darstellung auf S. 141 soll dennoch verdeutlichen, daß die eben diskutierten Hypothesen in einem Zusammenhang stehen, der unter Umständen die Voraussage der Auswirkungen eines Wohnungswechsels auf das Verhalten der davon betroffenen Familien erleichtert. Mit Sicherheit ist damit keine vollständige "Theorie der Auswirkungen des Wohnungswechsels" gezeichnet, doch versucht der Verfasser in dem Schema auch Folgerungen zu berücksichtigen, die aus den Ergebnissen und der Bestätigung und Falsifizierung der Hypothesen zu ziehen waren.

Der Allgemeinheitsgrad des Schemas ist durchaus beschränkt: es soll für kinderreiche Familien der Unterschicht Gültigkeit haben ³⁶⁾, die ein Neubau-Projekt des sozialen Wohnungsbaus beziehen. ³⁷⁾ Ob eine Selektion der Familien stattfindet, die die Absicht haben, in das Wohnprojekt einzuziehen, wird von dem Verhältnis von Nachfragern und Zahl der zu besetzenden

36) Wenn man von der Bedingung des Kinderreichtums absieht, müßte die Größe der Familie als Variable in das Schema eingefügt werden, da diese ja beispielsweise den Grad der finanziellen Belastung oder der Diskriminierung von außen beeinflußt.

37) Hiermit sind Wohnungen gemeint, die mit staatlicher finanzieller Unterstützung für Familien mit relativ geringem Einkommen gebaut werden.

Darstellung 2: Schema der Auswirkungen des Wohnungswechsels
kinderreicher Familien auf deren Verhalten



Wohnungen abhängen.

Nach dem Wohnungswechsel werden in der neuen Wohnsituation Einstellungen, Status und Verhaltensweisen der räumlich nah wohnenden Bevölkerung sowie eventuell vorhandene Mängel in der Wohninfrastruktur³⁸⁾ wahrgenommen, die insgesamt den Grad der Wohnzufriedenheit am neuen Wohnort bestimmen. Ungeklärt ist an dem Verhältnis zwischen diesen Bestimmungsvariablen der Wohnzufriedenheit, inwieweit sie sich gegenseitig beeinflussen, in welchem unterschiedlichen Maße durch sie die Wohnzufriedenheit variiert und welche von ihnen primär wahrgenommen werden. Die Ebene der Wahrnehmung der neuen Wohnsituation stellt somit noch eine "black box" dar, die auch die vorliegende Untersuchung nicht erhellt hat.

Der Grad der Wohnzufriedenheit wird zudem noch vom Aspirationsniveau der Familien bezüglich der Wohnung bestimmt, das sich in der bisherigen Wohnkarriere der Familien herausgebildet hat.

Von den vier postulierten Verhaltensweisen in der neuen Wohnsituation ist als einzige "Autoaggression" nicht abhängig vom Grad der Wohnzufriedenheit. Wird die Diskriminierung durch die räumlich nah wohnende Bevölkerung als stark wahrgenommen, so steigt die Wahrscheinlichkeit, daß unter den Familien autoaggressives Verhalten auftritt. Sicherlich spielen hier noch Zusatzbedingungen eine Rolle, doch ergab die Untersuchung hierüber zu wenig Anhaltspunkte.

Ist der Grad an Wohnzufriedenheit hoch, so resultiert daraus Verhaltenstyp I, ist er niedrig, so können Verhaltenstyp II oder Auszug realisiert werden. Im ersten Fall erhöhen praktizierte Gemeinwesenarbeit im Wohnprojekt, im zweiten hohe ökonomische Chancen die Wahrscheinlichkeit, daß das jeweilige Verhalten ausgeübt wird.

38) Hiermit ist die Versorgung von Wohnvierteln mit Bildungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen gemeint.

Unberücksichtigt im Schema blieben mögliche Beziehungen zwischen den Verhaltensalternativen selbst: so können beispielsweise über längere Zeit hinweg durchgeführte erfolglose Aktionen zur Verbesserung der Wohnsituation zum Auszug oder zu einer der anderen Alternativen führen. Dies wären aber Prozesse, die auch jeweils wieder die Wahrnehmung der Wohnsituation beeinflussen würden.

Um die Angemessenheit des Schemas für die Erklärung der Verhaltensweisen kinderreicher Familien in neuen Wohnprojekten überprüfen und gleichzeitig seinen Allgemeingrad erweitern zu können, müßten mehrere Projekte, möglichst für eine größere Anzahl von Familien geplant als das untersuchte, vom Einzug ihrer Bewohner an in ihrer Entwicklung verfolgt und verglichen werden. Ideal wäre die Ermittlung der Erwartungen und Lebensumstände der Familien und der Einblick in die Selektionsentscheidungen der zuständigen Instanzen bereits vor dem Wohnungswechsel.

6. Probleme der Planung von Wohnprojekten für kinderreiche Familien

Würde man an diesem Punkt die Arbeit abschließen, so hätte man zwar sein wissenschaftliches Soll der Hypothesenüberprüfung mehr oder weniger erfüllt, doch würden gleichzeitig Probleme und Fragen unter den Tisch fallen, die zwar im theoretischen Gerüst der Analyse nicht oder nur am Rande erscheinen, die sich aber im Lauf der Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand immer wieder aufdrängen.

Auf einige dieser Fragenbereiche wird in diesem abschließenden Hauptteil näher eingegangen, wobei ein Abschnitt über den Vergleich des untersuchten Wohnprojekts mit einem anderen vorangestellt wird, um die Relevanz der Probleme zu verdeutlichen.

6.1. Der Vergleich mit einem anderen Wohnprojekt

Zum Vergleich herangezogen wird das Siedlungs- und Betreuungsprojekt für Problem-, Zigeuner- und Landfahrerfamilien der Stadt Freiburg im Breisgau mit der folgenden Begründung:

- a) der Verfasser hatte relativ viel Informationsmaterial über dieses Projekt zur Verfügung,
- b) wegen der Zusammensetzung der betroffenen Gruppe von Familien stand die "Integrations"-Frage mit im Mittelpunkt der planerischen Überlegungen,
- c) neben der Wohnanlage waren auch schul- und sozialpädagogische Einrichtungen geplant,
- d) die Planungsentscheidungen wurden theoretisch zu begründen versucht.¹⁾

1) Dazu ist noch zu sagen, daß das Freiburger Vorhaben "...einen Demonstrativcharakter für den Bereich der Stadt- und Sozialplanung in der BRD beansprucht." Peter Best, Anmerkungen zur Forschungsstrategie in der Obdachlosenfrage, dargestellt am Beispiel des sozialpädagogischen Integrationsmodells der Stadt Freiburg i.Br., in KJ, 4. Jg., 1972, S. 202

Es muß noch hinzugefügt werden, daß sich die folgenden Ausführungen ausschließlich auf die Planungsphase des Projekts beziehen, da zum Zeitpunkt der Untersuchung lediglich das sozialpädagogische Zentrum des Projekts fertiggestellt war.

Die Ausgangslage gleicht der in anderen Städten: ein konstanter Prozentsatz von Familien - gekennzeichnet als "Problemfamilien" - lebt seit Jahren in Notunterkünften und anderen unzureichenden Wohnungen und verschloß sich bisher sämtlichen Resozialisierungsbemühungen der Sozialadministration mit Erfolg.²⁾

Die relative Deprivation dieser statistischen Gruppe von Familien (in Freiburg 100 - 120) bezüglich Einkommen, Unterbringung, Sozialisation inklusive Bildung und Gesundheit³⁾ - so die theoretische Ausgangsbasis der Planung - sollte nun behoben werden.⁴⁾

Der erste Schritt der Planung befaßte sich mit der Frage der Unterbringung der Familien. Von den Alternativen

"a) Streuung in die Wohnbevölkerung der Stadt,

b) Zusiedlung in bestehende Wohngebiete für sozial schwachangepaßte Familien,

c) Neusiedlung"⁵⁾

wurde letztere gewählt; es sollte "...ein möglichst normales Wohn- und Lebensgebiet mit gesellschaftlicher Aufwertungstendenz"⁶⁾ geschaffen werden. Diese Zielsetzung mag auch hinter dem von uns untersuchten Projekt gestanden haben, dahinter steht implizit die Hypothese, daß eine dem Standard der jewei-

2) Best, S. 198f. 1968 hatten in Freiburg 34,6 % dieser Familien mehr als 5 Kinder.

3) A.M.C. de Kok, Gutachten zum Siedlungs- und Betreuungsprojekt der Stadt Freiburg i.Br. für Problem-, Zigeuner- und Landfahrerfamilien, Juni 1971 (unveröffentl. Manuskript), S. 5

4) Neben sozialethischen Motiven haben offensichtlich auch kommunalpolitische Interessen diese Planung begünstigt. Vgl. Best, S. 200

5) Ebd.

6) Protokoll der ersten Klausurtagung betreffend Unterbringung und Betreuung von Problem-, Zigeuner- und Landfahrerfamilien vom 27.-29.1.1970 in Freiburg i.Br. (unveröff. Man.), S. 7

ligen sozialen Schicht entsprechende Unterbringung die Chancen der Diskriminierung verringert und eventuell auch Auswirkungen hinsichtlich einer Einkommenserhöhung und einer Angleichung des Lebensstils der umgezogenen Familien an den der Majorität des Wohnviertels hat.

Aus der Forderung nach einem "normalen Wohngebiet" resultierte die Ablehnung des bereits erwähnten, von der Sozialadministration der BRD des öfteren praktizierten Drei-Stufen-Systems⁷⁾, d.h. für die Familien kamen weder Wohnungen minderer Qualität noch "sozialklinische" Betreuungspraktiken in Frage.⁸⁾

Durch den Umstand, daß zu der Zielgruppe der Familien auch Zigeuner- und Landfahrerfamilien gehörten, ergab sich das Problem, ob diese miteinander und auch zusammen mit den Familien aus den Notunterkünften untergebracht werden sollten.⁹⁾ In einer Befragung über die Wohnwünsche der von der Planung betroffenen Familien zeigten diese Gruppen nur geringe Bereitschaft, miteinander in einem Wohnviertel oder einem Haus zu leben¹⁰⁾, doch geht de Kok in seinem Gutachten davon aus, daß bei den Familien selbst und den anderen Bewohnern des Wohnviertels Lernprozesse in Gang gesetzt werden können, in denen gegenseitige Vorurteile beseitigt werden und damit ein Zusammenleben erleichtert wird. Die Beeinflussung der Bewohner des Wohnviertels und anderer Einwohner der Stadt soll durch eine Form der

7) Vgl. oben S. 35

8) Bei dem in der BRD praktizierten Drei-Stufen-System stand der bauliche Aspekt im Vordergrund, während in den Niederlanden und in den USA in finanziell und personell aufwendigen Projekten die Umerziehung von Familien (d.h. Beeinflussung des Lebensstils, des Planungs- und Erziehungsverhaltens) betrieben wurde. Diese Projekte scheiterten aber. Zur Darstellung vgl. Margarethe Wigger, Die Hilfe für Problemfamilien in den Niederlanden, in NDV, 47. Jg. 1967, S. 113f; Margret Urlaub, Eine Stadt sucht neue Wege, in NDV, 47. Jg., 1967, S. 110-112. Zur Kritik des bekanntesten Projekts in den USA vgl. Jules Klanfer, Die soziale Ausschließung, Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S. 122ff

9) Der Planungsstand 1972 war der, daß die obdachlosen Familien in drei- bis vierstöckige, die Landfahrer- und Zigeunerfamilien in einstöckige, bungalowartige Häuser ziehen sollten. Vgl. Best, S. 203

10) Wohnzielanalyse des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg i.Br., 1973 (unveröff. Man.), S. 16

Gemeinwesenarbeit geschehen, die durch frühzeitige Information über das Bauvorhaben, durch Diskussion mit sich ablehnend verhaltenden Bürgern und durch Beteiligung der Familien an der Planung Widerstände bei der Realisierung des Projekts vermindert.¹¹⁾

Diese frühe Information der Bevölkerung des Wohnviertels über das Siedlungsprojekt war in dem von uns untersuchten Projekt nicht vorgesehen, ebenso nicht eine Mitwirkung der später in das Projekt ziehenden Familien an der Planung und ihre Information über die Zusammensetzung (OL-/n-OL-Anteil) ihrer Gruppe.

Im Unterschied zu¹²⁾ hier untersuchten Projekt wurde in Freiburg von vornherein angenommen, daß der bauliche Aspekt allein die Problematik der Familien nicht zu lösen im Stande ist, sondern daß noch sozialpädagogische Maßnahmen hinzukommen müssen, um insbesondere das Sozialisationsdefizit der Kinder und Jugendlichen zu verringern. Das auf diesen Überlegungen basierende, für 6,7 Millionen DM gebaute sozialpädagogische Zentrum beinhaltet einen Sonderschulkindergarten und eine Sonderschule, beides Ganztageseinrichtungen, in denen 140 Kinder von 20 schulisches und 12 sozialen Fachkräften betreut werden. Daneben bilden Räume für einen Schülerhort, für Jugendarbeit, Beratungstätigkeit und Arbeit mit Erwachsenen den sozialpädagogischen Bereich. Beiden Bereichen steht eine Gymnastikhalle und ein Sportplatz zur Verfügung.¹²⁾

Inwieweit diese Einrichtungen sich im Sinn der Schaffung eines "normalen Wohn- und Lebensgebietes" auswirken, wird man erst beurteilen können, wenn die ersten Kinder Kindergarten und Schule durchlaufen haben und auch die Wohnanlage des Projekts fertiggestellt ist.

11) de Kok, S. 37f. Wie wichtig dieser Planungspunkt war, zeigte der Widerstand der Stadtteil-Bewohnerschaft gegenüber dem sozialpädagogischen Teil des Projekts. Vgl. Best, S. 201f

12) Best, S. 202f

In dem Vergleich beider Projekte zeigten sich folgende Problem-
punkte, die bei der Planung berücksichtigt werden müssen:

Zu entscheiden ist,

- a) für welche Zielgruppe von Familien das Projekt geplant wird,
z.B. nur für kinderreiche Familien oder für kinderreiche Fa-
milien aus Obdachlosenlagern,
- b) in welcher Form für die Familien Wohnraum geschaffen werden
soll, z.B. in der Form verstreut liegender renovierter Alt-
bauwohnungen oder eines Neubaus, der ausschließlich Wohnun-
gen eines Typs enthält,
- c) welche Größenordnung das Projekt haben wird¹³⁾,
- d) welcher Standort für das Projekt gewählt wird (bei der Ent-
scheidung für einen Neubau), z.B. in einer Stadtrandsiedlung
oder auf der Fläche eines ehemaligen Obdachlosenlagers,
- e) welche Bauqualität gewählt werden soll, beispielsweise der
Standard des sozialen Wohnungsbaus oder eine kostensparende
Einfachbauweise,
- f) ob neben den Wohnbauten sozialpädagogische Zusatzeinrichtun-
gen und/oder zusätzliche Interventionen der Sozialarbeit mit-
eingeplant werden, z.B. ein Kindergarten oder die Einstellung
eines Gemeinwesenarbeiters,
- g) wie die Information der von der Planung betroffenen Bewoher-
schaft erfolgt, ob z.B. nur ein Zeitungsartikel veröffent-
licht wird oder Versammlungen zur Diskussion von Argumenten
der Bewohnerschaft veranstaltet werden,
- h) wie die Auswahl der Familien innerhalb der Zielgruppe erfolgt,
wenn die Zahl der Familien der Zielgruppe größer als die Zahl
der vorgesehenen Wohnungen ist,
- i) ob und wie die ausgewählten Familien durch Teilnahme an der
Planung die Gestaltung des Wohnprojekts mitbeeinflussen kön-
nen, z.B. durch flexible Wohnungsgrundrisse oder durch eine
Befragung über Wohnwünsche.

13) Dieser Punkt wird auch durch die Höhe der zur Verfügung
stehenden finanziellen Mittel beeinflusst.

Die Entscheidungen in diesen neun aufgeführten Punkten sind zum Teil voneinander abhängig, sie müssen auch zeitlich nicht in dieser Reihenfolge getroffen werden. Nicht bei jedem Planungsprozeß sind alle Punkte frei entscheidbar, oft werden Vorbedingungen gegeben sein (z.B. der Standort), die andere Entscheidungen mit determinieren.

6.2. Gestreute Unterbringung versus Konzentration

Bei Punkt b) der oben angeführten notwendigen Planungsentscheidungen sind verschiedene Alternativen der Unterbringung der Familien in einer neuen Umgebung denkbar. Diese Alternativen sollen verglichen und die ihnen inhärenten Zielsetzungen verdeutlicht werden.

Unseres Erachtens bekommt man das Problem besser in den Griff, wenn man davon ausgeht, daß die Planer oder Soziologen normative Aussagen über die Höhe des Anteils verschiedener sozialer Schichten am neuen Wohnort treffen wollen. Durch die siedlungssoziologische Literatur der letzten Jahre zieht sich die unter den Stichworten der Homogenität und Heterogenität des Wohnviertels geführte Diskussion, die sich auf die schichtmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung von Wohnvierteln in der Gemeinde bezieht. "Insbesondere bei Großprojekten der Stadterweiterung - durch die kurze Entstehungszeit, die geringe Variabilität festgesetzter Planungsentscheidungen, die großen Trägerschaften der Einzelprojekte -, wird die Bevölkerungszusammensetzung nicht mehr durch viele Einzelinitiativen und -entscheidungen der Bauherren, Vermieter und Bewohner bestimmt, sondern sie ist bewußt oder durch Zufall vor Einzug der Bewohner durch die planenden Institutionen und die Großbauträger schon weitgehend festgelegt."¹⁴⁾

14) Weeber, S. 101f

Aber nicht nur bei Großprojekten, auch bei kleineren Bauvorhaben, die sich auf eine bestimmte Zielgruppe beziehen, werden planerische Entscheidungen unumgänglich.¹⁵⁾

Die wichtigsten Argumente der Vertreter der Heterogenität lauten a) "...mit einer sozialen Mischung der Wohnbevölkerung würden Voraussetzungen zum sozialen Aufstieg geschaffen, indem besonders Angehörige der unteren Sozialschichten Gelegenheit bekämen, das soziale Leben von solchen Bezugsgruppen kennenzulernen, deren Normen für sie motivationsstimulierend wirken könnten"¹⁶⁾, b) "Heterogenität fördert die Toleranz gegenüber sozialen und kulturellen Unterschieden, reduziert politischen Konflikt, fördert demokratische Praktiken".¹⁷⁾

Dieser Konzeption entspricht auf der Ebene der Wohnprojektplanung für kinderreiche und obdachlose Familien das Prinzip der gestreuten Unterbringung, d.h. den Familien werden Wohnungen zugewiesen, die im Stadtgebiet verteilt sind und so zu keiner Konzentration der Familien führen. Man erhofft dadurch, daß sich die Familien im Lebensstil und im Verhalten an die Mitbewohner des Hauses oder der Siedlung angleichen, daß sie Aufwärtsmobilität zeigen und hiermit ihre Einkommens- und Lebenssituation verbessern können.¹⁸⁾

Die Verfechter der Homogenität argumentieren, daß durch möglichst einheitliche schichtmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung eines Wohnviertels a) die nachbarschaftlichen Kontakte

15) Daß auch bei kleineren Vorhaben solche Entscheidungen nicht dem Zufall überlassen bleiben dürfen, zeigt sich auch an dem von uns untersuchten Projekt.

16) Ulfert Herlyn, Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht, in ders., Hrsg., Stadt- und Sozialstruktur, München 1974, S. 31

17) Weeber, S. 102

18) Dieses Konzept wurde auch von 32 % der befragten Siedler (vgl. Abschn. 4.4.5.) vertreten, als sie gefragt wurden, ob sie sich eine andere Lösung des Wohnungsproblems kinderreicher Familien vorstellen könnten.

und folglich die Identifikation mit und Bindung an das Wohngebiet gefördert werden, b) Grundlagen für gemeinsame Interessen und Solidarisierung geschaffen werden.¹⁹⁾

Diese Meinungen sind auch zu hören, wenn für eine konzentrierte Unterbringung von obdachlosen Familien plädiert wird.²⁰⁾

Herlyn ist der Ansicht, daß den Argumenten für Heterogenität ein Integrationsmodell und denjenigen für Homogenität ein Konfliktmodell zugrunde liegt, daß aber "...hinter beiden Positionen eine gesellschaftspolitische Überschätzung der Wirkung der Lokalisierung auf die soziale Lage und auf das Bewußtsein gesellschaftlicher Gruppen steht."²¹⁾

Nimmt man die für unsere Untersuchung entwickelten Variablen zu Hilfe, so kann man die gegensätzlichen Positionen vereinfacht folgendermaßen darstellen: Heterogenität fördert Verhaltenstyp I, Homogenität fördert Verhaltenstyp II. Diese Aussagen, die von einer bestimmten räumlichen Anordnung sozialer Schichten auf deren Verhalten und Einstellungen schließen, sind aber zu wenig differenziert, um daraus verlässliche Prognosen über das Verhalten bestimmter Bewohnergruppen ableiten zu können. Spricht man beispielsweise von einem heterogenen Viertel, so ist noch nichts darüber ausgesagt, wie sich die Bewohnerschaft einzelner Blöcke oder Häuser in diesem Viertel zusammensetzt. Außerdem müßte jeweils präzisiert werden, nach welchem Schichtmodell man die Bewohner einordnet, da es durchaus möglich ist, daß mit einem groben Raster Homogenität und mit einem differenzierteren Modell Heterogenität das Resultat sein wird. "Die Fragestellung, mehr oder weniger als Alternative, "Mischung oder Entmischung", erweist sich als unergiebig

19) Herlyn, S. 32; Weeber, S. 102

20) Vgl. z.B. Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten e.V., Hrsrg., Zum Wohnen von Obdachlosen, Bonn 1972

21) Herlyn, S. 33

und scheint durch ihre Vereinfachung in eine Sackgasse zu führen. Entscheidend dafür, wie sich eine Bevölkerungsstruktur auswirkt, scheint vor allem eine Fülle von Randbedingungen zu sein, die alle zusammen die Voraussetzung dafür bilden, ob das Zusammenleben als befriedigend oder als unbefriedigend empfunden wird."²²⁾

Auch für die Planung der hier behandelten Wohnprojekte erweist sich diese Schematisierung als zu grob. Abels/Keller, die "das Prinzip einer kontakterhaltenden eingestreuten Unterbringung" für obdachlose Familien vertreten²³⁾, nennen weitere Variablen, die ihrer Meinung nach die Wohnzufriedenheit in der neuen Wohnumgebung beeinflussen. Sie sehen einen Unterschied darin, ob der Zuzug in ein Neubau- oder "in ein bestehendes Wohngebiet mit bereits etablierten Sozialbeziehungen"²⁴⁾ erfolgt, die sie als Hindernis für die Eingewöhnung der Familien am neuen Wohnort ansehen. Wichtig ist für Abels/Keller auch die Gestaltung der Kommunikationssituation: sie fordern hier, daß die Isolation der Familien durch den Wohnungswechsel nicht noch verstärkt wird, sondern daß durch Umsiedlung kleiner Gruppen von Familien, die sich bereits kennen, die vertrauten Kontakte erhalten bleiben.²⁵⁾

Hier zeigt sich aber unseres Erachtens ein Dilemma des von Abels/Keller vertretenen Prinzips bezüglich des Umfangs dieser Familiengruppen, da die Familien einerseits gestreut, andererseits aber nicht isoliert umgesiedelt werden sollen. In vielen Projekten werden Konzentrationen von kinderreichen und obdachlosen Familien nicht zu vermeiden sein, schon mit Rücksicht darauf, daß für diesen Personenkreis vorgesehene sozialpädagogische Einrichtungen mit einer gewissen Mindestzahl von Klienten

22) Weeber, S. 103f

23) Heinz Abels/B. Keller, Obdachlose - Zur gesellschaftlichen Definition und Lage einer sozialen Randgruppe, Opladen 1974, S. 179ff

24) Ebd., S. 179

25) Ebd.

arbeiten müssen, um aus öffentlichen Mitteln finanziert zu werden. Ergeben sich größere Konzentrationen dieser Familien, so erhalten Gestaltungselemente wie Baustil, Anordnung der Häuser und Blocks, usw. größere Bedeutung, da - so nimmt Weeber an - diese visuell leicht wahrnehmbaren Gesichtspunkte Anlaß zu Klassifizierungen geben und damit Diskriminierungen erleichtern können.²⁶⁾ Andererseits empfiehlt Iben für obdachlose Familien mit langer Wohndauer im Obdachlosenlager und großer Anzahl familiärer Probleme eine möglichst abgeschlossene Bauweise (mit Innenhof zur Förderung der "Intimität und Gemeinsamkeit" unter den Familien), um Konflikte mit anderen Bewohnern des Viertels so gering wie möglich zu halten.²⁷⁾

Diese unterschiedlichen und sich teilweise widersprechenden Empfehlungen beruhen auf einem Mangel an bewährten Theorien über die Auswirkung räumlicher und sozialer Gegebenheiten auf das Verhalten von Personen oder Familien in einer neuen Wohnumgebung. Dazu kommt, daß Wohnprojekte mit wissenschaftlicher Begleitung noch Seltenheitswert haben, so daß in vielen Fällen über die eigentlich wirksamen Faktoren im sozialen Feld keine Klarheit herrscht, und sich so leichter von der bisherigen Praxis geprägte Konzeptionen der planenden Instanzen durchsetzen. Falsche Vorstellungen der Planer könnten teilweise durch eine Befragung der Familien-Zielgruppe ausgeschaltet werden, die Daten über deren Wünsche oder Abneigungen, mit bestimmten anderen Gruppen zusammenzuziehen, liefern könnte.²⁸⁾

Eine andere Sichtweise des Problems ergäbe sich dadurch, daß man neben der sozialen Schichtung auch die soziale Infrastruktur der zur Debatte stehenden Wohnviertel berücksichtigt. Zwi-

26) Weeber, S. 104. Diese Gefahr könnte z.B. gegeben sein, wenn die kinderreichen Familien eines Viertels ausschließlich in einem Block wohnen würden und dieser durch eine Grünanlage oder eine Straße von den anderen Häusern getrennt wäre.

27) Iben, S. 143f

28) Dies wurde beim Freiburger Projekt durchgeführt. Es besteht keine Information darüber, ob die Ergebnisse in der Planung berücksichtigt wurden.

schen beiden besteht eine Abhängigkeit dahingehend, daß in Wohnvierteln mit überwiegendem Anteil von Angehörigen unterer Schichten die Unterversorgung mit sozialen Infrastruktureinrichtungen am größten ist. "...Unter dem Gesichtspunkt einer möglichst gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen (sollte man, d.Verf.) eine Konzentration sozial-ökonomisch schwacher und daher unterprivilegierter leicht klassifizierbarer Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtquartieren...vermeiden, wenn sie ein solches Ausmaß erreicht, daß sie quartiersbestimmend wird und damit bei den gegebenen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen eine infrastrukturelle Unterversorgung zwangsläufig nach sich zieht."²⁹⁾

Gerade für Wohnprojekte mit kinderreichen Familien, die verstärkt auf diese Einrichtungen angewiesen sind, wären diese Überlegungen von Bedeutung, da kleinere Bauvorhaben finanziell kaum so gut ausgestattet werden, daß die Ergänzung der Wohnungen mit wichtigen Infrastruktureinrichtungen sogleich erfolgt. In dem von uns untersuchten Wohnprojekt wäre das Konfliktpotential zwischen Familien und Siedlern verringert worden, hätte man Infrastruktureinrichtungen wie Spielplatz und Freizeitheim von vornherein in das Projekt mit eingeplant.

6.3. Funktionen der Sozialarbeit

6.3.1. Zur Auswahl der Familien

Allgemein wird der Sozialarbeit eine wichtige Funktion bei der erfolgreichen Gestaltung solcher Wohnprojekte zuerkannt. Umso

29) Herlyn, S. 34. Diese Forderung vertritt auch Klaus Presser, Empirischer Beitrag zur Problematik sozialhilfebedürftiger, kinderreicher Familien in Großstadtgebieten und deren Landkreise in Nordbaden, Dissertation, Heidelberg 1970, S. 251

verwunderlicher ist es, daß deren Funktionsträger in die Phase der Projektplanung nicht oder erst dann eingeschaltet werden, wenn die Fragen der Form, Größe und des Standorts des Projekts schon entschieden und somit andere Planungsbereiche nur noch begrenzt variabel oder bereits festgelegt sind. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bereiche der Information der von der Planung betroffenen Bewohnerschaft und der Auswahl und Planungsteilnahme der Projekt-Familien, in denen Sozialarbeiter meist Aufgaben wahrzunehmen haben.

Natürlich stellt sich die Frage, mit welcher Zielsetzung Sozialarbeiter am Planungsprozeß teilnehmen sollen. Neben dem simplen Effekt, daß der Informationsgrad des oder der teilnehmenden Sozialarbeiter über das Projekt wächst und Interventionen der Sozialarbeit so früher planbar sind, wäre zum einen denkbar die Betonung der Interessen der Zielgruppe des Projekts in umso größerem Ausmaß, je weniger die Vertreter der Zielgruppe selbst die Planungsentscheidungen mitbeeinflussen können.³⁰⁾ Zum anderen könnte es Aufgabe eines Sozialarbeiters sein, beim Fehlen von Soziologen oder Psychologen in der Planungsgruppe auf soziale oder psychische Konsequenzen der physischen Planung hinzuweisen, wenn auch mit der Einschränkung, daß prognosekräftige Theorien über die Auswirkung verschiedener Konstellationen der physischen und sozialen Umwelt auf Verhalten und Einstellungen der in ihr Lebenden Mangelware sind, wie auch unsere Untersuchung zeigte.³¹⁾

30) Rodrick Rolston/A. Witherall, A New Venture: The Social Worker in the Role of Regional Social Planner, in Wisconsin Sociologist, Vol. 10, Nr. 1 1973, S. 23f

31) Es ist jedoch anzunehmen, daß die Einführung anderer als der monokausalen Denkmodelle vieler Bau- und Raumplaner, die von einer Änderung der physischen Umgebung auf eine Änderung sozialen Verhaltens schließen, in die Planungsdiskussion bereits einen Fortschritt in Richtung auf eine problemadäquatere Lösung darstellt. Vgl. Herbert J. Gans, Social and Physical Planning for the Elimination of Urban Poverty, in B.J. Frieden/R. Morris, Hrsg., Urban Planning and Social Policy, New York/London 1968, S. 49

In ihr kam auch zum Vorschein, daß man bei der Auswahl der Familien zum Teil Kriterien anzuwenden versuchte, die gewährleisten sollten, daß die ihnen genügenden Familien sich am neuen Wohnort "integrieren".³²⁾ Das Problem der Auswahl stellt sich nicht nur zum Erstbezug eines Wohnprojekts, sondern auch dann, wenn es gilt, durch Auszug freigewordene Wohnungen wieder neu zu besetzen.³³⁾

Wird die Aufgabe der Selektion der Sozialarbeit übertragen, so sind meist durch Planungsentscheidungen schon Bedingungen vorgegeben, die den Auswahlspielraum innerhalb der Zielgruppe einschränken. Dies kann durch die zu erwartende Miethöhe, durch Beschlüsse der Wohnungsbaugesellschaft, nur einen bestimmten Kreis von Mietern zu akzeptieren (z.B. Familien ohne Mietschulden), durch die Wohnungsgröße oder andere Faktoren der Fall sein. Nun ist es die Frage, ob die im Auswahlspielraum verbleibenden Familien mit Kriterien zu beurteilen sind, die sich auf das Verhalten der Familien am alten Wohnort beziehen, wie sie im untersuchten Projekt angewandt wurden.³⁴⁾ Wie schon des öfteren festgestellt, stehen prognosekräftige Theorien über das Verhalten der Familien in der neuen Wohnumgebung nicht zur Verfügung. Hier schlägt man den Weg ein, vom Verhalten am alten Wohnort auf das Verhalten am neuen zu schließen, was insbesondere bei Familien leicht fällt, deren Kontakt zu Sozialamt und -arbeitern zur Anlage einer Akte über sie führte.³⁵⁾ Die Beurteilungen der Familie oder einzelner ihrer Mitglieder in dieser Akte werden dann zur Entscheidung herangezogen.

32) Vgl. oben S. 78f

33) Es kann auch vorkommen, daß für Wohnprojekte eine bestimmte Gruppe, z.B. die gesamten Bewohner eines Obdachlosenlagers, vorgesehen ist. Hier entfällt das Auswahlproblem, da die gesamte Zielgruppe berücksichtigt wird.

34) Auswahlkriterien, die sich nur auf Merkmale wie Einkommen, Kinderzahl oder Größe der alten Wohnung beziehen, sind hiermit nicht gemeint.

35) Bei kinderreichen Familien der Unterschicht und obdachlosen Familien ist die Wahrscheinlichkeit der Existenz einer Akte sehr groß.

Unserer Ansicht nach berücksichtigt dieses Verfahren jedoch nicht, daß sich nicht nur der Wohnort der Familien ändert, sondern sie sich auch in einer neuen sozialen Situation befinden werden, die eine Änderung des Arbeitswegs der Berufstätigen in den Familien (eventuell des Arbeitsplatzes), für die Kinder den Besuch anderer Schulen und Kindergärten, zumeist eine größere finanzielle Belastung und einen anderen Versorgungsgrad mit Einkaufsmöglichkeiten und sozialen Dienstleistungen mit sich bringt.³⁶⁾ Alle diese Faktoren zu berücksichtigen, dürfte jedoch sehr schwer sein, zumal sie kaum quantifizierbar und schwer gegeneinander abzuwägen sind. Je mehr in einem Projekt diese einzelnen Faktoren bereits in der Bau- und Standortplanung eine Rolle spielen und je besser es selbst oder das Wohnviertel um den Standort mit infrastrukturellen Einrichtungen ausgerüstet ist, desto weniger werden solche Gesichtspunkte das Problem der Auswahl komplizieren und den Auswahlspielraum verringern. Daten über das Verhalten am alten Wohnort werden zur Auswahlentscheidung auch herangezogen, um die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Autoaggressionen unter den Projekt-Familien zu verringern. Da die von den anderen Bewohnern des Viertels leicht wahrnehmbaren autoaggressiven Verhaltensformen besonders in der Anfangsphase eines Projekts schnell zu seiner Stigmatisierung führen - das Projekt und seine Bewohner erhalten einen "schlechten Ruf" - , erscheint es den Vertretern der Sozialarbeit wünschenswert, diesen Faktor kontrollieren zu können. Dieses Bemühen um die "Integration" des Projekts und seiner Bewohner kann zu der Praxis führen, Familien abzulehnen, deren Mitglieder in der Vergangenheit deviantes Verhalten zeigten, welches aktenkundig wurde. Hier begibt sich die Sozialarbeit unseres Erachtens in die Gefahr, selbst stigmatisierend zu wirken und Familien aufgrund von Kriterien auszuschließen, deren Eignung für Verhaltensprognosen sehr fraglich ist.

36) Vgl. Christiansen, S. 175f

6.3.2. Gemeinwesenarbeit

In der Darstellung der Gemeinwesenarbeit während des Untersuchungszeitraums wurden einzelne Probleme bereits angesprochen.

Der geringe Umfang des Projekts (23 Familien) brachte es mit sich, daß der für die Familien zuständige Sozialarbeiter neben der Einzelfallhilfe auch Aufgaben der Gemeinwesenarbeit wahrnahm, unterstützt von dem erwähnten Team.

Abgesehen von der Frage, ob ein Sozialarbeiter beide Bereiche arbeitsmäßig bewältigen kann, sind Vor- und Nachteile dieser "Personalunion" abzuwägen. Als Vorteil ist zu sehen, daß die Familien wahrnehmen, daß sich der Sozialarbeiter als Gemeinwesenarbeiter für ihre Interessen einsetzt, und dadurch die Voraussetzung für eine größere Vertrauensbasis der Familien ihm gegenüber gegeben ist. Gewährleistet bleibt auch der Kontakt zwischen Familien und Gemeinwesenarbeiter, der sich oft durch dessen Funktion als Koordinator verschiedener Gremien und Maßnahmen, die auf das Projekt zielen, verringert oder zum Erliegen kommt. Als Nachteil werten wir, daß für jedes der beiden Praxisfelder eine verschiedene Methode angewandt und ständig zwischen der Betrachtung von familiären und Projekt-Problemen gewechselt werden muß.

Führt diese Form der Sozialarbeit nicht zur Arbeitsüberlastung, so scheint sie bei kleineren Projekten, in ähnlicher Größenordnung wie dem untersuchten, durchaus praktikabel, da hier die häufig erhobene Forderung, der Sozialarbeiter (und eben nicht nur der Gemeinwesenarbeiter!) solle für die Interessen seiner Klienten eintreten und sie zur Selbstorganisation anleiten ³⁷⁾, erfüllbar ist.

Für größere Projekte wird sich eine Arbeitsteilung zwischen

37) Vgl. Albrecht, Obdachlose...., S. 50; Christiansen, S. 186-192; Hans-Uwe Otto, Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung - Zur Transformation des beruflichen Handelns in der Sozialarbeit, in Otto/Schneider, S. 256-258

Gemeinwesenarbeit und Einzelfallhilfe nicht umgehen lassen, da mit zunehmender Größe des Projekts auch die Zahl der beteiligten Gruppen und Institutionen zunehmen wird und sich für die Gemeinwesenarbeit vielfältige Aufgaben einstellen.³⁸⁾

Nimmt man die Planungsphase hinzu, so kann der Komplex der Gemeinwesenarbeit in einem Wohnprojekt a) die Information der Bevölkerung des Wohnviertels, in dem das Projekt gebaut wird, b) die Unterstützung der Projekt-Familien, ihre Interessen zu artikulieren, wenn möglich, bereits vor dem Einzug, und c) die Bemühungen zur Verbesserung der Kooperation der mit dem Projekt beschäftigten Institutionen umfassen.

Die Aufgaben im Bereich a), über die noch nicht gesprochen wurde, und die über die auf S. 39 dieser Arbeit gegebene Definition der Gemeinwesenarbeit hinausgehen, beginnen mit dem Planungsstadium, in dem der Projekt-Standort festgelegt wird. Daß diese Entscheidung von Bedeutung ist, zeigt die Zahl von Bürgerinitiativen und -komitees, die in letzter Zeit entstanden sind, um Planungsentscheidungen öffentlicher Instanzen zu revidieren, über die die von dem Vorhaben betroffene Bevölkerung nicht ausreichend informiert wurde.³⁹⁾ Damit ist nicht gesagt, daß sich durch frühzeitige Information die Widerstände gegen das jeweilige Projekt abbauen ließen, doch kann der Austausch von Argumenten dazu führen, daß Planungsentscheidungen noch einmal geändert (z.B. Standortverlegung, wenn die Kooperation der Bevölkerung für den Erfolg des Projekts als notwendig angesehen wird) oder manche Vorurteile verringert werden (z.B. durch Information, welche Familien in das Projekt einziehen werden). Durch die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Standpunkten

38) Ludemann versucht die verschiedenen Aufgabengebiete der Gemeinwesenarbeit in einem graphischen Modell darzustellen. Vgl. Peter Ludemann, Ein Orientierungsmodell für die Arbeit im sozialen Brennpunkt und seinem Umfeld, in NDW, 54. Jg., 1974, S. 9

39) Daß dies nicht nur im Falle von Projekten geschieht, die zur Lösung sozialer Probleme beitragen sollen, zeigen die Ressentiments gegen die Standortplanung bei Kernkraftwerken.

können auch die die Planung und Realisierung behindernden und fördernden Interessen in der Gemeinde offengelegt werden, die vielleicht sonst unter dem Deckmantel einer scheinbar nach interessenneutralen Grundsätzen handelnden Bürokratie verborgen bleiben würden.⁴⁰⁾

6.4. Abschließende Hinweise zur Planung

Unternimmt man es als Soziologe, Planungshinweise zu geben, so hat man sich zunächst zu fragen, ob man dem Planer etwas zu sagen hat. Dies umso mehr als der Planer darauf drängt, "hand-feste" sozialwissenschaftliche Ergebnisse zu erhalten und in die Praxis umsetzen zu können.⁴¹⁾ Ob man etwas und was man zu sagen hat, hängt vom theoretischen Stand der eigenen Wissenschaft und von der Thematik ab, mit der man sich beschäftigt. "Der Planer denkt in Entwürfen zukünftiger Handlungen, während die Soziologie im wesentlichen auf eine Analyse des tatsächlichen Handelns beschränkt ist. Ihre Möglichkeiten zu prognostizieren müssen gegenwärtig als sehr begrenzt angesehen werden, vor allem dann, wenn unter Prognose eine Aussage verstanden wird, die sich nicht nur auf die Voraussage von Handlungsabläufen in vergleichbarer Umwelt und Situation bezieht, sondern das Aufkommen völlig neuer Bedingungen voraussetzt."⁴²⁾

40) Vgl. Werner Müller, S. 107f

41) "Man erwartet von ihm (dem Sozialpsychologen, d.Verf.) Ergebnisse, lange bevor er in der Lage ist, gesicherte und entsprechend fundierte Ergebnisse bereitzustellen. Außerdem muß er auf den Vorwurf gefaßt sein, daß er seine Zeit mit statistischen Tabellierungen und Versuchsanordnungen vertändelt, während der Planer sich nach brauchbaren Ergebnissen verzehrt." Merton, Zur Sozialpsychologie..., S. 170

42) Bernhard Schäfers, Soziologie als mißdeutete Stadtplanungswissenschaft, in Archiv für Kommunalwissenschaften, 9. Jg., 1970, S. 246. Dies gilt noch stärker für die Planung ganzer Stadtteile oder Städte, wo die Stadtplanung auf umfassende soziale Konzeptionen angewiesen ist. Ebd., S. 247

Die hier durchgeführte Untersuchung analysiert vor allem Verhalten und Einstellungen der Bewohner eines Projekts. Verhalten und Einstellungen sind zu einem Teil von Faktoren beeinflusst, die zu verändern in der Reichweite der Planer liegt, die aber zum anderen Teil situationsspezifisch oder nicht manipulierbar sind. Die Beziehungen zwischen den veränderbaren Faktoren und den Verhaltensvariablen sind jedoch nicht so geklärt, daß sie ohne weiteres Anhaltspunkte für die Planung liefern könnten.

Wenn trotzdem versucht wurde, Informationen aus der Untersuchung für die Planung umzusetzen, so geschah das in kritischer Absicht, Planungsfehler zu kennzeichnen, deren Vermeidung den Projekt-Familien und den Siedlern unnötige Konflikte erspart hätte.

Wie bereits angesprochen, stellten die fehlenden Infrastruktureinrichtungen eine der Konfliktursachen dar. Dies in der Planung zu berücksichtigen, heißt die Frage nach dem Standort und/oder nach der Ausstattung des Projekts ~~zu~~ stellen. Greift man die Standortfrage auf, so wird man die Forderung erheben, Wohnprojekte für kinderreiche Familien in Viertel zu verlegen, die infrastrukturell gut versorgt sind. Damit ist das Problem jedoch noch nicht gelöst: ein städtisches Viertel mit Villen und Einfamilienhäusern, in dessen Einzugsbereich Grünanlagen, relativ teure Einzelhandelsgeschäfte und Gymnasien liegen, hat zwar einen hohen Ausstattungsgrad, ist aber allein daher als Wohnort für kinderreiche Familien der Unterschicht nicht geeignet, da für diese die Infrastruktureinrichtungen aus Gründen des Einkommens und des Bildungsunterschieds nicht benutzbar sind.⁴³⁾ Kinderreiche Familien benötigen ganz bestimmte Einrichtungen, die ihre Situation erleichtern können. Dazu zählen preis- und verkehrsgünstige Einkaufsmöglichkeiten, Anschluß an den öffentlichen Nahverkehr, ein räumlich nah gelegenes Spiel-

43) Abgesehen hiervon würde bei derartig großen Schichtunterschieden heftiger Widerstand der Bewohner des Viertels gegen ein solches Bauvorhaben zu erwarten sein.

platz, Kindergarten, Sonder-, Grund- und Hauptschule und eine Einrichtung der medizinischen Versorgung. Welche Objekte von besonderer Wichtigkeit sind, wäre am besten von den Familien des Wohnprojekts selbst zu beantworten. Die genannten infrastrukturellen Bedingungen haben jedoch nicht nur für kinderreiche Familien, sondern allgemein für Familien mit schulpflichtigen Kindern Bedeutung und sind daher für einen weit größeren Kreis von Planungen relevant.⁴⁴⁾

Geht man in der Planung von Bildungs- und Sozialisationsdefiziten in bestimmten Gruppen kinderreicher Familien aus⁴⁵⁾, so stellt sich die Frage nach der zusätzlichen Ausstattung des Projekts mit Einrichtungen, die dazu dienen sollen, diese Defizite abzubauen, etwa wie die im Rahmen des Freiburger Projekts errichteten.⁴⁶⁾ Solche Vorhaben sind umso schwerer durchsetzbar, je mehr sie mit hohen finanziellen Kosten verbunden sind. Aus diesem Grund wäre zu überlegen, ob diese Einrichtungen der Bildungsförderung nicht von vornherein für größere Zielgruppen geplant werden sollen, auch um eine Isolation der Mitglieder der Projekt-Familien in diesen Kursen und Klassen zu vermeiden. Richtet man die Planung nach diesem Ziel aus, so wird auch die Standortfrage wieder akut, da erstens Viertel ausgesucht werden müssen, deren Bewohner ähnliche Defizite aufweisen und zweitens der Einzugsbereich der Einrichtungen eine bestimmte Mindestgröße haben muß, damit auch genügend Personen sie in Anspruch nehmen. Man könnte hiermit dem Ziel eines Infrastrukturausgleichs⁴⁷⁾, d.h. der möglichst gleichmäßigen infrastrukturellen

44) Ein Hauptpunkt der Kritik an den in den letzten Jahren erstellten größeren Neubau-Vierteln, die einen hohen Kinder-Bewohneranteil aufweisen, war der der unzureichenden sozialen Infrastruktur. Vgl. Bundesministerium für Jugend..., Hrsrg., Zweiter Familienbericht, S. 104

45) Inwiefern die Theorie des Bildungs- und Sozialisationsdefizits zutrifft, wird hier nicht untersucht.

46) Vgl. oben S. 144-147

47) Vgl. M. Throll/S. Gotze/S. Herlyn/F. Hesse/H. Wurtinger, Infrastrukturausgleich und Hochschulneugründung, in U. Herlyn, Hrsrg., Stadt- und Sozialstruktur, S. 239

Versorgung einer Stadtbevölkerung, näherkommen.

Abschließend schneiden wir noch ein Thema an, das bisher nur am Rand behandelt wurde. Gemeint sind die Widerstände gegen die Realisierung solcher Wohnprojekte. Zum Teil wird mit ihnen gerechnet, und man versucht durch Information der Öffentlichkeit, Versammlungen, Diskussionen ein günstiges "Klima" für das geplante Projekt zu schaffen. Die Vorurteile und Ressentiments der "Planungsbetroffenen" sind aber nur ein Teil - der sichtbarste und hörbarste - des Widerstands, davor haben die geplanten Projekte die Hürden der kommunalen Parlamente zu nehmen, wobei besser organisierte Interessengruppen Abstriche an der Finanzierung durchsetzen können. Auch Bezuschussungen durch Länder und Bund sind an bestimmte Auflagen gebunden, die in der Planung berücksichtigt werden müssen, so daß ein Wohnprojekt für kinderreiche Familien und die damit verfolgten Intentionen nach dem Durchlauf durch parlamentarische und behördliche Instanzen stark verändert worden sein können.⁴⁸⁾

Zu oft noch geschieht es, daß allein ökonomische Billigkeits-erwägungen über Standort und Wohnungsqualität entscheiden, daß man meint, durch schöne Wohnungen allein würden sich die Familien "integrieren", daß Autoabstellplätze notwendigen Freiraum für Kinder beschneiden, daß zu große Familien für zu kleine Wohnungen ausgewählt werden. So steigt die Gefahr, daß diejenigen, die ausgezogen sind, das soziale Problem der unzureichenden Wohnungsversorgung kinderreicher Familien zu lösen, stattdessen den Grundstein zu neuen Problemen legen oder das alte im neuen Gewand fortbestehen lassen.

48) Blumer, S. 161f

Anhang I: Abkürzungsverzeichnis

A J K	<u>Arbeitskreis Junger Kriminologen</u>
A J S	<u>American Journal of Sociology</u>
A K S	<u>Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter</u>
A S R	<u>American Sociological Review</u>
B J S	<u>British Journal of Sociology</u>
K J	<u>Kriminologisches Journal</u>
K Z f S S	<u>Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie</u>
N D V	<u>Nachrichtendienst des Deutschen Fürsorgevereins</u>
n - O L -Familien	Familien des Wohnprojekts ohne vorherigen Aufenthalt in einem Obdachlosenlager
O L - Familien	Familien des Wohnprojekts mit vorherigem Aufenthalt in einem Obdachlosenlager
S P	<u>Social Problems</u>
V G S	<u>Victor-Gollancz-Stiftung</u>

Anhang II: Literaturverzeichnis

a) Bücher und Zeitschriftenartikel

- Abels, Heinz
Keller, Berndt Obdachlose - Zur gesellschaftlichen Definition und Lage einer sozialen Randgruppe, Opladen 1974
- Albert, Hans Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968
- Albert, Hans Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in E. Topitsch, Hrsg., Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1967, S. 181-210
- Albrecht, Günter Obdachlose in Köln - Bericht über eine Längsschnittstudie, in AJK, Hrsg., Randgruppenarbeit. Analysen und Projekte aus der Arbeit mit Obdachlosen, München 1973, S. 29-58
- Albrecht, Günter Soziologie der geographischen Mobilität, Stuttgart 1972
- Ankerl, Guy Spezifische Faktoren in stadtsoziologischen Analysen, in KZfSS, 26. Jg., 1974, S. 568-587
- AJK Zur Forschung und Praxis in der Arbeit mit Obdachlosen, in AJK, Hrsg., Randgruppenarbeit. Analysen und Projekte aus der Arbeit mit Obdachlosen, München 1973, S. 7-15
- AKS (-Berlin) Gemeinwesenarbeit als Ideologie und soziale Kontrolle: ein Beitrag zur Sozialarbeit im Stadtteilbereich, in VGS, Hrsg., Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit, Nr. 8, Frankfurt/M 1974, S. 48-63
- Atteslander, Peter
Hamm, Berndt Einleitung: Grundzüge einer Siedlungssoziologie, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 11-32
- Bargel, Tino
Heinke, Uta Modale Soziotope und Standortbestimmung, in Deutscher Bildungsrat, Hrsg., Bildungschancen und Umwelt I, Heft 3 der Materialien zur Bildungsplanung, Braunschweig 1973, S. 33-46
- Barnett, Larry D. Achievement Values and Anomie Among Women in a Low-Income Housing Project, in Social Forces, Vol. 49, 1970/71, S. 127-134

- Bauer, Eckhart Integration als Wunsch und Wert in der Soziologie der Stadt - Versuch einer Ideologiekritik, in H. Korte, Hrsg., Soziologie der Stadt, München 1972, S. 38-76
- Bauer, Rudolph Aspekte der wohnquartierbezogenen Sozialplanung, in AJK, Hrsg., Randgruppenarbeit. Analysen und Projekte aus der Arbeit mit Obdachlosen, München 1973, S. 67-76
- Baumann, Rolf Kindergerechte Wohnungen für Familien, Schriftenreihe Wohnungsbau, hrsgg. vom Eidgenössischen Büro für Wohnungsbau, Nr. 23d, Bern 1973
- Zinn, Hermann
- Beck, Ulrich Objektivität und Normativität. Die Theorie-Praxis-Debatte in der modernen deutschen und amerikanischen Soziologie, Reinbek b. Hamburg 1974
- Becker, Howard S. Whose Side Are We On?, in SP, Vol. 14, 1967, S. 239-247
- Bell, Wendell Anomie, Social Isolation, and the Class Structure, in Sociometry, Vol. 20, 1957, S. 105-116
- Berger, Hartwig Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung, Frankfurt/M. 1974
- Berndt, Heide Das Gesellschaftsbild bei Städteplanern, Stuttgart 1968
- Bessau, Elisabeth Mieten und Wohnbau in der BRD, Informationsbericht Nr. 9 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1972
- Best, Peter Anmerkungen zur Forschungsstrategie in der Obdachlosenfrage, dargestellt am Beispiel des sozialpädagogischen Integrationsmodells der Stadt Freiburg i.Br., in KJ, 4.Jg., 1972, S. 198-207
- Bingemer, Karl Leben als Gastarbeiter - Geglückte und mißglückte Integration, Köln 1970
- Meistermann-Seegeer, Edeltrud
- Neubert, Edgar
- Blumer, Herbert Soziale Probleme als kollektives Verhalten, in W.R. Heinz/P. Schöber, Hrsg., Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen, Bd. 2, Neuausgabe, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 149-165 (zuerst unter 'Social Problems as Collective Behavior', in SP, Vol. 18, 1970/71, S. 298-306)

- Brühl, Michael Benachteiligte Kinder als pädagogische Provokation, Frankfurt/M. 1970
- Brusten, Manfred Prozesse der Kriminalisierung - Ergebnisse einer Analyse von Jugendakten, in H.-U. Otto/S. Schneider, Hrsg., Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, 2. Halbband, Neuwied/Berlin 1973, S. 85-126
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Hrsg., Zweiter Familienbericht, Bonn/Bad Godesberg 1975
- Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten e.V., Hrsg., Zum Wohnen der Obdachlosen, Bonn 1972
- Carr, Leslie G. The Srole Items and Acquiescence, in ASR, Vol. 36, 1971, S. 287-293
- Chamboredon, Jean-Claude Räumliche Nähe und soziale Distanz, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 196-214
(zuerst unter 'Proximité spatiale et distance sociale. Les grands ensembles et leur peuplement', in Revue française de sociologie, Vol. 11, 1970, S. 3-33)
- Chapin, Stuart F. An Experiment on the Social Effects of Good Housing, in ASR, Vol. 5, 1940, S. 868-879
- Christiansen, Ursula Obdachlos weil arm. Gesellschaftliche Reaktionen auf die Armut, Gießen 1973
- Cicourel, Aaron V. Methode und Messung in der Soziologie, Frankfurt/M. 1970
(zuerst unter 'Method and Measurement in Sociology', Glencoe, Ill. 1964)
- Clauss, Günter Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Frankfurt/M./Zürich 1972
Ebner, Heinz
- Clemenz, Manfred Soziologische Reflexion und sozialwissenschaftliche Methode, Frankfurt/M. 1970
- Dorsch, Petra Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozeß, München 1972
- Dreitzel, Hans Peter Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1972

- Franke, Wolfgang Das Projekt R-Straße in einem Randbezirk einer Großstadt, in NDV, 55. Jg., 1975, S. 127-128
- Freeman, Howard E.
Sherwood, Clarence C. Social Research and Social Policy, Englewood Cliffs, N.J., 1970
- Friedrichs, Jürgen Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbek b. Hamburg 1973
- Friedrichs, Jürgen
Lüttke, Hartmut Teilnehmende Beobachtung. Zur Grundlegung einer sozialwissenschaftlichen Methode empirischer Feldforschung, Weinheim/Berlin/Basel 1971
- Gans, Herbert J. Social and Physical Planning for the Elimination of Urban Poverty, in B.J. Frieden/R. Morris, Hrsg., Urban Planning and Social Policy, New York/London 1968, S. 39-54
- Gans, Herbert J. The Urban Villagers, New York/London 1962
- Germani, Gino Migration und Akkulturation, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 301-321
(zuerst unter 'Migration and Acculturation' in Ph.M. Hauser, Hrsg., Handbook for Social Research in Urban Areas, Ghent 1965, S. 159-178)
- Gronemeyer, Reimer Leerstellen der Konfliktsoziologie: Zum konflikttheoretischen Bezugsrahmen für Gemeinwesenarbeit, in H.-E. Bahr/R. Gronemeyer, Hrsg., Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 46-73
- Haag, Fritz Hypothesenkatalog für Forschungen zum Problem der Übergangswohnungen für Familien aus Notunterkünften, in AJK, Hrsg., Randgruppenarbeit. Analysen und Projekte aus der Arbeit mit Obdachlosen, München 1973, S. 59-66
- Haag, Fritz Sozialforschung als Aktionsforschung, in F. Haag/H. Krüger/W. Schwärtzel/J. Wildt, Hrsg., Aktionsforschung. Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne, München 1972, S. 22-55
- Haag, Fritz Wohnungslose Familien in Notunterkünften. Soziales Bezugsfeld und Verhaltensstrategien, München 1971

Haferkamp, Hans
Meier, Günter

Sozialarbeit als Instanz sozialer Kontrolle,
in KJ, 4. Jg. 1972, S. 100-114

Hamm, Bernd

Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über
Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs
Düsseldorf 1973

Herlyn, Ulfert

Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht,
in U. Herlyn, Hrsg., Stadt- und Sozialstruktur,
München 1974, S. 16-41

Hess, Henner
Mechler, Achim

Ghetto ohne Mauern - Ein Bericht aus der Unter-
schicht, Frankfurt/M. 1973

Höbel, Brigitte
Seibert, Ulrich

Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit, Mün-
chen 1973

Höhmnn, Peter

Zuweisungsprozesse bei Obdachlosen. Zur Produk-
tion sozialer Probleme durch Instanzen sozialer
Kontrolle, Dissertation, Regensburg 1973

Hollstein, Walter

Hilfe und Kapital. Zur Funktionsbestimmung der
Sozialarbeit, in W. Hollstein/M. Meinhold, Hrsg.
Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktions-
bedingungen, Frankfurt/M. 1973, S. 167-207

Hossmann, Herbert

Beurteilung und Selektion obdachloser Familien
bei der Einweisung in kommunale Notunterkünfte,
in KJ, 4. Jg., 1972, S. 185-197

Iben, Gerd

Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen
über Sozialstatus und Erziehungsverhalten ob-
dachloser Familien, München 1971

Ineichen, Bernard

Home Ownership and Manual Workers' Life-Styles,
in Sociological Review, Vol. 20, 1972, S. 391-
412

Kantowsky, Detlef

Möglichkeiten und Grenzen der teilnehmenden
Beobachtung als Methode der empirischen Sozial-
forschung, in Soziale Welt, Heft 4, 1969,
S. 428-434

Keller, Suzanne

The Urban Neighborhood: A Sociological
Perspective, New York 1968

Klanfer, Jules

Die soziale Ausschließung, Wien/Frankfurt/Zü-
rich 1969

- Klüver, Jürgen
Krüger, Helga Aktionsforschung und soziologische Theorien, in F. Haag/H. Krüger/W. Schwärtzel/J. Wildt, Hrsg., Aktionsforschung. Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne, München 1972, S. 76-99
- König, René Großstadt, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. II, Stuttgart 1969, S. 622-674
- König, René Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Reinbek b. Hamburg 1958
- Krapp, Andreas Bedingungen des Schulerfolgs. Empirische Untersuchung in der Grundschule, München 1973
- Krebs, Dagmar
Röck, Siegfried Darstellung und Diskussion der Ergebnisse der Obdachlosenuntersuchung in Mannheim, in KJ, 4. Jg., 1972, S. 171-184
- Landecker, Werner S. Types of Integration and Their Measurement, in AJS, Vol. 56, 1951, S. 332-340
- Lemert, Edwin M. Social Structure, Social Control and Deviation, in M.B. Clinard, Hrsg., Anomie and Deviant Behavior, New York/London 1964, S. 57-97
- Ludemann, Peter Ein Orientierungsmodell für die Arbeit im sozialen Brennpunkt und seinem Umfeld, in NDV, 54. Jg., 1974, S. 6-9
- Mc Closky, Herbert
Schaar, John H. Psychological Dimensions of Anomy, in ASR, Vol. 30, 1965, S. 14-40
- Mechanic, David Some Problems in Developing a Social Psychology of Adaptation to Stress, in J.E. McGrath, Hrsg., Social and Psychological Factors in Stress, New York/u.a. 1970, S. 104-123
- Merton, Robert K. Der Rollen-Set: Probleme der soziologischen Theorie, in H. Hartmann, Hrsg., Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 255-267
- Merton, Robert K. Social Problems and Sociological Theory, in R.K. Merton/R.A. Nisbet, Hrsg., Contemporary Social Problems, London 1963, S. 679-737
- Merton, Robert K. Zur Sozialpsychologie des Wohnens, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 164-182 (zuerst unter 'The Social Psychology of Housing' in W. Dennis, Hrsg., Current Trends in Social Psychology, Pittsburgh 1948, S. 163-188)

- Merveldt, Dieter Graf von/Großstädtische Kommunikationsmuster, Köln 1971
- Meyer-Ehlers, Grete Wohnung und Familie, Stuttgart 1968
- Mizruchi, Ephraim H. Social Structure and Anomia in a Small City,
in ASR, Vol. 25, 1960, S. 645-654
- Mogey, J.M. Changes in Family Life Experienced by English
Workers Moving from Slums to Housing Estates,
in Journal of Marriage and Family Living,
Vol. 17, 1955, S. 123-128
- Moore, Harriett Das soziale Selbstbild der Gesellschafts-
Kleining, Gerhard schichten in Deutschland, in KZfSS, 12. Jg.,
1960, S. 86-119
- Müller, C. Wolfgang Das Dilemma der Gemeinwesenarbeiter, in H.-U.
Otto/S. Schneider, Hrsg., Gesellschaftliche
Perspektiven der Sozialarbeit, 2. Halbband,
Neuwied/Berlin 1973, S. 217-222
- Müller, C. Wolfgang Die Rezeption der Gemeinwesenarbeit in der Bun-
desrepublik Deutschland, in C.W. Müller/P.
Nimmermann, Hrsg., Stadtplanung und Gemeinwe-
senarbeit, München 1971, S. 228-240
- Müller, C. Wolfgang Gemeinwesenarbeit als entwickelte Form kommun-
Oelschlägel, Dieter aler Fürsorge, in VGS, Hrsg., Materialien zur
Thürmer-Rohr, Christine Jugend- und Sozialarbeit, Nr. 8, Frankfurt/M.
1974, S. 14-29
- Müller, Werner Zum derzeitigen Stand der Gemeinwesenarbeit,
in H.-E. Bahr/R. Gronemeyer, Hrsg., Konflikt-
orientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt/Neu-
wied 1974, S. 83-112
- Myrdal, Gunnar Objektivität in der Sozialforschung, Frank-
furt/M. 1971
- NeHnevajsa, Jiri Analyse von Panel-Befragungen, in R. König,
Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung
Ed. I, Teilband 2, 3. Aufl., Stuttgart 1973,
S. 191-227
- Nilson, Klaus Felduntersuchungen zur Asozialität an 60 umge-
siedelten Lagerfamilien im Vergleich zu 60
Normalfamilien, Dissertation, Kiel 1970

- Ohne Verfasser Public Housing and Integration: A Neglected Opportunity, in Columbia Journal of Law and Social Problems, Vol. 6, 1970, S. 253-279
- Opp, Karl-Dieter Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, Darmstadt/Neuwied 1974
- Oswald, Hans Die überschätzte Stadt, Olten 1966
- Otto, Hans-Uwe Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung - Zur Transformation des beruflichen Handelns in der Sozialarbeit, in H.-U. Otto/S. Schneider, Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, 2. Halbband, Neuwied/Berlin 1973, S. 247-261
- Peters, Helge
Cremer-Schäfer, Helga Produzieren Sozialarbeiter abweichendes Verhalten? Eine Analyse von Gesprächen, die Jugendsozialarbeiter mit ihren Adressaten führen, in Soziale Welt, 26. Jg., 1975, S. 58-75
- Pfeil, Elisabeth Die Familie im Gefüge der Großstadt, Hamburg 1965
- Pfeil, Elisabeth Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand, 2. neubearb. Aufl., Hannover 1972
- Presser, Klaus Empirischer Beitrag zur Problematik sozialhilfebedürftiger, kinderreicher Familien in Großstadtgebieten und deren Landkreise in Nordbaden, Dissertation, Heidelberg 1970
- Raiser, Christine
Bianchi, Jürgen Auswertung der Befragung von 38 Projekten der Gemeinwesenarbeit in der BRD und in West-Berlin, in VGS, Hrsg., Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit, Nr. 4, Frankfurt/M. 1973, S. 1-60
- Rehbinder, Manfred Die Diskriminierung: Ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, in KZfSS, 15. Jg., 1963, S. 6-23
- Richter, Horst E. Die Gruppe, Reinbek b. Hamburg 1972
- Rolston, Rodrick
Witherall, Arthur A New Venture: The Social Worker in the Role of Regional Social Planner, in Wisconsin Sociologist, Vol. 10, Nr. 1, 1973, S. 17-26
- Rose, Gordon Anomie and Deviation - A Conceptual Framework for Empirical Studies, in BJS, Vol. 17, 1966, S. 29-45

- Rosen, Bernard C. The Achievement Syndrome: A Psychocultural Dimension of Social Stratification, in ASR, Vol. 21, 1956, S. 203-211
- Rossi, Peter H. Why Families Move, Glencoe, Ill. 1956
- Schäfers, Bernhard Soziologie als mißdeutete Stadtplanungswissenschaft, in Archiv für Kommunalwissenschaften, 9. Jg., 1970, S. 240-259
- Scheuch, Erwin K. Auswahlverfahren in der Sozialforschung, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilbd. 3a, 3. Aufl., Stuttgart 1974, S. 1-96
- Scheuch, Erwin K. Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I Teilbd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 161-237
- Schorr, Alvin L. Housing the Poor, in W. Bloomberg, jr./H.J. Schmandt, Hrsg., Power, Poverty, and Urban Policy, Vol. 2 of Urban Affairs Annual Reviews. Beverly Hills, Cal. 1968, S. 115-150
- Schwarz, Dieter
Weidner, Anselm Die soziale Situation Obdachloser, in Kritische Justiz, Heft 4, 1970, S. 406-414
- Schwarz, J. 60 verwahrloste Familien im Vergleich zu Normalfamilien nach Umsiedlung in eine geordnete Umgebung, in Mentalna Bolest i Socijalna Patologija, Psihijatrijski i Kriminološki Aspekti, Zagreb 1970, S. 113-118
- Schwonne, Martin
Herlyn, Ulfert Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967
- Siegel, Sidney Nonparametric Statistics for the Behavioral Sciences, New York/Toronto/London 1956
- Specht, Harry Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit, in C.W. Müller/P. Nimmermann, Hrsg., Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1971, S. 208-227
- Spector, Malcolm
Kitsuse, John I. Social Problems: A Re-Formulation, in SP, Vol. 21 1973, S. 145-159

- Srole, Leo Social Integration and Certain Corollaries: An Exploratory Study. in ASR, Vol. 21, 1956, S. 709-716
- Stokols, Daniel Ein sozialpsychologisches Modell menschlicher Engephänomene, in P. Atteslander/B. Hamm, Hrsg., Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 215-233
(zuerst unter 'A Social Psychological Model of Human Crowding Phenomena' in Journal of the American Institute of Planners, Vol. 38, 1972, S. 72-82)
- Throll, M.
Gotze, S.
Herlyn, S.
Hesse, F.
Wurtinger, H. Infrastrukturausgleich und Hochschulneugründung, in U. Herlyn, Hrsg., Stadt- und Sozialstruktur, München 1974. S. 238-258
- Urlaub, Margret Eine Stadt sucht neue Wege, in NDV, 47. Jg., 1967, S. 110-112
- Vierecke, Kurt D. Nachbarschaft. Ein Beitrag zur Stadtsoziologie, Dissertation, Aachen 1971
- Wallin, Paul A Guttman Scale for Measuring Women's Neighbourliness, in AJS, Vol. 59, 1953/54, S. 243-246
- Weeber, Rotraut Eine neue Wohnumwelt. Beziehungen der Bewohner eines Neubaugebietes am Stadtrand zu ihrer sozialen und räumlichen Umwelt, Stuttgart 1971
- Wigger, Margarethe Die Hilfe für Problemfamilien in den Niederlanden, in NDV, 47. Jg., 1967, S. 113-114
- Wilner, Daniel
Walkley, R.P.
Pickerton, Th.C.
Tabback, M. The Housing Environment and Family Life. A Longitudinal Study of the Effects of Housing on Morbidity and Mental Health, Baltimore 1962
- Wilson, Robert A. Anomie in the Ghetto: A Study of Neighborhood Type, Race, and Anomie, in AJS, Vol. 77, 1971/72, S. 66-88
- Wohnungswirtschaft und Gesellschaftspolitik - Auftrag der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Dokumentation des Allgemeinen Deutschen Bauvereinstags 1972, Heft 6/7 der Schriftenreihe des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Hamburg 1972
- Zetterberg, Hans L. Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie, in R. König, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Teilbd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 104-160

b) Sonstige

Amtsstatistik des Sozialamts, Bereich Obdachlosenhilfe 1973

Degenhart, Franz Josef Zündschnüre, Roman, Hamburg 1973

De Kok, A.M.C. Gutachten zum Siedlungs- und Betreuungsprojekt der Stadt Freiburg i.Br. für Problem-, Zigeuner- und Landfahrerfamilien, Juni 1971, unveröffentlichtes Manuskript

Deutscher Städtetag Hrg., Hinweise zur Obdachlosenhilfe, Köln 1968

Gemeindeblatt der Gebäude- und Wohnungszählung 1968

Gemeindeblatt der Volkszählung 1970

Krebs, Dagmar Obdachlosigkeit - Gemeindesoziologische Untersuchung, Kurzbericht, Teil I: Die Untersuchung
Krolage, Josef und ihre Ergebnisse, Teil II: Folgerungen und
Meuter, Hartmut Vorschläge, in Informationen aus dem Sozial-
Röck, Siegfried wesen der Stadt Mannheim, Heft 5, 1971
Rosch, Ekkehard

Protokoll der ersten Klausurtagung betreffend Unterbringung und Betreuung von Problem-, Zigeuner- und Landfahrerfamilien vom 27.-29.1.1970 in Freiburg i.Br., unveröffentlichtes Manuskript

Strotzka, Hans Wohnbedingungen und psychische Gesundheit,
Gehmacher, Ernst 1. Teil, unveröffentlichtes Manuskript der
Kaufmann, Albert Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Wien 1969

Wohnzielanalyse des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg i.Br., 1973.

Anhang III: Fragebogen der Untersuchung

Aus Platzgründen werden die Fragebogen nur in verkürzter Form dargestellt, der Raum für die Beantwortung der Fragen wurde ausgespart.

a) Für die Siedler-Stichprobe 1973

1. Geschlecht des Befragten
2. Wieviele Personen leben in Ihrem Haushalt?
3. Wieviele Kinder haben Sie, die noch bei Ihnen leben?
4. In welche Schule gehen Ihre Kinder?
5. Welche Schulbildung haben Sie selbst und Ihr Ehepartner?
6. Wieviele Mitglieder Ihres Haushalts gehen zur Arbeit?
7. Welchen Beruf üben sie aus?
8. Wie erreichen sie den Arbeitsplatz?
9. Wieviel Zeit brauchen sie, um dorthin zu kommen?
10. Wo kaufen Sie hauptsächlich Ihre Lebensmittel ein?
11. Welches Einkommen (netto) hat Ihr Haushalt im Monat zur Verfügung?
13. Besitzen Sie ein Auto/Motorrad/Moped ?
14. Wie lange wohnen Sie schon hier?
15. Gehört Ihnen dieses Haus?
16. Wieviel Miete zahlen Sie?
17. Erhalten Sie Wohngeld?
18. Wen bezeichnen Sie als Ihren Nachbarn, d.h. wer gehört Ihrer Meinung nach zur Nachbarschaft?
19. Siehe S. 182, Frage 25
20. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu den Nachbarn bezeichnen?
(ausgezeichnet/gut/teils, teils/nicht besonders/kein Interesse am Nachbarn)

21. Grüßen Sie Ihre Nachbarn? - Werden Sie von ihnen begrüßt?
22. Haben Sie schon einmal Ihren Nachbarn etwas ausgeborgt? - Hat Ihnen schon einmal jemand etwas ausgeborgt?
23. Haben Sie schon einmal von Ihren Nachbarn Gefälligkeiten in Anspruch genommen? - Haben Sie selbst schon einmal anderen solche Dienste erwiesen?
24. Was halten Sie von den Leuten in Ihrer Nachbarschaft?
(Sie gefallen mir im Grunde alle nicht/Von Ausnahmen abgesehen, bin ich mit ihnen zufrieden/Sie sind ganz nett/Ichkenne niemanden)
25. Was halten Sie von den neu zugezogenen Familien in der R-Straße?
(Antwortmöglichkeiten wie unter 24)
26. Würden Sie Ihrem Sohn oder Ihrer Tochter erlauben, mit den Kindern aus der R-Straße zu spielen?
27. Meinen Sie, daß die neu zugezogenen Familien in die Siedlung passen?
28. Haben Sie in den letzten 4 Wochen Besuch von Verwandten oder Bekannten bekommen?
29. Gehören Sie/Ihr Ehepartner/Ihre Kinder einem Verein an?
Nehmen Sie an Vereinsveranstaltungen teil?
30. Haben Sie in den letzten 4 Wochen irgendwelche anderen Veranstaltungen besucht?
31. Was vermissen Sie hier in diesem Stadtteil? - Gibt es Probleme, für deren Lösung Sie in einer Bürgerinitiative mitarbeiten würden?

b) Für die Siedler-Stichprobe 1975

1. - 4. identisch mit Fragen von a), S. 176
5. Hat eines Ihrer Kinder innerhalb der vergangenen 12 Monate zu arbeiten begonnen?
6. Haben Sie/Hat Ihr Ehepartner innerhalb des letzten Jahres den Arbeitsplatz gewechselt?
7. Meinen Sie, daß Ihr Arbeitsplatz bei der jetzigen wirtschaftlichen Situation bedroht ist?
8. Welches Einkommen (netto) hat Ihr Haushalt im Monat zur Verfügung?
9. Zahlen Sie Miete? Wieviel?
10. Hatten Sie schon einmal Kontakt mit den neu zugezogenen Familien aus der R-Straße?
11. Was halten Sie von den neu zugezogenen Familien in der R-Straße?
(Sie gefallen mir im Grunde alle nicht/Von Ausnahmen abgesehen, bin ich mit ihnen zufrieden/Sie sind ganz nett/Ich kenne niemanden)
12. Würden Sie Ihrem Sohn oder Ihrer Tochter erlauben, mit den Kindern aus der R-Straße zu spielen?
13. Meinen Sie, daß die neu zugezogenen Familien in die Siedlung passen?
14. Können Sie sich eine andere Lösung für diese Familien vorstellen?

c) Für die Familien 1973

1. - 7. identisch mit Fragen von a), S. 176
8. Haben Sie/Hat Ihr Ehepartner den Arbeitsplatz wegen des Umzugs gewechselt?
9. Wie lange sind Sie/ist Ihr Ehepartner am jetzigen Arbeitsplatz schon beschäftigt?
10. Wo arbeiteten Sie/Ihr Ehepartner vorher?
11. Was waren die Gründe für den Arbeitsplatzwechsel?
12. Wie erreichen Sie und die anderen Berufstätigen den Arbeitsplatz?
13. Wieviel Zeit brauchen sie, um dorthin zu kommen?
14. Wo kaufen Sie hauptsächlich Ihre Lebensmittel ein?
15. Welches Einkommen (netto) hat Ihr Haushalt im Monat zur Verfügung?
16. Bekommen Sie Sozialhilfe? Wieviel?
17. Besitzen Sie ein Auto/Motorrad/Moped?
18. Wo wohnten Sie, bevor Sie hierher zogen?
19. Wie lange haben Sie dort gewohnt?
20. Wie gefällt Ihnen Ihre neue Wohnung?
21. Haben Sie neue Möbel gekauft, als Sie hierher zogen? Warum?
22. Wieviele Zimmer benutzen Sie als Kinderzimmer?
23. Sind Sie mit der Aufteilung der Räume zufrieden?
24. Wieviel Miete zahlen Sie?
25. Erscheint sie Ihnen zu hoch/angemessen/zu niedrig?
26. Erhalten Sie Wohngeld? Wieviel?
27. Wie gefällt Ihnen Ihr neues Wohnviertel, die Siedlung?
28. Hatten Sie schon Kontakt mit den Leuten in Ihrer Umgebung, die schon länger hier wohnen?

29. Wen bezeichnen Sie als Ihren Nachbarn, d.h. wer gehört Ihrer Meinung nach zur Nachbarschaft?
30. Siehe S. 182, Frage 25
31. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu den Nachbarn bezeichnen?
(ausgezeichnet/gut/teils, teils/nicht besonders/kein Interesse am Nachbarn)
32. Grüßen Sie Ihre Nachbarn? - Werden Sie von ihnen begrüßt?
33. Haben Sie schon einmal Ihren Nachbarn etwas ausgeborgt? - Hat Ihnen schon einmal jemand etwas ausgeborgt?
34. Haben Sie schon einmal von Ihrem Nachbarn Gefälligkeiten in Anspruch genommen? - Haben Sie selbst schon einmal anderen solche Dienste erwiesen?
35. Was halten Sie von den Leuten in Ihrer Nachbarschaft?
(Sie gefallen mir im Grunde alle nicht/Von Ausnahmen abgesehen, bin ich mit ihnen zufrieden/Sie sind ganz nett/Ich kenne niemanden)
36. Was halten Sie von den Siedlern, die schon länger hier wohnen?
(Antwortmöglichkeiten wie unter 35)
37. Haben Sie in den letzten 4 Wochen Besuch von Verwandten oder Bekannten bekommen?
38. Haben Sie mehr Besuch, seitdem Sie in der R-Straße wohnen?
39. Gehören Sie/Ihr Ehepartner/Ihre Kinder einem Verein an?
Nehmen sie an Vereinsveranstaltungen teil?
40. Haben Sie in den letzten 4 Wochen irgendwelche anderen Veranstaltungen besucht?
41. Was vermissen Sie hier in diesem Stadtteil? - Gibt es Probleme, für deren Lösung Sie in einer Bürgerinitiative mitarbeiten würden?

d) Für die Familien 1975

1. - 4. identisch mit den Fragen von a), S. 176
5. Wieviele Mitglieder Ihres Haushalts gehen zur Arbeit?
6. Welchen Beruf üben sie aus?
7. Haben sie den Arbeitsplatz gewechselt, seitdem sie in der R-Straße wohnen? - Was waren die Gründe?
8. Meinen Sie, daß Ihr Arbeitsplatz in der jetzigen wirtschaftlichen Situation bedroht ist?
9. Wie erreichen die Berufstätigen in Ihrer Familie den Arbeitsplatz?
10. Wieviel Zeit brauchen sie, um dorthin zu kommen?
11. Welches Einkommen (netto) hat Ihr Haushalt im Monat zur Verfügung?
12. Bekommen Sie Sozialhilfe? Wieviel?
13. Wo kaufen Sie hauptsächlich Ihre Lebensmittel ein?
14. Besitzen Sie ein Auto/Motorrad/Moped?
15. Haben Sie ein Telefon? - Wofür ist Ihr Telefon wichtig?
16. Wie gefällt Ihnen Ihre Wohnung, nachdem Sie jetzt fast zwei Jahre hier leben?
17. Wieviele Zimmer benutzen Sie als Kinderzimmer?
18. Sind Sie mit der Aufteilung der Räume zufrieden?
19. Wieviel Miete zahlen Sie?
20. Erscheint sie Ihnen als zu hoch/angemessen/zu niedrig?
21. Erhalten Sie Wohngeld? Wieviel?
22. Wie gefällt Ihnen die Siedlung, nachdem Sie jetzt fast zwei Jahre hier wohnen?
23. Hatten Sie schon Kontakt mit den Siedlern, die schon länger hier wohnen? Aus welchem Anlaß?
24. Wen bezeichnen Sie als Ihren Nachbarn, d.h. wer gehört Ihrer Meinung nach zur Nachbarschaft?

25. Ihr Verhältnis zu den Nachbarn kann verschieden sein. Hier stehen mehrere Möglichkeiten, welches Verhältnis haben Sie zu Ihren Nachbarn?
(Man kennt sich nicht, man nimmt keine Notiz voneinander - Man kennt die Leute in der Nachbarschaft flüchtig, grüßt sich, hat aber sonst wenig Kontakt mit ihnen - Man kennt die Leute in der Nachbarschaft näher, man unterhält sich mit ihnen, man besucht sich gelegentlich, hilft ihnen auch mal aus - Man ist mit den Leuten in der Nachbarschaft richtig befreundet)
26. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu den Nachbarn bezeichnen?
(ausgezeichnet/gut/teils, teils/nicht besonders/kein Interesse am Nachbarn)
27. - 35. identisch mit den Fragen 32 - 40 von c), S. 180
36. Finden Sie es gut oder schlecht, daß Sie hierher gezogen sind?
37. Vermissen Sie etwas in diesem Wohnviertel?
38. Waren Sie schon einmal auf einer Bewohnerversammlung?
Wie beurteilen Sie diese Versammlungen?

Anhang IV: Grundrisse der Wohnungen des Wohnprojekts

Beispiel eines Blocks mit 4 Häusern

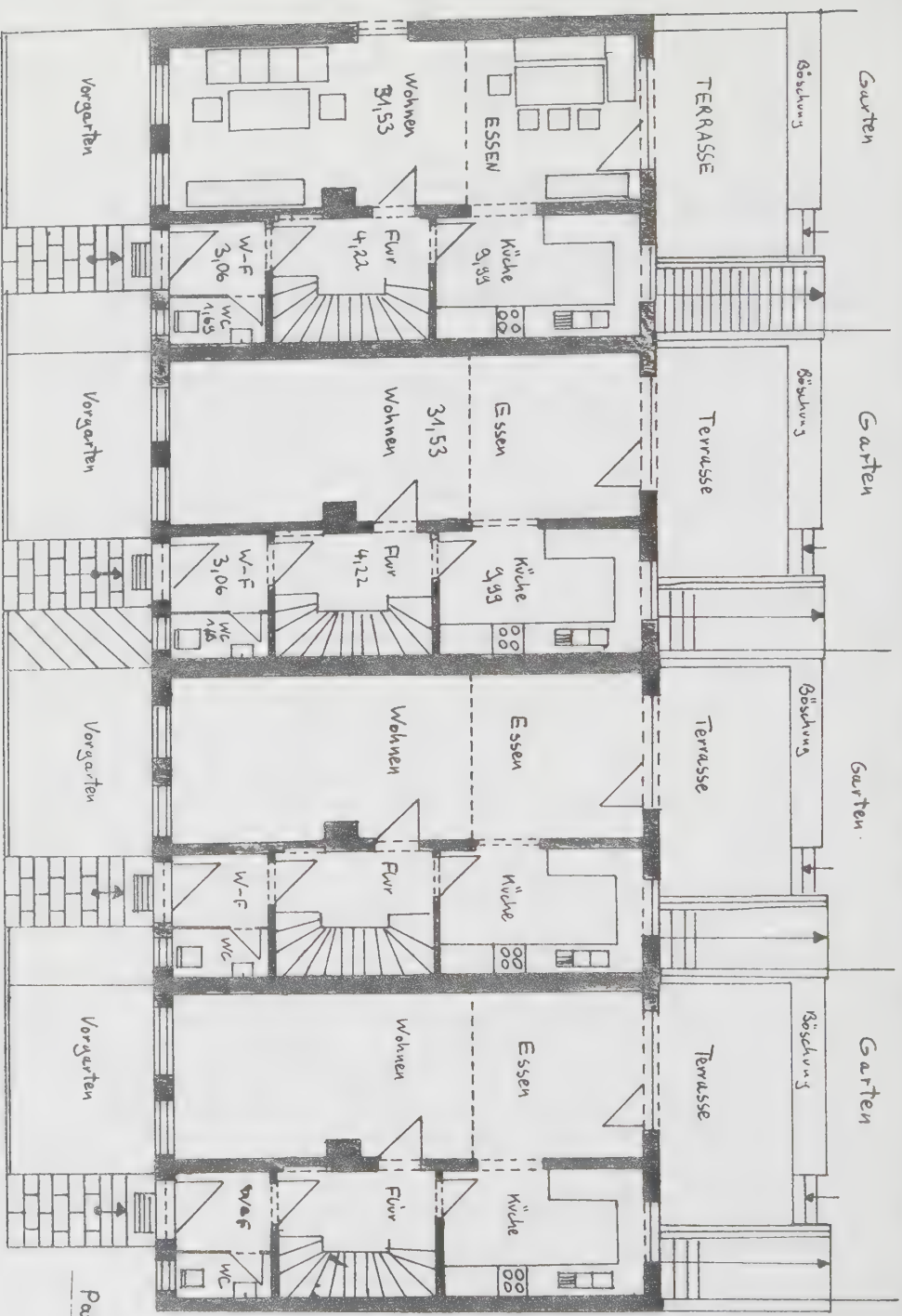
Außenliegende Wohnungen: 126 qm

Innenliegende Wohnungen: 100 qm

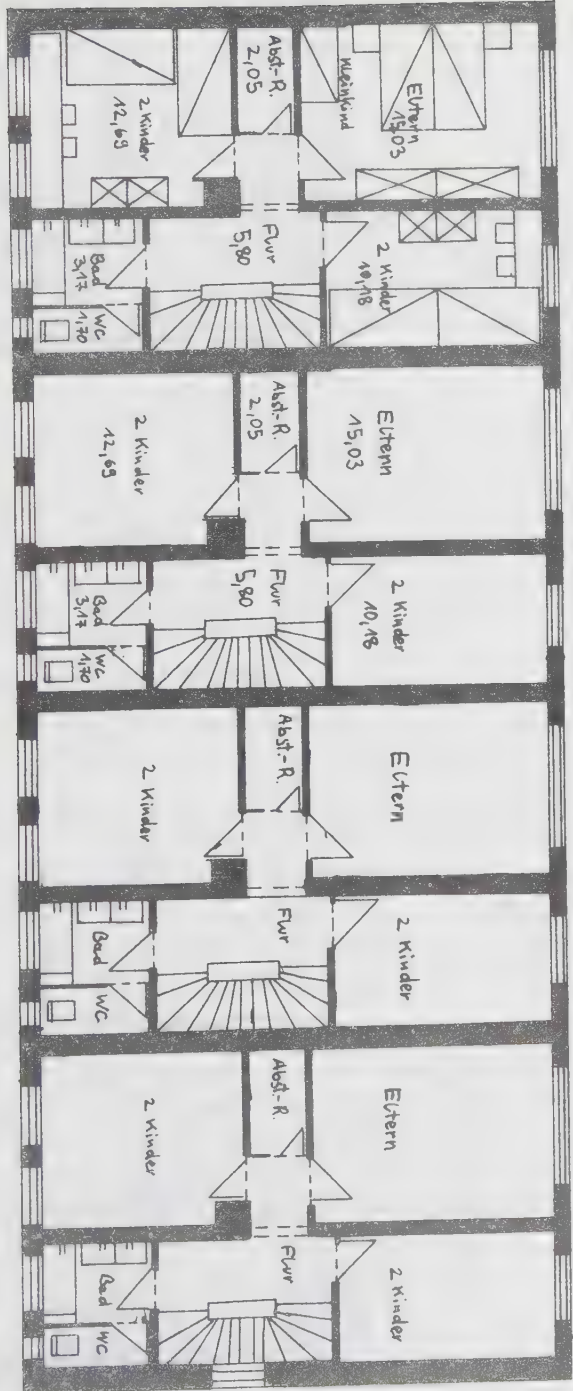
S. 184: Erdgeschoß

S. 185: I. Stock

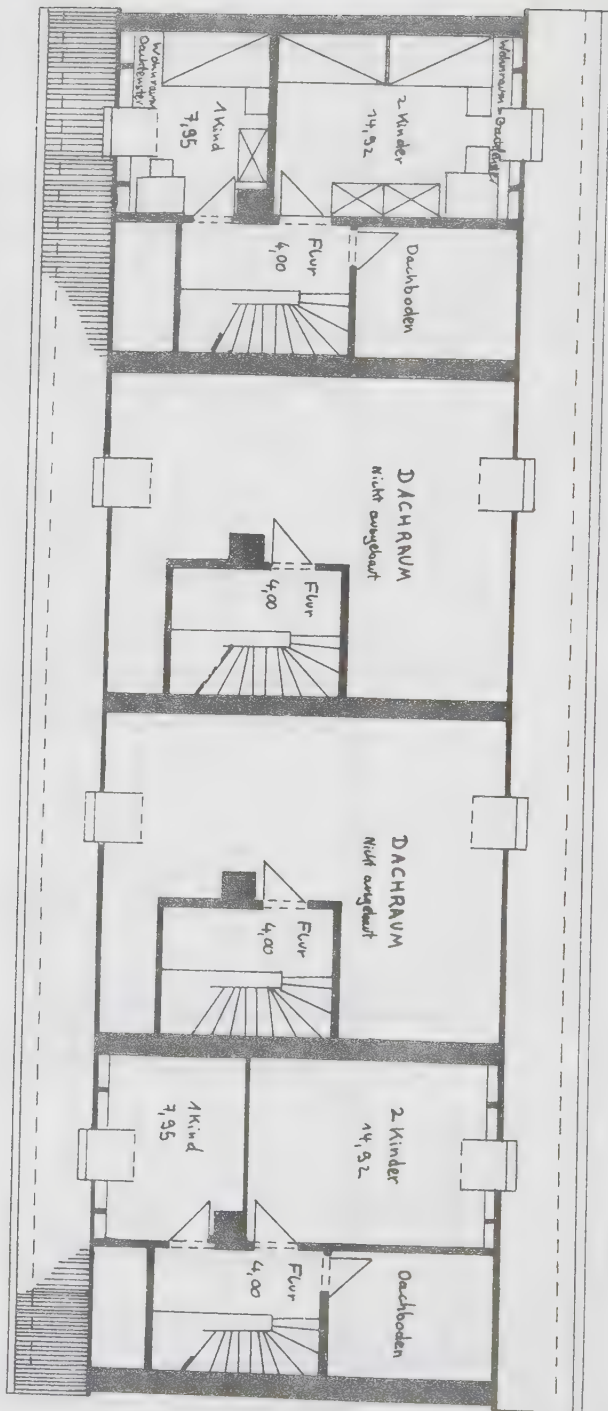
S. 186: Dachgeschoß



Paterne



I. Stock



Dachgeschoss

Anhang V: Dokumente

Um die Anonymität der untersuchten Familien zu gewährleisten, sind aus den folgenden Presseartikeln und Briefen Passagen unkenntlich gemacht, die eventuell eine Identifizierung der Familien erleichtert hätten.

Die Presseartikel werden nicht als Quellenliteratur, sondern als Daten angesehen, die zusätzliche Information über das untersuchte soziale Feld liefern.

a) Schreiben der Wohnungsbaugesellschaft an die Familien 1974

Betrifft: Einhaltung der mietvertraglichen Vereinbarungen.

Sehr geehrter Mieter!

Aus gegebener Veranlassung bedauern wir uns heute an alle dortigen Mieter wenden und darauf hinweisen zu müssen, daß es erforderlich ist, folgendes mehr als bisher zu beachten:

- a) Die R..... Straße ist kein Fußballfeld! Sie ist, wie bekannt, nicht allzu breit und wird beiderseits von Gärten begrenzt, deren Besitzer bzw. Eigentümer es mit Recht immer wieder rügen, wenn nahezu Tag für Tag Bälle in ihre Anlagen geschossen und insoweit Schäden verursacht werden, hauptsächlich auch an den Umzäunungen.
- b) Das Befahren der Gehwege mit Mofas, Mopeds und Erwachsenen-Fahrrädern ist unstatthaft. Insbesondere die dort zahlreich vorhandenen Kleinkinder werden dabei sehr gefährdet. Auf die sich bei Unfällen ergebenden Haftungen darf besonders hingewiesen werden.

b.w.

- c) Manche Besitzer von Hunden scheinen neben ihrer Liebe zum Tier kaum etwas von jenen Pflichten zu wissen, die man als Tierhalter hat. Hier meinen wir speziell die Notwendigkeit der Vermeidung von ruhestörendem Gebell und von Verunreinigungen der Wege und Grünflächen durch Hundekot.
- d) Das Zerstören von Anpflanzungen (Abreißen von Ästen, Abbrechen von Zweigen, Entrinden junger Bäume, Herausreißen von Stützpflöcken etc.) ist nicht nur vertragswidrig, sondern stellt sich strafrechtlich auch als Sachbeschädigung dar.

Bedenken Sie hierzu bitte, daß es letztlich das Geld der Mieter ist, das aufgewendet werden muß, um solche Schäden zu gegebener Zeit wieder beheben zu lassen.

Wenn wir uns heute mit der Darstellung dieser wenigen Punkte begnügen, so in der Erwartung einer entsprechenden Wirkung. Wir hoffen Sie mit uns darin einig, daß eine Besserung der Verhältnisse erreicht werden muß, um insbesondere auch den Ruf und das Ansehen der Bewohner unserer Kinderreichenhäuser wieder zu heben.

Hochachtungsvoll

b) Pressenotiz über die Versammlung V₁ der Familien

Mieter der Reihenhäuser in der R

Straße hielten Versammlung

Eltern verlangen Kinderspielplatz

Vornehmlich von kinderreichen Familien bewohnt — Trotzdem keine Spielflächen

Das Fehlen eines Kinderspielplatzes, der nach Meinung der Eltern ungenügend gesicherte Weg der Volksschüler zum Schulhaus in der W Straße und die Schwierigkeiten, die sich für die Sonderschüler beim Besuch des Schulhauses in der M hofer Straße ergeben, waren zentrale Themen einer Mieterversammlung im Siedlerheim der Siedlung.

Eingeladen hatten die Mieter der Reihenhäuser an der R Straße, die — im Besitz der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt (WBG) — vorzugsweise von kinderreichen Familien bewohnt werden.

In Anwesenheit von Vertretern des Sozialamtes der Stadt formulierten die Mieter drei grundsätzliche Forderungen. Einmal sei nicht

einzusehen, daß gerade in einer Siedlung für Kinderreiche jeglicher Spielplatz fehle. Der von der Stadt angebotene Bolzplatz am

ist nach Meinung der Mieter abseits gelegen. Vor allem für die größeren Kinder sei ein Spielplatz unmittelbar neben der Siedlung dringend notwendig.

Das Fehlen eines Schulbusses zur Sonderschule an der M Straße ist für

die Mieter ein weiterer Angriffspunkt. Der Weg zur Schule über den Holzsteg am "zur F" Straße

ist 2300 Meter lang, wie die Mieter in der Versammlung vorrechneten. Da für den Einsatz eines Busses bzw. für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel eine Entfernung von 2,5 Kilometern Vorschrift ist, müssen die Sonderschüler,

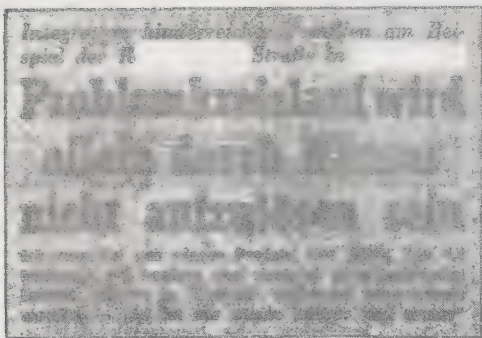
deren es in der Siedlung nicht wenige gibt, wie festgestellt wurde, den Schulweg zu Fuß zurücklegen. Gerade für die Sonderschüler eine unzumutbare Belastung, wie die Mieter argumentieren.

Schließlich sind die Eltern auch mit der Absicherung des Weges von der Siedlung zum Schulhaus an der W Straße unzufrieden. Nach Ansicht der Mieter ist der Weg vor allem für die Schüler der Unterklassen zu gefährlich.

Die anwesenden Vertreter des Sozialamtes bekundeten in der Versammlung Verständnis für diese Anliegen. In Eingaben an die Stadt und die Regierung von M soll jetzt eine von den Mietern ernannte Interessenvertretung klären, inwieweit die angeschnittenen Probleme zu lösen sind. -bb



Schmucke Reihenhäuser für kinderreiche Familien baute die WBG an der R Straße. Dennoch haben die Bewohner Sorgen, die künftig berücksichtigt werden müßten. F.: Kammler



Kurz zur Geschichte der „R Straße“. Das Grundstück wurde von der Wohnungsbaugesellschaft billig im Erbbaurecht erworben. Die Stadt gab „grünes Licht“ für das Versuchsprojekt, Mieterreihenhäuser für kinderreiche Familien zu erreichen.

Mit einem Kostenaufwand von rund 3,6 Millionen Mark baute die WBG 23 Wohnheiten für entsprechend viele Familien, in denen zusammen 160 Kinder leben. Der Einzug in die schmucken neuen Häuser war von vorsichtigem Optimismus bestimmt.

Heute jedoch dringen die ersten Klagen der Mieter an die Öffentlichkeit. Anstoß und immer noch größtes Problem ist die Schulgesituation der 40 Sonderschüler aus diesen kinderreichen Familien.

Die Sonderschule liegt in der Weg beträgt 2,2 km, die Kinder müssen mehrere Wegabschnitte bewältigen, die selbst für aufmerksame Erwachsene gefährlich sind. Die Stadt lehnt aus Kostengründen einen Schulbus für die Sonderschüler ab (wir berichteten darüber).

Bei einer Mieterversammlung klangen dann noch andere Beschwerden an. Von Kontaktschwierigkeiten, ja sogar

von offener Ablehnung seitens der angestammten Bevölkerung wurde gesprochen. E. K. Wortführerin des Mierrates: „Sie pauschalieren uns als Asoziale, wir leben wie in einem Getto.“

Aus Vorurteilen gewachsene Emotionen der Alteingesessenen erschweren den

die Integration. Teilweise sogar verbieten die angestammten Bewohner ihren Kindern mit denen der Neusiedler zu spielen, und bauen damit eine Barriere der Intoleranz auf. „Es ist fast wie im Lager, nur etwas besser und teurer“, artikuliert Frau ... ihren bisherigen Eindruck.

Abseits der Gesellschaft und abseits der Kommunikations- und Einkaufszentren fühlen sich diese Familien. Aufgrund ihres Kinderreichtums ist ihr Durchschnittseinkommen ... die Frauen können ja wegen der Kinder nicht mitarbeiten — zu niedrig, um ein Auto kaufen und unterhalten zu können. Zu den nächsten Geschäften bleibt nur ein weiter Weg zu Fuß oder die umständliche Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Teuer empfinden die Kinderreichen auch die Mieten für ihre Häuser. Natürlich, 4,29 Mark pro Quadratmeter, wobei der Aufwendungszuschuß von 1,40 Mark schon abgezogen ist, stellen für den Normalbürger kein finanzielles Problem dar. Familien aber, mit oft mehr als neun Köpfen, haben daran ganz schön zu beißen.

und sieben Kinder sind nur der Durchschnitt. Das wirft Probleme in der Raumverteilung auf. Zwei, höchstens aber vier Kinderzimmer in den Eckhäusern sind zu wenig. 160 Kinder auf 23 Familien verteilt, verdeutlichen das dort herrschende Gedrängel. Daß sich das nicht positiv auf die schulischen Leistungen, abgesehen von den finanziellen Sorgen, die der Aspekt Schule sonst noch bereitet, auswirkt, ist klar. Kein Wunder, daß sich an der bisher erschreckend hohen Prozentzahl an Sonderschülern nichts geändert hat.

Kinder wollen raus, wollen spielen. Und 160 Kinder entwickeln dabei sicherlich einen Höllenspektakel. Diese Lärmbelästigung mag unterschiedlich die Ablehnung durch die etablierten Bewohner beeinflusst haben. Eine „Rgerin“ sagte selbst: „So viele Kinder, so gern man sie haben mag, gehen einem manchmal auf die Nerven.“

Für die heranwachsende Jugend gibt es in der abgelegenen Siedlung so gut wie keine Möglichkeit zur Freizeitgestaltung. In ihren elterlichen Wohnungen können sie sich nicht treffen, denn da gibt es keinen Platz. Der Treff in der Siedlungs-Gaststätte ist keine Lösung.

Forts. S. 3

Forts. v. S. 1: „PROBLEMKREISLAUF WIRD ..“

Freiräume nicht geplant

Die meisten Jugendlichen leben isoliert — Sonderschulquoten sind unter diesen Umständen kaum zu senken

An einen Jugendraum haben ganz offensichtlich weder die Architekten noch der Bauherr der Reihenhäuser gedacht. Das heißt aber nichts anderes als dies: sie haben Entscheidendes versäumt. Denn gerade die Jugendlichen aus kinderreichen Familien gelten statistisch als besonders gefährdet.

Ähnlich, und ebenso traurig, sieht es bei den schulpflichtigen Kindern aus. Die Siedlungsplaner hätten wissen und einkalkulieren müssen, daß 25 bis 30 Prozent der Kinder aus kinderreichen Familien in die Sonderschule besuchen, also auch besonderer Unterstützung bedürfen. Aber an der R

Straße gibt es keinen Raum für eine systematische Hausaufgabenbetreuung. Hilfskräfte wären vorhanden, eine Anfrage an die Sozialhochschulen würde genügen.

Wie also stellt man sich eine Reduzierung der Sonderschuleinweisungen vor, wenn dafür nicht die elementarsten infrastrukturellen Einrichtungen miteingeplant wurden? Die WBG sagt: „Nun haben wir uns dort so viel Mühe gegeben.“ Die Erfahrung lehrt jedoch, daß

Mühe allein nicht reicht, wenn man versäumt, über die Menschen und ihre Situation nachzudenken, für die man plant.

Alles in allem, die WBG hatte hier in ihrer Absicht zu helfen keine glückliche Hand. Abgesehen von der Problematik, heutzutage noch so viele Kinder in die Welt zu setzen; sie sind nun mal da, und brauchen Unterstützung.

Es ist nicht damit getan, Kinderreiche in bessere Wohnverhältnisse unterzubringen. Man muß ihnen, die überwiegend aus ärmlichen Barackenlagern kommen, die Gelegenheit geben, von der Gesellschaft angenommen zu werden. Treten sie aber, wie hier, als kompakte soziale Einheit auf, ist das kaum möglich.

In Niedersachsen hat man diesen Weg beschritten. Dort ist teils geplant, teils schon ausgeführt, in jede neue Siedlung drei oder vier Häuser einzustreuen, die in ihrer Konzeption auf Kinderreiche zugeschnitten sind. Nicht massiert, sondern unauffällig geht der Prozeß der Eingliederung leichter vor sich. C. B.

Das Experiment war fraglos gut gemeint und bedeutete für einen kostspieligen Versuch, die Integration von kinderreichen Familien in durchschnittliche Wohngebiete zu erreichen.

Nach knapp einem Jahr aber scheint eine kritische Bestandsaufnahme angebracht: die Ansiedlung von kinderreichen Familien an der R Straße in der Siedlung

wirft ethische Probleme auf, die bei ähnlichen Vorhaben unbedingt berücksichtigt werden müssen.

In einem Punkt, das ist inzwischen klar, erkenntnis, wird die städtische

Wohnungsbaugesellschaft (WBG) völlig umdenken müssen. Die Konzentration kinderreicher Familien innerhalb kleiner, überschaubarer Wohngebiete führt unweigerlich zu ihrer Isolierung, zur Diskriminierung von Eltern und Kindern und zu Feindseligkeiten zwischen „alten“ und „neuen“ Familien, so daß von nachbarschaftlichen Verhältnissen keine Rede mehr sein kann.

Die Eltern leiden darunter — die Kinder aber, die sehr früh spüren, daß sie in einer Ausnahme-situation leben, nehmen bleibenden Schaden. Ihre erste Erfahrung heißt Unglück. Und Kinder vergessen nicht, wie man weiß.

d) Leserbrief einiger Familien auf den Artikel von c), S. 190

Zu unserem Artikel vom 3. 1. 74: „Problemkreislauf wird allein durch Mißuser nicht auflösen sein“, der sich mit der Problematik der kinderreichen Familien in der R. Straße in S. befaßte, erreichte uns eine bemerkenswerte Zusage, die von 19 Vertretern der insgesamt 23 dort ansässigen Familien unterzeichnet wurde.

Wir drucken in der Folge wesentliche Auszüge aus diesem Schreiben ab, weil wir meinen, daß sich für den aufmerksamen Leser daraus ganz neue Einsichten in die psychologische Situation kinderreicher Familien ergeben können:

„Die unterzeichnenden Anwohner der R.

Straße bedauern die in Ihrem Bericht getätigten Ansichten der Frau K.

Es ist falsch, daß wir uns hier wie in einem Getto fühlen. Wenn Frau K. dies tut, so ist es ihre Sache, die nichts mit der Meinung der gesamten Bewohner zu tun hat.

Es ist falsch, daß wir wie Asoziale behandelt würden. Wer will, kann mit etwas gutem Willen jederzeit mit der Nachbarschaft — den Altsiedlern — guten Kontakt bekommen. Wir wurden und werden weiterhin von der Siedervereinigung zu deren Festlichkeiten eingeladen. Immer waren wir willkommen und gern gesehene Gäste. Von Feindseligkeiten kann keine Rede sein.

Einige, lang zurückliegende diskriminierende Bemerkungen von Altsiedlern, waren zum Teil auf irreführende Hinweise Außenstehender, zum Teil auf das Verhalten weniger, meist jugendlicher Neuwohner zurückzuführen. Sie sind heute längst hinfällig geworden. Im Gegensatz zu anderen Wohnanlagen mit erheblich weniger Kinder und Jugendlichen gibt es bei uns keine „Rowdybanden“.

Kinder von Alt- und Neubewohnern spielen längst einträchtig miteinander, auch haben sich bereits zarte Bande

Das schreiben wir dem »Anzeiger«

»Willkommen, gern gesehen«

zwischen Jugendlichen aus beiden Lagern' gebildet.

Es ist falsch, daß der größte Teil der Anwohner der R. Straße aus Lagern oder ärmlichen Barackenlagern kommt. Richtig ist vielmehr, daß die meisten Bewohner aus ganz normalen Mietwohnungen kommen.

Was wir hier jedoch haben, sind frische Landluft und keinen störenden Motorenlärm.

Falsch ist auch, daß keine Räume zur Hausaufgabenüberwachung zur Verfügung stehen würden. Mehr

kere Familien haben freiwillig zweimal wöchentlich ihre Räume zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt und Sozialpädagogikstudenten überwachen bereits seit Wochen die Hausaufgaben.

Falsch ist, daß keine Räume zur Freizeitgestaltung in der Nähe seien. Pfarrer. stellte bereits vor Monaten die Gemeinderäume der Versöhnungskirche dafür zur Verfügung. Anmarschweg: 10 Minuten. Die zu vorstehenden Punkten von Frau gemachten Ausführungen sind ihre ganz persönliche Meinung und nicht die Auffassung der Mehrheit der Bewohner der R. Straße. Bei der Mieterversammlung wurde Frau die Aufgabe zugeteilt, sich für die Belange der Sonderschüler einzusetzen. Sie war jedoch weder berechtigt noch beauftragt, andere Probleme anzusprechen.“

So sieht es der »Stadtanzeiger«

Dieser Brief bedarf einiger Ergänzungen:

Der Initiator der Unterschriftenaktion,

ist Beauftragter der WBG für die R.

Straße, jener Bau-gesellschaft, die die Häuser der Siedlung baute und deren Planungsfehler in unserem Artikel kritisiert wurden.

Die Redaktion

macht von der Darstellung vom 3. 1. 74 keine Abstriche. Die Integrität von Frau der aktiven Sprecherin des von allen Mietersparteien frei gewählten Mietersrates, steht für uns außer Zweifel.

Zumal ihre persönlichen Verhältnisse ein von Eigeninteressen bestimmtes Handeln ausschließen: Frau ist Mutter von neun Kindern, von denen keines eine Sonderschule besucht. Dennoch hat sie ihre ganze Energie darauf verwandt, für die 40 Sonderschüler aus der

R. Straße einen Schulbus zu erstreiten. Bisher leider erfolglos. Außerdem hat Frau aufgrund der jüngsten Entwicklung ihr Mandat im Mietersrat mit sofortiger Wirkung zurückgegeben.

Der Redaktion des Anzeigers Nordwest sind die Gründe nicht bekannt, die dazu geführt haben, daß sich inzwischen ein Teil der Familienvorstände von ihrer bisher intern oder öffentlich geäußerten Kritik an Wohn- und Lebensbedingungen in der Siedlung distanzieren haben.

Es lag aber keinesfalls in der Absicht der Redaktion, die Mieter an der R.

Straße in Angst vor einer Kündigung durch die WBG zu versetzen. Für uns jedenfalls muß unerfindlich bleiben, warum einige Mieter nach Aussage von Frau im persönlichen Gespräch mit ihr die Feststellung für nötig erachteten, sie wollten um keinen Preis ausziehen.

Die Redaktion

e) Pressenotiz zur Bewohner-
versammlung V₃ Mitte 1974

In einer Zusammenkunft mit dem Vertreter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ging es den Bewohnern der Kinderreichen-Siedlung in der E Straße darum, ihre Sorgen und Beschwerden an den Mann zu bringen.

Sozialfürsorgerin L. S. hatte zu der Versammlung eingeladen, die leider nicht sehr stark besucht war. Als Leiter der Versammlung fungierte Pfarrer

Im Mittelpunkt der Klagen stand der fehlende Spielplatz und der dringend notwendige Kindergarten mit Kinderhort für die Schulpflichtigen. Zwar hat die evangelische Gemeinde in ihrem Kindergarten die Möglichkeit geschaffen, daß an drei Wochennachmittagen für jeweils eineinhalb Stunden Kinder zwischen acht und 14 Jahren zu Bastelstunden nach der H Straße kommen können, doch wurde diese Lösung als nicht ausreichend empfunden.

Klagen der Familien in der R Straße:

Kindern fehlt Auslauf

Versammlung in WBG — Alle Einrichtungen der Jugendpflege fehlen

Einen ganztägigen Hortbetrieb kann die Kirche aber nicht einrichten. Nun steht die berechnete Frage im Raum, ob man bei der WBG gut beraten war, eine Siedlung für 23 kinderreiche Familien zu bauen, ohne daß in dieser Wohngemeinschaft alle notwendigen Einrichtungen der Jugendpflege für die 160 Kinder vorhanden sind.

Zwar wäre am Ende der R Straße ein kleiner Platz vorhanden, den man für die Kinder als Spielfläche herrichten könnte, aber er ist zu klein, um mehr als nur ein Notbehelf zu sein. Für den Hort wäre sogar ein Betreuer vorhanden, aber die Räume fehlen.

H. von der WBG hörte sich die Klagen an und versprach dort, wo es ihm möglich ist, Abhilfe zu schaffen. Er will sich dafür einsetzen, daß die R Straße bald an die städtische Reinigung angeschlossen wird. Bemängelt wurde die kurze Grünphase der Lichtsignalanlage an der Kreuzung B

Straße.
Schulkinder sind dort —

ebenso wie alte Menschen — immer in Gefahr. Einstimmig wurde beschlossen, die Hausordnungstafel einzuführen, durch die jeder Mieter zur Säuberung von Flur, Keller und Boden im zweiwöchigen Wechsel verpflichtet wird.

H. will sich auch für die Abbringung eines Schaukastens der WBG in der R Straße einsetzen.

In einigen Wochen soll wieder eine Mieterversammlung einberufen werden, bei der man zur Lösung der wichtigsten Probleme Aktionsgruppen bestimmen will. Pfarrer M empfahl, zu dieser Zusammenkunft auch den Vorsitzenden des Bürgervereins und den Obmann für einzuladen.

f) Pressenotiz zu einem Vorfall
in der Siedlung Anfang 1975

Racheakt in W ?

In der Siedlung in W hängt seit Samstag früh der Haussegen schief: Unbekannte Täter hatten den öffentlichen Weg von der R Straße zur R Straße mit einem zwei Meter hohen Maschendrahtzaun gesperrt. F.

Vorstand der „Interessengemeinschaft für Freizeitgestaltung“ in der Siedlung sieht darin keinen Lausbubenstreich. „Das war eine glatte Nötigung, uns wieder einmal zu schikanieren“, erklärte er. Denn die Querelen zwischen Alteingesessenen und Neusiedlern sind dabei nicht von heute. Den Grund sieht S.

darin: 150 Kinder in der neuen Siedlung, die auf jeden Spielplatz verzichten müssen, fallen oftmals den Älteren auf die Nerven. S. : „Möglicherweise ist so die neuerliche Schikane zu verstehen“, ergänzte der Vorstand. Ein Polizeibeamter hat das Hindernis inzwischen abgebaut. Nach dem Schuldigen wird noch gesucht. Derweil aber hängt der Haussegen weiter schief.

Anhang VI: Zusatztabellen

- a) Tabelle 26: Zusammenhang zwischen Beurteilung des Wohnprojekts und der Einstellung zu den Familien bei den Siedlern 1975

"Was halten Sie von den neu zugezogenen Familien in der R-Straße?"	Wohnprojekt wird beurteilt als			
	positiv N=11		negativ N=30	
		%		%
negativ	---	---	4	13,3
negativ/positiv	3	27,3	13	43,3
positiv	2	18,2	---	---
Kenne niemanden	6	54,5	13	43,3
$\chi^2 = 1,58 (f=2)^1$; nicht signifikant bei $p > 0,05$				
"Meinen Sie, daß die neu zugezogenen Familien in die Siedlung passen?"	wie oben			
ja - ohne Einschränkung	8	72,7	13	43,3
ja - mit Einschränkung	3	27,3	8	26,7
nein	---	---	9	30,0
$\chi^2 = 3,07 (f=2)$; n.s. bei $p > 0,05$				
"Würden Sie Ihrem Sohn oder Ihrer Tochter erlauben, mit Kindern aus der R-Straße zu spielen?"	wie oben			
ja - ohne Einschränkung	3	27,3	5	16,7
ja - mit Einschränkung	4	36,4	5	16,7
nein	3	27,3	14	46,7
weiß nicht	1	9,1	8	20,0
$\chi^2 = 1,04 (f=2)^1$; n.s. bei $p > 0,05$				

1) Die letzte Kategorie wurde bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

b) Tabelle 27: Die Teilnahme erwachsener Mitglieder von OL- und n-OL-Familien an Versammlungen und Beratungsgesprächen

Versammlung	OL	n-OL
V ₂	3	2
V ₃	3	7
V ₄	3	5
V ₅	2	--
V ₆	3	4
V ₈	2	4
Beratung		
B ₁	--	3
B ₂	--	4
B ₄	--	2
B ₅	--	2
B ₆	--	3
B ₇	2	3
B ₈	4	1
B ₉	--	3

Lebenslauf des Verfassers

- 4.5.1948: Geboren in Hohensaas/Wölbattendorf, Kreis Hof (Bayern)
als Sohn von Irmgard Franz, geb. Ludwig und des Fern-
meldehauptsekretärs Karl Franz
- ab 1954: Besuch der Grundschule in Hof
- ab 1958: Besuch der Oberrealschule in Hof
- ab 1961: Besuch des Graf-Münster-Gymnasiums in Bayreuth
- 1967: Abitur
- 1967 - 1968: Freiwilliges soziales Jahr in Rummelsberg und in
Altdorf bei Nürnberg
- ab 1968: Studium der Sozialwissenschaften an der WiSo-Fakultät
der Universität Erlangen-Nürnberg in Nürnberg
- 31.3.1972: Eheschließung mit Jutta Franz, geb. Piper
- 16.5.1973: Diplom-Prüfung für Sozialwirte
- ab 1973: Promotionsstudium

SPERL